

DIE
VOLKSWIRTSCHAFT
UNGARNS.

— 1912. —

VON
BÉLA KATONA



BUDAPEST
BUCHDRUCKEREI GEBRÜDER LÉGRÁDY
1913

DIE VOLKSWIRTSCHAFT 100— UNGARNS.

— 1912. —

VON
BÉLA KATONA



BUDAPEST
BUCHDRUCKEREI GEBRÜDER LÉGRÁDY
1913

Vorwort.

Seit zehn Jahren veröffentliche ich zu Jahresschluss im „Pesti Hirlap“ Rückblicke auf die wirtschaftlichen Ereignisse des verflossenen Jahres. Von Jahr zu Jahr habe ich den Rahmen dieser Rückblicke erweitert, um ein möglichst vielseitiges und getreues Bild der erreichten Erfolge zu bieten und durch eine nach und nach ausgereifte Kritik der Ereignisse und eine abgeklärte Darstellung der Ursachen der Misserfolge, den praktischen Volkswirten Anregungen zu neuen Bestrebungen zu bieten.

Meine Arbeit ist von den ungarischen Publizisten und praktischen Volkswirten mehrfach als nützlich gewürdigt worden, obschon ihnen die hier dargestellten Ereignisse sehr wohl bekannt sind und ihnen bei dem Lesen der Rückblicke nur die weitere Perspektive oder die schärfere Beleuchtung des Zusammenhanges zwischen Ursachen und Wirkungen Neues bieten kann.

Im Laufe des Jahres 1912 haben wir nun die Erfahrung gemacht, dass gewisse unliebsame Erscheinungen, die sich gar manchmal nachher als ganz momentane Wirkungen irriger Befürchtungen oder ungünstiger Ereignisse erwiesen haben, im Auslande Anlass zu falschen Auffassungen boten. Man registrierte dort gewissenhaft die ersten Wirkungen, unterliess es aber oft von der nachträglichen Korrektur Notiz zu nehmen. Das Rollen des Donners, das Leuchten des Blitzes vernimmt man auch in der Ferne, dass aber das Gewitter die Luft gereinigt hat,

verspürt man nur an Ort und Stelle. Sensationelle Ereignisse werden in allen Zeitungen der Welt gemeldet, wenn sie auch nur flüchtige Folgen zeitigen. Über die Resultate der stillen, ausdauernden Arbeit aber wird nur selten berichtet, obschon diese Resultate sehr nachhaltige sind.

Die bedauerlichen Ereignisse der ungarischen inneren Politik, die ersten Folgen der Spannung auf allen Geldmärkten, die stetige Entwertung der bekanntesten Papiere, die durch den Orientkrieg verursachten Störungen des Geschäftslebens, die zumal in der Presse der anderen Staatengruppe Europas auch aus Gründen der politischen Gegnerschaft in der Regel ungebührlich aufgebauscht wurden — haben das Urteil der öffentlichen Meinung des Westens über Ungarn vielfach getrübt, und uns gar manchen unbilligen Schaden zugefügt. Die ungarische Volkswirtschaft wird sich hiedurch nicht einschüchtern, nicht entmutigen lassen und im Vertrauen auf ihre kerngesunde Kraft, in der bewährten Richtung weiterfortschreiten.

Die Unterschätzung dieser Kraft kann aber selbst den Feinden Ungarns auf die Dauer keine Vorteile sichern. Es wäre nützlich für sie, und unseren Freunden wäre es gewiss willkommen, wenn sie sich über die *reelle Kraft unseres Landes* eingehender orientieren, die Früchte unserer unentwegten stillen Arbeit, die *wirkliche Bedeutung und den innigen Zusammenhang der Erscheinungen* kennen lernen könnten.

Ich glaubte daher, dass es nicht überflüssig wäre die pragmatische, übersichtliche und systematische Darstellung der wirtschaftlichen Ereignisse und Ergebnisse des abgelaufenen Jahres, die ich seit zehn Jahren für das ungarische Publikum veröffentlichte, diesmal, mit Rücksicht auf die internationalen Wechselwirkungen, jenen *ausländischen* Publizisten und praktischen Volkswirten darzubieten, die den Wunsch hegen über die ungarischen Zustände die Wahrheit zu erfahren.

Ich unternehme diesen Versuch und bemühe mich in dieser deutschen Ausgabe meines Rückblickes auf das Jahr 1912

solche Einzelheiten, die dem inländischen Leser wohl bekannt sind, dem Verständnisse des fremden Lesers, der in die ungarischen Verhältnisse tiefer eindringen will, nahe zu bringen, gewisse eigentümliche Züge unseres Wirtschaftslebens zu erläutern und namentlich solche *Ereignisse oder Tatsachen, die den Ausländer als Kapitalisten, als Industriellen, als Kaufmann, als Verkehrs-Fachmann direkt interessieren, ausführlicher zu besprechen.*

Es sind aber hier so vielfache Umstände zu berücksichtigen, dass es mir nicht möglich sein wird, jedem Leser all das zu bieten, was er zu wissen wünscht. Wenn es mir aber gelingen sollte das Interesse meiner ausländischen Leser so weit wachzurufen, dass sie sich veranlasst sähen, mich auf die von ihnen bemerkten Lücken meiner Darstellung aufmerksam zu machen, oder von mir ergänzende Mitteilungen zu verlangen, so werde ich meine ganze Ambition daransetzen, den Rahmen dieser Darstellung mit Berücksichtigung der mir mitgeteilten Wünsche auszugestalten und diese Rückblicke in deutscher Sprache *alljährlich zu veröffentlichen.*

Budapest, Ende Feber 1913.

Das Wirtschaftsleben Ungarns seit 1900

Bevor ich meine erste Darstellung der Ereignisse des abgelaufenen Jahres beginne, dürfte es nötig sein, auch auf die vorangegangenen Jahre einen Blick zu werfen.

Das Wirtschaftsleben Ungarns im Jahre 1912 kann dem Verständnisse des fremden Lesers nur so nahe gebracht werden, wenn er sich auch den früheren Entwicklungsgang desselben vergegenwärtigt.

Einer der grössten Volkswirte Ungarns, der gewesene Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle hat vor kurzem in einem in Wien gehaltenen Vortrage den Entwicklungsgang Ungarns seit 1900 und seine die derzeitige *wirtschaftliche Bilanz* in überaus scharfen und prägnanten Zügen mit einer unvergleichlich genauen Kenntniss der praktischen Thatsachen fast handgreiflich geschildert und ich glaube das von ihm entworfene Bild Jenen, die meinen Rückblick ihrer Aufmerksamkeit würdigen und damit ihr reges Interesse für Ungarn bekunden, nicht vorenthalten zu dürfen.

„Die Aktivität der Wirtschaftsbilanz Ungarns ist auch jetzt unzweifelbar — sagte Dr. Wekerle. — Dies zeigt erstens der Umstand, dass die kontrahierten neuen *Anleihen*, ja darüber hinaus noch der eigene Einkommensüberschuss, zu Kapitalansammlungen und Investitionen oder zur Herstellung neuer Werte verwendet werden. Zweitens wird die Aktivität der Wirtschaftsbilanz bewiesen durch die ständige Nachfrage nach Immobilien, besonders nach Grundbesitz, und durch dessen beträchtliche Wertsteigerung, die so weit geht, dass die nicht nur gelegentliche, sondern einen bleibenden Charakter besitzende Wertsteigerung nicht nur den Betrag der neuen Anleihen um ein Vielfaches übersteigt, sondern auch die volle Summe der alten Anleihen aufwiegt. Die Besserung des Wirtschaftssaldos zeigt sich auch in der ständigen Erhöhung der

Pachtzinse, welche ebenso wie die Wertsteigerung des Grundbesitzes im letzten Jahrzehnt zuweilen auch 100 Prozent übersteigen. Das gleiche beweist ferner die beträchtliche Erhöhung der *Steuerfähigkeit* und besonders des Ertrages jener indirekten Steuern, die nicht Zwangsabgaben bilden, sondern sich aus der Erhöhung der mit dem zunehmenden Wohlstand zusammenhängenden Ausgaben ergeben. Darauf deutet auch die *ungeheure Steigerung des Konsums* und des *Imports an Industrieerzeugnissen*, welcher sich nicht nur auf die eigentlichen Lebensbedürfnisse beschränkt, sondern sich auch auf die Bequemlichkeits- und Luxusartikel erstreckt. Darauf deutet ferner die konstante Steigerung des Verkehrs, besonders des *Eisenbahnverkehrs*, und das ständige Anwachsen der industriellen Produktion, die gegenüber der jährlich 8 Milliarden betragenden Wertproduktion der Landwirtschaft bereits auf eine Summe von mehr als $4\frac{1}{2}$ Milliarden veranschlagt werden kann und sich in den letzten zehn Jahren um über eine Milliarde vermehrt hat. Darauf deuten aber ausser allen diesen Symptomen hauptsächlich noch die auf die Ansammlung von Kapitalien bezüglichen Daten, speziell diejenigen über die Zunahme des Standes der *Sparkasseneinlagen* und des Inlandbesitzes an Wertpapieren. Die Sparkasseneinlagen sind von Ende 1900 bis Ende 1911 von 1868 Millionen auf 4229 Millionen, das heisst um 2361 Millionen Kronen gestiegen. Der Stand der im Besitz der Geldinstitute befindlichen Wertpapiere erhöhte sich während derselben Zeit — die im Besitz der Notenbank, der Postsparkasse, des Staates, der staatlichen Unternehmungen und der Stiftungen befindlichen Wertpapiere nicht inbegriffen — von 458 Millionen auf 1190 Millionen, somit um 732 Millionen Kronen. Noch deutlicher zeigt sich die Kapitalzunahme in der Placierung der Staatsschulden, die auf Grund der Angaben über die Orte der Couponeinlösung mit ziemlicher Sicherheit festgestellt werden kann. Demnach waren Ende 1900 von der damals rund 5 Milliarden betragenden ungarischen Staatsschuld untergebracht: in Österreich 32·3 Prozent, im Deutschen Reich 20·9 Prozent, in Frankreich 10·31 Prozent, in England, Holland und Belgien 1·64 Prozent, in Ungarn aber 34·85 Prozent. Während der seither verstrichenen elf Jahre erhöhte sich die ungarische Staatsschuld mit Einrechnung der Schatzbons und Kassenscheine auf 5829 Millionen und die Beteiligung an diesem höheren Gesamtstand ist in Öster-

reich auf 23·94 Prozent, in Frankreich auf 3·44 Prozent, in England, Holland, Belgien und der Schweiz zusammen auf 1·55 Prozent gesunken, dagegen im Deutschen Reich auf 26·29 Prozent, in Ungarn aber auf 44·78 Prozent gestiegen. In Ziffern ausgedrückt bedeutet dies, dass trotz den inzwischen erfolgten Neuemissionen von der ungarischen Staatsschuld in Österreich heute um 219 Millionen, in Frankreich um 300 Millionen, in England, Holland, Belgien und der Schweiz zusammengenommen um 1·5 Millionen weniger, dagegen in Deutschland um 488 Millionen, in Ungarn aber um 869 Millionen mehr angelegt sind als Ende 1900. Der Stand des auf das Deutsche Reich entfallenden Anteiles an der ungarischen Staatsschuld erreichte im Jahre 1904 mit 33·99 Prozent den Höhepunkt und weist seither eine ständige Abnahme auf, bis auf die Ende 1911 ausgewiesenen 26·29 Prozent. Ziffernmässig ausgedrückt beweisen diese Daten ferner, dass während der abgelaufenen elf Jahre der Besitzstand Ungarns an eigenen Staatsobligationen um über 40 Millionen gestiegen ist, als die Summe aller seither kontrahierten Staatsschulden beträgt. Ich führe diese Daten nur an, um ein Bild davon zu geben und einen Beweis dafür zu liefern, dass das Saldo der Wirtschaftsbilanz Ungarns eine in jeder Hinsicht steigende Tendenz aufweist. Ich weiss sehr wohl, dass diesen Ziffern die fortwährende *Vermehrung der Pfandbriefe und Kommunalobligationen*, die ausländischen *Pensionen*, die in inländischen Industrie-Unternehmungen investierten *auswärtigen Kapitalien* und der mit dem grossen Import zweifellos steigende Warenkredit gegenübergestellt werden können, trotzdem lassen die oben aufgezählten und sich auf den ganzen Kreis des Wirtschaftslebens erstreckenden günstigen Symptome die Folgerung zu, dass *Ungarns Wirtschaftsbilanz mit einem Aktivsaldo schliesst.*“

Da ich diese Darstellung dieses führenden ungarischen Volkswirtes reproduziert habe, muss ich bemerken, dass ich der wesentlichsten Schlussfolgerung seines hier zitierten Vortrages *nicht* unbedingt beipflichte.

Herr Dr. Wekerle hat in diesem Vortrage einen Hebel der wirtschaftlichen Prosperität hauptsächlich darin gesucht, dass wir womöglich auf *längere Zeit lautende auswärtige Handelsverträge schliessen sollen*, in erster Reihe aber darin, dass beide Staaten der Monarchie — selbstverständlich nicht durch eine auto-

matische Prolongierung des Verhältnisses, sondern bei *unvershrter Wahrung der mit Ablauf des Vertrages wieder erwachenden Rechte* und unter Aufrechterhaltung der das Wesen der Verträge nicht berührenden sonstigen Aktionsfreiheit *ihr Verhältniss zu einander für längere Zeit festlegen mögen.*“

Man hat gegen diese Anschauung in Ungarn manche Bedenken geäussert. Ich meinerseits werde in dieser Arbeit, dort wo ich auf unser Verhältniss zu Österreich zu sprechen komme, den Nachweis führen, dass man sich hier einer ehrlichen Verständigung mit Österreich durchaus nicht verschliesst. Ich halte dieselbe für erspriesslich und knüpfe hieran nur gewisse Bedingungen, würdige auch speziell das hier angeführte Argument, dass wir mit dem Zollschatze nur die Hebung der Produktion, ja vielleicht geradezu das Zustandekommen neuer Produktionszweige anstreben, was in der Tat eine grössere Stabilität des Zollschatzes bedingt. Aus sehr triftigen Gründen legen wir aber noch mehr Gewicht auf „die mit Ablauf des Vertrages wieder erwachenden Rechte.“ Und wir wissen nicht, wie Dr. Wekerle diese Stabilität mit unserer Aktionsfreiheit in Einklang zu bringen gedenkt.

Und dabei ist es fraglich, ob wir durch die grössere Stabilität des Zollschatzes die Steigerung der Produktion in dem erwünschten Masse sichern. Der Zollschatz kann stabilisiert werden. Aber die allgemeine Wirtschaftslage kann durch politische und technische Umwälzungen, durch den grosszügigen Fortschritt der Überseeländer, durch mächtige Kartelle u. s. w. so heftigen Schwankungen ausgesetzt werden, dass der „stabilisierte“ Zollschatz wertlos wird, und wir unsere Aktionsfreiheit sehr schmerzlich vermissen würden.

Es ist daher nicht sehr wahrscheinlich, dass sich die fremden Staaten zum Abschlusse von 20-jährigen Handelsverträgen herbeilassen werden.

Wir kämen somit im J. 1927 in eine ganz eigentümliche Lage. Das Wirtschaftsleben Österreichs, das heute ein festes Gefüge hat und in den bevorstehenden nächsten Verhandlungen sich in der vorteilhaften Position des *Stärkeren*, des *beatus possidens* befinden wird, wird auch für 1927 vorgesorgt haben.

Ungarns wirtschaftliche Struktur hingegen ist noch im Werden begriffen, und kann bis 1927 Formen annehmen, denen ein jetzt zu treffendes Arrangement nicht zuträglich sein könnte.

Und unsere Lage wird voraussichtlich auch dadurch kompliziert werden, dass in unserer nächsten Interessenphäre, auf der Balkanhalbinsel radikale wirtschaftliche Änderungen bevorstehen, deren Rückwirkungen auf Ungarn heute kaum geahnt werden können.

Unter solchen Umständen müssen wir bei der Regelung unseres Verhältnisses zu Österreich — so lebhaft wir auch den Wunsch hegen mögen, mit Österreich Hand in Hand höhere und grössere Ziele anzustreben — für die Wahrung unserer Interessen und die Förderung unserer berechtigten Aspirationen jede Möglichkeit sichern.

Nachträglich hat Dr. Wekerle an seine Anregung die Bedingung einer Zwischenzolllinie geknüpft, eine Bedingung, die jedoch in Österreich als undiskutierbar bezeichnet wurde.

Die Anregung Dr. Wekerles dürfte somit ad acta gelegt werden . . .

Ich möchte übrigens die retrospektive Parallele des Dr. Wekerle durch noch einige Daten ergänzen.

In 30 Jahren, von 1880 bis 1910 ist die *Bevölkerung* Ungarns von 15.739,259 auf 20.886,487 Seelen, somit um 32.5% gestiegen.

Die Verhältniss-Zahl der des *Lesens und Schreibens kundigen* Einwohner hat sich von 1890 bis 1910 von 50.8% auf 66.7% erhöht.

Die *Vermögensbilanz des ungarischen Staates* zeigt folgende Ergebnisse:

	1896	1910
	K	K
Aktiven	5,893.527.730	8,529.760.579
Passiven	4,879.341.603	6,245.326.119
Reinvermögen	1,014.186.127	2,284.434.460

Das Netto-Aktivum hat sich somit in 25 Jahren um 1,270.248,332 Kronen erhöht.

Die *Staatsschuld* Ungarns betrug

1896	4,355.370.650 K
1910	5,317.328.000 „
Erhöhung in 25 Jahren	961.957.350 K.

Von der Staatsschuld entfielen auf die Bevölkerung per Kopf:

in Frankreich	725 Kronen
„ Spanien	422 „
„ England	380 „
„ Deutschland	367 „
„ Italien	360 „
„ Ungarn	312 „

Das *Eisenbahnnetz* zeigt folgende Entwicklung: in Kilometern

Jahr	Staatsbahnen	Privatbahnen in staatl. Verw.	Privat- bahnen	Zusammen
1876	1.071.0	—	5.633.0	6.704.0
1896	7.536.2	4.658.4	2.685.1	14.879.7
1910	8.120.2	9.233.4	3.292.8	20.646.4

Von diesem Netze waren 42·43% Hauptbahnen, 51·89% Sekundärbahnen und 5·68% Kleinbahnen.

In das Staatsbahnen-Netz wurden im obigen Zeitraume 2.4 Milliarden Kronen investiert und betrug Ende 1910 das Investitions-Kapital der Staatsbahnen 2,787,074,548 Kronen jenes der Privatbahnen 1,646.145,000 Kronen.

Der Verkehr hat sich in folgender Weise entwickelt:

	1898	1911
Frachtenverkehr	38.624.000 T.	78.760.000 T.
Tonnen-Kilometer.	4,942.442.000	8.999.197.000
Beförderte Personen	60.312.000	8.999.197.000
Personen-Kilometer.	2,247.753.000	153.800.000
Betriebs-Einnahmen	242.932.000	526.596.000
Betriebs-Einnahmen pro Km.	15.552	24.744
Betriebs-Ausgaben.	137.527.000	331.664.000
Betriebs-koeffizient	54.18%	62.98%.

Noch imposanter erscheint der Aufschwung Ungarns, wenn wir auf das Jahr 1867 zurückblicken, in welchem die Verfassung Ungarns und die Selbständigkeit des ungarischen Staates wieder hergestellt wurden. Wir wollen hier nur einige Ziffern erwähnen:

	1868		1910	
Ausgaben des Staates	294.90	Millionen K.	1.888.31	Millionen K
Einnahmen des Staates ...	208.13	„ „	2.127.35	„ „
Zahl der Volksschulen	13.798		19.206	
Strassennetz	5.162	Km.	61.244	Km.
Eisenbahnnetz	2.285	„	20.638	„
Postfahrten	17,157.572	„	102.957.000	„
Zahl der beförderten Briefe	24.798.000	„	667.674.000	„
Zahl der beförd. Zeitungen .	13.300.000	„	197.218.000	„
Aktienkapital der Geld- institute.	21.538.000	K	1.329.207.000	„
Reserven	6.428.000	„	645.003.000	„
Spareinlagen	145.270.000	„	4.436.445.000	„
Wert der Montan- produkte	33·16	Millionen K	152.84	Millionen K
Spiritusproduktion.	868.02	„ Hl.	108.34	„ Hl.
Verarbeiteter Rübenzucker	1.14	„ q	21.76	„ q
Bierherzeugung.	632.713	Hl.	2,185.402	hl.
Aussenhandel 1882 :	1,767.947.000	K	3,569.200.000	K

Bevor ich nun auf meinen Bericht über das J. 1912 übergehe, scheint es mir nötig, noch einige Ziffern über die derzeitige Popu-

lationsbewegung Ungarns anzuführen. In den Hand- und Nachschlagebüchern die im Auslande benützt werden, sind über die gesamte Bevölkerung und jene der einzelnen Städte nur die Ergebnisse der im J. 1900 stattgefundenen Volkszählung enthalten. Ich glaube daher die allerwichtigsten Ziffern hier auf *Grund der Ergebnisse der im J. 1910 stattgefundenen Volkszählung berichtigen zu müssen.*

Es betrug demnach am 31. Dezember 1910 die Bevölkerung der Länder der ungarischen Krone 20.886,487 Seelen, um 1.631,928 (8.5% mehr als im J. 1900).

Die städtische Bevölkerung ist, wie aus der im Schlusskapitel dieser Arbeit mitgeteilten Tabelle ersichtlich seit 20 Jahren im eigentlichen Ungarn, in den 27 kgl. Freistädten von 1.461,899 auf 2.195,717 Seelen, also um 50.9%,

in 112 kleineren Städten von 1.197,438 auf 1.530,944 Seelen, also um 27.9%,

in Kroatien-Slavonien, in 4 kgl. Freistädten von 88,122 auf 140,955 Seelen, somit um 59.5%, in 13 kleineren Städten von 96,530 auf 96,090 Seelen, also um 25.6% *gestiegen.*

Die Zahl der „Magyaren“ betrug in den Ländern der ungarischen Krone 10.050,575 Seelen (48.1%) gegen 8.742,301 (45.4%) im J. 1900.

Im *eigentlichen Ungarn* zählte man im J. 1910: 9.944,627 Magyaren (54.5%) gegen 8.651,520 (51.4%) im J. 1900.

Man zählte ferner in den Ländern der ungarischen Krone

	1910	1900
Magyaren	10,050.575	8,742.301
Deutsche	2,037.435	2,135.181
Slovaken	1,967.976	2,019.641
Rumänen	2,949.032	2,799.479
Ruthenen	472.587	429.447
Kroaten	1,833.162	1,682.104
Serben	1,106.471	1,048.646
Andere Nationalitäten	469.255	397.761

Die Zahl der *der ungarischen Sprache mächtigen* Personen wurde im J. 1910 mit 11.990,562 d. h. mit 57.4% der gesamten Bevölkerung ermittelt.

Das Übergewicht der ungarischen Rasse und ihrer Sprache ist somit unbestreitbar.

Des Lesens und Schreibens kundig waren im. J. 1900 bloss 59.8% und im J. 1910 schon 66.7% der (mehr als 6 jährigen) Einwohner.

In den Freistädten erreichte dieser Prozentsatz 85,4%.

Das kulturelle, mächtig überwiegende spezifische Gewicht des ungarischen Elements bekundet sich auch darin, dass dieses in den Hoch- und Mittelschulen weitaus vorherrscht, dass *alle kulturellen, litterarischen und wissenschaftlichen Anstalten und Vereine*, wie auch *alle bedeutenderen wirtschaftlichen Interessenvertretungen, Institutionen und Unternehmungen* — mit *Ausnahme einiger lokaler Anstalten* — *in durchaus ungarischem Sinne wirken*.

Nur noch ein Detail. Es erschienen im. J. 1911 im eigentlichen Ungarn 1,860 Zeitungen, hievon 80,27% in ungarischer Sprache. Im J. 1911 beförderte die ungarische Post 186,678.000 Zeitungs-Einzelexemplare, hievon 119,374.700 Exemplare ungarische, 39,898.034 in- und ausländische deutsche, 16,220.746 kroatische, 6,225.836 rumänische, 5,710.892 serbische und 5,906.420 slovakische Zeitungen.

Dem jüngst erschienenen statistischen Jahrbuche könnte ich wohl noch viel andere Ziffern entnehmen, die ich als interessant erachte.

Meine Ansicht ist aber hier irrelevant. Die Frage ist, welche Daten dem ausländischen Leser Interessantes bieten.

Es wird mich überaus freuen, wenn meine geneigten Leser mir hierüber Andeutungen machen, die ich in den folgenden Jahren bereitwilligst berücksichtigen werde.

Die ungarische Volkswirtschaft im J. 1912

Ich pflege oft darüber nachzudenken, warum die 22 oder 24 Staaten Europas seit Jahrhunderten blutige Kriege führen, um in die Landkarte immer neue Grenzlinien einzuzeichnen. Das Gebiet dieses Erdteiles ist stets in Gährung und hat in den letzten Jahrzehnten schwere Rüstung angelegt, um sich eine erkünstelte Ruhe zu verschaffen. Im abgelaufenen Jahre ist aber sein Gleichgewicht wieder ins Schwanken geraten. Auf der Balkanhalbinsel wurden Ströme von Blut vergossen, um die Staatsgrenzen wieder zu verrücken. Dabei standen sich die Grossmächte in zwei Lagern gegenüber und sorgenvoll schauen wir jedem kommenden Tag entgegen. Und nun sehe ich jenseits des grossen Wassers die Nordamerikanische Union, in welcher 48

Staaten friedlich beisammen leben. Keiner dieser Staaten strebt nach politischer Vorherrschaft, und keiner braucht sich auf die Bajonnette grosser Armeen zu stützen und sich dadurch zu ruinieren. Es lohnt sich über diesen Gegensatz nachzudenken, denn man kann da zu nützlichen Folgerungen gelangen.

Mein erster Gedanke wird hier auf den Urgrund der Demographie, auf die Nährkraft des Bodens und auf die Existenzmöglichkeiten gelenkt. Ich stelle eine Rohbilanz auf und finde, dass auf dem Quadratkilometer in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zehn Seelen, in Europa durchschnittlich achtzig Menschen leben. Dieser Unterschied der Bevölkerungs-Dichtigkeit macht den Gegensatz scheinbar verständlich. Wenn wir aber weiter denken, sehen wir, dass Russland, auf dessen Gebiet pro Quadratkilometer ebenfalls nur zehn Seelen wohnen, den Weltfrieden stets gefährdet, wogegen Belgien, das auf jedem Quadratkilometer 230 Einwohner ernährt, seinen Nachbarn bisher noch keine Scherereien verursacht hat. Nach einigen anderen flüchtigen Kombinationen gelange ich zu dem Schlusse, dass die vielfachen Gegensätze durch die Sprachgrenzen hervorgerufen werden, die mit den Staatengrenzen nicht in Einklang gebracht sind. Da stosse ich mich aber auf die Napoleonischen Kriege und auf die Eroberungen, die Österreich in Italien oder auf dem Balkan geführt hat und die weder durch Sprachgrenzen-Interessen, noch durch Rassenverwandtschaft begründet waren. Andererseits finde ich in den 48 Staaten der nordamerikanischen Union das bunteste gemisch von Völkern, die miteinander in bester Eintracht leben.

Nach langwierigem Hin- und Hergrübeln erfasst mich ein eigentümlicher, fast fremdartiger Gedanke, der sich nach und nach in scharfen Umrissen zeigt. Derselbe lässt sich in einem Satz zusammenfassen. Der fieberhafte Zustand Europas wird dadurch verursacht, dass *die Staatsmacht in den meisten Ländern seit Jahrhunderten und bis auf den heutigen Tag das Übergewicht über die tatsächlichen Interessen der nationalen Existenz hat*. Die Erklärung dieser Definition kann ich ebenfalls ganz kurz fassen. Bei den Völkern der Vereinigten Staaten war die staatliche Organisation vom Anfang an bloss eine Zweckmässigkeitsfrage, wogegen sich die europäischen Staaten im Zeichen der Autokratie entwickelt haben, so dass das konstitutionelle Leben nicht als das natürliche Recht des Volkes, sondern

als Gabe des Herrschers entstanden ist und sich als solche ausgestaltet hat. Das erfordert keine langwierige Auseinandersetzung. Ich habe nur auf die heutige Lage zu verweisen. Es stehen einander sechs Mächte in zwei Gruppen gegenüber. Die Grenzen starren von Bajonetten, auf den Meeren reihen sich See-Ungetüme aneinander. Und die Millionen der Völkerer warten in atemloser Spannung was die Regierungen beschliessen werden, ohne die Völker zu befragen. Da zeigt sich zum Schaden der Nationen und zum Vorteile der Staatsgewalten ein scharfer Gegensatz, denn es ist ja offenkundig, dass die Völker keinen Krieg wollen, und dass die Staaten dennoch in Kampfbereitschaft stehen. Wenn also die Nationen ihrem Willen dennoch keine Geltung verschaffen können, so ist es klar, dass die im staatlichen Organismus wurzelnde öffentliche Gewalt nicht den allgemeinen Vorteilen, sondern ihren eigenen Zwecken dient.

Ich würde es unendlich bedauern, wenn ich dem Einwande begegnen würde, dass die Rolle des Staates sich nicht in der administrativen Tätigkeit erschöpfen kann, dass dem Staate die elementare Pflicht obliegt, der wirtschaftlichen Entwicklung der Nation die Wege zu ebnen, und dass diese Pflicht gegebenen Falles die Erweiterung der Landesgrenzen, die Kolonisation von kulturlosen Gebieten und somit die Erfüllung solcher internationaler Verpflichtungen erheischt, welche auch die Möglichkeit von Konflikten involviert. Die jetzige Sachlage kann also auch dadurch erklärt werden, dass die Staaten nur darum aneinander stossen, weil sie mit sorgsamer Voraussicht die Hindernisse der späteren Entwicklung der Nation durch friedliche oder gewalttätige Mittel noch rechtzeitig zu beseitigen suchen. Über all diese Umstände bin ich im Klaren. Ich verstehe dass die Union seit Jahren auf die Einverleibung Mexikos hinarbeitet, weil sie durch dieses Land vom Panama-Kanal getrennt ist. Ich verstehe dass Spanien, Frankreich und Italien es nicht dulden können, dass sich auf der gegenüberliegenden afrikanischen Küste eine fremde Macht festsetze. Ich verstehe dass England auf dem Mittelmeere das Gleichgewicht zu erhalten sucht und dabei Süd-Persien und Egypten unter seiner Oberhoheit hält, um sich den Zugang zu Indien zu sichern. Ich verstehe sogar die russische Politik, die ihre asiatischen Gebiete durch natürliche Grenzen zu schützen wünscht. Ich verstehe aber nicht warum man fast eine Million Soldaten mobilisieren, den ruhigen Gang

des Wirtschaftslebens stören und den Nationen einen ins Mark gehenden Schrecken einjagen musste. Weder die Verhinderung der serbischen Aspirationen, noch die durch den mächtigen Aufschwung Deutschlands verursachte Eifersucht können hier als triftige Beweggründe anerkannt werden. Die Erledigung der serbischen Frage, die ausserhalb der legitimen Interessensphäre der übrigen Mächte fällt, ist ausschliesslich unsere Sache, und die Spannung mit Deutschland bedroht weder die politische Grenze, noch die Ehre irgend welchen Staates, beruht auf purer Eifersucht und kann in keinerlei Beziehung als Grund eines europäischen Krieges gelten.

So sprechen die Bürger. Aber die Staaten handeln anders. Und dadurch wird der Gegensatz verschärft. Und es folgt hieraus der Schlusssatz, dass die Staatsform nebensächlich ist; wichtig ist es aber, dass das Volk seinen Einfluss auf die exekutive Gewalt mit selbstbewusster Kraft geltend machen könne. Und in dieser Beziehung zeigen sich nirgends so grosse Lücken und Versäumnisse, wie bei uns. Und die schädliche Wirkung derselben zeigte sich gerade im abgelaufenen Jahre in besonders auffälliger Weise, sowohl in den auswärtigen Beziehungen, wie in unseren inneren Wirren.

Seit Jahrzenten fühlen wir die aufreibende Wirkung der zentrifugalen Bestrebungen unserer Nationalitäten. Und wenn ein ungarisches Ministerium den Entschluss fasste, die Widerstandsfähigkeit und die erobernde Kraft des einheitlichen ungarischen Staates durch zielbewusste Verfügungen und durch energische Maassregeln zu unbestrittener Geltung zu bringen — diese Geltung wird leider eben noch bestritten — da stiess es stets auf einen fremden Faktor oder auf einen fremden Einfluss, der diese natürlichen Tendenzen zu dämpfen oder zu bekämpfen wusste. Nun aber haben die auswärtigen Ereignisse des abgelaufenen Jahres den unwiderlegbaren Beweis dafür erbracht, dass *die Oesterreichisch-Ungarische Monarchie nur dann bestehen kann, wenn die einheitliche ungarische Nation genug Aktionsfähigkeit besitzt, um den furchtbaren slavischen Ring zu durchbrechen und zugleich auch die germanische Hochflut zu dämmen.*

Diese Einsicht muss in der offiziellen Welt Oesterreichs ebenso zur Geltung kommen, wie bei uns die Auffassung Wurzel gefasst hat, dass eine Gemeinsamkeit, welche den im Deák'schen Ausgleich niedergelegten Gedanken verkörpert, sich für die He-

bung des internationalen Ansehens der zwei Staaten, für den Schutz ihrer Interessen und die Sicherung ihrer Entwicklung eignet. *Wir hegen somit keine zentrifugalen Bestrebungen.* Die ungarische Nation meint es ehrlich mit dem Ausgleiche, sie wünscht um kein Jotta mehr, als die Rechte, die sie sich im Jahre 1867 vorbehalten hat. Wir unterstützen treu und bereitwilligst die internationale Machtstellung und die wirtschaftlichen Bestrebungen Oesterreichs, aber auch Oesterreich muss anerkennen, dass es auf unsere Rechtsstellung und unsere Aspirationen dieselbe Rücksicht üben muss. Für die Rolle einer untergeordneten Provinz war Ungarn nie zu haben und wird es auch in Zukunft nicht sein.

Wir selbst aber müssen mit uns darüber im Reinen sein, dass die gesetzliche Festlegung unserer paritätischen Rechte für die Geltendmachung derselben keine volle Gewähr bietet. Diese Rechte werden nur dann gesichert sein, wenn das Kräfteverhältniss der zwei Staaten im wesentlichen nivellirt sein wird. Da aber die höhere wirtschaftliche Kraft Österreichs uns gegenüber schwer in die Wagschale fällt, können wir das Gleichgewicht nur dann herstellen, wenn wir unsere wirtschaftlichen Kräfte steigern und dabei dem in nationaler Hinsicht stark gegliedertem Österreich eine festgefügte nationale Einheit gegenüberstellen. Dies ist aber nicht möglich, wenn die Verfügungen und die Zwecke des ungarischen Staates mit unseren nationalen Aspirationen und Bestrebungen nicht kongruent sind. So wie fast in allen europäischen Staaten, ist auch bei uns der staatliche Organismus nicht eine blosse Frage der Zweckmässigkeit, sondern eine autokratische Institution, welche durch die verfassungsmässige Einrichtung wohl temperirt und annehmbar gemacht, aber durch die Gesetzgebung in ihrer ganzen Starrheit erhalten wird. Das ist aber nun ein unüberwindliches Hinderniss für die einheitliche Ausgestaltung der Gesellschaft, denn sie behindert die gleichförmige Entwicklung, den kulturellen Fortschritt und die materielle Erstarkung sämtlicher Schichten der Bürgerschaft.

Bei der kritischen Sichtung der Ereignisse des abgelaufenen Jahres, mussten wir diese Folgerungen ziehen und sie bieten zugleich einen neuen Beweis für die Theorie, die ich betreffs der Gliederung unserer Gesellschaft und betreffs der Folgen dieser Gliederung schon früher aufgestellt habe, die Theorie welche die *Lage des Mittelstandes*, welche zwischen der Klasse der Boden-

oder Kapitalrentner und der organisierten Arbeiterschaft nur zu vegetieren vermag. Wir haben die absolute Überzeugung gewonnen, dass die sich rapid aufthürmenden wirtschaftlichen Übelstände in erster Reihe diesen Mittelstand heimgesucht haben, welche nicht nur von materiellem, sondern noch mehr von politischem Gesichtspunkte aus die natürliche Basis der Staates ist. Wir dürfen nämlich nicht vergessen, dass die gewalthtätige Hemmung der wirtschaftlichen Entwicklung auf Nationen, die eine kurze wirtschaftliche Vergangenheit haben, eine ganz andere Wirkung ausübt, als auf solche Völker die über amortisierte Investitionen und rückgestellte Reserven verfügen. So lange der wirtschaftliche Aufschwung anhält, kann die Last der Teuerung und der hohen Steuern mehr-weniger kompensiert werden und zwar bei der Klasse der fix Besoldeten durch die Aufbesserung der Bezüge, bei den mittleren Produzenten und bei der Klasse der freien Beschäftigungen dadurch, dass sich auch die Erwerbs-Verhältnisse günstiger gestalten. Wenn jedoch die wirtschaftliche Entwicklung — so wie im abgelaufenen Jahre — plötzlich ins Stocken geräth, dann können die Gehälter nicht erhöht werden und das Einkommen verfolgt auch bei anderen Erwerbszweigen eine rückgängige Tendenz, obschon die frühere Teuerung unverändert weiter besteht. Es kann sich da nicht nur ein allgemeiner Verfall, sondern auch eine tiefgehende wirtschaftliche Krise einstellen und zwar umso rascher und leichter, je geringer die Widerstandskraft des Mittelstandes ist.

Unter diesen Umständen muss uns die Verworrenheit unserer inneren Politik, die auf unser öffentliches Leben und auf unsere ohnehin erschwerten wirtschaftlichen Verhältnisse mit einem Bleigewichte lastet, tief bekümmern. Man muss fast unwillkürlich die Frage stellen, ob es, bei solchen Zuständen, nicht vergeblich ist die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf die brennende Notwendigkeit einer Mittelstands-Organisation, und auf die vitale Bedeutung der einheitlich gefügten nationalen Gesellschaft zu lenken? Wo ist die noch geltende Autorität, wo die gewaltige Kraft, die im Stande wäre die Bürgerschaft zu selbstbewussten Taten, zur energischen Verteidigung ihrer Interessen und zur zielbewussten Orientirung ihres staatlichen Lebens in Reih und Glied zu ralliiren? Es sind dies Fragen, die Niemand zu beantworten vermag. Und doch ist die Lösung dieser Fragen die höchste Aufgabe eines jeden Bürgers, denn

die heutige Situation mahnt ihn gebieterisch zur Vorsicht, und zur vollen Entfaltung seiner Kräfte.

Wir dürfen es nie vergessen, dass — abgesehen von den in unserem Handelsverkehr gebundenen Kapitalien — der Werth unserer jährlichen landwirtschaftlichen und industriellen Produkte 11—12 Milliarden Kronen beträgt, wobei ein namhafter Teil des nöthigen Betriebskapitals von ausländischen Geldquellen beigestellt wird. Dabei ist noch der Umstand in Betracht zu ziehen, dass unsere industrielle Produktion noch überaus steigerungsfähig ist, dass unsere Textil-, Glas-, Leder-, Eisen- und Metallindustrie, wie auch unsere Montanindustrie nicht einmal den inländischen Konsum zu decken vermögen. Und von unserer landwirtschaftlichen Produktion ist es bekannt, dass sie durch eine intensivere Gestaltung der Boden- und Gartenkultur, durch die ausgedehntere Produktion von Handelsflanzen und eine weitere Entwicklung in der Verarbeitung der Landesprodukte in fast unabsehbarem Maasse gesteigert werden könnte.

All dies erfordert grosse Kapitalien, die wir zum weit überwiegenden Theile vom Auslande beschaffen müssen, was jedoch nur dann erfolgen kann, wenn sich unsere innere und auswärtige Politik im Zeichen der ruhigen und friedlichen Arbeit bewegt. Es kann gar nicht bestritten werden, dass dies auch der heisseste Wunsch der Nation ist und hier kann es praktisch demonstriert werden, wie nützlich es sein kann, wenn die von Haus aus friedlich gesinnte Bürgerschaft in der Leitung des staatlichen Lebens eine aktive Teilnahme beansprucht, Mittel und Wege findet auf die etwaige Agressivität dieser Politik einen mässigen Einfluss auszuüben.

Leider waren wir im abgelaufenen Jahre fast ausschliesslich auf unsere eigene Kraft angewiesen, weil sich unsere ausländischen Geldquellen infolge der gefährlichen auswärtigen Lage grösstenteils verschlossen haben und die Kapitalien, die man noch auftreiben konnte, abnorm teuer waren. Unser wirtschaftliches Leben hat trotzdem eine staunenswerthe Widerstandskraft bekundet. Was sich schon daraus ergibt, dass unsere Geldinstitute fest Stand hielten und die Fallimente — wenn sie auch das gewöhnliche Maass überstiegen — sich zumeist auf jüngere Firmen beschränkten und verhältnissmässig einen geringeren Umfang hatten, als in anderen Staaten. Das darf uns jedoch nicht allzu vertrauensselig machen, denn wenn auch die extreme, fast

krisenhafte Anspannung, die auf allen europäischen Märkten gewütet hat, jetzt ein Ende nehmen sollte, so kann auf eine baldige wesentliche Verwohlfeilung des Geldes dennoch kaum gerechnet werden. Ich habe, um das Problem der Verteuerung des Geldes ins Klare zu stellen in verschiedenen Richtungen nachgeforscht. Im Verlauf meiner Studien habe ich auch den *Zusammenhang zwischen Goldvorrath und Aussenhandelsverkehr* ins Auge gefasst und bin durch die Vergleichung der Ziffern zu sehr interessanten Schlussfolgerungen gelangt.

Die europäischen Notenbanken hatten — abgesehen von dem Silbervorrath, der mit etwa 2·5 Milliarden unverändert blieb — am J. 1900 einen Goldschatz von 8·16 Milliarden Francs, der sich im J. 1911 auf 12·55 Milliarden erhöhte. In derselben Zeit stieg die Noten-Circulation von 15·83 auf 23·48 Milliarden, was jedoch nebensächlich ist, da dieses Zahlungsmittel nur den inländischen Bedarf alimentiert, anderseits bewerthete sich der Aussenhandel der europäischen Staaten im J. 1900 mit rund 70 Milliarden und im J. 1911 mit rund 130 Milliarden Francs. Währenddem sich der Goldschatz der Notenbanken von 1900 bis 1912 um 50% erhöhte, hat der Umsatz des Aussenhandels um etwa 85% zugenommen. Wenn wir nun in Betracht ziehen, dass sich der interne Konsum in allen Staaten rapid erhöht hat, was die entsprechende Vermehrung der Produktion involviert, dann wird eine entscheidende Ursache der Geldknappheit und Geldteuerung augenfällig.

Eine andere ebenfalls entscheidende Ursache ist der ausserordentlich starke Goldexport. In dem letzten Jahrzehnt haben die europäischen Staaten in ihren Kolonien grössere Investitionen gemacht, Handels- und Finanz-Institute gegründet, was natürlich grosse Summen heimischen Kapitaless beanspruchte. Auch haben die überseeischen Staaten auf den europäischen Geldmärkten Emissionen placiert und die derart importirten Goldmengen nur zum geringen Theile für bezogene Waren zurückgesendet. Es ist somit der Goldvorrath, die Basis und das Mittel des Warenaustausches, im Vergleiche zum Umfange des auswärtigen Handels stark zurückgeblieben, andererseits aber hat dieser relativ ohnehin stark zurückgegangene Goldvorrath sein Bethätigungsgebiet in ausserordentlichem Maasse erweitert. Ich habe die ausgleichende Wirkung des stark angewachsenen Check- und Clearingverkehrs ausser Acht gelassen, habe jedoch eben deshalb die im

heimischen Verkehre gebundenen Kapitalien ebenfalls nicht berücksichtigt.

Unter solchen Verhältnissen können sich wohl günstigere Perioden einstellen, aber eine allgemeine und wesentliche Linderung der Geldknappheit und Gedteuerung ist kaum zu erwarten. Die kompetenten Faktoren müssen daher ernstlich damit rechnen, dass *die Goldvaluta den durch die Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens geschaffenen Bedarf immer weniger befriedigt* und dass man die Elastizität des Verkehres durch andere internationale Werthe, durch die *Waren-Valuta* sichern muss. Diese Werthe sind wohl relative, es könnte aber eine solche prozentuale Einheit festgestellt werden, welche *den internationalen Verkehr der Warrantscheine* über die in den öffentlichen Lagerhäusern befindlichen Waren ermöglichen würde.

Die Geldteuerung hat auch bei uns einen Druck auf die wirtschaftliche Entwicklung ausgeübt, obschon derselbe, Dank der ausgezeichneten Konjunktur, bis zum letzten Quartale des vergangenen Jahres sich kaum fühlbar machte. Dann aber hat der Balkankrieg und die Eventualität eines europäischen Konfliktes einen wahrhaftigen Geldmangel verursacht, der durch die diplomatische Erledigung der Prizrender Affaire und den Frieden verheissenden Verlauf der Londoner Konferenz um eine kaum bemerkbare Nuance gelindert wurde. So viel aber hat der Verlauf der Konferenz doch ergeben, dass die abnorm hohen Devisenkurse in der dritten Dezember-Woche zurückgingen und eine abermalige Erhöhung der Bankraten vermieden werden konnte.

Die grosse Widerstandskraft und Aktivität des ungarischen Wirtschaftsleben wird auch dadurch bekundet, dass unsere *Kapitalsbewegung* — wenn sie sich auch in keinem so breiten Rahmen bewegte wie im J. 1911 — auch im abgelaufenen Jahre eine ziemlich ansehnliche Summe repräsentirte. Es betrugen nämlich die *Emissionen neuer Werthpapiere*

	1910	1911	1912
Geldinstitute	283,389.000	943,436.000	174,250.000
Industriebetriebe	149,331.000	175,415.800	191,842.000
Handelsbetriebe	16,253.000	21,649.000	26,035.000
Landw. Betriebe	830.000	7,700.000	—
Verkehrsbetriebe	17,860.000	60,372.800	69,352.000
Assekuranz-Gesellschaften	1,000.000	15,820.000	4,700.000
Zusammen	468,664.000	624,394.100	466,179.000
Nach Abzug der Liquidationen und Kapitalsreduktionen	41,267.000	65,632.000	66,292.000
Endsumme	427.397	558,762.000	399,887.200

Mein ausgezeichnete Kollege Anton v. *Deutsch*, der seine sehr gründlichen und interessanten „Rückblicke auf die ungarische Volkswirtschaft“ Jahrzehnte hindurch herausgegeben und sich auch sonst vielfach in hervorragender Weise bethätigt hat, veröffentlicht soeben im Wiener „Handelsmuseum“ vom 6. März 1913, eine Zusammenstellung die nach anderen Grundsätzen aufgestellt ist und die ich hiemit reproduziere:

Es haben in Ungarn im Jahre 1912 folgende Emissionen stattgefunden:

	Kronen
Staatsschatzbons	125.000.000
Budapester Stadtanleihe	50.000.000
Pfandbriefe, Hypotheken-Ob- ligationen	180.000.000

Neugründungen:

	1912	1911
Budapest, 17 Banken	14.610.000	34.556.000
Budapest, 106 sonst. Unter- nehmen	57.530.200	84.270.000
Budapest 10 Verkehrs-Unter- nehmungen	53.417.800	27.157.000
Provinz 76 Geldinstitute	17.355.000	36.556.000
Provinz 150 Industrie-Untern. .	61.276.300	61.859.800

Kapitalvermehrungen:

Budapest, 17 Geldinstitute . .	57.720.000	117.070.200
Budapest, andere Untern. . . .	92.611.600	77.332.000
Provinz, 282 Geldinstitute . . .	89.998.300	123.636.450
Provinz, 76 Industrie-Untern. .	37.407.680	22.633.000

Die Neugründungen und Kapitalvermehrungen betrugen:

1912	479.927.180 K	
1911	584.650.050 „	
1910	410.103.275 „	
Gesamt-Emissionen	842.9 Millionen	1.294 Millionen

Wenn wir mit 53.241,470 K die Liquidationen von 9 Geldinstituten und 48 Unternehmungen und die Kapitalsreduktionen in der Hauptstadt, ferner mit 26.683,000 K die Liquidationen und Reduktionen in der Provinz in Abzug bringen, finden wir, dass der *Nettobetrag der Emissionen* im Jahre 1912 bloß 763 Millionen Kronen betrug, um 475 Millionen weniger als im Jahre 1911.

Diese Kapitalbewegung soll nun samt den Begleit-Erscheinungen detailliert werden. Vorher aber möchte ich jene

internationalen Wirtschaftsfragen

besprechen, welche unsere Interessen direkt berührt haben. Ich hüte mich zwar sorgsam vor politischen Themen, bin aber genöthigt auf den Umstand hinzuweisen, dass die Scheidelinie zwischen Tripel-Allianz und Tripel-Entente im verflossenen Jahre deutlicher zum Vorschein gekommen ist. Jetzt, wo diese schreckliche Spannung bis zum äussersten gedieh, kann ich mich nicht der Impression entziehen, dass die erwähnten Mächte über die bevorstehenden Ereignisse im Reinen waren, namentlich darüber dass Italien die afrikanischen Besitzungen der Türkei angreifen wird und dass die Balkanstaaten bald losschlagen würden. Bezüglich der Aktion Italiens sind unzweifelhaft vertrauliche diplomatische Vorverhandlungen gepflogen worden und die Absichten der Balkanstaaten konnte man schon damals voraussehen als dieselben angeblich über eine Zoll-Union verhandelten, eigentlich aber das jetzige Bündniss vorbereiteten, welches damals vielfache Diplomatenreisen und Herrscherbesuche veranlasste.

Bei der retrospektiven Betrachtung erscheinen uns diese Sachen sehr einfach. Als aber Ende 1910 und im J. 1911 — vom verflossenen Jahre wollen wir gar nicht reden — die französische Regierung die Auflegung der Anleihen von Tripel-Allianz-Staaten auf dem Pariser Markte schroff untersagte und in diesem Verhalten durch England und Russland unterstützt wurde, konnte man dieses schroffe Auftreten sich in keiner Weise erklären.

In die Geheimschriften der Diplomatie, haben wir auch jetzt keinen Einblick und können wir nur so viel konstatieren, dass sich die zwei Staatengruppen einander scharf gegenüber standen. Und wenn wir dem eigentlichen Grunde dieser Stellungnahme nachforschen, sehen wir, *dass es sich hier nicht um die serbischen Aspirationen, und auch nicht um die Adria-Häfen handelt, sondern um das rapide Anwachsen der politischen und wirthschaftlichen Macht des Deutschen Reiches, welches die Entente-Mächte in ihren materiellen Interessen tangiert.* Seit einer Reihe von Jahren hören wir immerfort — abgesehen von dem französischen Revanche-gedanken — in verschiedenen Varianten von der Anspannung oder der Entspannung der russisch-deutschen und der englisch-deutschen Beziehungen. Und wir müssen damit rechnen, dass es sich da nicht um pure Stimmungen, sondern um grosse Interes-

sen-Konflikte oder um den Ausgleich derselben handelte. Und es ist bemerkenswerth, dass die interessierten Staaten ihre Bürger schon seit langen Jahren an den Gedanken einer bewaffneten Abrechnung gewöhnen und die Lage, die am Ende des letzten Jahres sich so zugespitzt hat, erregte die nicht ganz grundlose Befürchtung, dass die Mächte den Zeitpunkt dieser Abrechnung als bevorstehend erachteten.

Und nun stelle ich die Frage, was uns all das angehe? Unsere Interessen kreuzen sich nirgends mit jenen Russlands, Frankreichs oder Englands. Wir bedrohen keineswegs ihre Kolonien, ihre Welthandels-Positionen, und wenn die Gefahr eines Krieges uns bedroht oder noch bedrohen sollte, so würden wir diesen Krieg nicht für unsere eigenen Interessen führen, sondern zur Verteidigung der Machtstellung Deutschlands. Sagen wir, dass dies in Ordnung sei. Ich will in der heutigen gefährlichen Lage aus dieser Feststellung keinerlei Schlussfolgerungen ableiten, so viel aber möchte ich hier feststellen, dass *das Lob der Nibelungen-treue nicht dem Deutschen Reiche, sondern unserer wirklich selbstlosen Kriegsbereitschaft gebührt.*

Und wenn wir den Gedanken weiter spinnen, so können wir bei Oesterreich auch eine aussergewöhnliche Selbstaufopferung konstatieren, da die *alldutsche* Bewegung, wenn sie auch sehr vorsichtig auftritt, ihre Fühler sehr häufig nach den Deutsch-Österreichern ausstreckt.

Diese Bewegung wurde im abgelaufenen Jahre durch einen recht charakteristischen Fall beleuchtet, der nur zu wenig beachtet wurde. In Berlin besteht eine Organisation, die wohl keine Institution ist, aber in ihre Thätigkeit nicht nur die Handelskammern und Wirtschaftsvereine des Deutschen Reiches, sondern auch jene des deutschen Sprachgebietes von Oesterreich und der Schweiz einbezogen hat. Diese Organisation hielt am 5. und 6. Juni in Berlin eine Jubiläums-Zusammenkunft, die sich als wirtschaftlicher Kongress präsentierte. Die Verhandlungsgegenstände dieses Kongresses sind an und für sich nicht von Belang. Wesentlich, und für die Selbstopferung Österreichs charakteristisch ist nur jener Umstand, dass *bei diesem Anlasse in Deutschland in der Form eines Wirtschaftskongresses eine solche Organisation systemisiert wurde, die sich von anderen wirtschaftlichen Organisationen dadurch unterscheidet, dass sie im ganzen deutschen Sprachgebiete funktioniert.* Es ist dies gewiss eine rührende

Kundgebung der Bundestreue. Ich will die hiebei bekundete Tendenz nicht ergründen, denn die Thatsache ist schon an und für sich einer Erwähnung werth.

Und in mitten der internationalen Beziehungen, die so schwere Sorgen einflößen, und uns das durch wirtschaftliche Interessen-Gegensätze in zwei Lager gespaltene Europa zeigen — bemerken wir die überraschende Tatsache, dass die Zahl der *internationalen Institutionen*, die den gegenseitigen wirtschaftlichen und rechtlichen Schutz zu organisieren trachten, noch immer zunimmt. Wir erwähnen hier nur einige solche Institutionen:

Internationales Friedensgericht im Haag.
 Weltpostverein.
 Welt-Eisenbahn-Verband.
 Internationales Institut für Landwirtschaft.
 Internationales Arbeitsamt.
 Internationale Kolonial-Institution.
 Internationales Bureau für Maasse und Gewichte.
 Internationales Bureau zur Bekämpfung des Sklavenhandels.
 Internationales Zolltarif-Bureau.
 Internationales Bureau für Social-Hygiene.
 Internationaler Verein für gesetzlichen Arbeiterschutz.
 Internationales Verein zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
 Internationales Bureau für Patentwesen und Musterschutz.

Und dabei mehrt sich alljährlich die Zahl der Fach-Kongresse und Beratungen, in welchen international vereinbarte Rechtsnormen und Verfügungen angeregt werden, die dann auch zur Geltung gelangen. In diesem Abschnitte sollte ich nun die internationalen Vereinbarungen von ausgesprochen wirtschaftlicher Natur resumieren. Bevon ich jedoch auf dieses Thema übergehe, will ich zwei sehr bedeutsame Ereignisse erwähnen. Ich meine die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten und den grossen Kohlenstreik in England.

Die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten ist in der Regel ein, auch für Europa bedeutsames Ereigniss, denn dieser Akt verursacht in der Union eine ziemlich starke wirtschaftliche Depression, die — zumindest durch ein Zurückdrängen der Einwanderung — auf die europäischen und speciell auch auf die ungarischen Verhältnisse zurückwirkt. Die letzte Präsidentenwahl verlief, zur allgemeinen Überraschung, im Zeichen einer Hochkonjunktur. Aber der Umstand, dass durch diese Wahl die seit 20 Jahren herrschende republikanische Partei geschlagen wurde und nun die demokratische Partei an das Ruder gelangt, wird solche Folgen haben, die auch für Europa bedeutsam sein

könnten. Ich meine die Revision des prohibitiven Zolltarifes der Union und die eventuelle Massregelung der Truste. Die demokratische Partei hat eben diese zwei Programmpunkte zur Plattform gehabt und so darf vorausgesetzt werden, dass der Sieg der Demokraten eine den prohibitiven Schutzzöllen und der Trustwirtschaft feindselige Gesinnung des Volkes zum Ausdrucke bringt. Die Börse hat die Wahl Wilsons mit einem starken Kurssturze begrüsst. Der siegende Präsidentschafts-Kandidat beeilte sich den Geldmarkt zu beruhigen, dass wirtschaftliche Organisationen die mit erlichen Mitteln operieren und den freien Wettbewerb nicht unterdrücken, von seinem Regime nichts zu befürchten haben. Diese Äusserung war ganz plausibel. Ein so riesenhaftes Produktions- und Konsumgebiet, wie die Vereinigten Staaten, kann seine wirtschaftliche Struktur von heute auf morgen nicht ummodelln. Man hat also damit zu rechnen, dass die Revision des jetzigen Regimes mit vorsichtiger Bedachtsamkeit erfolgen wird. Die in der Union zu inaugurierende Zoll- und Kartellpolitik wird aber immerhin auf jene Europas einen grossen Einfluss ausüben.

Der englische Kohlenstreik war das wichtigste wirtschaftliche Ereigniss des Jahres, nicht darum weil zwei Millionen Arbeiter fünf Wochen hindurch gefeiert haben und dadurch den Kohlenwerken, der Industrie und dem Handel einen mit Milliarden zu beziffernden Schaden verursacht haben, sondern weil er dem englischen Parlament Anlass gegeben hat den *Minimal-Arbeitslohn gesetzlich zu fixieren*, was bisher noch nirgends geschehen ist. Ministerpräsident Asquith hat am 19. März eine Bill eingebracht, die nach kurzer Debatte votiert wurde und alle Kohlenwerke des Landes verpflichtet, allen ihren unter der Erde beschäftigten Arbeitern einen bestimmten Minimallohn zu zahlen. Im Sinne des Gesetzes können aber auf diesen Minimallohn nur solche Arbeiter Anspruch erheben, die zumindest ein bestimmtes Arbeitsquantum leisten, anderseits kann der Arbeitgeber, wenn der minimale Arbeitslohn sein Kohlenwerk unrentabel macht, dasselbe sperren. Diese Bill wurde auch von der Arbeiterpartei angenommen, weil sie keine Strafbestimmungen enthält.

Im Jahre 1912 wurde in Boston der *V. Internationale Kongress der Handelskammern und Commerziellen Vereine* mit folgender Tagesordnung abgehalten: 1. Vorschläge zur Errichtung von internationalen Schiedsgerichten, welche der kommerziellen

Judicatur einheitliche Leitsätze sichern. 2. Internationale Vereinheitlichung des Checkrechtes. 3. Reform-Vorschläge die der im J. 1913 in Madrid abzuhaltenden Konferenz des Weltpostvereines unterbreitet werden sollen. 4. Ehebaldige Errichtung eines Institutes für internationale Handels-Statistik, behufs Vereinheitlichung des Warenklassen-Schemas. 5. Entwurf einer internationalen Seerechts-Konvention. 6. Internationale Regelung des Ausstellungswesens. 7. Internationale Vereinbarung der Notenbanken. 8. Aufhebung der für ausländische Handelsreisende aus konfessionellen Gründen erlassenen Bestimmungen.

Zum 4-ten Punkte der Tagesordnung hat Paul Szende, Generalsekretär der Ungarischen Kaufmännischen Landes-Vereinigung einen Beschlussantrag eingereicht, laut welchem der Kongress die Statistischen Ämter der einzelnen Staaten auffordert über die Engros- und Detailpreise der wichtigeren Rohstoffe und Halbfabrikate nach einheitlichen Methoden, auf Grund identischer Qualitäts-Typen, statistische Ausweise zu veröffentlichen, bei der Feststellung der Durchschnittspreise die am häufigsten vorkommenden Preise zur Richtschnur zu nehmen und für die Werthbestimmung jeder Warenkategorie identische Methoden zu bestimmen, ferner bei der Berechnung der Index-Zahlen und bei den Erhebungen über die Arbeitslöhne in den verschiedenen Staaten identische Grundsätze zu befolgen.

Die *Mitteuropäischen Wirtschafts-Vereine* haben ihre diesjährige Konferenz Mitte April in Brüssel abgehalten. Am ersten Tage wurde der Beschluss-Antrag des Geheimrathes Prof. Wolf verhandelt, welcher die Regelung der gegenseitigen Beziehungen der Notenbanken, die Einsetzung einer ständigen Kommission und die Einberufung von periodischen gemeinsamen Konferenzen zur Regelung der Goldpolitik bezweckte. Der ungarische Referent, Béla v. Jankovich, damals Vicepräsident des Abgeordnetenhauses, heute Minister für Kultus- und Unterrichtswesen, erörterte die Frage vom Gesichtspunkte der ungarischen Interessen und unterstützte den negative Gegenantrag des belgischen Referenten. Advokat Aurel Engel unterstützte den Antrag des Geheimrathes, worauf die Konferenz einstimmig den Wunsch aussprach, die Notenbanken mögen internationale Konferenzen systemisieren, um die Regelung der internationalen Zahlungen zu beschleunigen und zu diesem Zwecke den internationalen Giro- und Clearing-Verkehr zu organisieren, das In-

kasse ausländischer Forderungen zu besorgen und gegenseitige Kreditbriefe auszustellen. Bezüglich einer einheitlichen internationalen Waren-Klassifikation hat die Konferenz den Wunsch ausgesprochen, dass die Staaten Mitteleuropas ihre Zolltarifschemen in analoger Weise aufbauen mögen. Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildete die Frage des einheitlichen Markenschutzes. Die Einladung im J. 1913 die Konferenz in Budapest abzuhalten, wurde beifällig aufgenommen.

Im abgelaufenen Jahre kam auch eine Vereinbarung zur *internationalen Regelung des Ausstellungswesens* zustande. Es wurde zu diesem Zwecke in Berlin eine diplomatische Ausstellungs-Konferenz abgehalten und wurde die hier vereinbarte Konvention am 26. Oktober unterzeichnet. Die wichtigsten Punkte der Vereinbarung sind die folgenden: Die unterfertigten Staaten verpflichten sich an Weltausstellungen nur dann teilzunehmen, wenn dieselben auf dem Gebiete der Vereinbarung höchstens einmal in drei Jahren und auf dem Gebiete der betreffenden Staaten in mindestens 10 jährigen Zeitabständen veranstaltet werden. Es soll damit den allzuhäufigen Weltausstellungen ein Riegel vorgeschoben werden. Die Konvention präzisiert den Begriff der „offiziellen“ und der „offiziell anerkannten“ Ausstellungen. Für die Art der Einladungen, die Organisation und die Dauer der Ausstellungen, für die Organisation der ausländischen Abteilungen, wie auch für die Zusammenstellung und die Prozedur der Jury und die Zuerkennung der Medaillen und Diplome wurden gemeinsame Prinzipien festgestellt. Die Privat-Ausstellungen sind in der Konvention nicht berücksichtigt, es ist jedoch wahrscheinlich, dass die an der Konferenz vertreten gewesenen Regierungen diesbezüglich in übereinstimmender Art vorgehen werden. Über die Bekämpfung der Winkel-Ausstellungen und des Schachers mit Ausstellungs-Medaillen enthält die Konvention klare Bestimmungen.

Behufs einheitlicher *Regelung der Lebensmittel-Untersuchungen* hatte im J. 1910 eine internationale Konferenz stattgefunden und wurde für den 7. Oktober 1912 eine zweite internationale Konferenz einberufen. Man diskutierte auch diesmal die verschiedenen Methoden der Lebensmittel-Untersuchung, wie auch die Organisations-Systeme der zur Bekämpfung der Lebensmittel-Fälschungen berufenen chemischen Laboratorien, wo-

bei eine thunlichst einheitliche Regelung der in Betracht kommenden Fragen angestrebt wurde.

Auf Anregung eines Vereines französischer Industriellen und Kaufleute hat die französische Regierung nach Paris eine *internationale Zollkonferenz* einberufen, die im Mai 1913 zusammentreten soll. Die Tagesordnung derselben enthält folgende wichtigere Punkte: 1. Errichtung eines Bureaus für internationale Handels-Statistik. 2. Die Behandlung der reisenden Kaufleute und ihrer Warenmuster. 3. Internationale Erledigung von Zoll-reklamationen. 4. Einheitliche Definition des Brutto- und des Nettogewichtes.

Die französische Regierung hatte schon im J. 1911 eine Verordnung erlassen, laut welcher die Emballage nach dem Zollsatz der Ware zu verzollen wäre. Da die interessierten Staaten hiegegen Einspruch erhoben, wurde die Tara-Verordnung wesentlich modifiziert und ist am 1-ten September in stark gemilderter Form ins Leben getreten. Bei diesem Anlasse wurde die *internationale Bedeutung der Tarafrage* in weiten Kreisen in Erwägung gezogen und hat das Handelspolitische Verständigungs-Komitée in Berlin die Frage angeregt ob es nicht möglich wäre die Tara-Verordnungen der einzelnen Staaten zu vereinheitlichen, bzw. eine internationale Tara-Verordnung zu schaffen. Das Komitée machte den Vorschlag man möge, wenn die Erlassung einer internationalen Tara-Verordnung nicht durchführbar sein sollte, vorläufig die Tara-Bestimmungen in die Handelsverträge einschalten, um denselben gesetzliche Kraft zu verleihen und den von heute auf morgen im Verordnungswege erfolgenden Abänderungen derselben vorzubeugen.

Von Mitte Juni bis Ende Juli 1912 tagte im Haag eine *internationale Wechselrechts-Konferenz*, welche den Zweck verfolgte, die Principien des einheitlichen Wechselrechtes festzustellen. Es beteiligten sich an derselben Ungarn, Österreich, Deutschland, die Niederlande, Frankreich, Belgium, Russland, Schweden, die Schweiz, die Türkei, Bulgarien, Dänemark, Luxemburg, Montenegro, Norwegen, Brasilien, Chile, Mexico, Nicaragua und Paraguay. Abwesend waren somit England, die Vereinigten Staaten und Italien. Am bedauerlichsten war die Abwesenheit Grossbritanniens, da eine Erreichung des beabsichtigten Zweckes ohne die Teilnahme und die Mitwirkung Englands kaum möglich ist. Unter solchen Umständen müssen nun die teilnehmen-

den Staaten — die sich übrigens in allen Punkten einigten — in erster Reihe England für die Idee zu gewinnen suchen.

Die wichtigsten Ergebnisse der Konferenz betrafen die für den Devisen-Verkehr zu treffenden Bestimmungen, wogegen die Regelung des inländischen Wechselverkehrs jedem Staate für sich anheimgestellt wurde.

Bei diesem Anlasse erwähne ich auch die vom Breslauer Volkswirthen Dr. Kurt v. Eichhorn in einer deutschen Zeitung gemachte Anregung, dass die Notenbanken in dem incidental Goldverkehr nur Gold-Zertifikate verwenden und das effektive Gold in ihren Kellern behalten mögen.

Diese knappe Schilderung der internationalen Verhältnisse kann ich nicht abschliessen, ohne den Balkankrieg zu erwähnen, der in den Wirtschaftsbeziehungen bedeutende Verschiebungen verursachen wird.

Auf die geschehenen Ereignisse werde ich noch zurückkommen. Auf das, was nun geschehen wird, senkt sich noch der Schleier der Zukunft. Bisher hat der Krieg schweres Unheil angerichtet, schwere Sorgen eingeflösst. Möge er wenigstens für die Zukunft bessere Folgen zeitigen.

Ich übergehe nun auf die ungarischen Verhältnisse und in erster Reihe auf

die ungarischen Staatsfinanzen,

welche ein erfreuliches Bild bieten könnten, wenn dasselbe nicht durch den Gedanken getrübt würde, dass die glänzenden Einnahmen des Staates den Steuerzahlenden jetzt recht schwer fallen. Aber mit dem Raisonnieren kommen wir nicht weit; das stetige Anwachsen der Bedürfnisse des Staates ist eine logische Folge der nationalen Entwicklung. Und wenn wir die Aufstellung des Staatsvoranschlages beobachten, müssen wir dem Lande mit derber Offenheit zu Gemüthe führen, dass *in den meisten Fällen der Finanzminister gegen die ihn von allen Seiten bestürmenden Ansprüche harte Kämpfe ausfechten muss*. Die Beamten, alle Zweige der Produktion, sämtliche Beschäftigungs- und Erwerbskategorien fordern vom Staate immer neue und grössere Opfer und behaupten, dass die Verweigerung dieser Opfer den Entwicklungsgang ihrer Produktion arg gefährden müsste. Und dabei hört man anderseits über den nimmersatten Hunger des Staatsäckels

und die erdrückenden Steuerlasten bittere Klagen, die dem unbefangenen Zuschauer gar befremdlich klingen.

Infolge der politischen Wirren gab es im abgelaufenen Jahre keine Budgetdebatte, obschon der im September unterbreitete Staatsvoranschlag für das Jahr 1913 der Kritik reichen Stoff geboten hat.

Ich denke da nicht an die Äusserlichkeit, dass die Einnahmen und die Ausgaben zum ersten Male die runde Summe von je zwei Milliarden überschreiten und die Ausgaben wieder rapid steigen, sondern an die Tendenz, die sich in der unaufhörlichen Expansion der staatlichen Betriebe, in der stetigen Vermehrung der staatlichen Angestellten, besonders aber in der Methode der Erhöhung der Einnahmen offenbart. Ich berufe mich hier auf die Erörterungen des vortrefflichen Referenten für das Budget, des Abgeordneten Roland v. *Hegedüs*, der die charakteristische Thatsache feststellt, dass die eigentlichen Verzehrungssteuern bereits 51·2% der gesamten Steuern ergeben, der Prozentsatz der direkten Steuern hingegen auf 48·3% gesunken ist. Eigentümlicherweise hat man diesen Umstand als ein grossartiges staatsfinanzielles Ereigniss gefeiert. Ich erachte dies meinerseits im Gegenteil für ein sehr beunruhigendes, ja sogar krankhaftes Symptom, denn der elementarste steuerpolitische Grundsatz fordert die proportionelle Besteuerung der Bürger. Es kann nämlich nicht gezeugnet werden, dass die Verzehrungssteuern fast ausschliesslich den Mittelstand belasten, die ohnedies das Gros der direkten Steuern beitragen. Ich weiss es wohl, dass der Fiscus für die verdeckten Steuern stets eine Vorliebe hat, anderseits aber hat die Bürgerschaft ein eminentes Interesse daran, dass der Beitrag zu den Staatsbedürfnissen in jeder Richtung klar gestellt werde. Nur so kann man es vermeiden, dass einzelne Schichten der Gesellschaft zum Nachteile anderer Klassen begünstigt werden.

Das Budget pro 1913 unterscheidet sich von seinen Vorgängern nur darin, dass die einzelnen Posten erhöht sind. Charakteristisch ist es, dass die Einnahmen im Vergleiche zum J. 1912 um 167 Millionen K und im Vergleiche zu 1911 um 297 Millionen Kronen anwachsen.

Das stetige Anwachsen der Hauptsummen wird für die abgelaufenen 10 Jahre in folgender Zusammenstellung ersichtlich gemacht.

Jahr	Ordentliche		Überschuss der Einnahmen
	Einnahmen	Ausgaben	
	i n T a u s e n d K r o n e n		
1902	1,077.810	999.216	78.594
1903	1,095.553	1,013.911	81.642
1904	1,175.740	1,041.085	134.655
1905	1,151.676	1,063.390	88.277
1906	1,343.272	1,110.405	232.867
1907	1,366.140	1,205.677	160.503
1908	1,418.456	1,323.173	95.283
1909	1,393.786	1,343.669	50.176
1910	1,476.210	1,421.312	54.899
1911	1,537.166	1,497.400	144.766
1912	1,667.091	1,580.379	86.712
1913*)	1,834.299	1,721.781	112.468

Das im J. 1912 vorgelegte Budget pro 1913 will ich jetzt bilanzmässig aufstellen. Die Hauptsummen sind die folgenden:

Ordentliche Einnahmen . . 1.834,299.156 K.

Ordentliche Ausgaben . . 1.721,781.426 K.

Es zeigt sich somit im Ordinarium ein Überschuss von 112,517.730 Kronen.

Im Extraordinarium sehen wir 350,972.770 K transitorische und Investitions-Ausgaben und 238,509.875 K ausserordentliche Einnahmen, somit ein Defizit von 112,467,895 Kronen.

Der Gesamt-Etat zeigt 2.072,754.196 Kronen Ausgaben und 2.072,809.031 Kronen Einnahmen, somit als Endergebnis einen Überschuss von 54.835 Kronen.

Wenn wir die Ergebnisse des Ordinariums und des Extraordinariums jenen des Jahres 1912 gegenüberstellen, ergibt sich bei den Ausgaben eine Erhöhung von 220 Millionen K, wovon 141.4 Millionen K auf das Ordinarium, 3.14 Millionen K auf die transitorischen Ausgaben und 75.5 Millionen K auf bedeutendere Investitionen entfallen. Von der Erhöhung der Einnahmen entfallen 167.2 Millionen K auf die ordentlichen Einnahmen, und 52.9 Millionen auf die ausserordentlichen Einnahmen. Ich möchte hier hervorheben, dass von der Erhöhung der Ausgaben 50.5 Millionen K auf die staatlichen Betriebe und Monopolen und 44.3 Millionen auf die Erhöhung der Beamten-Bezüge entfallen, anderseits aber zu der Erhöhung der Einnahmen die staatlichen Betriebe 95 Millionen Kronen beitragen.

Betreffs des Zeitpunktes, in welchem die *Rechnungsabschlüsse* unterbreitet werden, hat sich eine unstatthafte, ja sogar

*) Voranschlag.

gesetzwidrige Praxis eingebürgert. Die Ministerien ignorieren die im § 22. des Gesetzes XVIII. v. J. 1870 enthaltene Bestimmung laut welcher der Staatsrechnungshof bis zum 1-ten September eines jeden Jahres die auf das vorangegangene Jahr bezüglichen Schlussrechnungen fertigzustellen, dieselben mit dem entsprechenden Staatsvoranschlag zu vergleichen und an den Ministerrat zu leiten hat, welcher dieselben unverzüglich dem Parlamente unterbreiten soll. Trotz dieser Bestimmung des Gesetzes werden die Schlussrechnungen bei Einreichung des neuen Budgets vorgelegt, neuestens aber wird das nur markiert. Diese gesetzwidrige Praxis wird nun auch dadurch verschlimmert, dass — wie es in der Schlussrechnungs-Kommission im Dezember konstatiert wurde — man jetzt mit der Überprüfung der Schlussrechnungen für fünf Jahre im Rückstande ist.

Der Vollständigkeit halber erwähne ich noch, dass in den Schlussrechnungen pro 1911 die Staatsschuld Ungarns (Ende 1911) 5.406,957.644 Kronen betrug. Die Passiven des Staates machen 6.390,863.682 Kronen; dem gegenüber sind die Aktiven Ungarns mit 8.855,385.897 Kronen bewertet, so dass die *Vermögensbilanz Ungarns eine Überbilanz von 2.464,522.214 Kronen aufweist*. Im Vergleiche zum J. 1910 ist das Vermögen des Staates um 179,087.754 K, im Vergleiche zum Jahre 1909 um 343,186.840 Kronen gestiegen. Soviel beträgt das Ergebnis der Investitionen. Ende 1911 betrugen die Kassenbestände 224 Millionen Kronen.

Die ausserordentliche Steigerung der Bedürfnisse des Staates hängt auch mit dem unliebsamen Umstande zusammen, dass *das Publikum sich von den Staatsrenten immer mehr und mehr abwendet*, so dass der Kurs derselben stetig sinkt, was dann die Unterbringung der neuen Anleihen verteuert und namhaft erschwert. Diese Erscheinung macht sich nicht nur bei uns, sondern auch in den grössten Kapitals-Zentren bemerkbar. Am auffälligsten zeigte sich dies gleich am Anfang des Berichtsjahres, als Frankreich 4%-ige Obligationen emittieren musste, um die Kosten der Eisenbahn-Investitionen aufzubringen, wo doch in Frankreich seit langer Zeit der 3%-ige Renten-Typus herrscht. Dieser Umstand hat in Frankreich selbst das grösste Aufsehen erregt und im Senate wurde der Finanzminister Klotz zur Rede gestellt. Der Minister erklärte, dass eine Emission von 3%-igen Renten Fiasco gemacht hätte. Hätte man dennoch solche Titres aufgelegt, so hätte der

Emissionskurs bei 500 Frank Nominale nur 405 Frank sein können, so dass die Anleihe dem Staate noch höher zu stehen gekommen wäre. Dass diese Auffassung die richtige war, zeigte sich im August, als die belgische Regierung 300 Millionen Frank 4%-ige Renten begeben wollte, damit aber Fiasco machte. Obschon in Belgien der Typus 3% und 3½% herrscht und man von der 4%-igen Anleihe statt 300 Millionen Frank bloß 150 Millionen placieren wollte, wurden dennoch im ganzen bloß 137 Millionen gezeichnet.

In Deutschland, Österreich und Ungarn versuchte man den Markt der Renten durch die verschiedenartigsten Massregeln zu erweitern. In *Preussen* schuf man ein Gesetz, welches die Sparkassen verpflichtet 20—30 v. Hundert ihrer Einlagen in Pupillar-Werthen anzulegen, wovon drei Fünftel Staatspapiere sein müssen. In *Österreich* wurde die Verpflichtung zum Kauf von Renten einfach in der Konzession stipuliert. Der diesbezügliche Punkt besagt, dass die von der Bank auf Einlagebüchel und Kassenscheine übernommenen Gelder das Zweifache des eingezahlten Aktienkapitales nicht überschreiten dürfen und die Einlagen, die dieses Maximum überschreiten in vinkulirten und das Eigentum der Bank bildenden Staatspapieren angelegt werden müssen. In *Ungarn* hat die Regierung noch im Juli an sämtliche Munizipien ein Rundschreiben erlassen, in welchem die Komitate aufgefordert werden den auf ihrem Gebiete liegenden Kommunen den Ankauf von Kronenrenten zu empfehlen, wenn sie den Gegenwert der in ihrem Besitze befindlichen und devinkulirten Staats-Schuldverschreibungen zu ersetzen haben.

Das waren natürlich bloß Versuche die nicht zum Zwecke führten. Es handelt sich hier um viel tiefer liegende Übelstände, deren Ursache in der allgemeinen Wirtschaftslage wurzelt. Es haben sich im Berichtsjahre nicht nur die Regierungsmänner, sondern auch eine Legion von Volkswirten mit dem *Probleme des Kurssturzes der Renten* beschäftigt, ohne dass es gelungen wäre dieses Problem ganz klarzustellen. Der Gedanke, dass die staatlichen und anderen öffentlichen Anleihen und sonstige festverzinsliche Wertpapiere den Markt im letzten Jahrzehnt in immer grösseren Mengen überflutheten, so dass die Märkte mit solchen Werten zu stark saturiert wurden, und die Reaktion nicht ausbleiben konnte — ist ganz richtig und wirft auf die Lage ziemliches Licht. Ich möchte aber nebstbei auf einen Umstand hinwei-

sen, welcher für die Klärung des Problemes von entscheidender Wichtigkeit ist. Ich meine die allenthalben fühlbare ausserordentliche *Teuerung*. All jene, die sich mit dem Ertrage von Staatspapieren bisher begnügen konnten, haben nach und nach die Wahrnehmung gemacht, dass ihr fixes Einkommen ihre Bedürfnisse nicht mehr deckte und dass sie auf die Vermehrung ihres Einkommens bedacht sein müssten. Und da lenkte sich ihre Aufmerksamkeit auf die Industrie-Papiere die ihren Eigentümern hohe Dividenden zahlten. So kam es dann, dass *die Inhaber von Staatsrenten diese Werte gegen Industripapiere umtauschten*.

Dieser Vorgang machte sich auf dem Rentenmarkte sofort fühlbar, da dort das Angebot stetig stieg, die Nachfrage hingegen schwächer wurde.

Dieser Umstand zeitigte eine andere Erscheinung die verwandten Ursprunges ist. Das starke Anwachsen des Konsums verursachte eine stetige Erhöhung der Produktion und der Umsätze des Handels, was dann immer grössere Kapitalien erforderte und natürlich eine Steigerung des Zinsfusses, die Verteuerung des Geldes zur Folge hatte. *Nicht nur die kleinen Sparer, sondern auch die grossen Banken suchten sich ihrer Renten und sonstigen fix verzinslichen Papiere zu entledigen, da sie die Barbestände zu viel höheren Zinsen placieren konnten*. Eine weitere Ursache des Preissturzes der Renten schufen die Regierungen selbst indem sie infolge der hier behandelten Umstände *Renten mit höherer Verzinsung emittierten*. Die Rentenbesitzer beeilten sich ihre früheren Papiere zu verkaufen und für den Betrag neuere, höher verzinsliche Titres zu zeichnen, ohne zu bedenken, dass sie infolge der Differenz im Kapitale eigentlich doch keine höhere Verzinsung geniessen.

Die stets wachsende Schwierigkeit der Rentenbegebung hat den Regierungen schwere Sorgen verursacht und da mag der pikante Umstand konstatiert werden, dass *die Regierungen diese Schwierigkeit eigentlich selbst herbeigeführt haben*, da die höhere Rentabilität der Industripapiere vornehmlich den überaus hohen Schutzzöllen zuzuschreiben ist. Dieselben sichern allerdings auch dem Fiskus riesige Einkünfte, nur wird dieser Vorteil durch die Kostspieligkeit der Rentenbegebung, die der Staat durch die den Industripapieren gewährte künstliche Wertsteigerung selbst erhöht, zum Teile paralysiert.

Alles in allem genommen, stellt sich die Sachlage so dar,

dass *das heutige System der Begebung der Staatsanleihen veraltet erscheint* und man eine zweckmässige Änderung desselben ausfindig zu machen trachtet. An Vorschlägen zur Reform jenes Systems hat es nicht gefehlt und wenn ich den Wert derselben richtig zu beurteilen vermag, möchte ich den auf dem Münchner Banquier-Tag formulierten Gedanken, dass die *Staaten, wenigstens vorläufig auf die Tilgungs-Anleihen zurückgreifen mögen* als den praktischsten bezeichnen. Ob man nun dieses Mittel oder die Emission höher verzinslicher Typen wählen wird, ist es unbestreitbar, dass die heutige Lage unhaltbar ist. Das ergibt sich klar, wenn wir die seit einem Jahrzehnte beobachtete Kursbewegung in eine Tabelle übersichtlich zusammenfassen. Wir registrieren hier aus dem Jahre 1903 die *niedrigsten* Kurse des Jahres und finden folgende Ergebnisse:

	1903	1912		
		2. Jän.	12. Okt.	30. Dez.
4% ungarische Kronenrente	95.55	90.55	83.25	84.60
4% oesterr. Kronenrente	99.55	91.10	83.40	85.75
4% ungarische Goldrente	116.75	110.05	105.25	105.50
4% oesterr. Goldrente	119.05	114.45	108.70	108.50
3%-ige deutsche Rente	89.20	83.—	77.80	77.80
3% französische Rente	96.25	90.82	87.95	89.07
2½% englische Consols	86.87	77.43	73.12	75.—

Als interessante und charakteristische Erscheinung erwähne ich hier, dass am 10. Juni 1912 die oesterreichische Kronenrente mit 88.55 zum ersten Male denselben Kurs erreichte, wie die ungarische Kronenrente. Die ziemlich erklärliche aber für uns immerhin missliche Differenz dieser zwei identischen Werte ist diesmal verschwunden. Das bietet uns aber nur einen schwachen Trost für den starken Kursrückgang unserer Renten der in der folgenden Tabelle zur Darstellung gelangt:

	1904	1908	1900	1911	1912
	30. Dez.	31. Dez.	31. Dez.	29. Dez.	30. Dez.
4% Goldrente	118.75	110.—	113.60	111.40	—
3½% Kronenrente	88.75	81.25	82.50	81.25	—
4% Kronenrente	98.15	91.15	92.50	92.—	—
3% Eiserne Thor-Anleihe	82.—	75.25	77.50	75.50	—
4% Grundentlast. Oblig. ..	98.20	92.75	93.50	92.50	—

Unter solchen Umständen ist es begreiflich, dass die ungarische Regierung im Jahre 1912 lange gezögert hat eine *neue Anleihe* zu begeben und sich hiezu erst am 9. Dezember entschlossen hat, als die Verschärfung der auswärtigen Lage die finanzielle

Kriegsbereitschaft gebieterisch erheischte. Sie traf mit der Ungarischen Kreditbank, der Vertreterin der Rothschild-Gruppe und dem mit derselben verbündetem deutschen Konsortium ein Übereinkommen betreffs der Begebung einer Anleihe von 125 Millionen Kronen. Im Sinne des Abkommens übernahm das Konsortium zum Kurse von 97 in 1½ und 2 Jahren rückzahlbare 4½%-ige Schatzscheine. Um die Bedeutung dieser Operation zu würdigen, müssen wir hervorheben, dass Ungarn — es war dies der erste Fall — seine Anleihe zur selben Zeit und zu ganz gleichen Bedingungen begeben hat wie Oesterreich.

Im Berichtsjahre traf die Regierung endgiltige Verfügungen zur der Aktivierung der *neuer Steuergesetze*. Der Finanzminister erliess die betreffenden Verordnungen und zwar Ende August für die Durchführung des Gesetzes über die Erwerbsteuer der zu öffentlicher Rechenschaft verpflichteten Unternehmungen, über die Kapitalzinsen- und Rentensteuer, Mitte November für die Gesetze über die allgemeine Erwerbsteuer und die Einkommensteuer. In dem Staatsvoranschlag für das Jahr 1913 hat die Regierung den *Steuerzuschlag für Krankenpflege*, welcher in den letzteren Jahren mit 5% direkten Steuer bemessen war, auf 10% erhöht. Gegen diese neue Steuererhöhung und gegen die für Jänner 1913 beabsichtigte Aktivierung der neuen Steuergesetze wurde eine weitgehende Bewegung eingeleitet. Zur Unterstützung dieser Bewegung erschien die permanente Kommission des ungarischen Städtetages am 9. Dezember vor dem Finanzminister, der auf die Hindernisse der Stundung der Steuergesetze hinwies und die Erklärung abgab, dass er von den neuen Steuergesetzen keine Erhöhung der Steuerergebnisse erwarte, was er damit dokumentierte, dass er das Ergebniss der direkten Steuern in das Budget, mit einem Minderertrage von etwa 9 Millionen Kronen eingestellt hat. Als aber die Generalversammlung der Haupt- und Residenzstadt Budapest wegen der Steuergesetze gegen die Regierung ein Misstrauensvotum abgab und die Bewegung gegen die Steuergesetze auch in den Provinzstädten mit grossem Nachdruck einsetzte, wurde bei Schluss der Budgetdebatte auf Antrag der Finanzministers in das Budgetgesetz eine Stundungs-Klausel eingeschaltet, laut welcher die nach den neuen Gesetzen zu erfolgende Steuerbemessung suspendiert wird und falls diese Bemessung infolge der schlechten Wirtschafts-

Verhältnisse bis 1-ten Juli 1913 nicht erfolgen könnte, die neuen Steuergesetze erst im J. 1914 ins Leben treten. Die Erhöhung des Krankenpflege-Steuerzuschlages wurde ebenfalls gestundet.

Die *Lage der ungarischen Staatsfinanzen* war, wie schon seit Jahren, auch im Berichtsjahre eine befriedigende, was sich aus den folgenden, über die ersten neun Monate des Jahres bezüglichen Daten ergibt:

	Einnahmen	Ausgaben	Überschuss der Ausgaben
1908	1.039,047.784	1.144,745.472	109,697.688
1909	1.063,578.213	1.234,230.727	170,632.451
1910	1.082,661.098	1.167,061.098	84,338.440
1911	1.218.791.118	1.292,308.392	73,117.784
1912	1.936,227.436	1.364,935.209	28,707.773

Der Finanzminister veröffentlichte am 26. Jänner 1913 den Ausweis über die Bruttoeinnahmen und Ausgaben der ungarischen Staatskasse in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1912, verglichen mit der korrespondierenden Periode des Jahres 1911. Laut des vorliegenden Ausweises ist die Bilanz des dritten Quartals um K 9,642.066.73 ungünstiger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Es betrugen:

	1912	1911
	Kronen	
die Einnahmen	480,889.907	446,117.890 (+ 34,772.016)
die Ausgaben	432,488.779	388,074.696 (+ 44,414.038)

Wesentlich günstiger präsentiert sich das Resultat der ersten drei Quartale 1912, die gegenüber dem Vorjahre um rund 37.8 Millionen sich günstiger gestalteten, was aus nachstehender Zusammenstellung ersichtlich ist. Es betrugen in den drei Quartalen:

	1912	1911
	Kronen	
die Einnahmen	1.336,222.436	1.218,791.118 (+ 117,431.318)
die Ausgaben	1.364,935.209	1.285,316.263 (+ 79,618.946)

Die Steigerung der Einnahmen im III. Quartal um 34.8 Millionen, verteilt sich auf die direkten und indirekten Steuern, auf das Tabak- und Salzgefälle, auf die staatlichen Industriebetriebe und die ungarischen Staatsbahnen, während die Gebühren der Kohlenwerke und Domänen einen Ausfall erlitten haben. Unter den Mehreinnahmen figurieren: die direkten Steuern mit 3.1 Millionen, die Verzehrungs- und Schankregalsteuern mit 8.8 Millionen, das Tabakgefälle mit 6.2 Millionen, die Münze und Metall-

einlösung mit rund 3 Millionen, die Staatseisenwerke mit 5.8 Millionen, die verschiedenen ordentlichen Einnahmen mit 1 Million, das Post-, Telegraphen- und Telephonwesen mit 1.4 Millionen, die Staatseisenbahnen mit 5.4 Millionen, die Staatsforste mit K 810.259, usw.

Bei den direkten Gebühren beträgt der Ausfall 1.7 Millionen, welches ungünstige Ergebnis dadurch verursacht wurde, dass im III. Quartal weniger Kaufgebühren vorgeschrieben wurden, was eine geringere Einnahme nach sich zog. Das Minus von K 281.037 bei den Kohlenwerken ist mit einem Rückfall der Kohlenproduktion zu motivieren, während der Ausfall von K 284.388 bei der Gödöllöer Krondomäne und den Staatsgestüten auf rechnungsmässige Gründe zurückzuführen ist. Die sehr bedeutenden Mehrausgaben von 44.4 Millionen sind zum grossen Teile zu erklären mit Investitionen, mit Steigerung der Gehälter und Pensionen, vornehmlich aber mit den im Sinne des G.-A. XXXV: 1912. fällig gewordenen Familienzuschüssen der Staatsangestellten, welche Post allein den Betrag von rund 20 Millionen erforderte.

Es wurden K 22,700.724.78 von dem laut G.-A. XIV: 1905 und G.-A. V: 1912 für Staatsbahninvestitionen bewilligten Kredite in Anspruch genommen, welche Investitionskosten im Ausweise vom dritten Quartal K 6,992.628.88 betragen.

Die gegenüber den Ergebnissen des dritten Quartals vom Jahre 1911 sich zeigende Erhöhung von K 15,708.095.90 wurde dadurch verursacht, dass für gelieferte Waggonen und Lokomotiven den Waggonfabriken und der Maschinenfabrik der Staatseisenbahnen grössere Summen anzuweisen waren, weiter, dass für den Bau neuer Linien, für Legung eines zweiten Geleispaars und eines schwerkgeleisigen Oberbaues, schliesslich für die Schaffung von Lagerräumlichkeiten und die Erweiterung der Stationsgeleise im Interesse der anstandslosen Abwicklung des grossen Herbstverkehrs mehr verwendet wurde, als für die Investitionen und Bauten bei den Staatsbahnen in der gleichen Periode des Vorjahres benötigt wurde.

Es ergibt sich aus diesen Ausweisen, dass die Einnahmen sehr erheblich gestiegen, aber auch die Ausgabenüberschüsse stark angewachsen sind. An und für sich wäre dies kein allzu grosses Übel, wenn wir diesmal nicht ein so schweres Jahr hinter uns hätten. Die schwächeren Ergebnisse der Landwirthschaft, die

durch die Geldteuerung verursachte Lähmung der industriellen und kommerziellen Tätigkeit und die schwere Lage der durch die erschreckende allgemeine Teuerung heimgesuchten anderen Erwerbsklassen und auf fixes Einkommen angewiesenen Bürger warnen die Regierung in sehr eindringlicher Weise, dass die Belastungsprobe des Landes an die äusserste Grenze gelangt ist, was die Regierung nicht nur im Finanz-Exposé erwähnen, sondern auch in der Praxis beherzigen sollte.

Im Berichtsjahre wurde der die Ergänzung des auf die *Münzkonventionen* bezüglichen Vertrages enthaltende Gesetzartikel XX. v. J. 1912 und der auf die Vermehrung gewisser Geldverkehrsmittel bezügliche Ges.-Art. XXI. v. J. 1912 sanktioniert. Das letztere Gesetz verfügt die Prägung von 15 Millionen Kronen zwei Kronen Münzen und weiteren 30 Millionen Ein-Kronenstücken. Der §. 7. dieses Gesetzes verfügt weiters dass Kaufleute und Gewerbetreibende auf dem Gebiete der Länder der ungarischen Krone dem Publikum gegenüber *nur die Kronenwährung* anwenden dürfen. Es ist ihnen somit untersagt in Offerten, Rechnungen, Fakturen, Preislisten, Inseraten und anderen für die Öffentlichkeit bestimmten Mitteilungen, ferner in den Schaufenstern, Geschäftslokalen, Ausstellungen, auf Märkten und bei anderen derartigen Gelegenheiten anders als in der Kronenwährung zu rechnen. Wer dieses Verbot missachtet, ist vom Bezirksgericht zu Geldstrafen bis zu 200 Kronen zu verurtheilen.

Da die Notenbank den Zinsfuss erhöht hat, bestimmte der Finanzminister den *Zinsfuss der verzinslichen Schatzscheine* derart, dass die nach dem 28. Oktober 1912 emittierten Schatzscheine, wenn sie auf 3 Monate lauten, mit 5% und wenn sie auf 6 Monate lauten, mit 5½% verzinst werden.

Oesterreichisch-ungarische Angelegenheiten.

In den „gemeinsamen“ Angelegenheiten haben wir einige sehr interessante Ereignisse zu verzeichnen, die in ihrer weiteren Entwicklung sich als sehr wertvoll erweisen könnten. Ich erinnere hier namentlich an die Bestrebungen, die dahin gerichtet sind, *durch regen persönlichen Kontakt der massgebenden politischen und wirtschaftlichen Kreise Oesterreichs und Ungarns den Missverständnissen, oft sogar scharfen Gegensätzen vorzubeu-*

gen, die zwischen den erwerbenden Klassen der zwei Staaten so häufig vorkommen. Diesem Zwecke galten die Vorträge des Handelsmuseumsdirektors *Karminsky* und des Geheimrathes v. *Exner* im Ungarischen Landes-Industrievereine; ferner die Vorträge des Geheimrathes *Josef Szterényi* und des gewesenen Ministerpräsidenten *Dr. Wekerle* in verschiedenen Wirtschaftsvereinen in Wien und in Prag. Sehr eindrucksvoll waren namentlich die letzteren Vorträge, weil sie den Nachweis führten, dass die Industrieförderung in Ungarn für die österreichische Industrie durchaus nicht schädlich war und Ungarns Wirtschaftsbilanz sich viel günstiger präsentiert, als man allgemein annimmt.

Wie ich höre hat der gewesene österreichische Ministerpräsident *Baron Beck* dem ungarischen Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine die Zusage gemacht, im Saale der Pester Lloyd-Gesellschaft einen Vortrag zu halten.

Diese Bestrebungen halte ich für sehr bedeutsam und nützlich. Wenn in der öffentlichen Meinung Oesterreichs mit dem Gedanken, dass Ungarn sich mit einer untergeordneten Rolle begnügen und stets eine Kolonie Oesterreichs bleiben müsse — gründlich aufgeräumt wird, wenn nebst gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen unsere loyalen politischen Aspirationen gewürdigt werden, dann wird sich — das ist meine Überzeugung — für die beide Staaten Oesterreich-Ungarns die Perspektive einer führenden Stellung in Mittel-Europa eröffnen. Die erwähnten Bestrebungen könnten schon demnächst das praktische Ergebniss zeitigen, dass bei den bevorstehenden Ausgleichs-Verhandlungen statt der bisherigen politischen Machtfragen bloß wirtschaftliche Interessen zur Geltung kommen werden.

Diese Verständigung bietet auch andere Gesichtspunkte von grosser praktischer Bedeutung. Der wichtigste derselben ist allenfalls der, dass die Leistungsfähigkeit des Volkes nur durch die Industrialisierung auf das Niveau der derzeitigen Anforderungen gehoben werden kann, eine wesentliche Förderung der Industrie aber nur durch die Sicherung grosser Absatzmärkte ermöglicht wird. Es ist entschieden beachtenswerth, dass der Sinn für die Bedeutung dieser Frage in Oesterreich immer reger wird. Das zeigte sich unter Anderem in dem demonstrativen Empfang, den man dem Amsterdamer Direktor *Bries* bereitete, als er auf Einladung der Gesellschaft Oesterreichischer Landwirte in Wien über die Kolonisations-Politik einen Vortrag hielt. Gegen die Ko-

lonisations-Bestrebungen hat sich bekanntlich Ungarn stark gesträubt, weil die Konsolidation seines politischen und wirtschaftlichen Lebens auf so viel Schwierigkeiten stiess, dass es vernünftiger Weise an überseeische Expeditionen nicht denken konnte. *Wenn uns aber die angestrebte Verständigung eine freiere Bewegung ermöglichen sollte, wenn wir in die Lage kämen einen Überschuss von politischen und wirtschaftlichen Kräften zu sammeln, so würde uns nichts hindern im Einvernehmen mit Oesterreich eine Erweiterung unserer internationalen Interessen-Sphären anzustreben.* Wenn wir für unsere Opfer einen entsprechenden Gegenwert erhielten, dann wäre den Einwendungen die wir gegen die Erhöhung der Wehrmacht mit vielem Rechte so scharf betont haben, die Spitze abgebrochen. Und wenn die Oesterreicher unbefangen sind, so müssen sie es anerkennen, dass die von Jahr zu Jahr riesig ansteigenden, ganz imposanten Beiträge, die wir für die Wehrkraft leisten, uns einen unweigerlichen Rechtstitel dafür gewähren, dass man unsere Aspirationen nicht nur in den toten Buchstaben unseres Ausgleichsgesetzes, sondern auch in der Praxis gelten lasse.

Die Grösse unserer Beiträge zu den Kosten der Grossmacht-Stellung der Monarchie ergibt sich aus den Ziffern des „gemeinsamen Budget“.

Für die gemeinsamen Auslagen des Jahres 1912 wurde von den am 28. Dezember 1911 zusammengetretenen Delegationen bloss eine Idemnity angesprochen. Das Budget selbst wurde erst der am 23-ten April eröffneten Delegations-Session unterbreitet. Die Hauptsummen desselben waren:

	Kronen
Gesamtes Brutto-Erforderniss	481,436.766
Abzüglich der präliminierten Einnahmen	10,513.414
betrug das Netto-Erforderniss für 1912	470,923.322
somit um	22,333.519
mehr als für das Jahr 1911.	

Zur Bedeckung der gemeinsamen Ausgaben dienen in erster Reihe die Einnahmen des Zollgefälles, welche mit 183.5 Millionen K präliminiert waren, wovon auf die ungarischen Zollämter (die den Verkehr mit dem Zollausslande nur gegen die Balkanhalbinsel zu versehen) 23.3 Millionen und auf die bosnischen 1.3 Millionen entfielen.

Ausser diesem Erfordernisse verlangte das gemeinsame Kriegsministerium verschiedene ausserordentliche Kredite, na-

mentlich 12.8 Millionen für die Kommanden, Truppen und Anstalten in Bosnien und Hercegovina, 19 Millionen für die Förderung der k. u. k. Armee und weitere Raten anderer, in den früheren Delegations-Sessionen bewilligter ausserordentlicher Kredite.

Die am 5. November eröffnete Session der Delegationen bewilligte das gemeinsame Budget für 1913, welches folgende Hauptziffern aufweist:

	Kronen
Gesamtes Brutto-Erforderniss	503,074.118
Abzüglich der eigenen Bedeckung von	10,573.866
Netto-Erforderniss	493,400.322
somit um	22,477.000
 Kronen mehr als für das Jahr 1912.	

Als Bedeckung dienen in erster Reihe die mit 197.7 Millionen eingestellten Einnahmen des Zollgefälles. Das Reine-Erforderniss betrug somit 295.7 Millionen Kronen, zu welchem Oesterreich 188.1 Millionen K, die Länder der ungarischen Krone 107.7 Millionen K beizutragen haben. Hierzu kommen noch 1.2 Millionen K als Bedarf für Bosnien.

Laut den Schlussrechnungen betrugen die gemeinsamen Ausgaben und Einnahmen der Oesterr.-Ungarischen Monarchie im J. 1910:

	Kronen
Ordentliche Ausgaben	461,618.784·80
Ausserordentliche Ausgaben	112,132.254·59
Gesamte Ausgaben	573,750.309·39
Reinertragniss des Zollgefälles	228,451.634·28
Netto Erforderniss	349,298.385·11

Von diesem Erfordernisse entfielen auf die Länder der ungarischen Krone 36.4 Prozent, d. h. 125.688,612.18 K, auf die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder 63.6 Prozent, d. h. 219.609,772.93 Kronen.

Die Gebahrungs-Ergebnisse betrugen im Jahre 1911:

	Kronen
Ministerium des Aeusseren	16,200.845·46
Kriegsministerium, und zwar	
a) Armee	433,946.563·70
b) Marine	112,001.569·33
Finanzministerium	4,770.726·17
Gemeinsamer Rechnungshof	335.000·51

Dieses Ergebniss ist um 18.356,878.89 K günstiger als das bewilligte Präliminare.

Beim Ausbruche des Balkankrieges wurde ein ausserordentlicher Nachtragskredit von 125 Millionen K und ein anticipierter Kredit von 80 Millionen K nötig, welche die Delegationen auch bewilligten. Der erstere Betrag wurde ausschliesslich für die Beschaffung von Geschützen und für fortifikatorische Arbeiten, der letztere für Neu-Einrichtungen der Marine und für die beschleunigte Herstellung der bereits bewilligten Dreadnought-Division bewilligt.

Um die quotenmässige Beteiligung der ungarischen Industrie an den Heereslieferungen zu sichern, beschloss der Heeresausschuss der ungarischen Delegation im November die Einsetzung eines permanenten Industrie-Ausschusses, welcher seine Arbeiten sofort in Angriff nahm. Die Frage der *in Ungarn zu errichtenden Kanonenfabrik* wurde auch diesmal nicht erledigt und die Angelegenheit des *Arsenals* und der *Schiesspulverfabrik* für Ungarn wurde nicht einmal erwähnt.

Ich erwähne hier noch, dass die Kontokorrent-Anleihe von 35 Millionen die zur Deckung der der Türkei für die bosnischen Vakufgüter zu zahlenden Entschädigung bestimmt werden, und von welcher noch 33 Millionen K aufrecht bestanden — in eine in 50 Annuitäten rückzahlbare Anleihe konvertiert wurde.

Von den Ereignissen des Berichtsjahres, die beide Staaten berühren, erwähne ich als eine überaus wichtige Begebenheit die in Österreich abgehaltene *Kartell-Enquête*, in welcher dieses Problem sehr scharf und gründlich erörtert wurde. Unter dem Drucke des Reichsrates wurde eine Reihe von Fachberatungen einberufen, welche die Lage der wichtigeren Kartelle erörterten. Es wurde da sehr werthvolles Material gesammelt, aber die konkrete Lösung der erörterten Frage ist nicht um einen einzigen Schritt gefördert worden. Die Regierung hat sich zwar bereit erklärt, die Registrierung obligatorisch zu erklären und ein Kartellgesetz zu schaffen, über den Inhalt desselben ist man aber durchaus nicht im Reinen. Aber jede dieser Enquêtes schloss mit der Erklärung, dass eine Massregelung der Kartelle nur dann möglich sei, wenn Ungarn analoge Verfügungen treffe. Die Regelung des Kartellwesens ist aber schon darum nötig, weil die *Rechtspraxis betreffs der Kartellgebilde in Österreich-Ungarn grosse Lücken aufweist*. Laut § 4 des öst. Vereinsgesetzes sind Vereinbarungen von Gewerbetreibenden, wenn der Preis einer Ware zum Nachtheile des Publikums erhöht werden soll, ungiltig. Die öster-

reichischen Obergerichte haben demgemäss die auf kartellartige Vereinbarungen basierten Stipulationen und Ansprüche mit Berufung auf § 4 des Vereinsgesetzes für ungiltig erklärt. Der ungarische Kassationshof hat hingegen durch eine im Berichtsjahre geschöpfte Decision eine richterliche Entscheidung, durch welche ein Unternehmen wegen Kartellbruches zur Zahlung des stipulirten Pönales verurteilt wurde, bestätigt und rechtskräftig erklärt. Da nun eine Reihe wichtiger Kartelle die österreichischen und die ungarischen Betriebe der betreffenden Branchen umfasst, müsste die gesetzliche Regelung der Kartelle in beiden Staaten nach analogen Prinzipien erfolgen.

Bedeutsam für die Industrieförderung in Österreich und Ungarn ist die von den zwei Regierungen in Angriff genommene Reform des *Veredlungs-Verfahrens*. Die Reform wurde von der Handelspolitischen Zentralstelle in Österreich angeregt und von der Wiener Regierung ohne Verzug aufgegriffen. In Ungarn erfolgte eine ähnliche Initiative mit demselben Erfolge. Diese wichtige Frage wurde von unseren industriellen Interessenvertretungen weniger beachtet und kennen wir nur die Intentionen der österreichischen Interessenten. Wir glauben, dass diese Intentionen auch in Ungarn verwirklicht werden sollten. In Österreich fordert man namentlich die Anwendung von zwei wichtigen Prinzipien. Man verlangt die *Auflassung des Identitäts-Nachweises* und die Geltendmachung des Aequivalenten-Systems. Auf diese Weise könnte man das heutige verwickelte Zollverfahren vermeiden, welches festzustellen sucht, ob die exportierte Ware tatsächlich aus dem importierten Rohstoffe erzeugt wurde. Nach dem neuen Systeme würde man nur so viel feststellen, ob das Quantum der exportierten Ware jenem des importierten Rohstoffes entspricht. Die zweite Forderung betrifft das passive Veredlungs-Verfahren, mit welchem der heimische Rohstoff im Auslande zu Halbfabrikaten verarbeitet, dann importiert, hier zu Ganzfabrikaten verwendet und schliesslich als solches ausgeführt wird. Dieses Verfahren wäre besonders für die Textil- und Pelzwaren-Industrie sehr nützlich. Weiters fordert man, dass die Erlaubniss zur Veredlung erst nach Verlauf einer gewissen Kündigungsfrist entzogen werden könne.

Die Reform des Veredlungsverkehrs wurde übrigens Ende Dezember auch im Magnatenhause erörtert, was dem Ackerbau-minister Anlass zu prinzipiellen Erklärungen bot.

Ziemliche Unruhe verursachte in Österreich der in Ungarn ausgearbeitete Referenten-Entwurf des *Gesetzes über das Wandergewerbe*, laut welchem das Sammeln von Bestellungen nur solchen Personen und Firmen gestattet wurde, die auf dem Gebiete der Länder der ungarischen Krone im Besitze eines Gewerbescheines ein Geschäft betreiben. Die industriellen und kommerziellen Interessenvertretungen erklärten, dass diese Bestimmungen gegen den zwischen Ungarn und Österreich bestehenden Handelsvertrag verstosse, welcher der österreichischen Industrie in Ungarn (und vice-versa), dieselben Rechte gewährleistet, wie den Inländern. Diese Auffassung ist eine irrige, da das Wandergewerbe von dieser in den Handelsverträgen stipulierten gleichen Behandlung ausdrücklich ausgeschlossen ist und das Sammeln von Bestellungen als Wandergewerbe zu betrachten ist, was übrigens auch in vielen anderen Staaten der Fall ist, wo das Wandergewerbe und das Sammeln von Bestellungen bei Privatpersonen nur inländischen Geschäftsleuten gestattet wird.

Die Proteste der österreichischen Industriellen gegen den Entwurf waren umso weniger begründet, als in Österreich jede Betätigung ungarischer Geschäfts- oder Exporttätigkeit mit systematischer Animosität behindert wird.

Der dem österreichischen Reichsrat unterbreitete Gesetzesentwurf über das *Hausiervesen* ist z. B. ein klassisches Beispiel für diese Animosität, denn er behandelt die nach Österreich kommenden nord- und westungarischen Hausierer mit einer drakonischen Strenge, die Tausenden von armen Leuten alle Existenzmöglichkeit benimmt und von ungarischer Seite trotzdem keinerlei Proteste hervorrief.

Noch auffälliger zeigt sich die Präpotenz Österreichs in der Frage der *ungarischen Börsenreform*, die von den österreichischen Parlamenten in einer Weise urgiert wird, als wäre Ungarn eine Provinz, dem der Wiener Reichsrat Gesetze vorschreiben kann. Das Kabinet Wekerle—Kossuth hatte seinerzeit die Unbedachtheit begangen, die Reform der Budapester Börse zu versprechen. Betreffs der Prinzipien dieser Reform enthielt dieses Versprechen keinerlei Andeutung, trotzdem fordert man in Wien, dass das Termingeschäft an der Budapester Warenbörse untersagt werde. Das wurde namentlich von den Abgeordneten Dr. *Licht*, *Stöckler* und *Latotzky* gefordert und der Abgeordnete

Schnor verlangte von der österreichischen Regierung, sie möge die Sprengung des Budapester Getreideringes veranlassen.

Es sind das krankhafte Symptome der österreichischen Überhebung, die sich mit der im 1867-er Ausgleich ausdrücklich enunzierten staatlichen Unabhängigkeit Ungarns noch immer nicht abgefunden hat, oder nicht abfinden will.

Ein Reform-Entwurf für die Budapester Börse ist übrigens von einem Mitgliede des Börsenrathes ausgearbeitet worden, musste jedoch, da die Agenten der Börse denselben heftig bekämpften und zur Bekräftigung ihrer Ansichten für einen Tag in den Streik traten, von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Wenn man in Österreich eine politische und wirtschaftliche Verständigung mit Ungarn ehrlich anstrebt, so muss man dort mit derartigen überhebenden und präpotenten Auffassungen gründlich aufräumen. Unter dieser Voraussetzung wollen wir es bereitwillig anerkennen, dass wir mit Österreich nicht nur im Sinne der Ausgleichsgesetze, sondern auch aus praktischen Rücksichten bedeutsame gemeinsame Interessen haben.

In erster Reihe denken wir da an

die Handelspolitik,

die im Berichtsjahre auch bei uns in der öffentlichen Diskussion mit ungewöhnlicher Vehemenz in den Vordergrund getreten ist. Wir konstatieren dies mit lebhafter Befriedigung. Die Handelspolitik Ungarns wurde, nicht nur während der Verfassungskämpfe der vorigen Jahrhunderte, sondern auch nach dem Abschlusse des Ausgleiches, welcher für Ungarn *principiell* die wirtschaftliche Selbstständigkeit gewährleistete und die Zollgemeinschaft nur aus Opportunitätsgründen, immer nur für je 10 Jahre und Kraft unseres freien Verfügungsrechtes zulässt — immer in Wien entschieden, wobei die Stimme Ungarns oft nur pro forma angehört wurde. Seitdem sich aber das wirtschaftliche Leben Ungarns so machtvoll entfaltet hat, ist die ungarische Nation zu dem Bewusstsein gelangt, das hier ihrerseits vitale Interessen auf dem Spiele stehen. Sie widmet daher der Handelspolitik eine erhöhte Aufmerksamkeit und ist auf die Wahrung dieser Interessen bedacht, was übrigens nie so notwendig war, wie eben jetzt.

Die Schutzzoll-Politik, die im J. 1906 in Deutschland inau-guriert und auch uns aufoktroiert wurde, schafft einen geradezu

krankhaften Zustand. Durch die Zuspitzung der wirtschaftlichen Gegensätze vergiftet sie die politischen Beziehungen der Völker; sie veranlasst eine künstliche Steigerung der Produktion, was riesige Investitionen erfordert, und sie verursacht eine Teuerung die in den weiten Schichten des Volkes eine gefährliche Gährung erregt. Ich habe dies schon vor Jahren erörtert und nun wird die These durch viele Tatsachen bekräftigt. Die Genesis des Balkankrieges kann bis zu jener Gährung zurückgeführt werden, die wir in Serbien durch unsere Zollpolitik hervorgerufen haben. Es ist dies ein klassisches Beispiel für den Einfluss der Zollpolitik auf die internationalen Beziehungen. Und dass das Hochschutzzoll-System auch auf die sozialen Verhältnisse zurückwirkt, das zeigt sich in der durch die erschreckende Teuerung hervorgerufenen tiefen Unzufriedenheit weiter Volksschichten.

Ich will hiemit durchaus nicht gegen die Zölle überhaupt plaidieren und den Übergang zum Freihandel fordern. Wir wissen sehr gut, dass die seit drei Jahrzehnten bestehenden Schutzzölle neue Kategorien der Produktion und des Konsumes geschaffen haben und dass unser Wirtschaftsleben mit den Schutzzöllen so eng verwachsen ist, dass eine radikale Änderung der Zollpolitik arge Erschütterungen zur Folge hätte. Hier kann höchstens von einer Erwägung des Ausmasses und der Tendenz der nothwendigen und rationellen Änderungen die Rede sein. Diesbezüglich haben wir ausreichende Erfahrungen, aus denen sich die Tendenz der Änderungen ableiten lässt. In Deutschland sehen wir bereits, dass man an den unmotivirten Agrarzöllen nicht so starr festhält und bei uns hat die Passivität der Handelsbilanz wachsende Besorgnisse erregt. Die Herabsetzung der amerikanischen Prohibitivzölle wird gewiss auch bei uns einen tiefen Eindruck machen, denn sie ist eine jener charakteristischen Erscheinungen, aus denen man den Schluss folgern kann, dass *die Politik der Abschliessung ihren Kulminationspunkt überschritten hat* und dass wir in der Zukunft auf eine wesentliche Milderung des Prohibitiv-Systems rechnen dürfen.

Es gibt auch *konkrete* Tatsachen, welche darauf schliessen lassen, dass die hervorstehenden Handelsvertrags-Verhandlungen wesentliche Verschiebungen bringen werden. In Deutschland, wo die Unverletzlichkeit der Agrarzölle als Dogma galt, hat die städtische Bevölkerung wegen der Fleischteuerung so vehe-

ment agitiert, dass die Reichsregierung genötigt war sich zu entscheidenden Konzessionen herbeizulassen. Sie gestattet, dass aus Russland, Belgien und den Balkanstaates frisches Fleisch nach sorgfältiger Beschau in plombierten Wagen auf die Märkte der grösseren Städte eingeführt werde und dass man aus dem Niederlanden lebendes Vieh in die öffentlichen Schlachthäuser bringt, wenn diese Zufuhren zu behördlich festgesetzten, ermässigten Preisen verkauft werden. Anderseits wurden die Bahnfrachtsätze der für behördliche Schlachthäuser bestimmten Fleischsendungen und der für Mastungen bestimmten Futtermittel namhaft ermässigt. Schliesslich hat der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg dem Reichstage einen Vorschlag unterbreitet, laut welchem den städtischen Fleischverkaufs-Betrieben, die vom Auslande Fleisch auf eigene Rechnung beziehen um es zu billigen Preisen in den Konsum zu bringen, die Hälfte bzw. ein Drittel des Zolles restituiert werden. Die ungarischen Kreise haben zwar gegen diese Verfügungen scharf protestiert, konnten aber angesichts der energischen Haltung der Konsumenten die Beschlüsse der Reichsregierung nicht rückgängig machen.

Frankreich, das die Abschlissungs-Politik auf eine hohe Stufe der Vollkommenheit gebracht hatte, musste sich ebenfalls zu Konzessionen bequemen. In der Kammer wurden Anträge gestellt, welche die Aufhebung oder zumindest die Herabsetzung der Getreidezölle bezweckten. Die Anträge wurden zwar abgelehnt, aber die Regierung sah sich schliesslich bemüssigt einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, welcher gestattet, dass man nach der Ausfuhr einer bestimmten Menge von Mehl, Gries oder anderen Mahlprodukten eine entsprechende Menge von Weizen zollfrei einführe. Ein ähnliches „Mahlverfahren“ bestand zwar in Frankreich auch früher, doch bezog es sich nur auf Mehl und wurde der Zoll nur dann restituiert, wenn der Reexport binnen einem Monate erfolgte.

Diese Tatsachen konnten in *Ungarn* nicht unbemerkt bleiben und hat namentlich die Haltung Deutschlands einen tiefen Eindruck gemacht. Der Bund der ungarischen Landwirthe, der Vertreter der extremen agrarischen Richtung, erklärte in seinem Organe, dass, „wenn Deutschland im J. 1917 seine Agrarpolitik lindern sollte, wir seinem Beispiele bis zu einem gewissen Grade folgen könnten“. Es ist dies eine bedeutsame Erklärung, denn sie beweist die Unhaltbarkeit der jetzigen Zollpolitik. Ich ver-

fechte übrigens seit Jahren die These, dass kein Produktionszweig den bestehenden Zollschatz den er genießt als unabänderliches Dogma hinstellen könne, sondern mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, mit den Schwankungen der Konsummöglichkeiten und den Änderungen der socialen Lebenshaltung rechnen müsse. Das wichtigste Moment ist aber, dass neue und bedeutsame Interessen die sich in den wirtschaftlichen Relationen geltend machen, es gebieterisch fordern, dass sich die Zollpolitik mit den tatsächlichen Verhältnissen stets in Einklang setze.

Ich verweise hier auf die *entscheidende Verschiebung die wir in dem österreichisch-ungarischen Vertrags-Zollgebiet wahrnehmen*. Wir sehen dass Österreich und Ungarn ihre landwirtschaftlichen Produkte selbst konsumieren, so dass der Export derselben aufhört und die Agrarzölle im Inlande zu voller Geltung gelangen. Diese Tatsache ergibt zwei sehr wichtige Folgen. Die eine ist die, dass die Agrarprodukte, d. h. die unentbehrlichen Lebensmittel um den ganzen Zollbetrag verteuert werden, was auf die Konkurrenzfähigkeit unserer Industriellen Erzeugung zurückwirkt. Die Andere besteht darin, dass dieses Sinken unserer Ausfuhr unsere Handelsbilanz in hohem Grade verschlechtert und die Werthparität unseres Geldes in ungünstiger Weise beeinflusst. Diese Lage ist natürlich unhaltbar. Österreich protestiert mit steigender Vehemenz gegen die Vertauung der Agrarprodukte und agitiert damit dass die hohen Agrarzölle nur im Interesse der ungarischen Landwirtschaft bestehen. Bei uns ist die Lage eine analoge, aber mit dem wesentlichen Umstande, dass *bei uns nicht nur der Konsum durch die Teuerung gedrückt wird, sondern die industrielle Produktion auch noch durch die höher entwickelte österreichische Industrie arg bedrängt ist*. Wir ziehen in jeder Hinsicht den Kürzeren und wenn Österreich den agrarischen Zollschatz ganz aus den Angeln heben wollte, müssten wir uns ohne Bedenken auf das Terrain der zollpolitischen Selbstständigkeit zurückziehen.

Eine eingehende Erörterung dieser Frage würde hier zu weit führen, aber so viel möchte ich schon jetzt erwähnen, dass *man sich in Österreich wenn auch nicht mit der Zoll-Separation so doch mit dem Gedanken der Zwischenzölle zu befreunden beginnt*. Professor Dr. Grunzel hat in seinem jüngst erschienenen

Buche für diese schon eine Lanze eingelegt. Immerhin gereicht es uns zur Beruhigung, dass wir der Neuregelung unserer Handels- und Zollverträge diesmal nicht ganz unvorbereitet entgegengehen.

Ich verweise hier in erster Reihe auf die im Berichtsjahre konstituierte *Ungarische Handelspolitische Zentralstelle*, die auf Initiative der Budapester Handelskammer von den 20 Handelskammern schon im J. 1911 ins Leben gerufen, seither aber durch den Anschluss der freien industriellen und kommerziellen Landesvereine ergänzt wurde. Der Bund der Fabrikanten hatte zwar die Absicht eine eigene zollpolitische Stelle zu schaffen, hat aber auf dieses Vorhaben verzichtet. Als bemerkenswerthes Detail verzeichne ich den Anschluss des ungarischen Städtetages, welcher in der Zentralstelle die Interessen der Konsumenten zu vertreten gedenkt.

Kaum aber hatte sich diese Zentralstelle konstituiert, vernahm man bereits eine gewisse Dissonanz. Die agrarischen Interessenvertretungen rekriminirten dagegen dass man sie nicht herangezogen habe und behaupteten, dass die Zentralstelle nicht befugt sei sich als *Zentrale* Stelle zu gerieren. Die Rekrimation war nicht berechtigt, denn die Anreger der neuen Institution hatten die agrarischen Vereine zum Anschlusse aufgefordert, konnten aber diesen Anschluss nicht erwirken. Das Fernbleiben des Agrikulturvereines hatte sie sogar überrascht, denn Graf Michael *Károlyi*, der damalige Präsident des Ungarischen Landes-Agrikulturvereines hatte bei dem Jubiläums-Bankett des Bundes der ungarischen Fabrikanten folgende Erklärung abgegeben: „Ich bin hier namentlich mit der Intention erschienen, die Herren zu einträchtigem Auftreten zu ersuchen, Ihnen im Namen des Landes-Agrikultur-Vereines die Hand zu reichen und Ihnen das Anerbieten zu stellen bei der für 1917 bevorstehenden Neuregelung der Handelspolitik gemeinsam zu operieren und die kleinlichen Motive, die uns bisher getrennt haben, endlich bei Seite zu schieben.“

Seither hat Graf *Károlyi* von seiner Präsidentenstelle abgedankt und seine Kooperations-Tendenz, die damals allgemeine Befriedigung erregte, scheint nun abgethan zu sein. Der Landesverband der Agrikultur-Vereine hat den Beschluss gefasst eine eigene *agrarische Zollpolitische Zentrale* zu errichten.

Die *ungarische Regierung* hat für die Vorbereitung der zollpolitischen Aktion ebenfalls entsprechende Verfügungen getroffen.

Sie hat einen *Zollrath* eingesetzt in welchem nicht nur die Fachministerien, sondern auch Vertreter sämtlicher Produktions- und Konsum-Zweige einberufen sind. Es erfolgten ferner administrative Verfügungen, für welche in den Etat von 1913 ein Betrag von 150,000 Kronen eingestellt ist. Das Handelsministerium hat die zollpolitischen Vorstudien eingeleitet, macht produktionsstatistische Erhebungen und unterzieht die durch die gegenwärtige Handelspolitik herbeigeführten Ergebnisse einem systematischen Studium. Im Ackerbauministerium wurde ein *Senat für den Aussenverkehr* eingesetzt, welcher die Wirkungen der bestehenden Handelsverträge unter den Gesichtswinkeln der Urproduktion, der Import- und Exportverhältnisse, der Verkehrspolitik, der Arbeiterfrage, der Fabrikation der landwirtschaftlichen Maschinen und der mit der Landwirtschaft enge zusammenhängenden Industrien studieren, und über dieselben statistische Daten und Wahrnehmungen sammeln wird.

In *Österreich* wurden analoge Verfügungen getroffen, aber besonders bemerkenswerth war die vom Zentralverbande der österreichischen Kaufleute eingeleitete Aktion, welche eine *selbständige Stellungnahme der Kaufleute* bezweckt. Der Verbands-Kongress nahm einen Beschluss-Antrag an, laut welchem für jene Waren, die auf dem Vertrags-Zollgebiete trotz der Schutzzölle nicht in dem erforderlichen Quantum erzeugt werden, die Zölle aufgehoben oder zumindest ermässigt werden sollen. Ferner wurden verschiedene verkehrs- und zolltechnische Forderungen ausgesprochen. Diese Stellungnahme wurde damit begründet, dass die derzeit geltenden Schutzzölle den Warenverkehr vermindert und namentlich dem Ausfuhrhandel geschadet haben, ferner dass die Handelsverträge die Preise und Löhne, somit die Regiekosten der Kaufleute und auch den Kredit verteuert haben.

In *Deutschland* hat sich das Handelspolitische Verständigungs-Komitee mit diesen Fragen beschäftigt, namentlich mit den Problemen der internationalen Regelung der Tarabestimmungen, der Reziprocität und der Meistbegünstigungs-Klausel, der Behandlung der Reisenden und der Warenmuster, mit dem einheitlichen Schema der Handelsvertrags-Tarife, der Aussenhandels- und Produktions-Statistik, der Zollbehandlung der Preislisten und Reklamen und der Behandlung der Retourwaren.

Dass die französische Regierung für 1913 nach Paris einen internationalen Zollkongress einberufen hat, haben wir bereits erwähnt.

Inmitten dieser Vorbereitungen bekamen wir das grosse Fragezeichen der *auf der Balkanhalbinsel bevorstehenden Neugestaltungen*.

Man hat viel davon gehört — es ist aber offiziell nicht bestätigt worden — dass der Bundesvertrag der Balkanstaaten auch Bestimmungen betreffs einer Zollunion enthalte. Während des Krieges ist auch der Gedanke einer Zollunion Österreich-Ungarns mit der Balkanhalbinsel aufgetaucht, doch hat diese Idee keinerlei Eindruck gemacht. Es steht ausser Zweifel dass die geänderten Machtverhältnisse der Balkanstaaten und das Zusammenschrumpfen der europäischen Türkei auf unseren Aussenhandel einen direkten Einfluss ausüben werden. Auf den durch Serbien okkupierten türkischen Gebieten werden bereits statt des früheren 11%, bzw. 15%-igen Zolles die serbischen Zollsätze gefordert, welche oft 50—60% des Werthes der Waren betragen.

Eine eingehende Erörterung der möglichen Eventualitäten würde den bescheidenen Rahmen dieser Rückschau überschreiten; ich registriere daher bloss die Tatsache, dass die ungarische Regierung am 7-ten Dezember vom Parlamente die Ermächtigung angesprochen hat über

Handelsverträge

zu verhandeln und solche abzuschliessen. Der Motivenbericht des betreffenden Gesetzentwurfes betont ausdrücklich die auf der Balkanhalbinsel geschaffene neue Lage, welche eine Modifikation der mit den Balkanländern abgeschlossenen Verträge oder Abmachungen erheischen könnten, ferner die Möglichkeit der Aktivierung der im Berichtsjahre mit *Bulgarien und Japan* bereits abgeschlossenen aber noch nicht ratifizierten Handelsverträge.

Die Vertrags-Verhandlungen mit *Bulgarien* wurden am 20. Februar eröffnet. Ihr Zweck war die am 1. Juli 1912 abgelaufene Konvention durch einen Tarifvertrag ersetzen. Die paraphierte Vertrag wurde von der bulgarischen Sobranje angenommen, konnte aber im ungarischen Parlamente wegen der inzwischen eingetretenen Kabinetkrise nicht verabschiedet werden. Des diesbe-

zügliche Gesetzentwurf wurde am 1-ten Juli den Parlamenten in Budapest und Wien gleichzeitig unterbreitet, wobei die frühere Konvention, die inzwischen abgelaufen war — bis Ende 1912 verlängert wurde. Die Gesetzentwürfe über die Inartikulierung blieben in suspenso. Dieser Vertrag, der nun wahrscheinlich revidiert werden dürfte, kann vom Gesichtspunkte der ungarischen Interessen gewiss nicht als günstig bezeichnet werden. Der beigeschlossene Vertragstarif ermässigt 73 Posten des bulgarischen Zolltarifes, doch beziehen sich die wichtigsten auf die Textilindustrie, an der in erster Reihe Österreich interessiert ist. Der Vertrag enthält die Meistbegünstigungs-Klausel, so dass wir jede einem anderen Staate gewährte oder zu gewährende Begünstigung ebenfalls geniessen. Hingegen hat Bulgarien das Recht bis Ende 1917 jährlich das Fleisch von 12.000 Stück Hornvieh — die in Bulgarien nach strenger veterinärärztlicher Untersuchung in speciell zu errichtenden Schlachthäusern geschlachtet werden — in bestimmte Städte Ungarns und Österreichs einzuführen. Den Import von Schweine- und Schaffleisch haben wir Bulgarien nicht zugestanden.

Mit *Japan* haben wir einen Meistbegünstigungs-Vertrag vereinbart, der aber bei uns noch nicht inartikuliert ist.

Mit *Portugal* haben wir eine Meistbegünstigungs-Konvention vereinbart, in welcher wir für uns den Schutz der Tokajer Weine und für Portugal den Schutz der Porto- und Madeira-Weine stipulirt haben. Dieses Übereinkommen ist am 15. August 1912 ins Leben getreten.

Den Gesetzentwurf über die Inartikulierung des mit *Montenegro* geschlossenen Handels- und Schiffahrts-Vertrages hat das Abgeordnetenhaus am 17. Jänner 1912 verhandelt. Montenegro hatte im J. 1904 einen Doppeltarif systemisiert und auf österreichische und ungarische Provenienzen den Minimaltarif angewendet, wogegen wir auf die Produkte Montenegros ebenfalls unsere Minimalzölle anwendeten. Anlässlich der Annexion von Bosnien und Herzegovina (1908) begann Montenegro damit, gegen unsere Provenienzen seinen Maximaltarif anzuwenden, was eine wesentliche Abnahme unserer Ausfuhr nach Montenegro zur Folge hatte. Im J. 1911 wurden zwischen Montenegro einerseits, Oesterreich und Ungarn andererseits Verhandlungen eingeleitet, um diesem für alle Theile schädlichen Zustande ein Ende zu machen und um dem beiderseitigen Verkehre wieder die frühere Meistbe-

günstigung zu sichern. Diese Verhandlungen ergaben den erwähnten Vertrag, der von den Parlamenten auch genehmigt wurde.

Mit diesen Verträgen haben wir das System unserer auswärtigen kommerziellen Beziehungen zum grössten Teile ausgebaut. Das bedeutet aber leider noch nicht, dass die abgeschlossenen Handelsverträge für den

Aussenhandel Ungarns

sich als vorteilhaft erwiesen hätten.

Ich muss in erster Reihe darauf hinweisen, dass sich unsere *Handelsbilanz* auch im Berichtsjahre überaus verschlechtert hat. Ich habe das stetig steigende Passivum unseres Verkehres mit dem Auslande schon in meinen früheren Jahresberichten hervorgehoben. Nun hat auch der Bund der ungarischen Fabrikanten dieses Problem aufgegriffen und über dasselbe einen ganzen Cyclus von Vorträgen veranstaltet.

Der Monatsausweis des kgl. ungarischen Statistischen Zentralamtes über den Aussenhandel Ungarns im Monate Dezember 1912 resumirt auch die *Ergebnisse des ganzen Jahres*, wobei für die wichtigsten Exportartikel nicht mehr die für das Jahr 1911 ermittelten Durchschnittspreise, sondern die im Jahre 1912 notierten Werthe angerechnet werden, welche bekanntlich für Zucker, Getreide, Schlachtvieh, Wein, Eier und andere Lebensmittel bedeutend höher waren als die vorjährigen. Es hat sich demzufolge der Gesamtwert der Ausfuhr namhaft erhöht, so dass das Passivum der Handelsbilanz, welches Ende November noch 232.6 Millionen betrug, zu Jahresschluss auf 207.5 Millionen Kronen reduziert wurde.

Die Endergebnisse werden sich — wenn die Werthe der Mengeneinheiten für 1912 von den Fachkommissionen für Werthbestimmungen endgiltig festgestellt sein werden, noch weiter modifizieren. Sie werden aber auch dann voraussichtlich *Rekordziffern des ungarischen Aussenhandels aufweisen*.

Die provisorischen Jahresergebnisse sind die folgenden:

	Einfuhr Ungarn	hievon aus Oesterreich	Ausfuhr	hievon nach Oesterreich
	i n T a u s e n d K r o n e n			
1912....	2,082.200	1,528.454	1,830.489	1,392.421
1912....	2,132.461	1,556.237	1,924.994	1,428.068

Im Vergleiche zum Vorjahre hat sich im J. 1912 die gesamte Einfuhr um $50\frac{1}{4}$ Millionen, die Einfuhr aus Österreich um 27.78 Millionen, die gesamte Ausfuhr um 94.5 Millionen Kronen, die Ausfuhr nach Österreich um 35.64 Millionen Kronen erhöht.

Das Passivum der Handelsbilanz betrug im J. 1911: im Gesamtverkehr 251.71 Millionen, im Verkehr mit Österreich 136.03 Millionen;

im J. 1912 im Gesamtverkehr 207.46 Millionen Kronen, im Verkehr mit Österreich 128.16 Millionen Kronen.

Die Handelsbilanz hat sich somit im Gesamtverkehre um $44\frac{1}{4}$ Millionen, im Verkehr mit Österreich um 7.87 Millionen gebessert.

In den *Einfuhrstabellen* stehen, wie immer, die Erzeugnisse der Textilindustrie mit 495.6 Millionen K an erster Stelle. Ungarn importirte im J. 1912 Baumwollgewebe für rund 200 Millionen K, Wollengewebe für 132 Millionen, Konfektionswaren für 120 Millionen, Leder und Lederwaren für 118 Millionen, Eisen und Eisenwaren für 140 Millionen, Maschinen und Apparate für $100\frac{1}{2}$ Millionen, Kohle für 64.9 Millionen.

In den *Ausfuhrstabellen* figurieren Mehl mit 260.8 Millionen, Weizen mit 108 Millionen, Roggen mit $61\frac{1}{2}$ Millionen, Gerste mit 55.2 Millionen, Hafer mit 48.3 Millionen, Mais mit 37.8 Millionen K.

Der Export von Schlacht- und Zugvieh betrug 301.6 Millionen K, um 70 Millionen K mehr als im Vorjahre; der Schweineexport hat um 35.1 Millionen, der Ochsenexport um 17.9 Millionen K, der Küheexport um 13.1 Millionen Kronen zugenommen.

Der Zuckerexport betrug 116 Millionen Kronen, das Doppelte des vorjährigen Betrages. Wir exportierten namentlich Rohzucker im Werte von 67.9 Millionen (23.9 Millionen im J. 1911), Sand- und Kristallzucker für 31.2 Millionen, sonstigen raffinierten Zucker für 14.8 Millionen.

Wichtige Ausfuhrsartikel waren noch Holzwaren, im Werte von 87.8 Millionen (Werkholz für 55.3 Millionen), Wein im Werte von 68.7 Millionen K, u. s. w.

Eine eingehende Darstellung des ungarischen Aussenhandels mit Unterscheidung der Verkehrsmittel, der Warenkategorien, wie auch der Herkunfts- und Bestimmungsländer kann nur dem endgiltigen Ausweise entnommen werden welcher für das Jahr 1911 im Dezember 1912 erschienen ist.

Mit Unterscheidung der *Verkehrsmittel* betrug die

	1907	Zufuhr Ungarns in Millionen Kronen			
		1908	1909	1910	1911
im Eisenbahn-Verkehr	1.089	1.034	1.141	1.145	1.301
in der Flussschiffahrt	230	199	284	297	296
in der Seeschiffahrt	135	117	127	133	167
im Postverkehr	190	200	249	271	308

	1907	Ausfuhr Ungarns in Millionen Kronen			
		1908	1909	1910	1911
im Eisenbahnverkehr	1.250	1.223	1.340	1.306	1.367
in der Flussschiffahrt	192	168	181	211	258
im Seeverkehr	138	152	136	154	156
im Postverkehr	33	36	39	41	44

Auffallend ist hier der geringe Seeverkehr und der relativ sehr hohe Postverkehr in der Einfuhr, der offenbar Fabrikate von hohem Werte umfasst.

Betreffs der Warenkategorien können wir uns in eine eingehende Darstellung des Verkehrs in sämtlichen Warengruppen nicht einlassen. Wir müssen aber hervorheben, dass das Verhältniss zwischen Rohstoffen und Fabrikaten nicht so ungünstig ist, wie es im Auslande allgemein angenommen wird.

Nach Warenkategorien stellt sich die Handelsbilanz Ungarns in den letzten Jahren in folgender Weise dar.

	Einfuhr				Ausfuhr			
	in Millionen Kronen				in Millionen Kronen			
	1908	1909	1910	1911	1908	1910	1911	
Rohstoffe	305	441	366	454	832	913	935	954
Halbfabrikate	220	229	245	282	128	166	174	184
Ganzfabrikate	1.033	1.137	1.240	1.344	573	620	606	691

Dass in der Einfuhr die Fabrikate und in der Ausfuhr die Rohstoffe überwiegen, ist selbstverständlich. Es ist aber immerhin bemerkenswerth, dass im J. 1911 die Ausfuhr in Rohstoffen bloß um 79 Millionen mehr ausmachte als der Wert der exportierten Ganz- und Halbfabrikate.

Über die Aussenhandelsbilanz unserer Industrie entnehmen wir dieser Statistik folgende *Einzelheiten*, die für die ausländische Geschäftswelt, für Importeure und Exporteure konkretes Interesse bieten.

In erster Linie erwähnen wir die aktiven Industriezweige in denen nämlich unser Export unseren Import überflügelt.

Unter diesen steht natürlich die *Mühlenindustrie* an erster Stelle. Der Import betrug 3.8 Millionen Kronen, dagegen der

Export 273.35 Millionen Kronen. *Zucker* haben wir im Werte von 12.75 Millionen Kronen importiert, dagegen für 56.21 Millionen Kronen exportiert und zwar für 53 Millionen Kronen *nach dem Zollausslande*. Geschälten Reis haben wir bloss um $3\frac{1}{2}$ Millionen importiert, dagegen für 19 Millionen Kronen exportiert.

Lebensmittel und Genussartikel im allgemeinen haben wir dem Auslande für 381 Millionen verkauft und hier besteht ein Aktivum im Werte von 292 Millionen Kronen.

Es ist jedoch auffallend, dass in aufgearbeiteten *Fleischwaren* der Import bedeutender war, als der Export, und dass trotz unserer mächtigen Zuckerindustrie wir um 20 Millionen Kronen Zuckerwaren aus dem Auslande bezogen und nur für 5 Millionen exportiert haben.

Halbfabrikate der Holzindustrie wurden im Werte von 63 Millionen Kronen exportiert, zweimal so viel, als wir vom Auslande bezogen haben.

Einen bedeutenden Export hatten wir noch in *Bürsten* und *Siebwaren*, nämlich im Werte von 6.35 Millionen Kronen (die Bilanz ist mit 4.11 Millionen Kronen aktiv), in *Zündwaren* 10.04 Millionen Kronen (die Bilanz ist mit 6.2 Millionen Kronen aktiv), in *Parketten* 3.82 Millionen (Import $\frac{1}{2}$ Million Kronen), *Bugholzmöbel* 4.05 Millionen (Import 1.11 Millionen Kronen), *Malz* 6.27 Millionen (Import 1.67 Millionen Kronen), *Papierstoff* 7.88 Millionen (das Aktivum beträgt $6\frac{1}{2}$ Millionen Kronen), *Zement* 2 Millionen Kronen, *Farb- und Gerbstoffe* 4.89 Millionen Kronen Export ($3\frac{1}{3}$ Millionen Kronen Import).

In *Spiritus* und Spirituosen haben wir im J. 1911 für $9\frac{1}{2}$ Millionen Kronen eingeführt und nur im Werte von $8\frac{1}{3}$ Millionen Kronen exportiert. (Im J. 1912 war die Bilanz stark aktiv.)

Unter den passiven Industriezweigen befindet sich an erster Stelle die *Textilindustrie*. Es wurden Textilwaren für 62.7 Millionen Kronen exportiert, während der Import die *halbe Milliarde überschreitet*. Das Passivum beträgt 451 Millionen Kronen.

Beinahe die Hälfte dieses Passivums entfällt auf die Baumwollindustrie, welche für $29\frac{1}{2}$ Millionen exportierte, aber den heimischen Bedarf so wenig deckte, dass Baumwollwaren für 263.71 Millionen aus dem Auslande bezogen werden mussten.

Unsere *Schafwollwarenindustrie* hat einen Export von $21\frac{1}{2}$ Millionen Kronen aufzuweisen, das Passivum beträgt 136.25 Millionen Kronen. In der Seidenindustrie ist das Passivum $50\frac{1}{2}$

Millionen Kronen, in der Hanf-, Leinen- und Juteindustrie 30 Millionen Kronen.

Für *Konfektionswaren* sind 120 Millionen Kronen ins Ausland gegangen, dagegen beträgt unser Export bloss 10½ Millionen Kronen.

Bedeutende Passivziffern zeigen im Aussenhandelsverkehr pro 1911 noch die folgenden Industriezweige:

	Import Export Passivum in Millionen Kronen				Import Export Passivum in Millionen Kronen		
Ledererzeugung ..	78·04	25·48	25·56	Kerzen, Seife ..	12·44	1·71	10·72
Eisenerzeugung ..	12·86	0·90	11·93	Glaswaren	20·70	2·94	17·76
Metalle	26·90	3·13	23·72	Chemische Waren	27·33	16·83	10·49
Eisenhalbfabrikate	25·49	12·08	13·40	Tonwaren	17·65	2·63	14·99
Mineralölfabrikate	10·04	6·59	3·45	Eisenwaren	82·84	19·44	63·33
Papierwaren	41·16	7·94	33·41	Metallwaren ...	25·84	4·74	21·10
Kautschukwaren .	12·35	3·46	8·90	Elektrotechnische			
Lederwaren	43·99	9·68	34·31	Artikel	13·23	6·00	7·23
Feine Holzmöbel .	53·87	20·28	33·58	Maschinen	117·13	28·24	88·89

Die Passiven der Handelsbilanz sind nicht in allen Produkten als ungünstig zu bezeichnen. So z. B. ist das Importplus in der Maschinenbranche, 89 Millionen, in mancher Beziehung sogar erfreulich, denn wenn der Ausweis genauer überprüft wird, so findet man, dass namentlich in den Industriemaschinen sich ein bedeutendes Importplus zeigt, nachdem unsere Maschinenfabriken nicht imstande waren mit der Entwicklung unserer Grossindustrie Schritt zu halten. So z. B. ist unser Import von Metallbearbeitungsmaschinen von 32.000 Meterzentner des Vorjahres auf 57.000 Meterzentner gestiegen. Die Zuckerfabriken haben ihren Bedarf in Österreich gedeckt, nichtsdestoweniger kann es als günstig bezeichnet werden, dass im Jahre 1911 das Passivum bloss um 15.2 Millionen grösser war als im Vorjahre.

Unsere Maschinenfabriken haben sich übrigens als konkurrenzfähig erwiesen. Ihr Export im Jahre 1910 betrug 19.15 Millionen Kronen und ist im J. 1911 auf 22.23 Millionen Kronen gestiegen. Die Einfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen hat in diesem Jahre keine Steigerung erfahren.

Ein Beweis für den Fortschritt unserer Industrie ist auch die Zunahme unseres *Kohlenbedarfes*. Der Import ist im Jahre 1911 um 6.6 Millionen Meterzentner auf 54.6 Millionen Meterzentner gestiegen, dabei haben auch die heimischen Kohlenbergwerke ihre Produktion um 4 Millionen Meterzentner erhöht.

Unser Import an Rohmineralöl ist von 11.4 Millionen auf 13.7 Millionen Kronen gestiegen, was zum Teil der Kräftigung unserer Petroleumraffinerien zuzuschreiben ist.

Ebenso verhält es sich mit dem Anwachsen unseres Baumwollimportes. Derselbe ist von 18.9 Millionen auf 21.18 Millionen Kronen gestiegen.

Zu bedauern ist, dass unser Hanfexport um 2 Millionen gestiegen ist. Gewachsen ist dagegen unsere Juteeinfuhr (von 5½ Millionen auf 9.67 Millionen Kronen), doch ist dies in erster Linie den höheren Preisen der Jute zuzuschreiben.

Unsere Aussenhandelsbilanz im Jahre 1911 hat sich in einzelnen Zweigen wesentlich verschlimmert und ist daselbst die Einfuhr stark angewachsen.

Bedeutend angewachsen ist der Import in den folgenden Warengruppen:

	Von Millionen	Auf Kronen
Baumwollwaren	243.11	254.90
Leinen- Hanf- und Jutewaren	34.37	37.75
Hüte	18.83	19.71
Fertige Kleider	47.77	52.74
Weisswäsche	27.—	29.19

In Textilwaren und Konfektionsartikel hat sich unser Import von 585 Millionen Kronen auf 600 Millionen Kronen erhöht, doch beträgt das Anwachsen bloss 2½%, während unser Gesamtimport im Jahre 1911 dem Vorjahre gegenüber eine Steigerung von 12% aufweist.

Auch günstige Symptome sind in dieser Statistik vorzufinden; in Baumwollgeweben ist unser Export von 24.8 Millionen auf 25.5 Millionen Kronen gestiegen, mit dem Exporte von Schafwollgewebe wurde im Jahre 1911 ein *Rekord* erstellt; derselbe erreichte nämlich 18 Millionen Kronen.

Dieser Rekord ist allerdings auch dem Umstande zuzuschreiben, dass unsere Kleiderhändler die zugeschnittenen Wollwaren behufs Fertigstellung nach Österreich schickten.

Unser Export an Hüten ist im Jahre 1911 um 26% gestiegen.

Papier haben wir im Jahre 1910 496.050 Meterzentner, im Jahre 1911 579.445 Meterzentner importiert. Dies zeigt, dass *der Papierverbrauch stark zunimmt*. 60% des Bedarfes werden durch Österreich gedeckt.

In Eisen, Metall, Leder bestehen Kartelle, doch ist trotz der Kartelle der Import an Roheisen und Eisenhalbfabrikaten stark angewachsen.

Dies ist allerdings auch dadurch zu erklären, dass unsere Eisenwerke nicht imstande waren mit dem steigenden heimischen Bedarf Schritt zu halten. Derselbe zeigt im Jahre 1911 eine Steigerung von 1,200.000 Meterzentner dem Vorjahre gegenüber. Der Gesamtbedarf im Jahre 1911 betrug 8.7 Millionen Meterzentner. Der Eisenbedarf Österreichs hat sich derselben Zeit von 13.4 Millionen Meterzentner auf 13 Millionen Meterzentner vermindert.

Der Import von Eisenwaren ist von 73.64 Millionen auf 82.53 Millionen Kronen gewachsen. Das Importplus beträgt demnach beinahe 9 Millionen Kronen, während unser Exportplus bloss 1,640.000 Kronen beträgt.

Im ganzen genommen, ist die Aussenhandelsbilanz unserer Industrie eine ungünstige, doch sind in einigen Zweigen auch verheissungsvolle Symptome wahrzunehmen.

Ungarn im Welthandel.

Der Aussenhandel Ungarns nach *Herkunfts- und Bestimmungsländern* zeigt ein sehr starkes Überwiegen des Verkehrs mit Österreich, was selbstverständlich ist, da Ungarn und Österreich ein gemeinsames Zollgebiet bilden.

Österreich partizipierte an der Einfuhr Ungarns in den letzten Jahren mit 72.47—77.55% und an der Ausfuhr Ungarns mit 73.42—76.07%.

Dieser Verkehr ist aber zu einem bedeutenden Teil nur Transithandel, weil Österreich mit Ungarn nicht nur als Käufer und Verkäufer, sondern auch als *Vermittler* zwischen Ungarn und anderen Ländern einen sehr intensiven Verkehr unterhält und der letztere Umsatz von der statistischen Erhebung, die für Ungarn nicht bei den Zollämtern, sondern auf Grund der Frachtdokumente erfolgt nicht festgestellt wird.

Immerhin ist der *direkte Umsatz Ungarns mit dem Zollauslande*, soweit aus den Frachtdokumenten ersichtlich ein ziemlich beachtenswerter. Derselbe bezifferte sich in den letzten Jahren wie folgt.

Einfuhr Ungarns.

A u s	Wert in tausend Kronen				
	1907	1908	1909	1910	1911
Oesterreich	1,272.779	1,209.458	1,310.995	1,394.991	1,528.454
Bosnien-Herzegovina ..	24.296	22.356	27.637	25.189	25.913
Triest, Freihafen	566	564	3.166	4.612	6.175
Deutschland	126.146	123.715	142.484	155.184	187.790
Schweiz	5.955	5.412	7.770	9.012	10.341
Italien	17.312	17.233	17.809	18.926	23.293
Frankreich	17.239	15.203	18.636	23.596	24.859
Spanien	1.566	2.225	2.187	2.223	3.153
Portugal	39	37	67	140	156
Belgien	5.232	4.245	6.248	7.075	7.222
Niederlande	2.756	2.703	4.071	3.994	4.088
Gross-Britannien	49.902	27.884	30.985	32.300	42.406
Russland	7.504	5.483	16.595	16.028	11.898
Rumänien	13.131	10.720	80.818	28.764	29.453
Serbien	6.273	9.143	21.263	7.921	23.494
Bulgarien	1.739	1.536	5.550	2.954	3.489
Europäische Türkei ..	5.131	4.361	5.860	3.385	4.739
Asiatische Türkei	2.613	2.924	2.757	3.978	5.420
Vorder-Indien	35.367	34.969	34.216	39.774	51.888
Holländisch-Indien	6.342	7.655	5.298	8.191	4.996
Aegypten	2.455	2.229	3.710	4.896	4.451
Vereinigte Staaten	27.107	27.804	30.156	30.167	40.339
Brasilien	6.409	5.743	5.707	5.126	9.455
Argentinien	3.120	3.246	4.101	4.536	4.855
Andere Länder	11.287	12.779	20.688	19.455	23.873
Zusammen ..	1,652.266	1,559.627	1,808.754	1,852.417	2,082.200
Andere Länder, mit Aus- nahme Oesterreichs u. Bosniens (Zollausland)	355.191	327.813	470.122	432.237	527.833

Die Ausweise des ungarischen Statistischen Amtes spezifizieren die Ein- und Ausfuhr Ungarns nach 77 Herkunfts, bzw. Destinationsgebieten und für 1918 Warenkategorien. Sie bilden für 1911 einen Band von 775 Seiten Tabellenmaterial und 61 Seiten einleitendem Text und erscheinen auch in deutscher und in französischer Ausgabe, in welchen die erläuternden Erklärungen, ferner die 1918 Warenkategorien in der Reihenfolge der statistischen Nummern und in alphabetischer Reihenfolge (mit dem Hinweis auf die betreffenden statistischen Tabellen) in deutscher, bzw. französischer Sprache aufgezählt werden.

Kaufleute und Industrielle, die über die einzelnen Details der ungarischen Aussenhandels-Statistik genaue Auskünfte wünschen, verweise ich an das *Kgl. Ungarische Handelsmuseum*, eine staatliche Institution, welche vom Handelsministerium im J. 1887 zur Förderung des ungarischen Aussenhandels errichtet

Ausfuhr Ungarns.

Nach	Wert in tausend Kronen				
	1907	1908	1909	1910	1911
Oesterreich	1,205.114	1,163.242	1,288.646	1,279.954	1,392.421
Bosnien-Herzegovina ..	37.351	41.848	41.912	41.015	48.388
Triest Freihafen	469	821	558	660	1.242
Deutschland	148.148	125.009	122.675	126.180	127.466
Schweiz	11.863	11.708	13.789	15.569	12.327
Italien	31.812	47.762	50.822	46.881	44.934
Frankreich	24.966	20.130	17.459	21.089	22.222
Spanien	1.905	1.951	2.038	3.288	3.071
Portugal	3.801	4.404	4.340	3.169	3.895
Belgien	5.576	4.489	1.408	5.057	4.063
Niederlande	7.942	5.808	5.328	5.415	5.681
Gross-Britannien	30.485	35.721	33.970	36.630	38.502
Russland	8.090	7.995	8.190	11.607	10.463
Rumänien	23.289	23.295	19.511	21.025	28.310
Serbien	9.529	11.664	6.754	4.949	12.964
Bulgarien	8.997	8.296	13.246	9.633	8.449
Europäische Türkei ...	11.676	10.519	13.672	24.095	15.439
Asiatische Türkei	6.413	4.255	6.129	11.624	5.461
Brit-Indien u. Straits Settlements	9.374	23.984	12.896	10.445	9.366
Holländisch-Indien	215	211	171	156	152
Aegypten	5.855	4.400	4.255	6.658	4.825
Vereinigte Staaten ...	9.107	13.259	16.269	13.243	14.222
Brasilien	3.048	3.151	1.968	1.484	1.011
Argentinien	1.281	1.063	1.656	2.385	1.580
Andere Länder	11.731	9.463	9.542	14.540	14.035
Zusammen..	1,618.032	1,584.448	1,700.204	1,716.751	1,830.489
Andere Länder, mit Aus- nahme von Oester- reich u. Bosnien	375.567	379.358	369.646	395.782	389.680

wurde und berufen ist ausländischen Interessenten über die Wirthschaftsverhältnisse Ungarns unentgeltliche und verlässliche Auskünfte zu ertheilen.

Sie erteilt Auskünfte über Zollsätze und Zollverfahren, über Bahn- und Schiffsfrachten (im J. 1912 wurden im Handelsmuseum die Frachtsätze für 15.093 inländische und 7544 ausländische Relationen kalkuliert) macht jedem fremden Interessenten die ungarischen Bezugsquellen für Landesprodukte und Fabrikate namhaft, veröffentlicht zu diesem Zwecke soeben (Feber 1913) *in deutscher Sprache* einen ausführlichen Katalog der Fabrikanten Ungarns, in welchem 4512 Betriebe (mit Angabe der Zahl der Arbeiter und maschinellen Leistungsfähigkeit und mit Bezeichnung der in denselben erzeugten Fabrikate) aufgezählt werden.

Ausländische Geschäfts-Offerte, die an das Handelsmuseum

einlangen, werden an die betreffenden Interessenten weitergeleitet.

Das Handelsmuseum hat ferner auf mehr als hundert Weltmärkten *Korrespondenten*, die auf ihren Standorten die Interessen des ungarischen Aussenhandels wahrnehmen, Geschäftsverbindungen mit Ungarn vermitteln, und sich zum grösseren Teile fast ausschliesslich mit der Vertretung ungarischer Exportfirmen befassen.

Korrespondenten des kgl. ungarischen Handelsmuseums fungieren derzeit in folgenden Städten:

Europa: Adrianopel, Amsterdam, Antwerpen, Athen, Banjaluka, Barcelona, Belgrad (2), Berlin (3), Bordeaux, Braila, Bremen, Brüssel, Bukarest (2), Burgas, Catania, Charlottenburg, Corfu, Dedeagatsch, Florenz, Frankfurt a/M., Galatz, Genua, Hamburg, Janina, Jassy, Köln, Konstantinopel (3), Liverpool, London (3), Mailand, Malta, Mannheim, Moskau, Mostar, München, Neapel, Paris (2), Palermo, Philippopel (2), Plevna, Plojest, Rom, Rostov a. D., Rustschuk (2), Salonichi (2), Santiquaranta, Sarajevc, Skutari, Sophia (2), Spalato, Turn-Severin, Warschau, Venedig, Verviers, Wien. — 70.

Asien: Adana, Aleppo, Bagdad, Beyruth, Bombay, Jaffa, Kobe, Samson, Shangai, Singapore, Smyrna, Trapezunt. — 13.

Afrika: Alexandrien, Algier, Kairo, Johannesburg, Khartum, Tanager, Tripolis, Tunis. — 8.

Amerika: Buenos-Ayres (2), Chicago, Habana, Montreal, Mexico, Para, Philadelphia, Rio de Janeiro. — 9.

Australien: Melbourne.

Sechs weitere Korrespondenten (Buenos-Aires, Dresden, New-York, Montevideo, Sidney und Wien sind zur Erteilung von Informationen verpflichtet.

Schliesslich hat der *Handelsminister* Staatsbeamte als *Fachberichterstatler* in Belgrad, Berlin, Brüssel, Bukarest, Konstantinopel, London, Madrid, Marseille, München, Paris, Rom, Sofia, St.-Petersburg und Zürich.

Die Namen und Adressen dieser Fachberichterstatler und Korrespondenten können bei den in den genannten Städten fungierenden österreichisch-ungarischen Konsulatsbehörden erfragt werden.

Zu erwähnen ist noch, dass der Kredit zur Förderung des Aussenhandels im Staatsvoranschlag für das Jahr 1913 um

150,000 Kronen erhöht ist und den Betrag von einer Million Kronen überschreitet.

Aus diesem Kredite bestreitet der Handelsminister die Kosten der handelspolitischen Vorarbeiten für das Jahr 1916, der Institution der kommerziellen Fachberichterstatter des Ministeriums, ferner die Subsidien der auf mehr als 100 ausländischen Märkten fungierenden Korrespondenten und Agenten des königlich ungarischen Handelsmuseums, wie auch die Auslagen der vom Handelsmuseum im Jahre 1912 in Belgrad, Athen, Cetinje und Fiume veranstalteten ungarischen Warenmusterausstellungen.

Gemeinsame Handelsbilanz.

Die Passivität unseres Aussenhandels wird noch auffälliger, wenn wir eine *Handelsbilanz des österreichisch-ungarischen Vertrags-Zollgebietes* aufstellen. Diese ergab im Jahre 1903 ein Aktivum von 252 Millionen K, das im Jahre 1906 nur mehr 38 Millionen K betrug. Im Jahre 1907 zeigte sie schon ein Passivum von 44 Millionen, welches im Jahre 1911 sich auf 777 Millionen erhöhte. Eine wesentliche Ursache dieser Verschlechterung der Handelsbilanz war das Sinken des Exportes der landwirtschaftlichen Produkte und die namhafte Erhöhung der Einfuhr.

Die Ziffern sind die folgenden:

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1907	1911	1912	1907	1911	1912
	Millionen Kronen					
Getreide.....	37.14	126.67	71.27	157.23	102.98	50.63
Obst und Gem.	104.32	226.93	100.74	92.44	141.71	42.52
Schlacht und Zugvieh ..	11.08	30.85	25.14	72.72	49.50	31.60
Tierische Prod.	166.85	215.51	118.67	213.54	233.88	141.71

Dieser Zusammenstellung muss ich noch die Erklärung hinzufügen, dass der Export landwirtschaftlicher Produkte nur gewürdigt werden kann, wenn wir uns die seit 1907 erfolgte ausserordentliche Verteuerung der Preise dieser Produkte gegenwärtigen.

Über diese Passivität der Handelsbilanz haben im Bunde der ungarischen Fabrikanten der Abgeordnete Gustav Gratz, der Direktor dieses Bundes, der Abgeordnete Johann v. Pirkner, der im Ackerbauministerium lange Jahre hindurch als Leiter der Abteilung für Viehzucht wirkte und der Geheimrat Béla v. Janko-

vich, derzeit Unterrichtsminister, beachtenswerte Vorträge gehalten.

Unser Export wurde zu Beginn des Berichtsjahres durch den italienisch-türkischen Krieg und später durch den Balkankrieg beeinträchtigt.

Ich erwähne hier, dass Bulgarien und Serbien auf 3 Monate allgemeine Moratorien beschlossen und dieselben dann um eine von dem Tage der Abrüstung abhängig gemachte Frist verlängert haben, Montenegro aber dasselbe von vorneherein bis zum Tage der Abrüstung anordnete.

Unser Aussenhandel hat somit im Berichtsjahre keine erfreulichen Erscheinungen aufgewiesen. Es war dies umso misslicher, als wir fast in allen anderen Beziehungen unseres Wirtschaftslebens mit schweren Sorgen zu kämpfen hatten.

Dies zeigte sich vorerst in dem

Geschäftsgänge der Notenbanken.

Die durch den türkisch-italienischen Krieg geschaffene Unsicherheit lastete schwer auf dem wirtschaftlichen Leben ganz Europas, und als sich die Lage auch auf dem Balkan verdüsterte, zeigte sich auf allen Geldmärkten die weitestgehende Zurückhaltung.

Anfangs Jänner, als die zur Auszahlung der Coupons und aus Rücksichten der Bilanzierung zurückbehaltenen Beträge wieder in den Verkehr kamen, konnte eine gewisse Erleichterung beobachtet werden. Als gar am 4-ten Jänner die sächsische Notenbank ihren Zinsfuss von $5\frac{1}{2}$ auf 5% ermässigte, entstand sogar ein gewisser Optimismus. Derselbe dauerte jedoch nicht lange, denn gegen Mitte des Monates zeigte es sich, dass das Privatkapital sich den Ansprüchen auch weiterhin verschloss. Die Situation der Notenbanken besserte sich jedoch so ziemlich, da die zu Ultimo Dezember beanspruchten Beträge grossen teils wieder eingezahlt wurden.

Trotzdem konnte Anfangs *Feber* weder die Englische Bank, noch die Deutsche Reichsbank ihre Rate herabsetzen. In der zweiten *Feber*woche entschied sich zwar die Englische Bank zur Ermässigung der Rate, erzielte aber damit keine sonderliche Wirkung, da die Bank von Frankreich dem Beispiele nicht folgte und in Deutschland der Präsident der Deutschen Reichsbank, Geheimrat v. *Havenstein*, sich zu sehr beunruhigenden

Massregeln entschloss. Er äusserte vor den Vertretern der Grossbanken den Wunsch, die Banken mögen für die Stärkung ihrer Liquidität sorgen, bei den bereits bewilligten Krediten mit grosser Vorsicht vorgehen und die Kredite tunlichst einschränken. Kurz er verlangte, dass *die Grossbanken für grössere Barvorräte sorgen mögen.*

Ende Feber kam die sensationelle Erklärung des Generalsekretärs der Österreichisch-Ungarischen Bank, Hofrat v. Pranger. Heute, wo wir diese Warnungen im Lichte der inzwischen eingetretenen Ereignisse würdigen, müssen wir natürlich die Klugheit derselben anerkennen, damals aber wurden sie bekrittelt. Hofrath Pranger wurde sogar scharf angegriffen, weil er für die Warnung nicht eine diskretere Form gewählt hatte. Heute wissen wir nun, dass sie nicht nur genug diskret war, sondern dass sie dem von dem ausgezeichneten Generalsekretär unserer Notenbank beabsichtigten Zweck mit zielbewusster Energie gedient hat. Infolge dieser Stellungnahme des Geheimrates v. Havenstein und des Hofrates v. Pranger wurde die Spannung noch gesteigert; einerseits wurden die Kredite noch mehr eingeschränkt, anderseits wurden gewisse Wechselkategorien in den Portefeuilles der Banken belassen. Es wurde aber hiedurch sehr schweren Erschütterungen vorgebeugt.

Anfangs März zeigte sich auf dem englischen Geldmarkte einiges Angebot, das aber durch den englischen Kohlenstreik gar bald eingeschüchtert wurde. Es kamen auch einige Parieser Angebote, hingegen begann das deutsche Kapital sich zurückzuziehen. Am 23. März wurde in Paris das Eisenbahn-Anlehen aufgelegt, dessen Wirkung sich auch bei uns in der Stagnation der Angebote fühlbar machte. Das dauerte aber nur einige Tage. Inzwischen zeigte die Lage unserer Notenbank eine ziemliche Verschlechterung, namentlich eine Verminderung des Goldschatzes. Auf dem französischen Geldmarkte trat die Tendenz der Ausschaltung der Tripelallianz-Staaten aus den dortigen Operationen sehr scharf zu Tage. Es wurde auch für die Laien offenkundig, dass sich in der auswärtigen Politik grosse Wandlungen vorbereiten. Einerseits erneuerten die Österreichisch-Ungarische Bank und die Deutsche Reichsbank in auffälliger Form ihre Mahnungen zu extremer Enthaltksamkeit und zur Ansammlung von Geldbeträgen, anderseits wurde in Frankreich gegen die Elozierung französischer Kapitalien nach Zentral-Europa in Aufsehen

erregender Weise Stellung genommen. Diese Gestaltung der Lage war eine derart charakteristische, dass die Fortdauer der Spannung unzweifelhaft erschien.

Die Lage blieb im *April* unverändert. Nach Wien und Budapest kam vom Ausland keinerlei Geldangebot; man konnte sogar die Wahrnehmung machen, dass sich das hier befindliche ausländische Kapital in raschem Tempo zurückziehe. Unter solchen Umständen mussten sich die Ansprüche — die übrigens ziemlich mässig waren — in gesteigertem Masse an die Notenbank wenden. Wir können nur das eine günstige Moment erwähnen, dass die Kurse der Devisen gegen Ende des Monats einigermassen zurückgingen, so dass sich die Aussicht eröffnete, dass die Österreichisch-Ungarische Bank in der Lage sein werde, ihr Devisen-Portefeuille zu stärken.

Das dauerte aber auch nur kurze Zeit, denn Anfangs Mai wollten sich die Ansprüche wieder nicht vermindern und von ausländischen Geldangeboten war keine Spur vorhanden. Die Stimmung besserte sich einigermassen, als die Englische Bank am 9. Juni den Zinsfuss auf 3% herasetzte und zu hoffen war, dass die Bank von Frankreich diesem Beispiele folgen werde. Dieser Optimismus erwies sich aber als unbegründet; es zeigte sich wohl einiges französisches Angebot, dagegen steigerte sich in Deutschland die Geldknappheit. Mann wurde geradezu misstrauisch, als Herr *Gwinner*, Generaldirektor der Deutschen Bank, im Herrenhause die verstimmende Äusserung machte, dass die Hochkonjunktur zu ihrem Abschlusse gelangt sei. Der Stand der Notenbanken musste sich neuerdings verschlimmern, was sich in der bedeutenden Erhöhung der Ultimo-Ansprüche äusserte.

Anfangs *Juni* besserte sich die Lage, was bei uns dem Umstande zu verdanken war, dass es der Stadt Budapest gelang, eine 50 Millionen Anleihe abzuschliessen und die Emission von Obligationen der Budapester Strassenbahn im Betrage von 18 Millionen, bedeutende Summen in das Land brachte. In der zweiten Monatshälfte wurde die offizielle Rate der Deutschen Reichsbank um $\frac{1}{2}$ % herabgesetzt. Das hatte aber keine besondere Bedeutung, denn die Geldknappheit dauerte in Berlin weiter, da der Semesterschluss grosse Verpflichtungen brachte. Die damalige Lage offenbarte sich in dem Umstande, dass der Goldschatz der Österreichisch-Ungarischen Bank um 120 Millionen K geringer war, als zum Semesterschluss des Vorjahres, andererseits

aber das Wechselportefeuille um 120 Millionen und die Lombardvorschüsse um 62 Millionen angewachsen waren. In Deutschland betrug die Erhöhung des Wechselportefeuilles 110 Millionen, jene der Lombardvorschüsse 55 Millionen, aus den unmittelbaren Fälligkeiten gingen 102 Millionen ab und der Goldschatz zeigte eine Abnahme von 111 Millionen.

Ich bemerke hier dass der Devisenkurs damals für uns ziemlich günstig war, da die Mark-, Pfund- und Frankswerte ohne Ausnahme gesunken waren.

Die einzelnen Geschäftszweige der Notenbanken zeigten im I. Semester 1912 folgende Variationen:

Oesterreichisch-Ungarische Bank.

Zeitpunkt	Goldschatz	Wechsel- Portef.-	Lombard- Vorschüsse	Noten- Zirculation	Einlagen und Giro	Steuerfreie Reserve
			in 1000 Kronen			
23. Dez.	1,635.551	995.921	144.074	2,311.299	294.050	75.748*
30. Dez.	1,635.701	1,141.833	186.760	2,540.961	245.590	305.250*
8. Jänner	1,635.993	1.043.809	169.525	2,381.917	285.690	155.024*
15. Jänner	1,645.313	895.078	119.782	2,245.774	241.490	460*
31. Jänner	1,650.237	938.039	110.350	2,338.080	191.810	87.842*
7. Feber	1,645.858	905.874	107.939	2,252.248	247.260	2.610
15. Feber	1,659.215	865.586	101.759	2,171.476	268.990	87.739
29. Feber	1,656.898	914.083	104.194	2,264.363	272.920	7.464*
14. März	1,648.159	783.147	102.085	2,153.822	233.650	94.336
30. März	1,632.143	919.637	125.866	2,305.889	245.590	73.745*
15. April	1,626.722	766.648	120.606	2,153.581	234.660	73.151*
30. April	1,630.382	990.398	120.266	2,346.999	182.100	116.617*
5. Mai	1,631.476	745.153	118.847	2,163.034	200.290	68.442
31. Mai	1,627.011	837.544	121.392	2,230.927	219.440	3.915*
5. Juni	1,610.328	731.055	119.867	2,107.359	206.460	102.968
23. Juni	1,601.162	711.418	115.686	2,080.501	232.710	120.660
30. Juni	1,592.154	861.829	125.690	2,298.541	185.560	106.380*

Deutsche Reichsbank.

Zeitpunkt	Goldschatz	Wechsel- Portef.	Noten- Zirculation	Steuerfreie Reserve
			in 1000 Mark	
23. Dezember	1,057.452	1,389.331	1,840.45	132.878*
30. Dezember	1,007.838	1,792.646	2,250.564	528.139*
7. Jänner	1,059.226	1,566.305	2,090.737	338.629*
15. Jänner	1,136.167	1,276.178	1,776.749	12.994*
31. Jänner	1,185.236	1,084.207	1,719.941	70.396
7. Feber	1,185.566	1,029.539	1,635.194	171.057
15. Feber	1,242.084	1,030.338	1,537.629	338.308
29. Feber	1,223.070	1,042.485	1,607.989	224.233
14. März	1,237.244	1,053.298	1,527.996	341.200
30. März	1,151.646	1,652.091	2,099.480	150.313
15. April	1,223.647	1,199.187	1,737.944	115.210
30. April	1,239.586	1,162.969	1,785.660	58.389
15. Mai	1,264.292	1,021.360	1,617.829	276.342
31. Mai	1,250.780	1,060.878	1,656.677	201.152
15. Juni	1,305.458	979.657	1,554.022	379.819
23. Juni	1,338.821	981.313	1,549.779	425.500
30. Juni	1,222.686	1,463.396	2,087.651	64.438*

Bank von England.

Zeitpunkt	Goldschatz	Wechsel- Portef.	Noten- Zirkulation	Gesamt. Reserve	Noten- Reserve
	i n 1 0 0 0	P f u n d	S t e r l i n g		
21. Dezember	34.140	35.219	29.286	23.304	23.360
28. Dezember	32.438	41.914	29.193	21.695	20.989
4. Jänner . . .	32.421	44.9 2	29.190	23.682	22.859
25. Jänner . . .	38.043	32.977	27.811	28.682	27.658
1. Feber	38.334	33.615	28.257	28.526	27.577
15. Feber	39.239	31.446	27.706	29.974	28.875
29. Feber	40.071	38.861	27.989	30.532	29.191
14. März	37.980	43.056	28.119	28.312	26.903
28. März	38.275	41.100	28.494	28.231	26.667
11. April	36.393	38.009	28.942	25.901	24.531
2. Mai	39.671	33.977	20.060	29.061	27.658
15. Mai	39.832	30.531	28.738	29.499	27.958
30. Mai	39.361	36.485	28.955	28.856	27.376
13. Juni	41.089	34.928	28.786	30.753	29.275

Bank von Frankreich.

Zeitpunkt	Goldschatz	Silber	Wechsel- Portef.	Noten- Zirkulation
		i n 1 0 0 0	F r a n c s	
28. Dezember	3,206.448	804.126	1,396.873	5,310.363
4. Jänner..	3,170.912	801.412	1,772.662	5,723.992
25. Jänner..	3,189.204	804.296	1,494.943	5,321.883
1. Feber ...	3,183.835	805.869	1,546.070	5,467.592
15. Feber ...	3,197.608	803.850	1,232.598	5,315.572
29. Feber ...	3,254.993	806.764	1,423.494	5,461.922
14. März	3,217.870	801.650	1,149.666	5,311.357
28. März	3,249.492	806.655	1,900.242	5,232.802
11. April ...	3,220.599	796.406	1,159.182	5,307.931
2. Mai	3,229.377	810.482	1,352.642	5,329.735
16. Mai	3,241.228	812.357	1,097.262	5,215.756
30. Mai	3,252.908	813.310	1,379.274	5,235.561
13. Juni ...	3,249.094	814.802	1,093.959	5,171.237

Es ist jedenfalls charakteristisch für die damaligen Verhältnisse, dass sich Anfangs *Juli* der Stand der Österr.-Ungarischen Bank nicht verbessert hat, wo sich doch sonst in den Sommermonaten dort eine bedeutende Besserung einzustellen pflegte. Das ist das umso bemerkenswerter als zu jenem Zeitpunkte ziemlich bedeutende Beträge zurückströmten, da man die Ansprüche auch auf dem offenen Markte befriedigen konnte. Nun aber herrschte in Berlin und London eine bedeutende Spannung und erregte zumal der Status der Bank von England Besorgnisse. Nach dem Medio besserte sich die Lage einigermaßen, bei uns eben sowohl wie in Berlin. Aber in London erreichte der Privat-Zinsfuß die Bankrate, so dass Gerüchte über eine Erhöhung der Letzteren in Umlauf gerieten. Diese Lage verblieb hier bis Ultimo, hingegen verschlimmerte sich bei uns die Lage ganz wesentlich,

was sich darin zeigte, dass die neuen Ansprüche an die Bank sich zu Ultimo um mehr als 200 Millionen erhöhten. Andererseits aber war der Ultimo-Bedarf in Berlin nicht bedeutend, so dass sich der Stand der Deutschen Reichsbank kaum änderte.

Der schwere Stand der Notenbanken änderte sich auch im *August* nicht. Bei uns herrschte allgemein die Hoffnung, dass die damals fälligen Coupons und Wohnungsmieten die Lage des Marktes erleichtern würden. Dies geschah jedoch nicht und zu Medio wuchs die Spannung sogar an, obschon man, nach verlässlichen Nachrichten 125 Millionen Franks französischen Geldes in Österreich und Ungarn in Kost gegeben hatte. Es muss hingegen berücksichtigt werden, dass die am 20-ten abgelaufenen Pensionen nicht prolongiert wurden. Es ist charakteristisch, dass in London der Privatkont sich bei einer 3%-igen Bankrate auf $3\frac{1}{2}\%$ erhöhte. Nach Medio konnte man für einige Tage eine gewisse Besserung wahrnehmen, aber gegen Ende des Monats nahm der Bedarf geradezu erschreckende Dimensionen an. Bei uns erreichte der Privatkont die Bankrate und in Berlin erhöhte er sich auf 4%. In der vierten Monatswoche begannen die französischen Banken die im Auslande elozierten Kapitalien zu kündigen, was die Zurückhaltung und die Spannung der Märkte verschärfte. Die Lage wird am prägnantesten dadurch charakterisiert, dass die Bank von England am 29-ten den Bankzins um 1 volles Prozent erhöhte. Die Erhöhung selbst kam wohl nicht unerwartet, aber — ihr Ausmass erregte eine ausserordentliche Verstimmung, ja sogar Besorgnisse. Diese erwiesen sich als begründet, denn zu Ultimo war der Eskompt auf dem offenen Markte so zu sagen unmöglich, so dass die Wechsel-Einreichungen bei der Österreichisch-Ungarischen Bank sich um 175 Millionen Kronen erhöhten.

Anfangs *September* besserte sich die Lage der Notenbanken einigermaßen, aber der Privatkont blieb gespannt und erhöhte sich nicht nur in Berlin sondern auch bei uns bis zur Bankrate. Es verlautete einigemal, dass die Deutsche Reichsbank genötigt sein werde die Rate zu erhöhen; diesem wurde aber durch die inzwischen eingetretene Erleichterung vorgebeugt. Unter solchen Umständen erregte es in der zweiten Septemberhälfte lebhaftere Überraschung, dass die Spannung wesentlich abnahm und zwar nicht nur auf dem offenen Markte, sondern auch bei den Notenbanken. Aber diese Erleichterung war nur eine schein-

bare, denn der Ultimo brachte unverändert grosse Ansprüche, was daraus zu entnehmen war, dass das Wechsel-Portefeuille bei der Österr.-Ungarischen Bank um 150 Millionen und bei der Deutschen Reichsbank um 500 Millionen answoll. Alle Zeichen deuteten darauf hin, dass die in der zweiten Septemberhälfte wahrgenommene Windstille nur die Vorbotin bevorstehender grösserer Übel war.

Anfangs *Oktober* konnte man eine Linderung der drückenden Lage weder bei den Notenbanken, noch auf dem offenen Markte auch keinen Tag lang wahrnehmen. De hatte seinen triftigsten Grund darin, dass über die Mobilisierung der Balkanstaaten die ersten positiven Nachrichten in Umlauf kamen. Die Kreditansprüche gelangten damals an den todten Punkt und es war geradezu ein Glück, dass die Erste Pester Vaterländische Sparkasse, die eben zu jenem Zeitpunkte in Frankreich für 35 Millionen K Obligationen placiert hatte, das erhaltene Gold sofort dem Markte zur Verfügung stellte. Das hatte aber eigentlich nur den Wert eines kurzen Sommerregens im Sandmeere, denn in den grossen Goldzentren zeigte sich ein stetes Steigen der Spannung. Den unmittelbaren Grund derselben bildete der *Balkan-krieg*, welcher als weitere Folge auch eine rapide Abnahme der Goldreserven der Notenbanken zeitigte. In der ersten Oktoberwoche reduzierte sich der Goldschatz bei der Österr.-Ungarischen Bank um 2.9 Millionen K, bei der Deutschen Reichsbank um 15.4 Millionen Mark, bei der Bank von England um 1.0 Million Pfund und bei der Bank von Frankreich um 20.2 Millionen Francs. Die Balkanstaaten machten riesige Anstrengungen um sich Gold zu verschaffen, und dies vermochten die Notenbanken auch mit dem stärksten Widerstande nicht zu verhindern. Diese Lage machte es unzweifelhaft dass die Notenbanken das einzige entsprechende Mittel der Verteidigung, das *Anspannen der Zinsschraube* ergreifen würden. Am Tage des Ausbruches des Balkankrieges wurde die Bankrate in der Tat erhöht, in London von 4% auf 5%, in Paris von 3% auf 3½%. Es war mit Sicherheit vorauszusehen, dass man diesem Beispiele in Berlin und in Wien folgen werde. Man rechnete damit, die Wechsel-Einreichungen nahmen stark zu und die Giroforderungen schwollen an. Wir bemerken nebenbei, dass die belgische Nationalbank ihren Zinsfuss von 4% auf 5%, die schwedische Reichsbank und die sächsische Notenbank von 4½% auf 5% erhöhten. Trotz dieser Massregeln dauerten die Goldent-

nahmen weiter, so dass die Bank von Frankreich für das Gold eine Prämie zahlte. Unter dem Drucke dieser unhaltbaren Lage erhöhte die Deutsche Reichsbank am 24. Oktober den Zinsfuss von $4\frac{1}{2}\%$ auf 5% , worauf der Generalrat der Österreichisch-Ungarischen Bank für den 26. Oktober telegrafisch einberufen wurde und den Beschluss fasste die Bankrate von 5% auf $5\frac{1}{2}\%$ zu erhöhen. Aber alle diese Massregeln konnten den stets lebhafteren Bedarf an Gold und Silber nicht herabsetzen was sich am schärfsten darin zeigte, dass die Bank von Frankreich genötigt war ihren Zinsfuss am 31. Oktober von $3\frac{1}{2}\%$ auf 4% zu erhöhen.

Aber auch diese Verfügung nützte nicht viel, denn am 1-ten *November* berichtete man aus Paris die ganz aussergewöhnliche Tatsache, dass der Privatdiskont das Niveau der Bankrate erreicht habe. Eine ganz analoge Lage zeigte sich auf allen übrigen grossen Finanzmärkten, so dass man schon in der ersten Novemberwoche mit einer Ratenerhöhung anderer führender Notenbanken rechnete. Diese erwies sich schon darum als nötig, weil sich die Devisenkurse in allen Relationen ausserordentlich verteuert und die Notenbanken die Gefahr von effektiven Goldentnahmen zu befürchten hatten. Unter solchen Umständen konnte weder Wien, noch Berlin die Bankrate auf dem Niveau der Londoner Rate belassen und so kam es, dass die Deutsche Reichsbank am 14-ten November ihre Rate von 5% auf 6% und die Österreichisch-Ungarische Bank die ihrige von $5\frac{1}{2}\%$ auf 6% erhöhte. In dieser Zeit notierte man bei uns folgende Wechselkurse:

	2. Nov.	12. Nov.	14. Nov.	18. Nov.	Parität
Amsterdam ..	200.—	200.15	200.05	199.93	198.37
Brüssel	95.47 $\frac{1}{2}$	95.57 $\frac{1}{2}$	95.57 $\frac{1}{2}$	95.45	95.23
London	24.19 $\frac{1}{4}$	24.21 $\frac{1}{2}$	24.22 $\frac{1}{2}$	24.20 $\frac{1}{4}$	24.17
Deutsche Plätze	117.80	117.90	117.95	118.—	117.56
Paris	95.87 $\frac{1}{2}$	95.95	95.95	95.87 $\frac{1}{2}$	95.23

Wir erwähnen hier, dass die Sächsische Bank sich mit der Berliner Rate nicht begnügte und am 19. November den Zinsfuss von 6% auf $6\frac{1}{2}\%$ erhöhte. Inzwischen erhöhte die Schwedische Reichsbank ihre Rate von 5% auf $5\frac{1}{2}\%$. Die Lage wurde noch dadurch ausserordentlich verschärft, dass der Preis des Goldpfundes in New-York infolge der riesigen Nachfrage unter den Goldpunkt sank, so dass effektives Gold auch mit der Umgehung von London nach New-York gelangte.

Infolge der stets wachsenden Nachfrage nach Gold, musste die Bank von England Anfangs *Dezember* an die New-Yorker Banken die Mahnung richten die Goldnachfrage zu mässigen, da sie sonst genötigt wäre eine weitere Erhöhung des Zinsfusses zu beschliessen. Auf den kontinentalen Märkten verschlechterte sich die Lage zusehends, denn die Rückzahlungen erfolgten, trotz der abnormen Stärke des November-Ultimo, in relativ geringem Masse. Charakteristisch für die damalige Geldteuerung war der Umstand dass der Privatkont in Budapest, Wien und Berlin die offizielle Rate erreichte, der Eskompte aber auch auf dieser Basis nur nominell war. Am 20-ten erfuhr die Lage eine gewisse Erleichterung, da die Friedensverhandlungen der Londoner Balkan-Konferenz die internationale Spannung einigermaßen linderten und die Devisen-Kurse merklich billiger wurden.

Die einzelnen Geschäftszweige der Notenbanken zeigten in der zweiten Jahreshälfte folgende Variationen.

Oesterreich-Ungarische Bank.

Zeitpunkt	Goldschatz	Wechsel- Portef.	Lombard	Noten- Zirkulation	Giro Ein- lagen	Steuerfreie Reserve
		in 1000 Kronen				
7. Juli ...	1,590.311	835.697	130.840	2,236.632	201.540	40.020*
15. Juli ...	1,591.888	750.511	124.287	2,156.585	193.290	35.302
31. Juli ...	1,591.285	893.831	132.970	2,319.665	191.680	128.379*
15. August.	1,586.949	815.668	129.115	2,212.379	211.630	25.430*
31. August	1,579.976	975.198	136.143	2,393.853	208.520	213.876*
7. Sept. ..	1,576.063	931.886	134.241	2,328.881	209.970	152.820*
14. Sept. ..	1,573.386	930.829	130.750	2,308.194	218.950	134.807*
23. Sept. ..	1,578.126	901.342	131.909	2,263.357	239.080	85.231*
30. Sept. ..	1,575.983	1,054.617	149.759	2,461.091	235.700	285.108*
7. Oktober	1,573.106	1,017.388	156.489	2,417.107	220.970	244.001*
15. Oktober	1,571.825	992.110	160.162	2,379.534	236.320	207.709
23. Oktober	1,572.145	1,051.101	152.532	2,350.145	307.020	177.999*
31. Oktober	1,566.126	1,162.600	166.370	2,590.460	204.820	424.333*
7. Nov. ..	1,566.185	1,113.649	170.879	2,463.592	261.960	297.068*
15. Nov....	1,569.234	1,075.381	169.071	2,413.870	272.380	244.640*
23. Nov....	1,562.235	1,036.802	167.847	2,355.630	283.550	193.394*
30. Nov....	1,546.840	1,212.760	216.107	2,618.223	236.550	471.382*
7. Dez. ..	1,530.873	1,188.464	232.415	2,568.858	255.380	437.985*
15. Dez. ..	1,513.722	1,219.089	251.621	2,594.345	256.590	480.622*
23. Dez. ..	1,508.850	1,244.240	289.310	2,616.370	314.050	507.324*
31. Dez. ..						

* Steuerpflichtige Banknoten.

Deutsche Reichsbank.

Zeitpunkt	Goldschatz	Wechsel- Portef.	Noten- Zirculation	Steuerfreie Reserve
		i n 1 0 0 0 M a r k		
7. Juli	1,236.044	1,256.849	1,912.348	60.667*
15. Juli	1,281.954	1,088.211	1,740.025	172.010
31. Juli	1,271.469	1,658.923	1,742.599	129.919
15. August	1,289.304	1,000.668	1,626.517	282.018
31. August	1,239.939	1,124.808	1,752.699	85.475
7. September ..	1,234.394	1,138.168	1,696.104	149.300
14. September ..	1,247.809	1,207.766	1,669.383	198.800
23. September ..	1,262.184	1,274.239	1,699.488	193.242
30. September ..	1,144.812	1,765.255	2,273.756	339.125*
7. Oktober	1,129.396	1,595.188	2,105.240	173.598*
15. Oktober	1,167.465	1,436.701	1,942.231	154.511*
23. Oktober	1,198.040	1,444.643	1,850.849	2 1.836
31. Oktober	1,131.538	1,475.563	1,993.010	273.432*
7. November ..	1,118.834	1,402.417	1,914.573	195.975*
15. November ..	1,127.154	1,401.227	1,865.032	127.624*
23. November ..	1,142.408	1,302.987	1,796.023	33.400*
30. November ..	1,064.651	1,430.880	2,009.979	360.159*
7. Dezember ..	1,028.586	1,420.254	1,956.160	334.667*
15. Dezember ..	1,037.897	1,506.071	1,939.110	303.200*
23. Dezember ..	1,096.330	1,637.051	2,041.280	—
31. Dezember ..	—	—	—	—

Bank von England.

Zeitpunkt	Goldschatz	Wechsel- Portef.	Noten- Zirculation	Gesamts- Reserve	Noten- Reserve
		i n 1 0 0 0 P f u n d S t e r l i n g			
4. Juli	40.402	44.825	29.973	28.879	27.401
11. Juli	40.388	33.004	29.566	29.272	27.804
25. Juli	41.164	33.875	29.332	30.282	28.874
15. August	40.878	34.142	29.513	29.815	28.500
29. August	41.737	36.370	29.193	30.994	29.656
5. September ..	42.192	36.519	29.274	31.368	30.114
12. September ..	42.169	36.088	28.959	31.660	30.331
19. September ..	41.632	35.598	28.548	31.534	30.158
26. September ..	41.693	34.570	28.828	31.315	29.885
3. Oktober	38.938	34.203	29.585	27.803	26.304
10. Oktober	37.913	32.885	29.171	27.193	25.697
17. Oktober	37.566	33.506	28.628	27.388	25.933
31. Oktober	37.337	34.533	28.589	27.198	25.763
7. November ..	36.550	33.908	28.637	26.363	24.979
14. November ..	36.627	31.566	28.300	26.777	25.441
21. November ..	37.465	31.671	28.277	27.638	26.320
28. November ..	37.786	31.761	28.312	27.924	26.652
5. Dezember ..	36.415	30.885	28.603	26.262	25.146
12. Dezember ..	34.246	30.985	28.374	24.322	23.133
27. Dezember ..	30.329	36.782	25.273	19.356	18.472

Bank von Frankreich.

Zeitpunkt	Goldschatz	Silberschatz	Wechsel- Portef.	Noten- Zirculation
		i n 1 0 0 0 F r a n c s		
4. Juli	3,259.147	814.878	1,480.136	5,396.463
11. Juli	3,271.930	808.319	1,137.726	5,230.799
25. Juli	3,296.941	798.641	1,120.947	5,083.360
15. August	3,291.427	796.006	1,054.286	5,076.492
29. August ...	3,297.604	784.729	1,191.374	5,069.552
5. September ..	3,283.817	779.134	1,081.358	5,247.395
12. September ..	3,277.805	772.826	1,117.098	5,162.764
19. September ..	3,277.876	769.149	1,166.405	5,172.718
26. September ..	3,275.023	76.298	1,250.875	5,185.504
3. Oktober	3,252.171	759.328	1,553.025	5,461.327
10. Oktober	3,235.078	756.207	1,331.004	5,431.966
17. Oktober	3,230.770	753.588	1,517.210	5,442.559
31. Oktober	3,226.230	751.264	1,934.065	5,655.114
7. November ..	3,223.021	752.367	1,675.962	5,609.751
14. November ..	3,221.240	750.040	1,654.499	5,499.213
21. November ..	3,222.781	751.270	1,571.244	5,446.027
28. November ..	3,220.314	741.327	1,720.843	5,466.641
5. Dezember ..	3,210.223	733.294	1,593.733	5,637.809
12. Dezember ..	3,205.098	725.843	1,528.926	5,522.238
26. Dezember ..	3,207.319	689.216	1,719.090	5,584.337

Alles in Allem können wir feststellen, dass das abgelau-
fene Jahr den Notenbanken riesige Aufgaben aufgebürdet
hat. Dieselben haben wohl wacker standgehalten, die Österr.-
Ungarische Bank zumal stand, namentlich im letzten Quartale,
als dies am notwendigsten war, ganz auf der Höhe ihrer Mis-
sion, was wir mit aufrichtiger Anerkennung hervorheben kön-
nen, aber wir haben keinen Anlass über die mit dem Wirken der
Notenbanken verknüpften Geschehnisse mit sonderlichem Entu-
siasmus zu berichten. Das lag — wie an anderer Stelle in
diesem Berichte erörtert wird — nicht an der Fähigkeit oder an
dem guten Willen der Notenbanken, sondern ausschliesslich an
ihrer Organisation. Hier erwähnen wir besonders die bereits er-
wähnten Schwierigkeiten der Verteidigung der Goldreserve. In-
teressant in diesem Belange ist die nachstehende Tabelle, welche
den *höchsten und den niedrigsten Jahresstand der Goldreserven*
der führenden Notenbanken darstellt. Es betrug nämlich im J.
1912 die Goldreserve der Notenbanken:

Zeitpunkt	Oest. Ung. Bank K	Deutschen Reichsbank M	Bank von England £	Bank von Frankr. Frs.
		i n M i l l i o n e n		
15. Feber	1.659.22	—	—	—
23. Juni	—	1.338.22	—	—
5. September	—	—	42.192	—
29. August	—	—	—	3.297.60
Mitte Dezember	1.513.72	1.037.89	32.470	3.205.10
Rückgang der Goldes.	145.50	300.33	9.722	92.50

Die Goldreserve der hier erwähnten vier Notenbanken hat sich, im Vergleiche zum höchsten Stande des abgelaufenen Jahres, am Jahresende um mehr als achthundert Millionen Kronen reduziert.

Der Vollständigkeit halber verzeichne ich hier noch die Variationen der offiziellen Raten der führenden Notenbanken:

Zeitpunkt	Oest. Ung. Bank	Deutsche Reichsbank	Bank von England	Bank von Frankreich
1. Januar	5	5	4	3½
9. Feber	—	—	3½	—
9. Mai	—	—	3	—
17. Mai	—	—	—	3
11. Juni	—	4½	—	—
29. August	—	—	4	—
17. Oktober	—	—	5	3½
24. Oktober	—	5	—	—
25. Oktober	5½	—	—	—
31. Oktober	—	—	—	4
14. November	—	6	—	—
15. November	6	—	—	—

Wie diese Tabelle zeigt, war die Geschäftswelt im abgelaufenen Jahre nicht auf Rosen gebettet. Dieses Ergebniss zeigt sich noch schärfer wenn wir die im

Geschäftsgang der Effektenbörse

vorgefallenen Ereignisse des Berichtsjahres rekapitulieren.

Bevor wir jedoch über diese nicht sonderlich erfreulichen Geschehnisse berichten, müssen wir hervorheben, dass *die Buda-
pester Börse im abgelaufenen Jahre inmitten kritischer, oft ins le-
bende Fleisch einschneidender schwerer Situationen eine ausser-
ordentliche starke, in jeder Hinsicht überraschende Wider-
standskraft bekundete.* Sie ist seit einigen Jahren entschieden
mannbar geworden, hat sich dem Gängelbände der Wiener Börse
ganz entwunden und war oft in der Lage auch für Wien den
Ton anzugeben. Die Kreise — deren Interessen durch die Börsen-
Ereignisse, welche die Mehrheit der Aktien und damit die Leitung
des einen oder des anderen Unternehmens den bisherigen Lei-
tern entrissen hatten — in scharfe Mitleidenschaft gezogen
wurden und aus so manchen Börsenschlachten mit blutigen Köp-
fen heimgekehrt waren! — wurden nicht müde die Kassandra-
Rolle zu spielen. Sie wiederholten ohne Unterlass, dass das Spiel
ein Ende mit Schrecken nehmen werde, dass die Bewegung,

welche die früheren Positionen über den Haufen geworfen hatte, nicht lebensfähig sei, dass die Faktoren, die diese Bewegung geleitet hatten, nicht stark genug sein würden, um einer erschweren Situation Stand zu halten. Nun aber haben die Ereignisse der Börse den klaren und unzweifelhaften Beweis erbracht, dass jene Besorgnisse durchaus unbegründet waren und die in Aktion gestandenen Kräfte weit unterschätzt wurden. Es zeigte sich dies namentlich in den dem Ausbruch des Krieges vorangegangenen kritischen Tagen und in dem Zeitpunkte als die Monarchie militärische Massregeln traf um ihre bedrohten Interessen zu wahren. In diesen schweren Tagen vermochten die neuen Elemente durch ihre zielbewusste Energie den drohenden Verheerungen vorzubeugen, obschon sie eben in den kritischsten Tagen dem heftigsten Ansturm der Kontremine Stand halten mussten.

Wenn wir nun auf die Einzelheiten des Börsenjahres übergehen, können wir feststellen, dass sie ein überaus ungünstiges Bild bieten. Es ist wahrhaft interessant zu beobachten, wie die Spekulation stets an der Hoffnung festhielt, dass die mageren Tage nicht von so langer Dauer sein werden, wie die guten Zeiten. In dieser Hoffnungsfreudigkeit äusserte sich eben die treibende Kraft des Lebens. Man hatte in den letzten Jahren mit energischer Schwungkraft das Wirtschaftsleben des Landes vorwärts getrieben; die elementare Strömung des Fortschrittes hatte die Menschen mit sich gerissen. Nun aber war man seit dem Monate August 1911 auf mächtige Hindernisse gestossen. Es kam die Marokkofrage, dieselbe zeugte den italienisch-türkischen Krieg, der dem Geldmarkte böse Vorahnungen einflösste. Man wurde stutzig, vertröstete sich aber mit dem Gedanken, dass man es bloß mit den zu Jahresschluss obligaten Schwierigkeiten zu tun habe und das neue Jahr eine Abundanz des Geldes und erneuerte Unternehmungslust bringen werde.

Dank dieser Auffassung eröffneten die Börsen das Jahr 1912 im *Januar* in optimistischer Stimmung und mit fester Tendenz, so in Budapest, wie im Auslande. Aber der Wahn war kurz. Er dauerte kaum acht Tage. In der zweiten Woche des Jahres gab es schon an allen führenden Börsen unerwartete Übelstände, verstimmende Ereignisse. In England beschlossen die Arbeiter der Kohlenwerke für März den Massestreik. In Frankreich wurde die Regierung gestürzt. In Deutschland ergaben die Reichstagswahlen zur allgemeinen Überraschung

einen grossen Sieg der Sozialdemokraten. In New-York wütete eine riesige Feuersbrunst. Bei uns stellte sich rasch die Stagnation ein. Von den internationalen Werten blieben blos die Aktien der Eisenwerke im Vordergrunde. Bei uns verzeichneten namentlich die Mühlen-Aktien eine namhafte Besserung. Es ist nun recht beachtenswert, dass die Banken dem Reportgeschäfte schon damals enge Schranken zogen, da sie mit Rücksicht auf die Geldspannung offenbar die Absicht hatten, der Zunahme des Börsenverkehrs ein Ziel zu setzen.

Anfangs *Februar* wurde die Phantasie der Börse durch Dividendenschätzungen gereizt und man wollte die Stagnation der ausländischen Märkte nichteinmal wahrnehmen. Diese unnatürliche Lage war aber unhaltbar, zum Medio wurde die Hausse-Bewegung eingedämmt, zumal Berlin einen starken Bau-Krach meldete. Nur die Papiere der Eisen- und Kohlenwerke und der Mühlen blieben in steigender Tendenz; in anderen Papieren verhielt sich die Spekulation reserviert. Man verspürte die Stagnation der ausländischen Börsen und wurde beunruhigt, als die Italiener in den europäischen und asiatischen Gewässern der Türkei aggressiv auftraten und die Gefahr weiterer Komplikationen gesichtet wurde.

Unter solchen Umständen musste das Geschäft im *März* umso lustloser einsetzen, als die Geldknappheit weiter anhielt. Die Spekulation sah sich veranlasst auf der ganzen Linie zu realisieren. Da aber die Nachfrage eine geringe war, verzeichnete man vom 8. bis zum 12-ten starke Kursverluste, denen zum Teile auch die Insolvenz der Kreditbank der Ungarischen Geldinstitute zugeschrieben werden kann. Der Streik in den englischen Kohlenwerken war ausgebrochen, und die Knappen des Ruhr-Reviere beschlossen einen Sympathiestreik. In New-York zeigte sich eine abnorme Geldknappheit und in Berlin überschritt der Privatdiskont die Bankrate. Die Kurse der Börsenpapiere zeigten eine weichende Tendenz, die aus folgender Tabelle ersichtlich ist:

	1911		1912	
	31. Dez.	31. Jan.	29. Febr.	31. März.
Ung. 4%-ige Kronenrente..	92.—	90.—	89.—	89.50
Ungarische Kreditbank	865.75	858.75	870.50	863.75
Oesterr. Kreditaktien	676.—	656.50	657.50	657.50
Ung. Hypothekenbank	508.—	496.50	502.50	491.50
Ung. Escomptebank	607.50	578.50	578.—	551.—
Ung. Bank und Handels A.G.	750.—	719.75	719.—	678.25
Salgótarjánér	647.—	710.—	749.—	726.—
Ung. Allg. Kohlenbergbau .	655.—	900.—	910.—	904.—
Ganz Co. Danubius	4038.—	4260.—	4255.—	4020.—
Rimamurányér	676.—	705.75	725.—	724.—
Ung. Zuckerindustrie	2200.—	3220.—	3200.—	3170.—
Adria	515.—	536.—	531.—	513.—
Atlantica	317.—	302.50	312.—	299.50
Budapester Strassenbahn ..	774.50	815.—	816.—	796.50
Budapester Stadtbahn	407.—	431.75	735.—	426.—
Oesterr.-ung. Staatsbahnen	753.—	728.50	745.50	733.50

Anfangs *April* begann nach einem ziemlich schweren Ultimo, eine schüchterne Hausse-Bewegung, die aber durch die Geldverhältnisse sofort eingedämmt wurde. Eine wirkliche Besserung konnte weder in internationalen noch in Lokalwerten zum Durchbruche kommen. Es kam bloß in das Effektivgeschäft etwas Bewegung, aber die Umsätze blieben unbedeutend. Die Kraftentfaltung war von ganz kurzer Dauer. Die Kredite wurden weiter restringiert und die Banken verwiesen das Kostgeschäft in noch engere Schranken als bisher. Die Lage komplizierte sich noch durch die Kabinettskrise, und die Kontremine machte starke Bianco-Verkäufe und warf die Kurse noch weiter zurück, was sich in den niederen Kursen des 15. und 16. April zeigt. In der zweiten Monatshälfte machte sich eine etwas günstigere Auffassung geltend, da auf den ausländischen Geldmärkten eine Erleichterung eintrat. Vor Ultimo erfolgten Meinungskäufe und da die Kontremine ihre Engagements decken musste, konnten sich die Kurse merklich erholen.

Im *Mai* wiederholten sich die bereits skizzierten Ereignisse wie ein Refrain. Die auswärtigen Märkte blieben war ziemlich fest, bei uns aber konnte die Erholung nicht zum Durchbruche kommen, so dass die Börse wieder in die frühere Stagnation verfiel. Die Besserung des Verhältnisses zwischen London und Berlin, die in der Ernennung des Freiherrn v. Marschall zum Londoner Botschafter zum Ausdrucke gelangte, wurde günstig kommentiert. Aber diese Besserung und die Herabsetzung der französischen Bankrate vermochten das Geschäft nicht zu galvanisieren. Die Lage wurde bald entschieden ver-

schlimmert als Herr Gwinner, der Direktor der Deutschen Bank im Preussischen Herrenhause die Erklärung abgab, dass die Hochkonjunktur, die mehrere Jahre lang gedauert hatte, zu Ende gehe. Und wenn wir noch in Betracht ziehen, dass die französischen Truppen in Marokko harte Kämpfe zu bestehen hatten, dass in London nun die Hafenarbeiter in den Streik traten und dass bei uns die innere Politik dem Chaos entgegensteuerte, so können wir feststellen, dass die Budapester Börse sich, trotz des schwachen Geschäftsganges, wacker gehalten hat. Bei der Ultimoregelung stellte es sich heraus, dass die Spekulation ihre Engagements stark reduziert hatte.

Diese Feststellung hatte jedoch keine nennenswerten Folgen, denn Anfangs *Juni* setzte die Börse mit lustlosem Verkehr und sinkender Tendenz ein. Die auswärtigen Berichte klangen nicht ermutigend, die deutschen Grossbanken warnten unentwegt zur Reduktion der Kreditansprüche. Das Geschäft geriet ins Stocken und die Kurse bröckelten ab. Die *Kursbewegung der wichtigeren Werte* gestaltete sich im zweiten Quartal wie folgt:

	30. Apr.	31. Mai	29. Juni
Ung. 4%-ige Kronenrente...	89.15	89.10	87.25
Ung. Kreditbank	839.25	835.50	837.—
Oesterr. Kreditaktien	643.50	639.—	640.75
Ung. Hypothekenbank	475.50	462.—	460.—
Ung. Escomptebank	545.50	540.—	539.50
Ung. Bank u. Handels A.-G.	666.—	652.50	651.50
Salgótarjánier	731.—	764.—	757.—
Ung. Allg. Kohlenbergbau ..	937.—	1035.—	1035.—
Ganz Co. Danubius	4000.—	3778.—	3790.—
Rimamurányier	745.—	764.—	766.50
Ung. Zuckerindustrie	3270.—	3050.—	3045.—
Adria	518.—	518.—	516.—
Atlantica	293.—	291.—	288.50
Budapester Strassenbahn ...	794.50	761.50	762.25
Budapester Stadtbahn	416.50	410.50	410.25
Oesterr.-ung. Staatsbahnen .	741.50	730.—	728.—

Anfangs *Juli* ergab die befriedigende Ernteschätzung eine günstigere Stimmung, die aber nur bei einigen internationalen Werten zur Geltung kam. Hingegen begann damals der Kurssturz der Baugewerbe-Papiere, auch zeigte sich der Rentenmarkt entschieden flau. Die geradezu unheimliche Stille lastete schwer auf der Börse, wo gegen die Mitte des Monats nur die Hausse der Zucker-Aktien einige Aufmerksamkeit erregte. Die Lage war auf den auswärtigen Märkten eine ähnliche, so dass Ende Juli auch die Kurse der internationalen Werte abbröckelten und nur die Lokalwerte einige Kraft bekundeten.

Die Börse suchte sich all dies damit zu erklären, dass sie es mit der obligaten Sommer-Flauheit zu tun habe und sie tröstete sich auch, als der August ungünstig einsetzte. Gegen Mitte August begann sogar eine wahre Hausse-Bewegung, die vom Auslande ausging. Dieselbe entstand namentlich in New-York wegen des alle Erwartungen übertreffenden Ernteergebnisses und der am Kupfer-, Eisen- und Kohlenmarkte herrschenden Hochkonjunktur. Es ist interessant, dass die Börsen von Wien und Budapest, die mit diesen Hausse-Ursachen wenig zu tun hatten, dem New-Yorker Impulse folgten, so dass die Kurse auf der ganzen Linie in die Höhe gingen. Im Vordergrund standen wohl die Eisen- und Kohlenwerte, aber auch die Renten besserten sich. Als aber dann in Wien eine stärkere Reaktion eintrat, kamen die Kurse auch bei uns ins Wanken, mit Ausnahme jener der Kohlen- und Seeschiffahrtswerte, welche letztere von den hohen Seefrachtraten profitierten. Gegen Ultimo verschlimmerten sich jedoch die Geldverhältnisse derart, dass die gute Stimmung bei uns und im Auslande ganz verloren ging. Die oben erwähnten Paare stiegen jedoch weiter.

Anfangs *September* wurde die Spekulation durch die abnormen Kreditansprüche, die der Ultimo-Ausweis der Öst.-Ung. Bank in unzweifelhafter Weise aufwies geradezu verblüfft. Dieser Ausweis ernüchterte alle Unternehmungslust und die Börse verharrte in auffälliger Stagnation. An den ausländischen Börsen war wohl die Tendenz ziemlich fest, in Wien aber stellte sich eine namhafte Reaktion ein, welche von der Kontremine bei uns zu einem neuen Angriff ausgenützt wurde. Unter solchen Verhältnissen erlitten die Kurse in der Mitte des Monats einem allgemeinen Rückgang, der in der letzten Monatswoche in eine Deroute ausartete. Das ganze Quartal zeigte somit eine stets ansteigende Schwächung, die sich in folgenden Variationen der Kurse wieder spiegelt:

	31. Jul.	31. Aug.	30. Sept.
Ung. 4%-ige Kronenrente ..	87.25	87.10	86.20
Ung. Kreditbank	855.—	850.50	841.—
Oesterr. Kreditaktien	654.75	647.25	640.50
Ung. Hypothekenbank	463.50	471.25	460.50
Ung. Escomptebank	552.50	547.—	537.—
Ung. Bank u. Handels A.-G.	665.—	661.50	636.50
Salgótarjánér	763.—	796.—	789.—
Ung. Allg. Kohlenbergbau ..	1044.—	1089.—	1090.—
Ganz Co. Danubius	3740.—	3750.—	3645.—

	31. Juli	31. Aug.	30. Sept.
Rimamurányer	765.75	779.50	784.—
Ung. Zuckerindustrie	3080.—	3020.—	3030.—
Adria	516.—	565.—	560.—
Atlantica	296.—	311.—	334.—
Budapester Strassenbahn ...	766.50	770.50	738.50
Budapester Stadtbahn	410.50	407.—	399.—
Oesterr.-ung. Staatsbahnen .	718.—	710.25	730.50

Es war ein wahres Glück, dass das Börsengeschäft sich schon seit Jahresbeginn in überaus engem Rahmen bewegte und die schwächeren Elemente bereits früher ausgeblieben waren, denn Anfangs *Oktober* verursachte der Ausbruch des Balkankrieges eine riesige Erschütterung. Die Papiere wurden stossweise auf den Markt geworfen, und der Selbstmord des Börsenagenten Löw steigerte noch die Panik. Die Firma Krausz & Bettelheim übernahm die 5000 Effekten betragenden Engagements des Selbstmörders, was die Börse einigermaßen beruhigte, so dass folgenden Tagen nur noch einige Kursrückgänge erfolgten, und der zu Mitte des Monats erfolgte türkisch-italienische Friedensschluss die Börse in günstige Stimmung versetzen konnte. Diese dauerte aber nur kurze Zeit, denn die Geldspannung trat abermals in den Vordergrund, was sich in der Ratenerhöhung der führenden Notenbanken bekundete. Die Lage gestaltete sich trostlos, denn man musste nun mit der Eventualität rechnen, dass Österreich und Ungarn genötigt sein könnten ihre speziellen Interessen durch energische Massregeln zu schützen. Diese Eventualität wurde durch die Niederlage der Türken näher gerückt, denn es wurde offenbar, dass Serbien sich an der Adria-Küste festsetzen wollte.

Inmitten dieser überaus gespannten Verhältnisse traten Anfangs *November* die Delegationen zusammen. Die Thronrede und das Exposé des Ministers des Äussern wirkten an der Börse einigermaßen beruhigend. Aber die absolut starre Haltung der Banken in der Behandlung des Kostgeschäftes liess an der Börse keinerlei Initiative aufkommen. Die Lage wurde auch dadurch verschärft, dass die auswärtigen Geldmärkte eine stets grössere Reserve, ja selbst entschiedene Besorgnisse bekundeten, was sie dadurch zum Ausdruck brachten, dass sie die in Österreich und Ungarn placierten Geldmittel eiligst zurückzogen. Die Börse wurde überdies durch eine Flut von unverlässlichen Gerüchten beeinflusst, so dass wir die absurdesten Kursschwankungen zu verzeichnen hatten. In der dritten Woche kam trotzdem eine opti-

mistische Auffassung zum Vorscheine, und zeitigte eine ganz unbegründete Haussebewegung, die einzelne Kurse um 40—50 K in die Höhe trieb. Diese Erhöhungen wurden durch die von Tag zu Tag kaleidoskopartig wechselnden Situationsberichte hervorgerufen, aber von einer einheitlichen Tendenz konnte keine Rede sein. Es wäre dies umso schwerer gewesen, als die Kontremin die ungünstigen Nachrichten, die erklärlicherweise täglich in Umlauf kamen, jedesmal zu energischen Vorstößen ausnützte, so dass ein ruhiger Geschäftsgang unmöglich war. Man forderte damals, dass die Regierung der Börse über die Ereignisse authentische Mitteilungen zukommen lassen und die Börse gegen die vielen Manöver schützen möge.

Anfangs *Dezember* wurde die Lage noch schlimmer. Die Monarchie zeigte das Bild der vollen Kriegsbereitschaft, so dass man ein eingefleischter Optimist hätte sein müssen um den Krieg als vermeidlich zu betrachten. Die Geldverhältnisse zeigten eine Spannung, die man kaum für möglich halten konnte. Der Privatkont erreichte die offizielle Bankrate und überschritt sie auch, war aber eigentlich nur nominell. In der zweiten Monathälfte besserte sich die Auffassung wesentlich, denn man erhielt über die Beratungen der Londoner Botschafter-Reunion günstige offiziöse Berichte und Serbien machte sich erbötig für die unserem Prizrender Konsul zugefügte Beleidigung Genugthuung zu bieten. Die Kurse besserten sich um 20—40 Kronen, was jedoch mehr den Deckungskäufen der Kontremin zuzuschreiben war. Die wichtigeren Kursvariationen des IV. Quartals waren die folgenden:

	31. Okt.	30. Nov.	18. Dez.	31. Dez.
4%-ige Kronenrente	84.30	83.25	82.25	84.45
Ung. Kreditbank	779.—	784.—	766.50	797.50
Oest. Kreditaktien	603.—	603.50	598.50	618.—
Vaterländische Bank	280.—	284.—	273.50	290.—
Ung. Hypothekenbank	407.—	417.—	402.—	426.50
Ung. Bank u. Handels A. G.	522.—	533.—	515.—	545.—
Pester Commercialbank	3670.—	3670.—	3500.—	3700.—
Ung. Escomptebank	501.—	505.—	485.—	515.—
Beocsin	806.—	810.—	753.—	810.—
Steinbrücker Ziegelei	900.—	850.—	800.—	800.—
Kohlen- und Ziegelwerke	911.—	950.—	913.—	970.—
Salgótarján	694.—	705.—	692.—	737.—
Ung. Allg. Kohlenbergbau	916.—	926.—	920.—	1020.—
Ganz & Co. Danubius	3110.—	3295.—	3165.—	3390.—
Rimamurány	720.—	691.—	671.—	713.—
Ung. Zuckerindustrie	2690.—	2745.—	2600.—	2810.—
Ung. Gummiwarenfabrik A. G.	547.—	545.—	520.—	550.—
Ung. Eisenbahn Verkehrsbank	418.—	417.—	396.—	428.—

	31. Okt.	30. Nov.	18. Dez.	31. Dez.
Neuschlosz	710.—	700.—	735.—	745.—
Adria	494.—	500.—	487.—	522.—
Atlantica	301.—	315.—	301.—	328.—
Budapester Strassenbahn	637.50	664.50	640.—	674.—
Budapester Stadtbahn	365.—	367.—	357.—	371.—
Südbahn	103.50	100.50	95.—	103.—
Oest. ung. Staatsbahnen	669.—	669.—	664.—	707.—

Die hier von Quartal zu Quartal und von Monat zu Monat dargestellten Kursvariationen bieten ein scharfes Bild der wirtschaftlichen Ereignisse des verflossenen Jahres. Dabei hat aber unsere Börse eine grosse Widerstandskraft entfaltet. Wenn wir nun hervorheben, dass sich — abgesehen von einer grösseren Insolvenz — der Verkehr ohne jede grössere Störung abwickelte, wogegen in Wien und Berlin die grossen Falliments häufig waren, so haben wir *die Solidität der Budapester Börse* in einwandfreier Weise erhärtet.

Wir gelangen zu ähnlichen Ergebnissen, wenn wir

die Vorkommnisse im Bankwesen

darstellen, die — aufrichtig gestanden — diesmal mehr Sorge verursacht haben, als je vorher. Man muss vor allem damit rechnen, dass die Regulierung des Kredites, bei der eigenartigen Entwicklung unserer Geldinstitute, hierzulande auf fast unüberwindliche Hindernisse stösst. Wir müssen weiters den Umstand erwägen, dass die glänzenden Ernten der letzten 3—4 Jahre, bei den hohen Preisen und dem stets zunehmenden Konsum, der industriellen und kommerziellen Tätigkeit ausserordentliche Impulse gegeben haben. Die hohen Einkünfte und die wachsende Unternehmungslust veranlassten die Gründung neuer Geldinstitute, die noch dadurch gefördert wurde, dass Reescompte-Kredit in reichem Masse zur Verfügung stand.

Im September 1911 hatte sich der internationale Horizont umwölkt und die bisher so ergiebigen ausländischen Geldquellen begannen zu versiegen. Man machte sich hier deswegen keine grossen Sorgen, denn die Geldinstitute und Unternehmer waren der Ansicht, dass die stark vergrösserten Geldinstitute auf der Basis solider Geschäfte stehen, die grosse Gewinne verheissen. Diese Berechnung zeigte aber einen Fehler. Die Geschäfte waren sicherlich solid und vielversprechend, aber ihre Abwicklung erforderte grössere Geldmittel, als man zur Verfügung hatte. Hofrat v.

Pranger, der Generalsekretär der Notenbank, der unsere wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse genauer kennt als wer immer, hat diesen Umstand im folgenden markigen Satze zum Ausdruck gebracht: „In Ungarn spricht man oft von Geldmangel. Ein wirklicher Geldmangel besteht bei uns nicht, sondern nur der Übelstand, dass bei uns jeder mehr ausgibt als er einnimmt, bzw. mehr Kredit beansprucht, als ihm zukommt.“ Man mag da Krokodilstränen vergiessen und über Reaktion klagen, wenn man aber nicht nach Volkstümlichkeit hascht, sondern die Verhältnisse objektiv erwägt, so wird man anerkennen müssen, dass Hofrath v. Pranger eine klassische Wahrheit zum Ausdrucke gebracht hat. Den grössten Fehler bildet bei uns, dass man die eigentliche Bestimmung des Kredites in vielen Relationen falsch auffasst und das in Anspruch genommene fremde Kapital so betrachtet, als stünde es uns unumschränkt zur Disposition. Diese Auffassung ist offenbar irrig. Bei normalen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen ist die Prolongation des Leihgeldes gewiss sehr leicht; aber umso ungeduldiger und schonungsloser wird dieses Geld, wenn die Lage auch nur zur geringsten Besorgniss Anlass bietet. Der Erfolg einer finanziellen, industriellen oder kommerziellen Unternehmung wird sofort problematisch, wenn die Resultate von einem fremden Faktor, bzw. vom Geldleiher abhängen.

Den grossen Einfluss dieses fremden Faktors wollte man bei uns nicht erkennen. Als Hofrat v. *Pranger* in Hinblick auf diesen Umstand die energische Aufforderung zur rationellen Einschränkung der Kredite zum Ausdruck brachte, wurde er heftig angegriffen. Man erhob gegen ihn den Vorwurf, er wolle die weitere Entwicklung künstlich verhindern. Und dieser Vorwurf wurde zu einem Zeitpunkt erhoben, wo die Geldknappheit in der ersten Woche des Jahres, allen Traditionen zum Trotze, nicht weichen wollte und die Notenbanken genötigt waren, den hohen Zinsfuss des vorherigen Herbstes beizubehalten.

Als dann die Budapester Grossbanken der Warnung Folge leisteten und die Kredite restringierten, ertönten nicht nur in Budapest, sondern auch in der Provinz scharfe Vorwürfe, dass die Banken zur Zeit der Geldabundanz mit dem Gelde geradezu hauiert, den kleinen Instituten der Hauptstadt und der Provinz den Kredit geradezu aufgedrängt hätten, nun also nicht berechtigt seien ihren Klienten das Messer an den Hals zu setzen. Der Fehler

liegt eben, wir wiederholen es, in jener grundfalschen Auffassung, die wir soeben kritisiert haben. Wer Kredit in Anspruch nimmt, muss sich klar darüber sein, *dass er das geborgte Geld nicht zum ewigen Gebrauche erhalten habe, sondern mit der Verpflichtung es zur stipulierten Verfallszeit zurückzuzahlen*, dass er also jenes Geld nur zu solchen Geschäften verwenden darf, die noch vor jener Verfallszeit abgewickelt werden können. Wenn es sich nun um solche Geschäfte handelt, die den beanspruchten Kredit immobilisieren, so hätten diese Anstalten, die Kredit in Anspruch nahmen, daran denken sollen, dass sie das Geld nur dann immobilisieren dürfen, wenn *der Kredit ihnen zu denselben Rückzahlungs-Modalitäten zur Verfügung*, steht, zu denen sie das geborgte Geld weiter leihen.

Durch Ausserachtlassung dieses Gesichtspunktes hat man nun gewiss Fehler begangen, die umso schwerer ins Gewicht fallen, als man bei uns in Budapest und in der Provinz gar manche Geldinstitute gegründet hat, nach denen gar kein Bedarf vorhanden war. Die verschärfte Konkurrenz und die Jagd nach Geschäften hat die sonst gesunde und einwandfreie Lage gewiss verdorben und mancherlei Wirrnisse verursacht.

[Es wurde da — wie das unter ähnlichen Umständen seit Jahrzehnten oft geschehen ist — neuerdings die *Reform des Bankwesens angeregt*. Ich will die diesbezüglichen Anregungen in chronologischer Reihenfolge registrieren. Am 12. Januar wurde die Frage im Abgeordnetenhouse, bei der Verhandlung des Justizetats vom Abgeordneten Alexander *Simonyi-Semadam* aufs Tapet gebracht, der die obligatorische Einführung der Institution der *Bücher-Revisoren* anregte. Im Oberhause forderte Graf Aurel *Dessenffy*, ebenfalls im Verlaufe der Budgetdebatte, die Intervention des Staates. Der Finanzminister Ladislaus v. *Lukács* erklärte jedoch, dass von ernsten Übelständen nicht gesprochen werden könne und dass man der etwaigen Überproduktion und etwelchen Auswüchsen auf dem Gebiete des Kreditwesens durch eine Modifikation des Handelsgesetzes vorbeugen könne, dass der Staat die Bürde einer Kontrolle nicht auf sich nehmen könne und es viel richtiger wäre, wenn die Revisions-organe von den Kreditinstituten eingesetzt würden. Sollten jedoch solche Organe eingesetzt werden, aber nicht richtig funktionieren, dann würde er sich einer staatlichen Intervention nicht verschliessen.

Die Frage wurde sodann in der am 12. März abgehaltenen

Generalversammlung des Landesverbandes der Ungarischen Geldinstitute verhandelt. Die Versammlung nahm folgenden Beschlussantrag des Geheimrathes Dr. Alexander v. *Matlekovits* an: „Die Generalversammlung des Landesverbandes der Geldinstitute erklärt, dass der Verband die Frage der Reform der Geldinstitute mit stetiger Aufmerksamkeit verfolgen wolle und seinem Ausschuss die Weisung gebe, dass derselbe 1. vor allem eine systematische Statistik der ungarischen Geldinstitute in Angriff nehmen, bezw. die einschlägigen Ausweise des ungarischen statistischen Amtes studieren und die etwa nothwendige Ergänzung derselben initiieren möge; 2. ferner möge der Ausschuss die Frage der Umgestaltung des Aufsichtsrates zu einem für die Kontrolle besser geeigneten Organe und die Modalitäten zur Einführung der Institution der Bücher-Revisoren einem eingehenden Studium unterziehen; 3. schliesslich sollte er erwägen, wie es möglich wäre die Geschäftsgebarung der Geldinstitute (namentlich die Wechsel-Zensur und die Einschätzung von Immobilien) in einheitlicher Weise zu regeln.

Später beschäftigte sich der inzwischen zum Finanzminister ernannte Johann v. *Teleszky* in seiner zu Zenta abgehaltenen Programmrede mit der Frage der Reform des Bankwesens und erklärte er wolle zur Sanierung der wahrgenommenen Auswüchse administrative und wenn nötig, auch legislatorische Verfügungen erwägen.

In dem am 16. Juni abgehaltenen Landes-Kongresse der ungarischen Geldinstitute bereicherte Justizminister Dr. Franz v. *Székelly* das Material mit der Idee einer *Geldinstituten-Kammer*. Der Antrag, der auch angenommen wurde, bezweckte eine Institution, bei welcher der Beitritt für jedes Institut dessen Aktienkapital nicht mehr als 2 Millionen beträgt, obligatorisch und für die anderen Geldinstitute des Landes fakultativ wäre. Diese Kammer hätte nicht die Aufgabe für die Geldinstitute billige und leichte Geldquellen zu erschliessen, sondern im internen und äusseren Leben der Geldinstitute Ordnung zu schaffen, damit den derzeit beschämenden Folgen jeder Geldspannung vorgebeugt werde. Zu diesem Behufe hätte die Kammer über die bestehenden Geldinstitute die Oberaufsicht zu üben, für das Ausmass des Reskompte-Kredites, welcher mit den eigenen Kapitalien im Einklange stehen müsste, für den Einlagen-Zinsfuss, die Kündigungsfristen der Einlagen, für das Minimum des Aktienkapitales neu

gegründeter Institute gewisse Regeln zu statuieren, und schliesslich die Placierung der emittirten Aktien und die faktische Einzahlung des Aktienkapitals zu kontrollieren. Die Kammer wäre keine staatliche Institution und hätte kein Zensurrecht. Das Firmen-Protokollirungs-Amt hätte bei der Anmeldung einer jeden Neugründung bei der Kammer Informationen einzuholen und das Aktienkapital müsste bei der Kammer eingezahlt werden. Die Erfüllung dieser Formalitäten würde den Kredit der betreffenden Institute vor den Einlegern und den reeskomptierenden Banken befestigen.

Die Vorschläge blieben auf dem Papiere. Anfangs März erregte zwar der Zusammenbruch der Zentral-Kreditbank der Ungarischen Geldinstitute eine überaus starke Sensation, weil diese Bank sich fast siebenhundert Provinzinstitute angegliedert hatte. Aber unsere Finanzwelt bekundete trotz dieses Unfalles auf der ganzen Linie eine staunenswerthe Zähigkeit und Widerstandskraft. Die verlässliche Solidität und starke Fundierung unserer Geldinstitute und die imposante Expansivität des ungarischen Kapitalienmarktes zeigte sich übrigens in der sinnfälligsten Weise, als die Einleger, unter dem Eindrucke der lange Monate währenden Kriegsgefahr, mehrere Institute mit Rückforderungen überrannten. Man kann sich übrigens über die Lage der ungarischen Geldinstitute ein ziffermässiges Urtheil bilden. Es haben im abgelauenen Jahre in Budapest im Ganzen 8 Geldinstitute mit einem Gesamtkapital von 6.7 Millionen K liquidirt. Bei zweien dieser Institute war die Liquidation eine nominelle, da dieselben, mit ihrem Aktienkapital von insgesamt 3 Millionen mit anderen Instituten fusionierten. Bei den anderen Instituten ist nur ein Teil des Aktien-Kapitals verloren gegangen.

In der Provinz haben 54 Anstalten liquidirt und zwar mit einem Gesamtkapital von 12.38 Millionen Kronen. Es befinden sich aber darunter 22 Anstalten mit einem Gesamtkapital von 5.34 Millionen K die eigentlich nur aus dem Grunde liquidirt haben, um mit anderen Instituten zu fusionieren.

Die Geldknappheit und Geldteuerung die das ganze Jahr hindurch geherrscht hatten, lasteten mit voller Schwere vornehmlich auf dem *Pfandbrief- und Obligations-Darlehens-Geschäfte*. Trotzdem gelang es der *Ung. Hypothekenbank* in Frankreich und in Belgien Obligationen im Betrage von 25 Millionen zu unterbringen, und auch den anderen Pfandbrief-Instituten gelang es,

wenn auch mit grösseren Opfern — ihre Papiere zu begeben. Das ergibt sich aus dem Umstande dass im I. Semester 1912 der Stand der Pfandbriefdarlehen der hauptstädtischen Geldinstitute sich im Vergleiche zum Stande vom 31. Dezember 1911 um 90 Millionen K auf 2.4 Milliarden und der Stand der Kommunal-Obligationen um 15.4 Millionen auf 914 Millionen Kronen erhöhte. Im II. Semester war die Stagnation eine aussergewöhnliche, was in der Stockung der Bautätigkeit, im Rückgange und in der Schwerfälligkeit der Parzellierung und des Immobilienverkehrs zum Ausdrucke gelangte. Es erregte daher geradezu Sensation, dass es der Ersten Vaterländischen Sparkasse gelang inmitten der schwierigsten Verhältnisse, am Anfang Oktober, in Frankreich, bei der unter Führung des Crédit Lyonnais stehenden Finanzgruppe Goldobligationen im Betrage von 25 Millionen Kronen und später, auf Grund der damals erhaltenen Option, weitere 10 Millionen Kronen zu begeben.

Für die Beurteilung der Schwierigkeit der Begebung von Obligationen ist es allenfalls überaus charakteristisch, dass das *Bodenkreditinstitut der Klein-Grundbesitzer* 5%-ige Titres emittierte. Diese Neuerung machte keinen sonderlich günstigen Eindruck; man verübelte es diesem Institute, dass es die grossen Interessen die sich an die möglichst einheitliche Gestaltung der Pfandbrief-Typen knüpft, ausser Acht gelassen habe.

Es wurde im Laufe des Jahres oft berichtet, dass unsere Pfandbriefe und Kommunal-Obligationen vom Auslande stossweise zurückgeströmt seien. Diese Berichte waren glücklicherweise nur zu einem geringen Teile wahr. Es geschahen gewiss bedeutende Verkäufe, aber die interessierten Institute, die vorsichtiger Weise grosse Barbeträge vorrätig hielten, konnten die auf den Markt geworfene Pfandbriefe schlank aufnehmen und so den starken Kurssturz ihrer Titres verhindern. Es ist dies sehr beruhigend für die Kapitalisten, die diese Werte mit vollem Vertrauen kaufen und als permanente Anlagen benutzen. Eine gewisse Abbröckelung der Kurse war aber eine unweigerliche Folge der anhaltenden Geldteuerung. Die *Kurse unserer Pfandbriefe* zeigten folgende Variationen:

4%-ige Pfandbriefe	1904	1906	1907	1908	1910	1911	1912
		30. Dezember.					
Bodenkreditinstitut	99.60	96.25	92.—	92.50	93.—	92.50	86.50
Hypothekenbank	98.25	96.50	91.50	93.—	92.—	92.90	85.—
Central Sparkassa	98.—	96.—	92.50	93.—	91.75	92.—	85.—
Verein. Hauptst. Spark. .	98.—	96.25	92.—	93.50	92.—	93.—	86.—
Commercialbank	98.25	96.50	92.25	93.50	91.75	93.—	85.—
Vaterländische Spark. ...	98.—	96.50	93.—	92.25	91.75	93.—	85.—

Ein ähnliches Bild zeigen auch die 4½%-igen Pfandbriefe:

4½%-ige Pfandbriefe	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912
		30. Dezember					
Ung. Hypothekenbank ..	100.—	97.75	98.50	99.—	98.70	98.50	95.—
Central Spark.	100.—	97.50	98.50	98.50	98.55	98.75	93.50
Verein. Hauptst. Spark. .	100.—	98.—	99.—	99.50	98.50	99.—	95.—
Commercialbank	100.—	99.—	99.50	98.75	99.25	99.—	95.—
Pester Vaterl. Spark. .	100.—	98.75	98.65	—.—	98.75	99.50	98.25
Landes Pfandleih A. G. .	—.—	—.—	—.—	—.—	—.—	98.25	97.—

Die Regierung genehmigte noch im J. 1911 den Städten Pozsony, Fiume und Agram das Recht zur Emittierung von Obligationen. Die Stadt Fiume begann Mitte Februar, durch die Banca Popolare Fiumana den Verkauf von 4½%-igen Obligationen im Betrage von 20 Millionen Kronen, zum Kurse von 92½%. Die Stadt Agram eröffnete im März (vom 18. bis 26.) eine Subskription auf 4½%-ige Obligationen im Betrage von 15 Millionen Kronen, zum Kurse von 98%.)

Die geschäftliche Lage der Geldinstitute wurde natürlich durch die hier geschilderten Verhältnisse sehr ungünstig beeinflusst. Der Zinsfuss hielt sich zwar das ganze Jahr auf einer ganz aussergewöhnlichen Höhe, hingegen entfielen die aus neuen Geschäften und Provisionen herrührenden Gewinne. Die Grossbanken waren natürlich genötigt die bereits begonnenen Geschäfte trotz der schweren Verhältnisse zu finalisieren und die bei den unter ihrer Patronanz stehenden Unternehmungen nötig gewordenen Kapitals-Erhöhungen durchzuführen, bezw. an denselben in entsprechendem Masse zu partizipieren. Diese Beteiligungen, wie auch die Hauptergebnisse des Geschäftsganges der grösseren Banken wollen wir etwas genauer schildern und werden daher eine grössere Reihe von Ziffern registrieren, um den Umfang und die vielseitige Regsamkeit des ungarischen Wirtschaftslebens in konkreter Weise zu illustrieren.

Die ungarischen Grossbanken.

Der *Rechnungsabschluss der Österreichisch-Ungarischen Bank* für das Jahr 1912 bietet uns das interessanteste Material.

Die Gesamtheit der Geschäftsumsätze betrug K 15,529,397.403, um K 1.011,267.277 mehr als im Jahre 1911. Hievon entfallen auf Österreich K 10.397,037.710, auf *Ungarn* K 5.066,603.188, auf Bosnien und die Herzegovina K 51,530.905. Hiezu kommen vom Hypothekargeschäft in Österreich K 269.000, in Ungarn K 13,891.600, in Bosnien und in der Herzegovina K 65.000, so dass die Gesamtheit der Geschäftsumsätze sich auf K 15.529,397.403 beläuft. Betrachten wir die Gesamterträge, so entfallen auf Österreich K 17,629.213, auf Ungarn K 21,263.137, auf Bosnien und die Herzegovina K 274.635, zusammen K 39,166.986 und es ergibt sich mit Hinzurechnung der Hypothekenerträge von K 1,093.811 nach Abzug eines Verlustes von K 181.169 ein Reinertrag von K 40,079.628.

Das Kassenrevirement erreichte die Höhe von K 150.122,485.546 und hat sonach gegen das Vorjahr um K 13.279,332.081 zugenommen. Von diesem Kassenrevirement entfallen auf Wien K 73,605.496, auf Budapest K 37,605.716. Der Metallschatz betrug Ende 1912 K 1,507,575.383 und hat sonach im abgelaufenen Jahre um K 128,125.654 abgenommen. Die in den Metallschatz eingerechneten Goldwechsel auf auswärtige Plätze blieben unverändert mit 60 Millionen Kronen und bestanden aus 1,650.000 Pfund Sterling und 17,663.527 Mark. Der Banknoten-umlauf belief sich am 31. Dezember 1912 auf K 2.815,797.400, gegen K 2,540,960.650 zu Ende des Jahres 1911 und hat daher um K 274,836.750 zugenommen. Der höchste Stand des Banknoten-umlaufes ergab sich am 31. Dezember 1912, der niedrigste mit K 2,080,501.000 am 23. Juni, durchschnittlich waren K 2,298,652.000 Banknoten im Umlauf. Die metallische Bedeckung des Notenumlaufes betrug zum Jahresschluss 53·5 Prozent, gegen 64·7 Prozent Ende 1911. Der im Eskomptegeschäft gegenwärtig 6 Prozent betragende Zinsfuß belief sich im Jahresdurchschnitt auf 5·154 Prozent. Eskomptiert wurden Wechsel, Warrants und Effekten im Betrage von K 9,596,774.960. Am 31. Dezember 1912 verblieb ein Portefeuillestand von K 1,341,107.021. Hievon entfielen auf Wien K 115,860.577 = 8·6 Prozent, auf die österreichischen Filialen K 320,311.782 = 23·8 Prozent, auf Budapest K 347,558.789 = 25·9 Prozent, auf die ungarischen Filialen K 539,767.878 = 40·2 Prozent und auf die bosnisch-herzegovinischen Filialen K 17,607.984 = 1·3 Prozent.

Im Jahre 1912 ist kein von der Bank eskontierter Wechsel notleidend geworden.

Um den Leser über die Intensität des ungarischen Marktes und die Wichtigkeit der einzelnen Provinzplätze zu orientieren, entnehmen wir dem Rechnungsabschlusse der Österreichisch-Ungarischen Bank noch folgende Einzelheiten:

Was die Partizipation Ungarns an dem Geschäfte der Bank anlangt, so entfallen von dem Gesamtstande der eskontierten Wechsel, Warrants und Effekten am 31. Dezember 1912 auf:

	Kronen
Budapest	336,907.163·38
Unterwegs nach Budapest	10,651.634·75
Arad	48,127.996·20
Besztercebánya	6,798.732·76
Brassó	10,419.668·92
Debrecen	31,419.563·94
Eger	6,707.710·13
Fiume	4,812.078·80
Győr	10,302.645·29
Kaposvár	6,998.982·45
Kassa	11,409.265·99
Kecskemét	19,774.926·96
Kaposvár	15,271.775·66
Lugos	8,330.602·71
Máramarossziget	1,837.208·96
Marosvásárhely	8,907.218·11
Miskolc	11,431.013·73
Munkács	6,205.490·65
Nagybecskerek	10,128.191·08
Nagykanizsa	12,905.261·08
Nagyszeben	6,707.619·06
Nagyvárad	41,342.052·55
Nyiregyháza	18,849.532·25
Nyitra	12,609.967·93
Eszék	14,178.954·67
Pancsova	5,872.452·68
Pécs	12,029.618·05
Pozsony	9,257.710·32
Sátoraljaújhely	4,992.398·96
Sopron	2,798.282·31
Szabadka	11,625.841·60
Szatmárnémeti	24,354.303·25
Szeged	15,072.982·26
Székesfehérvár	7,104.805·03
Szolnok	13,676.285·32
Szombathely	10,219.010·57
Temesvár	18,492.800·—
Ujvidék	6,395.169·23
Varasd	8,225.096·20
Versec	5,346.977·68
Zágráb	19,717.792·63
Zimony	5,508.702·86
Zsolna	4,736.544·07
Unterwegs nach ungarischen Filialen	28,873.645·81
Zusammen.....	887,326.676·82

In den zehn Vorjahren waren die ungarischen Bankanstalten in folgender Weise beteiligt:

1911.....	bei K	1,341,107.021	K	741,239.664
1910.....	„ „	889,087.788	„ „	557,311.906
1909.....	„ „	687,784.394	„ „	434,170.363
1908.....	„ „	685,532.718	„ „	435,280.538
1907.....	„ „	748,068.094	„ „	443,995.286
1906.....	„ „	770,943.620	„ „	458,674.868
1905.....	„ „	641,273.430	„ „	282,538.729
1904.....	„ „	511,636.622	„ „	237,313.925
1903.....	„ „	480,258.428	„ „	170,760.768
1902.....	„ „	345,076.102	„ „	152,524.358

Bei den Aussenständen im Lombardgeschäfte, die K 355,014.100 betrugen, waren die ungarischen Bankanstalten mit K 125,381.800, darunter Budapest mit K 41,394.000 beteiligt. In den zehn Vorjahren nahmen die ungarischen Anstalten folgende Beträge in Anspruch:

1911.....	bei K	186,760.200	mit K	57,809.600
1910.....	„ „	148,908.100	„ „	35,181.900
1909.....	„ „	89,863.200	„ „	22,745.900
1908.....	„ „	99,165.000	„ „	37,929.900
1907.....	„ „	125,340.000	„ „	47,667.400
1906.....	„ „	98,988.500	„ „	27,386.600
1905.....	„ „	68,242.960	„ „	18,819.600
1904.....	„ „	61,351.700	„ „	13,628.300
1903.....	„ „	51,972.100	„ „	10,761.500
1902.....	„ „	55,344.560	„ „	11,414.080

Die im Hypothekargeschäfte placierten Darlehen betrugen am 31. Dezember 1912 insgesamt K 299,454.867. Hievon entfallen auf Ungarn K 245,477.488. In den zehn Vorjahren war Ungarn bei dem Gesamtbetrage der Hypothekardarlehen in folgender Weise beteiligt:

1911.....	von K	297,805.768	mit K	242,115.875
1910.....	„ „	298,346.768	„ „	241,246.796
1909.....	„ „	299,983.795	„ „	240,720.405
1908.....	„ „	298,898.723	„ „	239,228.177
1907.....	„ „	299,993.894	„ „	240,123.211
1906.....	„ „	299,955.434	„ „	240,489.002
1905.....	„ „	283,085.539	„ „	231,227.512
1904.....	„ „	288,424.038	„ „	239,127.966
1903.....	„ „	298,519.511	„ „	250,484.222
1902.....	„ „	298,987.313	„ „	258,704.577
1901.....	„ „	299,830.095	„ „	261,371.079

Summiren wir die Hauptgeschäftszweige, so zeigt sich, dass Ungarn

am Eskomptegeschäft	von K	1,341,107.021	mit K	887,326.676
„ Lombardgeschäft	„ „	355,014.100	„ „	125,381.800
„ Hypothekargeschäft	„ „	299,454.867	„ „	245,477.488
zusammen von K		1,995,575.988	mit K	1,258,185.964

beteiligt war, was 63·05 Prozent der Gesamtziffer ausmacht. Der Anteil Ungarns betrug 1911: 64·01 Prozent, 1910: 62·3 Prozent, 1909: 64·7 Prozent, 1908: 65·74 Prozent, 1907: 62·3 Prozent, 1906: 62·1 Prozent, 1905: 58·1 Prozent, 1904: 56·9 Prozent, 1903: 57·6 Prozent, 1902: 60·4 Prozent und 1901: 60·6 Prozent.

Die Ungarische Allgemeine Kreditbank ist ein bedeutender Faktor nicht nur im Wirtschaftsleben Ungarns, sondern auch in der europäischen Finanzwelt.

Im Jahre 1912 beteiligte sie sich an der Emmission der Bosnischen Landesbank, an der Fusion der Akt.-Gesellschaft für Naphtaindustrie mit der Petroleum Raffinerie A.-G., an der Gründung der New-Yorker Transatlantic-Trust Co. (die sogenannte Ungarisch-Amerikanische Bank), an der Begebung von 18 Millionen 4½%-iger Obligationen der Budapester Strassen-Bahn, an der Emission von 106 Millionen ungarischer Schatzscheine, von 130 Millionen österreichischer Schatzscheine und von 200 Millionen österr. Kronenrente, an der 80 Millionen Anleihe des Deutschen Reiches, an der Emission der 420 Millionen Mark Preussischer Konsols, der 80 Millionen Anleihe der russischen Vladikavkas Bahn, der 83¾ Millionen Anleihe der Schweizerischen Bundesbahnen, an der Begebung von Obligationen im Betrage von 18 Millionen Kronen der Budapester Stadtbahn, an der Gründung der Vaterl. Allg. Militärversicherungs-Anstalt, der Soproner Steinkohlenwerks A.-G., der Szatmárer Zuckerfabrik, der Serum-Produktionsgesellschaft Philaxia, der Wiener Wollehandels-gesellschaft, der Priv. Landesbank für Bosnien und Herzegovina, der Kaposvárer Anstalt der Transdanubischen Agrarbank, an der Kapitals-Erhöhung der Ung. Levante-Seeschiffahrts A.-G., der Beocsiner Cementfabriken-Union, der Drasche'schen Steinkohlenwerks- und Ziegelei A.-G., der Urikány-Zsiltaler Ung. Kohlenbergbau A.-G., der Ganz'schen Elektrizitäts A.-G., der A.-G. für Elektrische und Verkehrs-Unternehmungen; im Vereine mit den anderen Grossbanken von Budapest gründete sie unter dem Namen Transatlantic Trust Co. die ungarische Amerikabank, finanzierte die rumänische Holzproduktions-Unternehmung Titilia, u. s. w.

Die Bank hat mit der Berliner Firma Caesar Wollheim betreffs des Verkaufes preussisch-schlesischer Kohle in Ungarn und auf der Balkanhalbinsel eine Abmachung getroffen.

Es wurden bei der Bank im Jahre 1912 Wechsel im Betrage

von 1400 Millionen K eingereicht; der Umsatz der Wechsel erreichte 2900 Millionen, der Stand des Wechsel-Portefeuilles betrug am Ende des Jahres 150 Millionen Kronen, der Betrag der Kontokorrentforderungen 280 Millionen, die Summe der Einlagen 340 Millionen Kronen und der gesamte Umsatz $16\frac{1}{2}$ Millionen Kronen.

Die *Pester Ungarische Kommerzialbank* hat ihr nominelles Aktien-Kapital von 50 auf $62\frac{1}{2}$ Millionen K bzw. ihre eigenen Kapitalien um $42\frac{1}{2}$ Millionen erhöht und war demgemäss in der Lage ihren Geschäftskreis beträchtlich zu erweitern. Die Hauptresultate, die wir den unter Klammern beigetzten entsprechenden Ziffern des Vorjahres gegenüberstellen, waren in *Millionen*: Gesamt-Umsatz 19.672 (19.482), Umsatz der Devisen 2.395 (2.495), eskomptierte Wechsel 410 (405), Portefeuille am Ende des Jahres 115 (113.7), Stand der Einlagen 260 (244), liquidierte Hypothekar- und Communal-Darlehen 28.7 (88.8), im Umlauf befindliche Pfandbriefe und Kommunal-Obligationen 576 Millionen (547 Millionen im Vorjahr).

Die Kommerzialbank hat sich an folgenden *Syndikats-Geschäften* beteiligt: Ungarische Schatzscheine im Betrage von 125 Millionen; Obligationen der Budapester Strassenbahn im Betrage von 18 Millionen Kronen; Konversion eines Teiles der Annexions-Anleihe; 5 Millionen Kronen Vorschuss an die bosnische Landesregierung für die Kmeten-Ablösung; Anleihe der Stadt Nagyvárád; Emission mehrerer ausländischer Staatsanleihen, darunter die 180 Millionen Anleihe Bulgariens; die Lieferung von Gold-, Silber- und Bronzmünzen an Bulgarien; die Finanzierung der dalmatinischen Likaner Bahn; die Erhöhung des Kapitals der Bosnischen Agrarbank von 4 auf 8 Millionen; die Erhöhung des Kapitals der Bukarester Bank Marmorosch, Blank et Co. von $12\frac{1}{2}$ auf 15 Millionen Lei; die Gründung der Szolnoker und Szatmárer Zuckerfabriken; die Fusion der Maschinenfabriken Nicholson und Schlick; die Erhöhung des Kapitals der Petroleumgesellschaft Danica; die Erhöhung des Kapitals der Verlags- und Buchdruckerei A.-G. Athenaeum von 2.2 auf 3 Millionen; die Sanierung der Lugoser Textilfabrik; die Reorganisation der ungarischen Lapp'schen Gesellschaft für Tiefbohrungen; die Sanierung der Dolhaer Holzindustrie A.-G.; die Gründung der Putnathaler Industriebahn; die Gründung der I. Siebenbürgi-

schen Erdgas-Leitungs A.-G. und schliesslich die Finanzierung von mehreren Lokalbahn.

Die *Ungarische Bank- und Handels-Aktiengesellschaft* hat im abgelaufenen Jahre Wechsel im Betrage von 345 Millionen K (242 Millionen im Vorjahre) eskomptiert, den Stand der Einlagen von 56 auf 58 Millionen (mit Einrechnung der Einlagen von Behörden auf 78½ Millionen) erhöht; sie hat als Generalvertreterin der Maschinenfabrik der kgl. ungarischen Staatsbahnen einen Rekord-Umsatz erzielt, mit ihren Handels-Niederlassungen auf der Balkanhalbinsel bis zum Ausbruche des Krieges einen weit höheren Umsatz erzielt als in den entsprechenden Perioden des Vorjahres, hat trotz des Krieges dort nur sehr geringe Verluste erlitten, aber für die Zukunft sich weite Perspektiven eröffnet.

Die *Wiener* Filiale dieser Bank hat in Spalato mit 3½ Millionen die Cementfabrik „Dalmatia“ gegründet. In Bulgarien hat die Bank die „Bulgarische Bank und Handels-A.-G.“ gegründet, die Eröffnung derselben aber für die Zeit nach dem Friedensschlusse vertagt.

Von den Syndikatsgeschäften der Bank erwähnen wir die Anleihen der Städte Budapest (50 Millionen), Debrecen (6 Millionen) und Arad (1 Million), die für gemeinnützige Zwecke genehmigte 12 Millionen Gewinnst-Anleihe, die österreichische Kronenrenten-Emission, die Deutschen Anleihen (500 Millionen Mark), die Emission der Bonds der Missouri-Oklahoma und Gulf Railroad Co., die Kapitals-Erhöhung der Banque de Commerce de Libéré, die bosnische Kmet-Ablösungs-Anleihe, die Gründung der Bruno-Glühlampen A.-G. (1 Million), der Prometheus Montan A.-G. (1 Million), die Kapitals-Erhöhung der I. Temesvárer Spiritus-Brennerei und Raffinerie A.-G., die Kapitalserhöhung der Bélaapátfalvaer Portland-Cementfabriks A.-G., die Kapitals-Erhöhung der Fehér'schen Maschinenfabrik, die Gründung der Assekuranz-Gesellschaft Hungaria, die Ó-Beszterce-er Forstindustrie A.-G., die Reorganisation der Vereinigten Wernstädter und Győrer Textilindustrie A.-G., und mehrere Bahnbau-Unternehmungen.

Die *Ung. Escomptebank* beteiligte sich ander Emission der ungarischen Schatzscheine, an der Gründung der Bank für die Entwicklung ungarischer Städte und Gemeinden (5 Millionen), an der Erhöhung des Aktienkapitals der Lapp'schen A.-G.

für Tiefbohrungen und der Ung. Verkehrsbank. Die Bank wurde im abgelaufenen Jahre in die Rothschild-Gruppe aufgenommen.

Bei der *Vaterländischen Bank A.-G.* erhöhte sich (gegen 1911) der gesamte Umsatz von 9.200 auf 9.720 Millionen, der Wechsel-Escompte von 800 auf 960 Millionen, der Stand der Einlagen von 42 auf 46 Millionen, der Stand der im Umlauf befindlichen Obligationen von 32 auf 33 Millionen.

Von den Syndikats-Geschäften der Bank erwähnen wir die Gründung der Hauptstädtischen Bierbrauerei A.-G. (6 Millionen K), die Kapitalserhöhung der Nasicer Tanninfabrik, die Begebung von 35 Millionen K Goldobligationen der Pester Vaterländischen Sparkasse, die Emission der 12 Millionen Gewinnstancleihe für Wohltätigkeits-Zwecke, die Kapitalserhöhung der I. Ung. Allg. Assekuranz-Gesellschaft, das mit dem gemeinsamen Finanzministerium geschlossene Annexions-Vorschuss-Geschäft und mehrere Eisenbahnbauten.

Die *Ungarische Hypothekenbank*, die in den zwei Vorjahren Hypothekar- und Kommunal-Darlehen im Betrage von 170 Millionen gewährte, konnte, trotz der für das Pfandbriefgeschäft so überaus ungünstigen Verhältnisse, weitere 38 Millionen K gewähren und den Stand dieser Darlehen auf 675 Millionen bringen.

Die *Erste Vaterländische Sparkasse* hat, inmitten der grossen Geldknappheit, ihren gesamten Jahresumsatz um 1½ Milliarden auf 16·6 Milliarden, den Stand der Sparkassabüchel- und Kontokorrent Einlagen auf 390 Millionen, den Wechsel-Escompte von 968·6 Millionen auf 1·150 Millionen, den Wechselstand zu Jahresschluss auf 145 Millionen, den Betrag der Lombardierungen auf 168 Millionen, den Status der Kommunal-Darlehen um 21 Millionen auf 436 Millionen erhöht, ferner Obligationen und Pfandbriefe im Betrage von 51 Millionen (gegen 38 Millionen im Vorjahre) begeben.

Sie beteiligte sich an der Schatzschein-Emission der ungarischen Regierung, an der 36 Millionen Annexions-Anleihe des gemeinsamen Finanzministeriums, an der Kapitals-Erhöhung der I. Ung. Allg. Assekuranz-Gesellschaft, an der Abwicklung der Liquidation dreier im Jahre 1912 insolvent gewordenen Mittelbanken und hat 7 Provinzstädten Anleihen gewährt.

Die *Ungarische Allgemeine Sparkasse* hat ihr Aktienkapital um 7 Millionen auf 32 Millionen K erhöht, sich an der Gründung

der Aktiengesellschaft für die Entwicklung ungarischer Städte und Gemeinden, und an der Kapitals-Erhöhung der Europäischen Gepäcks-Versicherungs-Gesellschaft beteiligt, den Stand ihrer Hypothekar-Darlehen um 13 Millionen auf 101 Millionen, den Wechsel-Escompte von 259 auf 288 Millionen, den Stand der Einlagen von 57 auf 59 Millionen, und den gesamten Jahresumsatz von 5.450 auf 6.549 Millionen K erhöht.

Die *Budapester Sparkasse und Landes Pfandleih A.-G.* hat Wechsel im Betrage von 186 Millionen K eskomptiert, den Status der Einlagen auf 25 Millionen K erhalten, den Umsatz des Pfandleihgeschäftes um 2 Millionen auf 11.6 Millionen erhöht, zwei grössere Industriebetriebe finanziert und sich an der Finanzierung der Forstbetriebs-Unternehmung Tritila beteiligt.

Die *Vereinigte Budapester Hauptst. Sparkasse* hat ihren Einlagen-Stand auf 87 Millionen K gebracht. Wechsel im Betrage von nahezu 400 Millionen K eskomptiert (um 35 Millionen mehr als im Vorahre), den Stand der Hypothekar-Darlehen um 7 Millionen auf 158½ Millionen und den gesamten Jahresumsatz auf 5.750 Millionen erhöht.

Die *Nationale Sparkasse und Bank A.-G.* hat im abgelaufenen Jahre Wechsel im Betrage von 95 Millionen K eskomptiert (im Vorjahre nur 87 Millionen).

Die *Ungarische Landes Zentral-Sparkasse* hat den gesamten Jahresumsatz um 372 Millionen auf 6.922 Millionen K, den Betrag der eskomptierten Wechsel um 25 Millionen auf 366 Millionen erhöht; hingegen ist der Stand der Einlagen von 69 auf 65 Millionen zurückgegangen und der Betrag der gewährten Hypothekar-Darlehen von 24 auf 20 Millionen. Der Stand der Pfandbriefe blieb auf 142 Millionen.

Die *Zentral-Hypothekenbank der ungarischen Sparkassen* hat ihr zwanzigstes Geschäftsjahr mit einem Hypotheken-Stand von etwa 710 Millionen K abgeschlossen.

Die *Ungarische Agrar und Rentenbank* hat ihr Aktienkapital von 24 auf 32 Millionen Kronen erhöht, 14 Millionen K neue Darlehen gewährt (der Status derselben beträgt 95 Millionen), Wechsel im Betrage von 125 Millionen (108 Millionen K im Vorjahre) eskomptiert. Diese Anstalt hat bisher Pfandbriefe im Betrage von 156,200.000 K begeben (hievon 22,700.000 K Weingarten Rekonstruktions-Pfandbriefe) und sich an mehreren Bahnbauten beteiligt.

Die *I. Ungarische Gewerbebank* hat Wechsel im Betrage von 112 Millionen K eskomptiert und den Stand der Einlagen auf 17 Millionen K gebracht.

Die *Landes-Industriebank*, eine Gründung der Tschechischen Zivnostenska Banka hat vornehmlich in Oberungarn operiert und in Vágtapolcza mit 600.000 K Kapital eine Glasfabrik gegründet.

Die *Bodenkreditbank* A.-G. hat die Parzellierung von mehreren grossen Domänen durchgeführt und in Kecskemét Trauben- und Obstkultur betrieben.

Die *Ungarisch-Böhmische Industriebank*, eine Gründung der Prager Böhmischen Industrialbank hat Wechsel im Betrage von 40 Millionen K eskomptiert und ihren Einlagestand auf 5 Millionen K gebracht.

Die *Ung. Allg. Wechselstuben A.G. Hermes* hat ihren Einlagestand — bis 30. Juni 1912 — um 8 Millionen auf 32½ Millionen K erhöht.

*

*

*

Es dürften die hier berichteten umständlichen Einzelheiten dem fremden Leser in das Budapest. Wirtschaftsleben ziemlich klare Einblicke geboten haben, die wir nun durch einige *zusammenfassende Daten* ergänzen und den in Klammern beigesetzten Ziffern der Vorjahre, 1911 bzw. 1910 gegenüberstellen wollen.

Es haben im J. 1912 in Budapest 20 (35 bzw. 29) Geldinstitute ihr *Kapital erhöht* und zwar von 161·53 Millionen auf 215·15 Millionen (von 262 auf 364·25 bzw. von 229·62 auf 325·85 Millionen.) Die nominelle Erhöhung betrug 53·62 Millionen (107·50 bzw. 96·23 Millionen).

Bei 3 Anstalten wurde das Kapital im Wege von Fusionen um 3·5 Millionen erhöht.

Neugegründete Geldinstitute in der Hauptstadt: 18 (18 bzw. 13), mit einen Gesamtkapital von 15·26 Millionen (33·81 bzw. 10·25 Millionen.) Der Rückgang gegen 1911 ist ein empfindlicher; erklärt sich aber dadurch, dass die Geldverhältnisse für neue Gründungen wahrhaftig nicht ermutigend waren.

Liquidiert haben in Budapest 8 Institute mit einem Kapital von 6·67 Millionen; hievon entfallen aber 3·5 Millionen auf 3 Institute die mit anderen Anstalten fusioniert haben.

In der Provinz *erhöhten ihr Kapital* 286 Institute (355 bzw. 289) und zwar von 118,395.400 K auf 208,345.000 K, somit

um 89,950.200 Kronen (um 116·38 Millionen im J. 1911 und um 87·36 Millionen im J. 1910.) *Reduziert* haben ihr Kapital 3 Institute und zwar von 2·1 Millionen K auf 1·35 Millionen Kronen.

Neugegründete Institute in der Provinz 75 (185 bzw. 143 in den Vorjahren) mit 15·42 Millionen Kronen (35·27 Millionen, bzw. 28·20 Millionen K in den Vorjahren.)

Liquidiert haben in der Provinz 54 Institute mit einem Gesamtkapital von 12·38 Millionen; hievon aber haben 22 Institute mit einem Gesamtkapital von 5·34 Millionen nicht aufgehört, sondern mit anderen Instituten fusioniert.

Es wurden somit in Ungarn im J. 1912 *neue Aktien von Geldinstituten* im Betrage von 174½ Millionen Kronen emittiert.

Die folgende Tabelle enthält die *Jahres-Schlusskurse* der bedeutenderen Budapester Geldinstitute aus den letzten vier Jahren:

Jahres-Schlusskurse

	1906	1907	1911	1912
Anglo-Oesterr. Bank.....	317.—	290.—	325.—	325.—
Budapester Bank	—.—	—.—	463.—	292.—
I. Ungarische Gewerbebank	370.—	366.—	416.—	345.—
Vaterlandische Bank	300.—	282.—	311.75	290.—
Hermes A. Wechs. A. G.	420.—	360.—	375.—	330.—
Kroat. Slav. Landes Hyp. B.	227.—	230.—	264.—	245.—
Ung. Allg. Kreditbank	844.—	761.—	853.50	797.50
Ung. Hypothekenbank	529.—	412.50	495.—	426.50
Ung. Bank u. Handels A.-G.	641.—	582.—	702.75	545.50
Ung. Handelskreditbank	—.—	—.—	218.—	205.—
Ung. Escompte u. Wechselbank ..	528.—	484.—	578.—	515.—
Ung. Agrar- und Rentenbank	—.—	—.—	523.50	491.—
Zentral Hypothekenb. der U. Sp...	1050.—	1050.—	223.—	202.—
Oesterr. Kreditanstalt	695.—	635.—	652.50	618.—
Oesterr.-Ungarische Bank	1785.—	1780.—	2010.—	2095.—
Pester ung. Kommerzialbank	3395.—	3310.—	4320.—	3700.—
Innerstädtische Sparkassa	618.—	594.—	680.—	630.—
Budapest-Elisabetst. Sparkassa	220.—	200.—	584.—	530.—
Bp. Spk. u. Landes Pfandleihanst..	452.—	426.—	454.—	429.—
Verein. Bp. Hauptst. Sparkassa ...	2320.—	2230.—	2465.—	2300.—
Ung. Allg. Sparkassa	628.—	560.—	689.—	650.—
Ung. Landes Zentral Sparkassa ...	1700.—	1675.—	1785.—	1670.—
Pester Vaterl. Sparkassa	20540.—	19700.—	18150.—	17000.—

Der *Losmarkt* zeigte im ganzen Jahre infolge der ausserordentlichen Geldteuerung eine starke Stagnation, so dass sich der Umsatz in sehr engen Schranken bewegte. Die Legislative hat im J. 1912 die Emission einer neuen Gewinnst-Anleihe von 12 Millionen K nominal genehmigt, deren Erträgniss für humanitäre und kulturelle Zwecke verwendet werden soll.

Die *Jahres-Schlusskurse der Lose* werden in folgender Tabelle verzeichnet:

	Jahres-Schlusskurse				
	1906	1907	1910	1911	1912
Basilika Lose	20.—	20.—	41.—	34.—	30.—
Bas. Lose mit oest. Überstempe- lung	22.50	21.—	44.—	36.—	32.—
1874-es Lose d. Sdt. Wien	500.—	495.—	538.—	505.—	480.—
Elisabeth-Sanatorium	8.50	7.25	13.75	12.75	9.—
Jósziv Lose	9.—	9.—	21.—	17.50	15.50
Jósziv Lose mit oest. Überstem- pelung	9.—	9.—	21.—	18.50	15.50
Ung. Rote Kreuz-Lose	26.—	24.—	61.—	41.—	31.—
U. R. K. L. mit oest. Überst. ..	27.50	26.50	67.—	44.50	34.—
Italienische Rote Kreuzlose	42.—	39.50	72.—	60.—	56.—
Ital. R. K. Lose m. oest. Überst.	43.—	37.—	78.—	65.—	59.—
Oesterr. Rote Kreuz Lose	47.—	49.—	97.—	70.50	52.—
Konv. Hypothekar Lose	134.—	135.—	143.—	170.—	152.—
Hypothekar-Lose	118.—	100.—	119.—	133.—	127.—
Vaterländische Lose	120.—	150.50	121.—	127.—	108.—

Nach dieser knappen Schilderung der Verhältnisse des ungarischen Geldmarktes übergehe ich nun auf den

Geschäftsgang der ungarischen Industrie.

Das Bild, das bisher so düster war, zeigt hier etwas ruhigere, ja sogar freundlichere Töne. Wenn wir den Geschäftsgang und die Vergrösserung der bisherigen Industriebetriebe und die Zahl der Neugründungen überblicken, erhalten wir den Eindruck, dass die Industrialisierung Ungarns derzeit nicht mehr bloss ein frommer Wunsch, sondern eine sehr stark empfundene Notwendigkeit ist, die nicht durch voraussehende ökonomische Ambitionen, sondern durch den bereits bestehenden und rapid anwachsenden Konsum begründet ist. Man sieht auch die Wirkung jener seit Jahrzehnten dauernden staatlichen Industrieförderung, die an direkten Subventionen, und an Steuerbegünstigungen für die Betriebe und in Aufwendungen für den gewerblichen Unterricht mehr als 50 Millionen Kronen geopfert hat.

Der Konsum hat sich aber nicht nur auf unseren Märkten entwickelt. In den südamerikanischen Republiken, in den afrikanischen Kolonien, in den alten Kulturländern Asiens sind grosse Märkte entstanden, welche die grossen Überschüsse der industriellen Produktion Europa's leichter aufnehmen. Da aber auch der Konsum auf den europäischen Märkten einen grossen

Aufschwung genommen hat, war die internationale Konkurrenz, die Jagd nach Bestellungen auf dem Weltmarkte keine so scharfe wie in den vorangegangenen Jahren und die Preise der Halb- und Ganzfabrikate konnten allenthalben in die Höhe gehen. Diese Umstände haben es auch der ungarischen Industrie ermöglicht, ihre Leistungsfähigkeit intensiv zu erhöhen und haben das Kapital zu industriellen Gründungen ermutigt. Wir können daher, trotz der so schwierigen Geldverhältnisse, über eine befriedigende Entwicklung unserer Industrie berichten.

Die zielbewusste Industrieförderungs-Aktion des ungarischen Staates hat der Industrie weitere Impulse verliehen.

Da sich das Ausland für diese Industrieförderung rege interessiert, finde ich es angezeigt dieses Thema eingehender zu besprechen.

Die staatliche Industrieförderung.

Über die *Notwendigkeit und die Ergebnisse der ungarischen Industrieförderung* hat der Geheimrath Josef Sztérényi am 14. Dezember 1912 in der Wiener freien Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung einen Vortrag gehalten, welchem ich folgende Einzelheiten entnehme:

Die beiden wichtigsten Faktoren der wirtschaftlichen Verhältnisse eines Landes sind die Produktion und die Konsumfähigkeit. Der jährliche Geldwert der ganzen ungarischen landwirtschaftlichen Produktion wird auf 7 bis 8 Milliarden Kronen geschätzt. Demgegenüber beträgt die gewerbliche und industrielle Produktion des Landes derzeit etwa 4 bis 5 Milliarden Kronen, wovon etwa 1·2 Milliarden auf das Gewerbe, das übrige auf die Grossindustrie entfallen, während der Import Ungarns an Halb- und Ganzfabrikaten sich im Durchschnitte der letzten fünf Jahre auf 1336 Millionen Kronen bewertet. Der wirkliche Konsum des Landes lässt sich naturgemäss nicht so leicht feststellen. Die Differenz des Imports und Exports mit der eigenen Produktion als Konsum angenommen, ergibt sich ein Konsum an gewerblichen und industriellen Erzeugnissen von beiläufig fünf Milliarden Kronen im Jahr.

In den Jahren 1899 bis 1900 betrug die Auswanderung durchschnittlich 38.040 Personen, auf je 1000 Einwohner 2; in 1901 bis 1905 stieg diese Zahl bereits auf 84.848, auf je 1000

Einwohner 4·3, und der Durchschnitt der Jahre 1906 bis 1910 betrug 124.953, so dass auf je 1000 Einwohner 6·1 Auswanderer entfielen. Derzeit ist bereits mehr als der fünfzehnte Teil der Gesamtbevölkerung des Landes — über 1½ Millionen — ständig in überseeischen Ländern, wobei der Auswanderung aus den siebenbürgischen Teilen des Landes, insbesondere nach Rumänien, gar nicht gedacht wird, trotzdem auch diese sehr ansehnlich ist. In 1910 standen 13·8 Prozent dieser Auswanderer unter zwanzig Jahren, 33·8 Prozent zwischen 20 und 29 Jahren und 30·1 Prozent zwischen 30 und 39 Jahren. Der weitaus überwiegende Teil der Auswanderer fällt daher auf das kräftigste Arbeitsmaterial, während die Zahl der Auswanderer über 50 Jahre im Jahre 1910 nur 4·3 Prozent ausmachte. Nur eine grossangelegte Wirtschafts- und Sozialpolitik und in deren Rahmen eine entsprechende Industriepolitik könnte hier eingreifen und die Gefahren des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens wenn auch nicht ganz beseitigen, so doch wenigstens günstig beeinflussen. Die Erhaltung des Handwerkes ist nicht nur von sozialer, sondern auch von wirtschaftlicher Bedeutung. Ungarn hat noch heute einen Handwerkerstand von 467.298 selbständigen Betrieben mit 262.589 Gehilfen und 105.989 Lehrlingen. Die jährliche Produktion dieses Handwerkes erreicht rund 1·2 Milliarden, mehr als ein Viertel der gesamten gewerblichen und industriellen Produktion des Landes.

Die wichtigste Aufgabe der ungarischen Industriepolitik ist die Förderung der Fabriksindustrie, die sogenannte Industrieförderung.

Der grösste Teil des industriellen Importes in Ungarn entfällt auf die Textilindustrie. Wenn wir diese in ihrer Gänze nehmen, so erzeugt Ungarn nicht 25 Prozent seines Inlandkonsums. Betrachten wir aber diese in ihren Einzelheiten, so wird in der Schafwollweberei nicht 16 Prozent, in der Baumwollweberei nicht 12 Prozent, in der Wirkerei und Strickerei nicht 10 Prozent, in der Seidenweberei nicht 3 Prozent des Konsums im Lande selbst erzeugt und nur die Baumwollgarnfabrikation weist über 40 Prozent des Garnkonsums auf. Nicht besser steht es in Ungarn mit der Konfektionsindustrie; fertige Herrenkleider dürften höchstens 20 bis 25 Prozent, Wäsche keine 10 Prozent, von letzteren Krägen und Manschetten nicht 1 Prozent des Bedarfes im Inlande erzeugt werden. Auch bei Schuhwaren dürfte die heimische Produktion

keine 15 Prozent, bei Leder keine 20 Prozent des Konsums erreichen.

Während der dreissig Jahre (1889 bis 1911) der Industrieförderung wurden an 238 neue und 74 erweiterte Fabriken 44 Millionen Kronen Subventionen gewährt, gegen eine als Bedingung aufgestellte Kapitalsinvestition von 161 Millionen Kronen — ohne Betriebskapital — und der Beschäftigung von 40.633 Arbeitern. Die Produktion der subventionierten Fabriken macht jährlich 350 Millionen Kronen aus. Demgegenüber repräsentiert die Produktion jener 4540 Fabriken, die subventionierten natürlich inbegriffen, welche den Gegenstand der Produktionsstatistik vom Jahre 1906 bildeten, rund 2½ Milliarden.

Der Kredit für die staatliche Industrieförderung wurde im Staatsvoranschlag für das Jahr 1907 mit einem Ruck von etwa 2 Millionen auf 5 Millionen erhöht. Das im Jahre 1910 begonnene Regime ist noch weiter gegangen. Der verstorbene Handelsminister Hieronymi erhöhte den Kredit für das Jahr 1911 auf 6 und für das Jahr 1912 auf 7 Millionen. Und nun beansprucht der Handelsminister Ladislaus v. Beöthy für das Jahr 1913 einen Industrieförderungs-Kredit von 8 Millionen.

Aus dem Motivenbericht zum Handelsetat für das Jahr 1913 erfahren wir, dass der Minister Ladislaus v. Beöthy diese weitere Erhöhung des Aufwandes für die staatliche Industrieförderung aus dem Grunde verlangt, weil der bisher bewilligte Betrag durch die schon früher bewilligten Subventionen fast ganz in Anspruch genommen ist, der Minister aber um die Aktion fortzusetzen, die Gründung von neuen Industrieanlagen oder die Einführung neuer Betriebszweige in bereits bestehenden Fabriken durch weitere Subventionen zu fördern wünscht. Auch bringt der Minister grosse Opfer, um die durch die Kriegsfurcht und die Geldkrise notleidend gewordenen Betriebe durch *bedeutende Darlehen* zu unterstützen.

Diese Subventionen werden — wie die Exportrevue schon zu wiederholten Malen berichtete — in der Regel in 4—10 Jahresraten flüssig gemacht und aus den in den letzten Jahren derart bewilligten Subventionen und sonstigen Zuwendungen werden im Jahre 1913 insgesamt 6,375.843 Kronen fällig, so dass für neue Bewilligungen nur wenig disponibel wäre, wenn der Kredit pro 1913 wieder mit 7 Millionen eingestellt wäre, wie für das Jahr 1912.

Von den in den letzten Jahren bewilligten Subventionen betragen die Jahresraten, die in den Jahren 1912 bis 1923 fällig werden, die Summe von 37,322.056 Kronen. Von diesem Betrage gelangen zur Auszahlung

im	Jahre	1913	Kronen	6,375.843
		1914		5,568.776
"	"	1915	"	4,879.993
"	"	1916	"	4,265.594
"	"	1917	"	3,562.593
"	"	1918	"	2,589.283
"	"	1919	"	2,083.522
"	"	1920	"	1,437.805
"	"	1921	"	1,134.230
"	"	1922	"	906.630
"	"	1923	"	459.900

Wenn der Kredit für staatliche Industrieförderung in den Jahren 1912 bis 1923 alljährlich mit 7 Millionen Kronen eingestellt, also weder erhöht, noch reduziert würde, stünden in diesen Jahren für die staatliche Industrieförderung im ganzen 84 Millionen Kronen zur Verfügung, wovon aber 37 Millionen Kronen für die bereits bewilligten Subventionen aufzuwenden wären.

Das Handelsministerium verfügt übrigens ausser dem in das Budget eingestellten Kredit noch über den Industriefond, welcher am 1. August 1912 Kr. 10·37 Millionen betrug.

Da nun der jährliche Industrieförderungs-Kredit schon jetzt um eine Million erhöht wird und eine spätere Reduktion desselben kaum zu gewärtigen ist, so verfügt das Handelsministerium in den Jahren 1913 bis 1923 für die verschiedenen Methoden der Industrieförderung noch über folgende Mittel:

Die disponiblen Reste des mit 7 Millionen Kronen berechneten jährlichen Kredites machen für diese Periode: 42·90 Millionen, der Industriefond, mindestens 10·37 Millionen, die Erhöhung des Kredites um mindestens 1·0 Million pro Jahr, ergibt für diese 11 Jahre 11·00 Millionen. Zusammen 64·27 Millionen.

Es ist das ein Betrag, womit die Gründung von recht vielen neuen Fabriken oder neuen Zweigbetrieben und die Beschaffung wichtiger technischer Behelfe gefördert werden kann.

An erster Stelle erwähnen wir hier die im Werden begriffene *Staatliche Versuchsanstalt*, die für die einzelnen Fabrikanten wissenschaftliche Experimente und Materialuntersuchungen besorgen soll. Für den Bau dieser Anstalt und für die Erhaltung derselben in den Jahren 1911 und 1912 sind bisher 3,901.186 Kronen präliminiert. Der gesamte Plan der Anstalt ist noch nicht end-

gültig festgestellt, so dass der für dieses Institut zu machende gesamte Aufwand noch nicht bestimmt ist. Derselbe wird den Betrag von 5 Millionen weit überschreiten, da die Anstalt womöglich alle wichtigen Zweige der Industrie umfassen soll. Der gesamte Aufwand soll auf acht Jahre verteilt werden.

Den Interessen der Industrieförderung soll auch das zu errichtende *Technische Museum* dienen.

Ferner projektiert das Handelsministerium die Errichtung von Kraftanlagen, welche die intensive industrielle Verwertung der im Lande vorhandenen *natürlichen Wasserkräfte* ermöglichen sollen.

*

*

*

Über die letzten Ergebnisse der staatlichen Industrieförderung entnehmen wir dem Motivenberichte des Handelsetats folgende Angaben.

Im Jahre 1911—12 (von 1. August 1911 bis Ende Juli 1912) hat das ungarische Handelsministerium für Industrieförderung 14,297.408 Kronen bewilligt, hievon 12,581.866 Kronen für Zwecke der Fabriksindustrie und zwar:

für 15 neue Fabriken 4,105.000 Kronen Subsidien, wobei ein Aufwand von mindestens 24·72 Millionen Kronen Kapital und die Anstellung von mindestens 2727 Arbeitern stipuliert wird.

Für die Erweiterung von 33 bestehenden Fabriken (mit einem minimalen Gesamtaufwande von 25·65 Millionen Kronen und Anstellung von 2915 Arbeitern) Subsidien im Gesamtbetrag von 4,161.000 Kronen.

In Aussicht gestellt wurden ferner für die Errichtung von 8 neuen Fabriken und die Erweiterung von 28 bestehenden Fabriken (mit einem Aufwande von mindestens 16 Millionen Kronen und Anstellung von mindestens 4500 Arbeitern) Subsidien im Gesamtbetrage von 6,000.000 Kronen.

Ferner wurden 34 kleineren Fabriken, die 1070 Arbeiter beschäftigen, Maschinen zur Verfügung gestellt, im Werte von 371.780 Kronen.

Die im Gesetze bestimmten Begünstigungen (Steuer- und Gebührenfreiheit) wurden 41 Unternehmern bewilligt, die in den zu errichtenden Fabriken 25 Millionen Kronen zu investieren und 2600 Arbeiter anzustellen haben.

Schliesslich wurden diese Begünstigungen 14 Unternehmern in Aussicht gestellt, die sich zu Investitionen im Betrage von 11 Millionen Kronen und zur Anstellung von mindestens 2000 Arbeitern verpflichteten.

Das ungarische Handelsministerium hat somit im Jahre 1911—12 durch Bewilligung von Subsidien im Betrage von 14·6 Millionen die Errichtung oder die namhafte Erweiterung von 173 Fabriken gesichert, in welchen die Unternehmer 102·37 Millionen Kronen zu investieren und mindestens 16.000 neue Arbeiter anzustellen haben.

Im J. 1912 konnte die staatliche Industrieförderung nicht mit voller Kraft einsetzen, weil der politische und finanzielle Druck sich nur zu stark fühlbar machte. Immerhin geschah Mehreres, was auf eine zielbewusste Leitung der Industrieförderung schliessen liess. Die bedeutendsten Subventionen wurden z. B. der Textilindustrie zugewendet, weil unsere Handelsbilanz durch den enormen Import von Textilerzeugnissen und Konfektionswaren besonders nachteilig beeinflusst wird. Weiters registrieren wir eine freigebige Förderung des gewerblichen Unterrichtes und der Fach-Lehrkurse. Sehr bedeutsam scheint mir auch die rationelle Methode, welche bei der Zuteilung von Maschinen an Gewerbetreibende befolgt wird.

Dennoch weist unsere Industrieförderung seit Jahrzehnten zwei bedeutende Lücken auf: Die Vernachlässigung der *Mittelbetriebe* und der *landwirtschaftlichen Industrie*. Betreffs der ersten hat man wohl die Initiative zur Förderung ergriffen, es hat sich aber noch keine präzise Tendenz krystallisiert. Um die kleinen Werkstätten zu Mittelbetrieben auszugestalten, hat man namentlich *gemeinschaftliche Werkstätten* gegründet und die *gewerblichen Produktiv-Genossenschaften* tatkräftig unterstützt. Diese gemeinsamen Werkstätten werden jedoch nur sehr wenig in Anspruch genommen, obschon die staatliche Unterstützung ihnen in praktischen Formen (billige Werkstätten-Miete, billige Triebkraft und rationell konstruierte Maschinen) zuteil wird. Diese Werkstätten werden Privat-Unternehmern überlassen, die — abgesehen von der Gemein-Werkstätte in Erzsébetfalva, in welcher bereits mehrere Handwerker zu Fabrikanten herangewachsen sind — den beabsichtigten Zweck nicht fördern. Es ist daher höchst erfreulich, dass die Stadt Budapest den Bau von *Werkstätten-Miethäusern* beschlossen hat, in welchen die Handwerker nicht nur

die Werkstatt und die motorische Kraft, sondern auch Privat-Wohnungen erhalten werden. Das erste dieser Häuser wird bereits gebaut und im Frühling des laufenden Jahres seiner Bestimmung übergeben. Man wird es hier Handwerkern, die mit mehreren Gesellen arbeiten, ermöglichen, neben ihren Werkstätten zu wohnen, so dass sie viel Zeit ersparen und ihre Familien-Mitglieder beschäftigen können. In diesem Gebäude werden 107 Werkstätten und ebensoviel Wohnungen eingerichtet und wird natürlich auch für die Beistellung der Triebkraft gesorgt.

Das *Kleingewerbe* zeigt in vielen Beziehungen — namentlich infolge der Vermehrung der gewerblichen Produktiv-Genossenschaften — eine erfreuliche Entwicklung. Im Ganzen und Grossen aber hat das Kleingewerbe manche Ursachen zur Klage und diese Klagen werden, wenn auch teilweise Abhilfe kommt, nicht ganz aufhören. Der rapide technische Fortschritt und der natürliche Siegesgang der Fabrikindustrie kann nicht aufgehalten werden. Der Staat kann das Übel nur lindern, indem er die Handwerker mit Maschinen beteiligt und ihre Produktiv-Genossenschaften materiell unterstützt. Betreffs der Beteiligung mit Maschinen gedenkt der Handelsminister Ladislaus v. Beöthy ein neues System einzuführen. Er hat in seiner Budgetrede darauf hingewiesen, dass die vom Staate erhaltenen Maschinen den Handwerker dazu veranlassen seine Werkstatt zu erweitern, was ihm aber misslingt, wenn er kein Betriebskapital hat. Der Minister hat nun dem Landesverbande der Kreditgenossenschaften die Idee nahegelegt, Handwerkern, die vom Staate Maschinen in Anspruch nehmen, Amortisations-Darlehen zu gewähren, so dass der betreffende Handwerker seine Werkstatt nur dann vergrössert, wenn er kreditfähig genug ist, um sich mit dem nötigen Betriebskapital zu versehen. Wenn dann eine solche vergrösserte Werkstatt sich nach mehreren Jahren als lebensfähig erweist, werden ihr die letzten Amortisationsraten erlassen. Der Handwerker erhält somit die staatliche Unterstützung nur nachträglich, wenn er sich als tüchtig erwiesen hat. Erfreulich ist hier noch der Umstand, dass die Durchführung dieser Aktion dem Landesverbande der Kreditgenossenschaften anvertraut wird und nicht einem spekulativen Privat-Unternehmer oder einer Bank, die bei der staatlichen Unterstützung die Sahne abgeschöpft hätten.

Eine bedeutsame Institution ist die für die Fortbildung der

praktischen Handwerker systemisierte Serie von *Fachlehrkursen des Technologischen Museums*. Die Engherzigkeit, mit welcher diese Institution im Jahre 1911 behandelt wurde, hat seither aufgehört. Im Jahre 1911 konnte das Technologische Museum in Budapest und in 13 Provinzstädten bloß 77 Kurse veranstalten; im abgelaufenen Jahre hingegen in Budapest, in 24 grösseren Städten und 44 kleineren Orten 227 Wanderlehrkurse und Vortrags-Serien. Die in Budapest abgehaltenen 75 Kurse hatten 2,822 Hörer, von denen 2,363, d. h. 83·82% den Kurs bis zu Ende besuchten. In der Provinz hatten 108 Lehrkurse 2,642 Hörer, von denen 33·3% später ausblieben. Ferner veranstaltete man 19 Wanderkurse für Schneider mit 443 Hörern, von denen 14·4% ausblieben, 17 Kurse für Schuhmacher mit 325 Hörer (22·4% blieben später aus), und 8 Kurse für Tischler mit 119 Hörern, von denen 16·8% ausblieben. Zum ersten Male wurde auch, einem seit lange gehegten Wunsche der Interessenten entsprechend, ein Kurs für Müller organisiert.

Eine interessante Neuerung ist der im Technologischen Museum eingerichtete *öffentliche Zeichensaal*, wo Handwerker oder deren Gehilfen in der Anfertigung von technischen oder kunstgewerblichen Zeichnungen, die sie zur Effektuierung von Bestellungen benötigen, entsprechend unterwiesen werden.

Die ungarischen Handwerker haben im abgelaufenen Jahre in Szeged einen *Landeskongress* abgehalten, an welchem sich 400 Handwerker aus 150 Ortschaften beteiligten. Der Kongress diskutierte die Reform der Arbeiterversicherung, die Gesetzentwürfe über das Baugewerbe und das Wandergewerbe, ferner eine Reihe von Anträgen, die sich auf oft erörterte Klagen und Wünsche der Kleingewerbetreibenden bezogen.

Die Budapester Handels- und Gewerbekammer hat zur *Fortbildung der Gewerbekorporations-Beamten* einen Lehrkurs veranstaltet. Der Kurs behandelte die Fragen der gewerblichen Administration, die höheren Aufgaben der Korporationen, die Arbeiter-Kranken- und Unfallversicherung vom Gesichtspunkte des Kleingewerbes aus und die Geschäftsführung der Gewerbe Korporationen.

Im Jahre 1912 haben zwei führende Interessenvertretungen, der *Landes-Industrie-Verein* sein 70-jähriges und der *Bund der Fabrikanten* sein 10-jähriges Jubiläum gefeiert. Die anlässlich dieser Jubiläen auch in deutscher Sprache erschienenen Berichte

bieten dem ausländischen Fachmanne interessantes Material über den 70-jährigen Entwicklungsgang der ungarischen Industrie und über jene Tagesfragen, mit denen sich die ungarischen Fabrikanten derzeit beschäftigen.

Ich erwähne hier noch, dass der *Landesverein der ungarischen Fachschriftsteller* in diesem Jahre sein 10-jähriges Jubiläum gefeiert hat. Bei diesem Anlasse wurde die Wichtigkeit und das hohe Niveau der ungarischen Fachpresse von den berufensten Faktoren in den wärmsten Ausdrücken gewürdigt.

Die industrielle Konjunktur.

Auf die einzelnen Zweige der Industrie übergehend, erwähne ich in erster Reihe die *Montanindustrie*, die bei uns noch nicht jenes Niveau erreicht hat, das die von der Montanindustrie abhängigen Industrien gewünscht hätten. Den Grund dieser Rückständigkeit hat Zoltán Lázár vor der in Nagybánya abgehaltenen Jahresversammlung des Ungarischen Montanvereines erörtert. Er hat vor allem darauf hingewiesen, dass unsere Montanindustrie keine erspriessliche Tätigkeit entfalten kann, weil sie nicht den erforderlichen gesetzlichen Schutz genießt, weil das seit 1854 geltende Bergwerksgesetz — welche ganz veraltet ist, die freie Entfaltung des Unternehmungsgeistes behindert und den Schwindel mit Bergbauobjekten geradezu begünstigt — trotz der vielfachen Urgenzen der Montaninteressenten noch immer keiner Revision unterzogen wird. So z. B. gibt es noch keine gesetzliche Bestimmung über die Qualifikation der Beamten der Montan-Unternehmungen und es kommt oft vor, dass diplomierte ungarische Montaningenieure im Auslande Unterkunft suchen müssen, weil die ausländischen Eigentümer die technischen Posten durch Fremde besetzen, die sich zum Danke für die genossene Gastfreundschaft mit staatsfeindlichen Umtrieben abgeben. Ein neues Montangesetz würde gewiss dafür sorgen, dass 1. die technische Leitung von Bergwerken und Hochöfen nur diplomierten Ingenieuren die nach Ungarn zuständig sind, anvertraut werden darf; 2. als Beamte nach einer Frist von 5 Jahren nur qualifizierte ungarische Staatsbürger fungieren dürfen; 3. die Arbeiter nach Ungarn zuständig sein müssen und die Bücher in ungarischer Sprache geführt werden sollen und 4. dass für Behörden und

öffentliche Institute nur solche Objekte und Arbeiten geliefert werden dürfen, die aus ungarischem Material in Ungarn erzeugt wurden.

Erwähnenswert ist hier die im kgl. ungarischen *Geologischen Museum* im Entstehen begriffene *praktische permanente Ausstellung von Montanprodukten*, in welcher jeder Industrielle über die für seinen Betrieb verwendbaren Montanprodukte genaue Angaben betreffs der Fundorte und der praktischen Verwendung findet.

Der ungarische *Kohlenbergbau* hat infolge der günstigen industriellen Konjunktur die Produktion zu steigern gesucht, wurde aber in diesem Bestreben oft durch den Mangel an Arbeitern behindert, so dass man die Arbeitslöhne erhöhen musste. Da anderseits sich auch die verwendeten Materialien verteuerten, mussten auch die Kohlenpreise steigen. Die grossen Konsumenten, die weitere Preiserhöhungen befürchteten, beeilten sich ihren Bedarf durch grössere Schlüsse zu sichern. Die Kohlenwerke konnten den gesteigerten Bedarf befriedigen, da der Waggonmangel nicht so stark war, wie in den vorhergehenden Jahren. Bei den staatlichen Kohlenwerken wurden grössere Investitionen bewilligt, aber die Produktion war dennoch eine so geringfügige, dass diese Werke nicht einmal die für die Staatsbahnen bestellten geringen Quantitäten zu liefern vermochten.

Über den *Kohlenreichtum Ungarns* haben die neuesten geologischen Forschungen Folgendes ergeben: Das erschlossene Steinkohlengebiet, 53·5 Quadratkilometer, enthält 7.473,700 Tonnen; das gemuthete Gebiet, 182·4 Quadratkilometer, enthält etwa 133.795,000 Tonnen. Das erschlossene Braunkohlengebiet, 234·9 Quadratkilometer, enthält 342.776,000 Tonnen; auf dem gemutheten Gebiete, 769·6 Quadratkilometer wird das Kohlenquantum auf 1,100.504,100 Tonnen geschätzt. Die minderwerthigen Lignitflöze fassen auf 27.6 Quadratkilometern 7.706,000 Tonnen sichtbare und auf 148 Quadratkilometern 124.450,000 Tonnen gemuthete Kohle.

Der auf 316 Quadratkilometern gesichtete Vorrat beträgt somit 357.953,000 Tonnen und der auf 1,100 Quadratkilometern gemutete Vorrat 1,358.749,000 Tonnen. Der gesammte Vorrat wäre somit 1,716.702,400 Tonnen.

Die ungarischen *Eisenwerke* haben das Jahr mit überaus günstigen Ergebnissen abgeschlossen, obschon die Bautätigkeit

fast gänzlich stagnierte. Die Eisenwerke mussten die Lieferfristen immer weiter hinausschieben. Im Verlaufe der in Wien abgehaltenen grossen Enquete über die Kartelle erregte die Enquete über das Eisenkartell das regste Interesse. Die Feinde dieser Kartelle hatten ein reiches Material von Daten und Klagen gesammelt, doch wurden diese Klagen von den Wortführern des Eisenkartells derart reduziert, dass die Enquete keinerlei positives Resultat ergeben konnte. Die Hetze gegen dieses Kartell ist übrigens ziemlich unverständlich. Man konnte dem Eisenkartelle nur soviel nachweisen, dass es die Eisenzölle ausnützte. Das geschieht aber in jeder Industrie und zumal in der Landwirtschaft, deren Vertreter das Kartell wegen der Erhöhung der Eisenpreise — die doch viel geringer war als jene der Lebensmittelpreise — am schärfsten angreifen. Wichtiger scheint mir die Tatsache — gegen welche man meiner Ansicht nach energisch einschreiten sollte — dass *das Kartell die Gründung neuer eisenverarbeitender Fabriken dadurch verhindert*, dass es ihnen kein Eisen liefert. Dass aber die Gründung solcher Fabriken absolut nötig ist, einem tiefgefühlten Bedarfe entspricht, ersehen wir daraus, dass unsere Einfuhr in Eisen, Eisenwaren, Maschinen und Maschinenbestandteilen stetig anwächst, unsere Ausfuhr hingegen in diesen Waren abnimmt, was eine starke Steigerung unseres Konsumes beweist. Im abgelaufenen Jahre haben übrigens mehrere Städte, Handelskammern und freie Interessenvertretungen bei der Regierung gegen das Vorgehen des Eisenkartells scharfe Einsprache erhoben und das Verlangen ausgesprochen, dass die Eisenwerke des Staates aus dem Eisenkartell austreten.

Ich erwähne hier, dass am 29. Mai, als die ungarischen und österreichischen Eisenwerke den Preis der Stabeisens um 1.00 K erhöhten, der Abgeordnete Dr. Steinwender im Reichsrate in einer Interpellation die Massregelung des Eisenkartells, die Ermässigung der Eisenzölle und eine Besteuerung der Kartelle forderte. Bei uns verlangten die Interessenten zwar wiederholt die Erschwerung des Eisenerzexportes, hingegen haben wir nichts davon gehört, dass man Verfügungen getroffen hätte *um die durch die Eisenwerke erworbenen, aber noch immer brachliegenden grossen Eisenerzflötze erschliessen zu lassen*. Die ungarischen Eisenwerke bemühten sich bosnische Eisenerzlager zu erwerben, konnten aber zu keinem Resultate gelangen, da der gemeinsame

Finanzminister dieselben für die in Bosnien bestehenden, oder zu errichtenden Hütten reservieren will.

Die *Maschinenbau-Industrie* kann auf ein einwandfreies gutes Jahr zurückblicken und hat die in die Maschinenfabriken investierten Kapitalien reichlich verzinst. Die Schlick'sche Eisen-giesserei und Maschinenfabriks A.-G. hat sich mit der Nicholson'schen Fabrik vereinigt, welche letztere mit der Prag-Karolinenthaler Maschinenbau A.-G. schon früher in Interessengemeinschaft getreten war. Die landwirtschaftlichen Maschinenfabriken waren infolge der guten Ernte reichlich beschäftigt und konnten ihre Erzeugnisse schlank absetzen. Die Montanfabrikation machte bei uns gute Fortschritte, würde aber noch eine weit grössere Ausdehnung der Betriebe vertragen, da der Bedarf jetzt nur durch eine abnorm hohe Einfuhr gedeckt wird. Der Waggonbau bewegte sich im normalen Rahmen. Die Eisenkonstruktions-Fabriken hatten befriedigende Beschäftigung, müssen jedoch mit der stets zunehmenden Verwendung des Eisenbetons rechnen. Der Bau von Dampfkesseln erzielte gute Resultate, wobei zu erwähnen ist, dass die Kesseleigentümer einen Landesverein gegründet haben, der die Kesselaufsicht selbst in die Hand nehmen wird.

Dieser Verein hatte bald Gelegenheit sich nützlich zu betätigen, als in Bosnien das auf die Kesselinspektion bezügliche Gesetz die Verfügung traf, dass man in Bosnien und der Herzegovina nur aus konzessionierten Fabriken stammende Kessel in Betrieb setzen dürfe. Gegen diese Verfügung musste Einspruch erhoben werden, da sie auf die österreichischen Fabriken zugeschnitten ist, welche dem Konzessionszwang unterliegen, was in Ungarn nicht der Fall ist. Der Handelsminister v. Beöthy hat den Einspruch der ungarischen Interessenten zur Kenntniss genommen.

Im abgelaufenen Jahre ereignete sich ein Zwischenfall, der die Maschinenbau-Anstalten zur Vorbereitung eines Krimitschau veranlasste, dann aber gütlich beigelegt wurde.

Für die *Zuckerindustrie* brachte die Kampagne 1911—1912 mannigfache Ereignisse. Das Zuckergeschäft stand im I. Quartal im Zeichen sehr fester Preise, die durch eine entfesselte Spekulation stark in die Höhe getrieben wurde. Im März aber mussten die kleinen Spekulanten realisieren, worauf die Preise rapid zurückgingen. Die österreichischen Raffinerien ermässigten den

Einheitspreis der Raffinaden um 4 Kronen und die ungarischen Fabriken um $2\frac{1}{2}$ Kronen.

Am 18. September verlängerte der Verein der Ungarischen Zuckerfabriken die auf weissem Zucker bezügliche Preiskonvention auf weitere fünf Jahre. Einige Tage später wurde die zwischen den ungarischen und österreichischen Zuckerfabriken bestandene Vereinbarung für ein Jahr verlängert. Im Sinne derselben können die österreichischen Raffinerien das auf die vereinigten österreichischen Raffinerien entfallende Quantum inbegriffen, in Ungarn jährlich 200.000 Meterzentner Zucker absetzen, hingegen verzichten die ungarischen Fabriken auf die Lieferung der nach Österreich surtaxefrei einführbaren 50.000 Doppelzentner.

Diese Vereinbarungen bieten für die weitere Konsolidation der ungarischen Zuckerindustrie wesentliche Garantien, werden aber in der Zukunft voraussichtlich abgeändert werden, da die ungarische Zuckerindustrie derzeit in starkem Aufschwunge begriffen ist.

Vom J. 1891 bis 1911, also in 20 Jahren, wurden in Ungarn kaum 3—4 neue Zuckerfabriken gegründet. In der Kampagne 1911—1912 wurden die von der Länderbank und ung. Escomptebank gegründete Nagybecskerek und die vom Erzherzog Friedrich in Baranyavár erbaute Zuckerfabrik in Betrieb gesetzt. In der Kampagne 1912—1913 beginnen die Zuckerfabriken in Ercsi, Komitat Fehér, (Firma Patzenhofer), Sarkad, Komitat Bihar (Gruppe Ung. Kreditbank, und Ign. Deutsch et Sohn) und in Töketerebes, Komitat Zemplén (Länderbank und Ung. Escomptebank) den Betrieb. Für die nächste Kampagne werden im Komitat Bács-Bodrog drei Fabriken gegründet: in Ujverbász jene des Kreditbank-Konzerns, in Zombor jene der Pester Kommerzialbank und in Csersvenka die von mehreren dortigen Grossgrundbesitzern (Fernbach, Dungyerszky u. A.) im Vereine mit der Anglobank gegründete Fabrik. Unter der Aegide der Kommerzialbank wurde noch in Szolnok eine Fabrik gegründet und schliesslich projiziert man eine Fabrik im Komitat Szatmár.

Wenn alle diese Fabriken im Betrieb sein werden, wird die Zahl der Zuckerfabriken um 50% erhöht sein. Die neuen Fabriken werden zwar zum überwiegenden Teile Rohzucker erzeugen, wenn sie aber ihre Produkte im Inlande und im Exporte nicht absetzen können, so werden sie auch Raffinerien einrichten und das jetztige Gleichgewicht ins Schwanken bringen.

Nach dem letzten Ausweise der Internationalen Vereinigung für Zuckerindustrie stellte sich die *Zuckerrüben-Produktion* der letzten Kampagne wie folgt:

	1912/13	1911/12	Differenz
		H e k t a r	
Russland	776.402	787.350	— 1.4%
Deutschland	538.362	507.113	+ 6.2%
Ungarn. u. Oesterreich ..	440.600	404.900	+ 8.8%
Frankreich	225.144	224.850	+ 0.1%
Holland	66.867	54.583	+22.5%
Belgien	65.200	61.050	+ 6.8%
Schweiz	27.700	29.044	— 4.6%

Nicht offizielle Daten.

Italien	55.000	60.000	— 8.3%
Spanien	37.000	30.000	—23.3%
Dänemark	30.000	25.000	+20.0%
Rumänien	14.000	13.000	— 2.9%
Serbien	9.990	5.028	+98.6+
Bulgarien	3.520	2.942	+10.5%
Schweiz	—	800	—

Da die Witterung für die Zuckerrübe in ganz Ungarn günstig war und das Areal um 3.8% zugenommen hat, wird sich das zu verarbeitende Quantum wesentlich erhöhen. Über die in Aussicht stehende Ernte publiziert der bereits genannte Verein folgende Aufstellung:

Konventions Staaten	Verarbeitete Rübenmenge		Zuckerproduktion	
	1912/13	1911/12	1912/13	1911/12
	voraus Tonnen		voraus Tonnen	
Deutsches Reich ...	16,328.700	9,074.824	2,606.000	1,504.459
Oesterreich	7,958.700	4,833.900	1,251.400	718.879
Ungarn u. Bosnien ..	3,911.800	3,051.700	544.900	426.69.
Frankreich	6,354.000	4,077.850	870.000	506.046
Belgien	1,955.000	1,619.000	287.000	244.908
Holland	1,864.000	1,725.000	273.700	261.872
Russland	13,633.770	13,240.400	1,920.600	2,53.849
Schweden	813.100	821.100	121.060	127.807
Zusammen	52,819.070	38,443.774	7,874.660	5,844.504

Andere Staaten (nicht off. Date):

Dänemark	975.000	767.000	150.000	114.000
Italien	1,800.000	1,528.841	200.000	171.045
Spanien (Rübe) ...	1,100.000	791.785	130.000	92.000
Rumänien	280.000	263.051	34.000	36.180
Serbien	205.000	89.655	24.500	11.000
Bulgarien	63.000	63.300	6.950	6.950
England	35.000	—	4.000	—
Zusammen	4,485.300	3,503.632	549.450	431.175
Ganz Europa ...	52,277.370	41,947.406	8,424.110	6,275.769

Die Zunahme beträgt im Deutschen Reiche nicht weniger als 73·2%, in Österreich sogar 74·1%, in Frankreich 71·9%, für ganz Europa: 36·5% bei der Rübenproduktion, 34·2% bei der Zuckerproduktion. Nur in Russland zeigt die Zuckerproduktion einen Rückgang von 6·5%, der aber durch die erwähnten riesigen Erhöhungen weitaus wettgemacht wird. Bei den auf Ungarn bezüglichen Daten ist zu bemerken, dass die Witterung eine überaus ungünstige war, dass man wegen Arbeitermangels die Rüben nicht rechtzeitig ernten konnte, was vielfache Schädigungen verursachte. Der Landes-Agrikulturverein hat daher Mitte Dezember eine Landes-Konferenz einberufen, welche den Beschluss fasste, eine Landes-Organisation der Rüben-Produzenten in Angriff zu nehmen.

Am Anfang des Jahres wurde nach Brüssel die *internationale Zuckerkonferenz* einberufen, um über die Verlängerung der Konvention und die Erhöhung des russischen Kontingents schlüssig zu werden. Die Forderung dieser Erhöhung hat in ganz Europa eine grosse Verwirrung verursacht, so dass die Konferenz mehreremal vertagt werden musste. Schliesslich kam ein Übereinkommen zu Stande, laut welchem die Konvention für weitere 5 Jahre d. h. bis 1. September 1918 weiter besteht. Die Konvention wurde von Grossbritannien nicht unterzeichnet und Anfangs September erklärte Italien offiziell den Austritt aus der Konvention. Der Austritt Grossbritanniens tangiert die Konvention nicht wesentlich, da Grossbritannien ein Importland ist. Und Italien produziert kaum das für seinen Konsum erforderliche Quantum. Im Sinne der Konvention wird das Exportkontingent Russlands für 1911—12 um 150.000 Tonnen, für 1912—13 um 50.000 und für 1913—14 um weitere 50.000 Tonnen erhöht.

Die *Spiritusindustrie* hatte im abgelaufenen Jahre gegen sinkende Preise anzukämpfen, welche durch die reichliche Ernte der zu Spiritus verarbeiteten Produkte verursacht wurden. Das wesentlichste Ereigniss in dieser Branche war die am 10. August erfolgte Konstituierung des *partiellen Spirituskartells*, in der Form der mit 500.000 K Kapital gegründeten Zentral-Spiritus-Industrie A.-G. Die beigetretenen Betriebe lassen den Einkauf des Rohsprit und den Verkauf der Raffinade durch das Kartellbureau besorgen und leisten eine Umlage von 115 Heller pro Hektoliter. Das Bureau ist nicht verpflichtet diese Umlage zu verrechnen. Die Geschäftsführung obliegt einem Exekutiv-Komitée.

Dem Kartell sind folgende Raffinerien beigetreten: Spiritusfabriks- und Raffinerie A.-G. in Győr, Spiritusraffinerie A.-G. in Nagytapolcsány, Krausz'sche Spiritus- und Hefefabrik in Budapest, I. Alföldi Kognacfabrik und Spiritusraffinerie A.-G. in Kecskemét, Jellinek, Stern et Pollák in Malacka, Markovics Elek Söhne A.-G. in Szatmár, Karl Kremsir in Barcs, Martonvásári Spiritusindustrie und Raffinerie, Ludwig Rákosi in Rozsnyó, Ungarische Spiritusindustrie A.-G. (Raffinerien in Lőcse, Liptószentmiklós, Nyirbátor und Eperjes), Ungarische Spiritusindustrie A.-G. (Raffinerien in Lőcse, Liptószentmiklós, Nyirbátor und Sáros).

Dass dieses partielle Kartell nicht aktionsfähig sein werde, war im Vorhinein sicher, da die grössten Raffinerien des Landes (die Budapester Firmen Wilhelm Leipziger, Ludwig Egyedi und Gschwindt, die Arader Firma Gebrüder Neumann und die Temesvárer Spiritusfabrik A.-G.) demselben nicht beigetreten sind. Das Kartell versuchte einen Einbruch in Österreich, wo aber die stark organisierte Spiritus-Zentrale den Angriff energisch abwies. Die *Budapester Spiritus-Notierungen* sind aus folgender Tabelle ersichtlich.

Monat	R a f f i n a d e		R o h s p r i t	
	versteuert	unversteuert	versteuert	unversteuert
I.	1. H. 223.50—223.75	84.50—84.75	221.50—221.75	76—77.—
	2. H. 222.50—223.—	83.50—84.—	220.50—221.—	76—77.—
II.	1. H. 222.50—223.—	83.50—84.—	220.50—221.—	76—77.—
	2. H. 32.—222.50	83.—83.50	220.—220.50	76—77.—
III.	1. H. 224.50—225.50	85.50—86.50	222.50—223.50	79—80.—
	2. H. 224.—225.—	85.—86.—	222.—223.—	79—80.—
IV.	1. H. 224.—225.—	85.—86.—	222.—223.—	79—80.—
	2. H. 222.50—223.—	83.50—84.—	220.50—221.—	77—78.—
V.	1. H. 222.—222.50	83.—83.50	220.—220.50	77—78.—
	2. H. 221.—221.50	82.—82.50	219.—219.50	76—77.—
VI.	1. H. 219.—219.50	80.—80.50	217.—217.50	74—75.—
	2. H. 218.—219.—	79.—80.—	216.—217.—	73—74.—
VII.	1. H. 217.—218.—	78.—79.—	215.50—216.—	71—72.—
	2. H. 215.—216.—	76.—77.—	213.—214.—	70—71.—
VIII.	1. H. 214.50—216.50	75.50—77.50	212.50—214.50	névl. j.
	2. H. 215.—215.50	74.—74.50	213.—213.50	67—68.—
IX.	1. H. 213.—214.—	74.—75.—	211.—212.50	68—69.—
	2. H. 212.50—213.—	73.50—74.—	210.50—211.—	68—69.—
X.	1. H. 211.—212.—	72.—73.—	209.—210.—	66—67.—
	2. H. 210.—210.50	71.—71.50	208.—208.50	65—65.50
XI.	1. H. 210.—210.50	71.—71.25	207.50—208.25	65—65.50
	2. H. 210.—210.25	70.75—71.25	207.50—208.25	65—65.50
XII.	1. H. 210.25—210.50	71.25—71.50	208.25—208.50	65—66.—
	2. H. 210.50—211.—	71.50—72.—	208.50—209.—	65—66.—

Das Spirituskontingent für 1912—13 wurde am Anfang des Jahres aufgeteilt. Es kamen 17.000 Hektoliter zur Aufteilung, 15.111 H. für Ungarn und 1889 H. für Kroatien-Slavonien.

Die *Petroleum-Industrie* von Ungarn und Österreich hatte nach langjähriger Zerfahrenheit am Ende des Vorjahres mit Ach und Krach ein Kartell abgeschlossen, doch wurde dasselbe nach kurzem Bestande wieder aufgelöst.

Die österreichischen Raffinerien forderten von den ungarischen Raffinerien eine Erhöhung der Preise in Ungarn, wobei aber ein Teil der Preiserhöhung dem Exportfonde zufließen sollte, um den den Export kultivierenden österreichischen Fabriken Exportprämien zu sichern. In Österreich wollte nämlich die Regierung dem Kartell die Tarifbegünstigungen nur unter der Bedingung gewähren, dass die Preise nicht über 35 Kronen erhöht werden. Diese Begünstigungen waren so wesentliche, dass die Preiserhöhung für den Verlust derselben keinen Ersatz geboten hätte. Die Österreicher drohten mit der Auflösung des Kartells, konnten aber ihren Zweck vorläufig nicht erreichen und die Preise wurden für das Februar-Kontingent nicht erhöht. Als aber das permanente Komité des Kartells am 14-ten Feber zu einer Sitzung zusammentrat, erhielt es von einer Triester und zwei ungarischen Raffinerien die Kündigung des Kartells pro 1. April. Die österreichischen Raffinerien beschlossen hierauf trotz der Auflösung des Kartells in einer Konvention zu verbleiben, aber keine einheitlichen Preise zu bestimmen, keine grösseren Schlüsse zu machen und über Mai hinaus keine Bestellungen anzunehmen. Und um das Vorgehen der ungarischen Raffinerien zu ahnden, reduzierten sie den Preis von 35 auf 31·5 Kronen Oderberger Frachtbasis. Bei uns notierte man damals 32 Kronen Budapester Frachtbasis.

Die Auflösung des Petroleumkartells tangierte weder das bis Ende April 1916 geschlossene Paraffin-Kartell, noch das Ausfuhr-Kartell.

Diese Lage änderte sich blos, als es im Herbste bekannt wurde, dass die deutsche Regierung ein *Petroleumhandels-Monopolium* plane. Der Kampf, welchen die ungarische und österreichische Petroleum-Industrie gegen die amerikanische seit langen Jahren führt, bezweckt eigentlich die Eroberung des deutschen Marktes. Dieser Markt konsumiert 800.000 Tonnen Petroleum, wovon 750.000 Tonnen vom Auslande bezogen werden und von diesem Import hat die Standard Oil Co. 80% an sich gerissen. Die deutsche Regierung will also offenbar dieses

Monopol des amerikanischen Petroleumtrustes bekämpfen. Wenn aber dieses Monopolium möglich wird, dann wird der mörderische Kampf der Vacuum Oil Company (die Tochtergesellschaft des Trusts in Ungarn und Österreich) gegenstandslos. In der Tat bemerken wir, dass die Vacuum Oil friedlichere Saiten anschlägt und bereit ist mit der österreichischen und der ungarischen Industrie zu kooperieren, so dass die österreichische Regierung die gegen den Trust getroffenen Ausnahmsmassregeln ausser Kraft gesetzt hat.

In der letzten Zeit sind übrigens die galizischen Rohölpreise stark gestiegen; man notierte bereits im Dezember 7 Kronen (Mitte Januar mehr als 9 Kronen), worauf die österreichischen Raffinerien den vom 32 Kronenpreis (Basis Oderberg) gewährten 5%-igen Rabatt einstellten und die Einheitspreise auf 33—34 K erhöhten. Die ungarischen Raffinerien behaupteten den auf Budapester Basis notierten Preis von 34 Kronen. Die Erhöhung des Rohölpreises wurde fast ganz auf die Schmieröle und Benzin überwältzt.

Unser *Baugewerbe* gerieth infolge der absoluten Stagnation des Pfandbriefmarktes in eine überaus schwere Lage. Die im Jahre 1911 begonnenen Bauten wurden zwar noch zu Ende geführt, aber neuere Bauten wurden nur in geringer Zahl begonnen. Diese Lage wird durch folgende Zusammenstellung illustriert:

J a h r	G e b a u t w u r d e n H ä u s e r					e b e n e r d i g e
	5	4	3	2	1	
	s t ö c k i g e				H ö h e	
1908	4	17	37	22	27	68
1909	12	40	54	28	29	70
1910	43	137	135	84	114	494
1911	58	84	104	76	154	244
	117	228	330	210	324	826

Die im Kartell vereinigten Ziegeleien von Budapest und der Provinz haben bis Mitte November 147 Millionen Ziegel geliefert, gegen 71 Millionen in der entsprechenden Periode des Vorjahres.

Die gesamte Produktion des Ziegelkartells betrug im Jahre 299 Millionen, so dass die Fabriken im Jahre 1912 bei einer Leistungsfähigkeit von 462 Millionen Ziegeln, halb so viel verkauften, wie im Vorjahre.

*

*

*

In folgendem versuche ich über die *Industrie-Kapital* Bewegungen des Berichtjahres, soweit die Daten zugänglich sind, einen ziffermässigen Ausweis zu bieten.

Die Bewegung in *industriellen Aktiengesellschaften* gestaltete sich wie folgt:

	neue Gründungen	Zahl	Kapital K
in Budapest	1912	71	54,203.000
	1911	95	81,950.000
	1910	81	57,700.000
Kapitalserhöh.	1912	54	53,678.000
	1911	44	46,990.000
	1910	21	12,900.000
in der Provinz	1912	133	52,733.600
	1911	128	36,810.000
	1910	105	56,860.000
Kapitals-Erhöhungen	1912	64	31,228.380
	1911	36	9,680.000
	1910	30	21,890.000

Es wurden somit im Ganzen investiert:

Im Jahre	1912	192,840.000
	1911	175,400.000
	1910	149,300.000

Kapitals-Reduktionen im Jahre 1912:

in Budapest	21	15,311.570
in der Provinz	25	13,054.655
Liquidationen in Budapest	34	18,582.400
Liquidationen in der Provinz	29	6,347.500

Schliesslich registriere ich die *Kursvariationen* der wichtigeren Industriepapiere:

	Dampfmühlen		Jahresschluss Kurse		
	Nominal	Dividende	1910	1911	1912
	im Jahre 1912				
Borsod-Miskolcser und Debrecener István Dampfmühle	200.—	30.—	486.—	632.—	610.—
Concordia Dampfmühle	200.—	20.—	315.—	460.—	350.—
I. Ofen-Pest Dmpfm. .	500.—	100.—	1640.—	1690.—	1650.—
Elisabeth Dmpfm.-Ges.	400.—	40.—	425.—	450.—	450.—
Louisen-Dmpbm.-A.G. .	320.—	15.—	365.—	395.—	390.—
Pester Walzmühl Ges. .	300.—	18.—	330.—	393.—	360.—
P. Müller u. Bäcker Dm	400.—	24.—	—	—	—
Pester Viktoria Dpfm...	300.—	40.—	940.—	910.—	700.—

Bergwerke und Ziegelfabriken.

Beocsiner Cem. Unio ..	200.—	45.—	770.—	961.—	818.—
Bp. Szt.-Lőrincser Ziegelf.	200.—	35.—	640.—	675.—	540.—
V. Zieg. u. Zem. A.-G.	200.—	18.—	327.—	300.—	230.—
N.-ung. Ver. Kohlenbw.	200.—	20.—	392.—	413.—	385.—
Ob.-ung. Berg u. H.-w.	150.—	54.—	624.—	650.—	775.—
István Ziegelei A.-G.	300.—	22.—	405.—	363.—	200.—
Steinbr. Dampfziegelei.	320.—	100.—	2000.—	2250.—	800.—
Steink. u. Ziegelw. i. Pest	200.—	72.—	648.—	686.—	970.*
Ung. Asphalt A.-G.	200.—	500.—	224.—	66.—	31.—
Ung. Allg. Kohlenbgbau	200.—	34.—	655.—	878.—	1020.—
Ung. Keram. Fabr.	200.—	14.—	288.—	289.—	260.—
Salgótarj. Kohlenbergb.	200.—	35.—	247.—	676.—	737.—
Neustifter Zieg. u. Kbw.	300.—	22.—	401.—	432.—	270.—

Eisenwerke und Maschinenfabriken.

I. u. landw. Maschf. Em. 1905 ..	200	24.—	—	465.—	460.—
Waffen- u. Maschinenfabrik	300	15.—	332.—	330.—	330.—
Ganz & Co.-Danubius	800	180.—	—	4200.—	3390.—
Ung.-Belg. Metallurg. A.-G.	200	17.—	320.—	310.—	—
Nadráger Eisenind. Gesell.	400	24.—	470.—	536.—	—
„Nicholson,, Maschinf.-A.-G.	200	14.—	233.—	26.8—	262.—
Rimamurány.-S.-T. Eisenwerke .	200	35.—	676.—	682.—	713.—
Schlick Eiseng. u. Maschinenf. ...	400	28.—	504.—	505.—	450.—
Weitzer Masch. Wagg. u. Eiseng.	250	24.50	495.—	535.—	480.—

Actien von diversen Unternehmungen.

Allg. öst.-ungar. Gasgesell.	400	70.—	1435.—	1345.—	1182.—
Brassóer Cellulose-F.-A.-	200	70.—	275.—	325.—	251.—
Bpester allg. Elektriz.-A.-G.	200	22.—	544.—	517.—	527.—
Ver. Glühlampen u. Elektr.	200	21.—	349.—	340.—	328.—
I. Ung. Schriftgiesserei A. G.	200	20.—	405.—	465.—	435.—
I. Ung. Schafv. u. Komm. A.-G.	400	20.—	860.—	860.—	925.—
I. Ungar. Aktienbrauerei	600	250.—	6100.—	7100.—	6000.—
I. Ung. Borstenv.-Mastanst.	400	20.—	675.—	618.—	770.—
I. Temesvárer Spiritusbr.	200	22.—	—	448.—	465.—
Felt. u. Guill. Kab. u. Dr.	400	65.—	1148.—	1260.—	1138.—
Fium. Reisschäl.-u. Reissfab.	1000	180.—	3460.—	3900.—	3300.—
Gschwindtsche Spiritusfabrik	400	70.—	1575.—	1580.—	1500.—
„Hungaria“ Kunst. Schwfs.	200	16.—	382.—	400.—	430.—
Grand Hotel Hungaria A.-G.	160	32.—	810.—	900.—	750.—
Steinbr. Bierbrauerei A.-G.	200	19.—	490.—	728.—	577.—
Ung. Zuckerindustrie A.-G.	1200	170.—	2200.—	3130.—	2810.—
Ung. Gasglühlicht A.-G.	200	60.—	768.—	880.—	760.—
Ungar. Gummiwarenf. A.-G.	200	30.—	482.—	581.—	550.—
Ungar. Eisenb.-Verk. A.-G.	200	26.—	469.—	463.—	428.—
Ungar. Elektrizitäts A.-G.	200	27.—	461.—	493.—	445.—
Neuschlosz Nasicer Tf.	200	30.—	590.—	713.—	745.—
„Phöbus“ Akt.-Ges. f. elektr. U.	200	14.—	—	246.—	202.—
Grand Hotel Royal A.-G.	100	—	222.—	235.—	170.—
Schwartzersches Sanatorium	200	16.—	—	—	245.—

Im *Ausstellungsvesen* gab es keine besonderen Ereignisse. Am 15. Juni veranstaltete der Landesverein der Apotheker, anlässlich des damals eröffneten Fachkongresses, eine *Pharmaceutische Ausstellung*. Der Verein hatte vor zwei Jahren den Be-

schluss gefasst, alljährlich anlässlich der Generalversammlung eine Ausstellung von pharmaceutischen Erzeugnissen, Specialitäten und Präparaten zu veranstalten.

Anlässlich der in Nagybánya abgehaltenen Generalversammlung des Vereins der Montanwerke wurde auch eine *montanistische* Ausstellung veranstaltet.

Die Ungarische *Ausstellungs-Zentrale* hat im Jahre 1912 fleissig gearbeitet, und werden ihre Gutachten in den vorkommenden Fällen ernstlich beachtet. Sie befürwortete die offizielle Beteiligung Ungarns an der *Leipziger* Baufach- und Grafischen Ausstellung, an der *San-Franciscoer* Weltausstellung und an der *Pariser* internationalen Ausstellung für Kunstgewerbe.

Der Ungarische Handel hat im Jahre 1912 eine ausserordentliche Widerstandskraft bewiesen und wenn jemand noch an seiner Solidität gezweifelt haben sollte, waren nun entscheidende Beweise dafür vorhanden, dass der Handel Ungarns festfundiert, auf einwandfreier, moralischer Basis steht. Derselbe hat trotz der grossen Teuerung des Geldes, mit hervorragenden Resultaten gearbeitet, und bis zum Ausbruch des Balkankrieges die industrielle Hochkonjunktur in vollem Maasse ausgenützt.

Als aber infolge der politischen Depression der Kredit sich in abnormer Weise verteuerte, der Konsum sich allenthalben einschränkte, die Kredite auf der ganzen Linie auf das Minimum reduziert wurden und die für bessere Zeiten aufgesparten Reserven angegriffen werden mussten, hatten auch Prima-Firmen mit schweren Sorgen zu kämpfen.

Als sich die Lage derart verschärfte, konnte man von mehreren Seiten die Klage hören, dass der überwiegende Teil unserer Kaufleute nur bei übermässiger Inanspruchnahme des Kredites existieren könne. Nun hatten wir Gelegenheit diesbezüglich unmittelbare Beobachtungen anzustellen. Die Kredite wurden bekanntlich schon im September 1911 restringiert. Der Warenkredit stand zwar unseren Kaufleuten noch offen, aber seit September 1911 haben sie mindestens je drei Zahlungstermine gehabt und diese Termine wurden, trotz der vielfachen Kredit-Entziehungen, im Ganzen und Grossen astandlos eingehalten. Das beweist, dass unsere allermeisten Kaufleute ihre Warenlager mit sorgsamer Voraussicht ergänzen und über entsprechendes Betriebskapital verfügen. Und wir können feststellen, dass der

deutsche und der österreichische Handel durch die allgemeine Krise viel stärker erschüttert wurde, als der ungarische Handel.

Dass dann eine solche weitverbreitete Epidemie sich auch bei uns fühlbar gemacht hat, wird ein Jeder für natürlich finden.

Die innerpolitischen Wirren haben den ungarischen Handel nur insoferne tangiert, dass die Legislative jene Probleme, deren Lösung für den ungarischen Handel wichtig gewesen wäre, auch in diesem Jahre nicht in Angriff nehmen konnte.

Über eines dieser Probleme, die Regelung des *Wandergewerbes*, hat der Handelsminister den Referenten-Entwurf veröffentlicht und wurde derselbe von den Interessenvertretungen freundlich aufgenommen. Aber die seit langem versprochenen Gesetzeswürfe über den unlauteren Wettbewerb, über den Zwangs-Ausgleich u. s. w. wurden noch nicht veröffentlicht.

Die grösste nationale Vertretung der Handelsinteressen, die Kaufmännische Landesvereinigung hat auch im abgelaufenen Jahre alles aufgewendet, um die die Handelsinteressen berührenden Ereignisse zu kontrollieren. Sie hat die vorgefallenen Verfügungen und Symptome den Interessenten rechtzeitig zur Erwägung empfohlen, und gegen jede Beeinträchtigung des Handels bei den kompetenten Stellen Einsprache erhoben. Umso bedauerlicher ist es, dass die Kaufleute dieser Vereinigung, die ihren Beruf mit so intensiver Agilität und Umsicht erfüllt, nicht so massenweise beitreten, wie man es wünschen sollte. Sie sollten sich an den tschechischen Kaufleuten ein Beispiel nehmen, die in der Verfechtung ihrer Interessen einen geradezu imperialistischen Zug bekunden. Diese haben z. B. in Oberungarn eine slovakische Organisation ins Leben gerufen, welche den eingestandenen Zweck verfolgt, die Slovaken dazu zu bewegen, dass sie ihren Bedarf bei den stammverwandten tschechischen Geschäftsleuten decken mögen. In ähnlichem Sinne arbeiten die Tschechen nun auch in Kroatien, wo sie sogar gegen die ungarischen Kaufleute und Fabrikanten eine Boycott-Bewegung in Scene setzen wollten.

Die Ungarische Kaufmännische Landesvereinigung hat im abgelaufenen Jahre mit Beiziehung zahlreicher Interessenvertretungen eine *Ungarisch-Bosnische Zentralstelle* konstituiert, welche die Förderung der Handelsbeziehungen zwischen Ungarn und Bosnien-Herzegovina durch praktische Mittel anstrebt.

Die Vereinigung hat in einer Enquete die Frage der *Erhöhung der nationalen Produktion* zur Diskussion gestellt. Von mancher Seite wurde gegen diese Initiative der Einwand erhoben, dass der Handel nur mit der bereits vorhandenen Produktion zu rechnen habe und nicht berufen sei den Produzenten eine gewisse Richtung vorzuschreiben. Dieser Einwand ist durchaus unbegründet. Die erwähnte Aktion sollte *die Produzenten über das Ausmass des Konsums orientieren* und den Beweis erbringen, dass die Interessen des Handels mit jenen der Landwirtschaft parallel laufen, weil der ungarische Handel sich bei Erhöhung der nationalen Produktion noch kräftiger betätigen könnte.

Auf diese Aktion der Kaufleute hat der Landeskongress des *Landesverbandes der ungarischen Genossenschaften* eine recht eigentümliche Antwort gegeben. Auf diesem Kongress hielt Paul Meskó einen Vortrag über die Approvisionierung der Städte und über die Genossenschaften der Produzenten. Er führte aus, dass die Produzenten sich in den einzelnen Gemeinden für die Erzeugung der verschiedenen Lebensmittel organisieren müssten, weil es nur so möglich sei, dass die städtische Bevölkerung ihren Bedarf direkt bei den Produzenten decke. Schliesslich formulierte der Vortragende einen Beschlussantrag, mit welchem der Kongress sich dahin äussern sollte, dass er jede Institution, welche zwischen Produzenten und Konsumenten einen direkten Verkehr vermitteln wolle, bereitwilligst unterstützen werde.

Ich habe die Gewohnheit jedes Kind bei seinem Namen zu nennen. Ich muss es daher gerade aussagen, dass jener Beschlussantrag, der natürlich angenommen wurde, ausschliesslich auf die Geschäftsinteressen der Genossenschafts-Zentrale „Hangya“ (Ameise) zugeschnitten war. Wie es aber um die „direkte“ Approvisionierung der Städte bestellt wäre, davon hat uns der durch die Hangya in Budapest veranstaltete Apfelmarkt eine schöne Probe geboten. Dieser Markt war ein schmachliches Fiasko. Er erbrachte den unstreitigen Beweis, dass man wirtschaftliche Wahrheiten weder fälschen, noch unterschlagen kann. Der legale Handel ist so alt, wie die Menschheit selbst und kein Surrogat der Welt vermag ihn zu ersetzen. Die Genossenschafts-Idee ist sicherlich hochbedeutsam, sie hat in vielen Beziehungen des Wirtschaftslebens eine wichtige Aufgabe, aber sie wird den Handel nie überflüssig machen. Ich möchte sagen, dass der Han-

del die normale Nahrung ist, ohne welche der Mensch nie bestehen kann, die Kooperation aber ein Arzneimittel, welche einen abnormen Zustand heilen soll. . Und es ist für den Patienten durchaus nicht zuträglich, wenn er das Medizinalfläschchen mit einem Zuge austrinkt, obschon ihm der Arzt nur einen Kaffeelöffel pro Stunde verschrieben hat.

Unsere *Handels- und Gewerbekammern* haben im abgelaufenen Jahre jene gewissenhafte und vielfach erspriessliche Thätigkeit entfaltet, die bei dieser wichtigen Institution usuell ist. Nur scheint man in manchen Gegenden eine Zersplitterung dieser Tätigkeit, eine Zerstückelung dieser Regional-Institute anzustreben. Man möchte namentlich anstatt der jetzigen 20 Kammern für jedes der 80 Komitate eine eigene Kammer errichten. Gegen eine solche Kirchturmspolitik muss man sich auf das entschiedenste verwahren. Unser wirthschaftliches Leben ist in den meisten Teilen des Landes noch viel zu primitiv, als dass es 80 Handelskammern vertragen könnte. Die meisten derselben wären Zwerginstitute, ohne jedwede Aktionsfähigkeit. Gibt es doch schon jetzt mehrere Handelskammern, die sich auf die Geschäftswelt mehrerer Komitate stützen und doch mit einem minimalen Budget arbeiten, mit welchem nur wenig ordentliches geleistet werden kann. Die Bewegung darf nicht ernst genommen werden und dürfte in den allermeisten Fällen im Sande verlaufen.

Im Jahre 1912 wurde der *VII. Budapester Frühjahrsmarkt* veranstaltet. Diese Institution steckt zwar noch immer in den Kinderschuhen, sie wird aber mit zäher Ausdauer geleitet und erweist sich als entschieden lebensfähig. Die Veranstalter sammeln alljährlich neue Erfahrungen, welche die einzuschlagende endgiltige Richtung bestimmen werden. Die besten Erfolge erzielte man bisher mit *Nouveauté-Artikeln* und diese dürften der Institution eine wirkliche Popularität sichern.

Infolge der Unterkunfts-Kalamitäten des Marktes hiess es neuerdings, dass das Projekt eines *permanenten Ausstellungs-Gebäudes* keinen weiteren Aufschub dulde. Das hören wir bereit seit langen Jahren und werden es wohl noch manche Jahre zu hören bekommen.

Die Wirthschafts-Sektion der Stadt Budapest hat das Reglement der *Behördlichen Auktionshallen* ausgearbeitet. Die Stadt verlangt nun die generelle und natürlich auch ausschliessliche Befugniss für die Veranstaltung von Auktionen. Sie verlangt fer-

ner die Abrogation jener gesetzlichen Bestimmung, laut welcher gerichtliche Auktionen, ferner die Auktionen der Verkehrsunternehmungen nicht in den Auktionshallen abgehalten werden müssen. Schliesslich verlangt die Stadt, dass auch die Versteigerung der verfallenen Objekte der Pfandleihanstalten, in der Auktionshalle stattfinden mögen.

Auf Initiative der Budapester Handelskammer konstituierte sich am 22. Feber 1912 das Komité der *Budapester Eierbörse*. Seit 4. November werden an dieser Börse die Eierpreise von dem durch die Börsendirektion delegirten Komité, im Beisein der Vertreter der Hauptstadt und der Budapester Handelskammer offiziell notiert.

Der Verein der ungarischen Textilfabrikanten und Textilchemiker hat die Feststellung von börsenmässigen *Geschäfts-Usancen* angeregt. Die Idee wurde an der Börse günstig aufgenommen und soll in dieser Angelegenheit eine Fach-Enquete einberufen werden.

Die Gesuche der Gemeinden um Gestattung der Abhaltung von *Jahrmärkten* mehren sich noch immer, aber die Handelskammern empfehlen dem Handelsminister in der Regel einen abschlägigen Bescheid.

Im Laufe des Berichtsjahres wurden in Ungarn *Kartelle* für folgende Artikel gegründet oder verlängert:

Marmorarbeiten
Lampenzylinder,
Porzellanwaren
Feilen,
Aufzüge,
Schornsteine,

Sohlenleder
Leder en gros,
Bugholzmöbel,
Toiletteseife
Zucker
Leim.

Demgegenüber wurden die Kartelle der Petroleumraffinerien, Parkett- und Gipsfabrikaten, wie auch das Messingkartell aufgelöst.

Über die Bewegung auf dem Gebiete der *Aktien-Handelsgesellschaften* habe ich aus dem Firmenregister folgende Ziffern erhoben:

		1912		1911
	Zahl	Kapital, K	Zahl	Kapital
Neue Gründungen in der Hauptstadt	21	3,500.000	37	0,380.000
„ „ in der Provinz ..	24	4,202.000	34	7,450.000
Kapitalserhöhungen in Budapest	16	16,671.000	8	3,300.000
„ in der Provinz	12	1,662.000	4	320.000

Die Neugründungen und Kapitalserhöhungen beliefen sich auf 26,035.000 K im Jahre 1912, gegen 21,650.000 K im Jahre 1911 und 16,250.000 Kronen im Jahre 1910.

Andererseits aber haben in Budapest 16 Aktiengesellschaften mit 2,011.000 K Kapital und in der Provinz 7 Gesellschaften mit 588.000 Kronen liquidirt, und 2 Budapester Unternehmungen ihr Kapital um 181.000 Kronen reduziert.

Die *Konkurs-Statistik* zeigt folgende Ergebnisse:

<i>Konkurs.</i>			
Jahr	Budapest	Provinz	Zusammen
1909.	62	465	527
1910.	83	446	529
1911.	58	494	552
1912.	121	666	787

<i>Zahlungs-Einstellungen.</i>			
Jahr	Budapest	Provinz	Zusammen
1909.	47	402	449
1910.	50	431	481
1911.	57	356	413
1912.	73	323	396

Die Konkurse verteilen sich auf die einzelnen Monate wie folgt:

	1908	1909	1910	1911	1912
Jänner	71	64	49	60	41
Feber	70	60	43	57	58
März	59	39	53	56	46
April	44	44	56	47	49
Mai	52	43	37	32	49
Juni	26	51	51	62	69
Juli	45	48	55	42	65
August	36	23	37	29	88
September	39	30	33	37	72
Oktober	48	43	34	41	71
November	52	42	16	42	99
Dezember	41	40	35	47	80

Vorgekommene *Insolvenzen*:

	Budapest		Provinz		Zusammen	
	1911	1912	1911	1912	1911	1912
Jänner	49	24	135	125	184	149
Feber	41	27	138	67	179	94
März	32	41	139	59	171	100
April	41	30	128	67	169	107
Mai	36	29	115	114	151	113
Juni	48	47	97	154	145	201
Julli	39	48	101	142	140	190
August	33	36	73	117	106	153
September	34	23	91	92	125	115
Oktober	28	40	94	146	122	186
November	17	77	117	235	134	312
Dezember	26	68	30	194	156	252

Es sind somit im Berichtsjahre 2.004 Insolvenzen vorgekommen. Wenn wir diese Ziffern jenen der Konkurse gegenüberstellen, erhalten wir folgendes Bild:

	1911	1912	1911	1912	1911	1912
	Budapest		Provinz		Zusammen	
Insolvenzen	424	492	1358	1512	1782	2004
Konkurse	58	121	494	666	552	787

Es kann somit festgestellt werden, dass im Berichtsjahre von 2.004 Insolvenzen 787 (im Jahre 1911 von 1.782 Insolvenzen 552) mit dem Konkurs endeten.

Schliesslich erwähne ich noch, dass in der ungarischen Geschäftswelt vielfach über den Mangel an Lehrlingen geklagt wird.

Aus alldem, was hier berichtet wurde, ergibt sich, dass die Lage des Handels im Berichtsjahre keine erfreuliche war, und da fragt man unwillkürlich, wie es um den wichtigsten Produktionszweig des Landes bestellt war. Wir übergehen daher auf

die Landwirtschaft.

Auch dies hatte im Jahre 1912 mit mancherlei Sorgen zu kämpfen. Die Ernte war im Allgemeinen etwas geringer, als im Vorjahre; dieses Minus wurde aber dadurch ausgeglichen, dass die Preise aller landwirtschaftlichen Produkte sich auf einem ziemlich hohen Niveau bewegten. Als schwere Übelstände aber verzeichnen wir die abnorm schlechte Witterung der Herbstmonate und den fast unerträglich gewordenen Arbeitermangel. Diese störenden Umstände machten sich eigentlich schon nach der Ernte fühlbar. Die verspätete Druscharbeit und die durch die überreichen Niederschläge erschwerte Rübenenernte verursachten erhebliche Ausfälle. Aber trotz dieser Übelstände hat die ungarische Landwirtschaft kein schlechtes Jahr gehabt.

Es ist jedenfalls ein grosses Übel, dass unsere landwirtschaftliche Produktion, trotz der glänzenden Erträge der letzten Jahre, nicht in jenem intensiven Masse gestiegen ist, welches dem rapid anwachsendem Bedarfe entspräche. Da wäre z. B. eine Reform, die sich von selbst darbietet, die Steigerung der Gemüseproduktion, die zwar eine grosse Sorgfalt erheischt, dafür aber auch reichlichen Lohn bietet und nun doch keine namhaften Fortschritte macht. In der Obstproduktion vernachlässigen unsere

Landwirte die elementarsten Anforderungen der Verwertung. Auf dem Gebiete der Viehzucht zeigt sich wohl in jüngster Zeit etwas mehr Fürsorge, aber die abnormen Fleischpreise beweisen, dass in diesem Belange noch viel zu wünschen übrig bleibt.

Die Reformtendenz könnte sich in den als Hausindustrie betriebenen landwirtschaftlichen Industrien betätigen, welche bei uns sehr wenig berücksichtigt werden. Wir importierten vom Auslande grosse Mengen von Gemüsekonserven, Kompots und Marmeladen, obschon die hiezu verwendeten Produkte bei uns reichlich und in trefflicher Qualität gedeihen und deren Aufarbeitung relativ geringe Investitionen erfordert. Dies gilt auch von den Handelspflanzen und Heilkräutern, denen man nur wenig Sorgfalt zuwendet. An tierischen Produkten haben wir einen grossen Überfluss, doch müssten dieselben besser sortiert werden, um auf den ausländischen Märkten, wo deren Absatz ein fast unbegrenzter ist, die ihrer Qualität entsprechenden Preise zu erzielen.

Man legt bei uns das Hauptgewicht noch immer auf die *Kornproduktion* und betreibt die intensive Kultur in grossem Masstabe nur mit der Erzeugung der Zuckerrübe.

Diese zwei Produkte sind sicherlich die allerwichtigsten, sie könnten aber auch intensiver kultiviert werden, wenn man den *Kunstdünger* und die *Maschinen* in ausgedehnterem Masse verwenden wollte.

Dass die Verwendung von Kunstdünger bei uns noch ziemlich rückständig ist ergibt sich aus folgender Tabelle:

	Verwendeter Kunstdünger pro Joch			
	Phosphor- dünger	Nitrogen- dünger	Kali- dünger	andere
Belgien	98	40	15	42
England	83	13	8	—
Deutschland	54	15	37	—
Frankreich	38	6	1	—
Oesterreich	17	—	2	—
Ungarn	9	1	0.2	—
Russland	1	—	—	—

	Ertrag pro Joch					
	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Mais	Kartoffel
Belgien	1359	1242	1295	1372	—	8800
England	1272	—	1148	1053	—	7000
Deutschland	1141	932	1096	—	—	7600
Frankreich	812	630	733	690	708	7600
Oesterreich	740	716	772	631	707	6000
Ungarn	677	656	748	646	895	4650
Russland	345	388	423	371	—	3560

In den letzten Jahren hat sich übrigens die Situation gebessert. Im Jahre 1897 konsumiert die ungarische Landwirtschaft kaum 250.000 Meterzentner Kunstdünger (zumeist Superphosphat), im Jahre 1912 hingegen schon fast 2 Millionen Meterzentner. Dass die Ernteerträge im Westen relativ grössere sind als bei uns, erklärt sich übrigens auch durch die günstigere Witterung und das einheitlichere Klima.

Die dringende Notwendigkeit des *Maschinenbetriebes* ergibt sich schon daraus, dass der Preis des Zugviehes um fast 100% gestiegen ist. In Nord-Amerika hat man den animalischen Betrieb schon längst aufgelassen und durch die Maschine ersetzt, die viel weniger Kosten verursacht und die Arbeit von 20—25 Ochsen leistet. Hierbei entfällt noch das Sterblichkeits-Risiko und die Sorge für die Unterbringung des Gesindes. Dann gibt es Maschinen welche nicht nur mähen, sondern auch Garben binden, welche die Rübe aus dem Boden heben, die Hackfrüchte besorgen, das Heu in Schober häufen und dadurch eine Masse von Arbeitern überflüssig machen.

Die landwirtschaftliche Arbeit erfordert an und für sich geringere Anstrengungen als z. B. die Erzeugung von Eisenwaren und ist doch erfolgreich, wenn — die Witterung eine günstige ist. Aber das ist es eben. Die moderne Kultur soll den Landwirt von den Launen der Witterung tunlichst emanzipieren und ihm einen stetigeren Ertrag sichern.

Die intensivere Verwendung von Maschinen wird schon aus dem Grunde dringend notwendig, weil die *ungarische Viehzucht* entschieden in Stagnation geraten ist. Der Alarmruf über eine Depopulation ist zwar nicht begründet immerhin aber ist der Viehstand des Landes — infolge der ausserordentlichen Steigerung des Konsums und der Viehpreise kein befriedigender. Die letzte Viehzählung ist im Jahre 1911 erfolgt, die vorgehende im Jahre 1895. Ein Vergleich der Ergebnisse ergibt das folgende Resultat:

	1895	1911
	S t ü c k	
Hornvieh	5,820.483	6,183.424
Pferde	1,927.930	2,000.611
Schweine	6,447.134	6,415.197
Schafe	7,526.783	7,696.881
Ziegen	286.932	331.383

Bei der Viehkonskription im Frühjahr 1912 zeigte sich jedoch ein Rückgang, denn man zählte:

Hornvieh	6,036.945 St.
Pferde	1,960.000 „
Schweine	7,409.801 „
Schafe	7,168.054 „
Ziegen	313.849 „

Es ist ein schwacher Trost, dass die Lage in Österreich nicht viel besser ist, — doch ist es überaus beachtenswert, dass dort der Hornviehbestand wohl abnahm, der Borstenviehbestand sich aber nun fast um 30% erhöhte. Sehr bedeutsam ist es ferner, dass *der Industriestaat Österreich — abgesehen von dem Schafbestand — eine stärkere Viehzucht hat, als das agrarische Ungarn*. Das ergibt sich aus folgender Aufstellung:

	Ochsen		Pferde		Schweine		Schafe	
	1900	1910	1900	1910	1900	1910	1900	1910
	Millionen Stück							
Oesterreich	9.51	9.46	1.71	1.80	4.68	6.43	2.62	2.42
	1895	1911	1895	1911	1895	1911	1895	1911
Ungarn	5.82	6.18	1.97	2.00	6.44	6.40	7.52	7.64

Ich registriere aber mit Befriedigung, dass sich bei uns sowohl die Regierung wie auch die Interessenten alle erdenkliche Mühe geben um die Viehzucht zu heben. Der Ackerbauminister hat über die *Regelung der Hutweiden* einen Gesetzentwurf unterbreitet um den schweren Übelständen, welche durch die Vernachlässigung der Hutweiden verursacht wurden, ehebaldigst ein Ziel zu setzen. Die Munizipien und die landwirtschaftlichen Vereine haben mit Unterstützung der Regierung mehr Zuchtvieh angekauft, so dass dem merklich gewordenen Rückgange des Viehstandes Einhalt geboten wird.

Der Landes Agrikulturverein hat auf Grund eingehender Studien eine Aktion gegen den Vihschmuggel aus den Donauländern eingeleitet.

Die im abgelaufenen Jahre vorgekommenen *Hochwasserschäden* haben die Frage der *Regulierung der Gebirgswässer*, wie auch die vielfach betriebenen Forstverwüstungen auf das Tapet gebracht. Man wurde hiebei auch dadurch zu erhöhtem Eifer angegeregert, dass in den österreichischen Kronländern für die Beforstung kahler Abhänge und die Regulierung der Gebirgswässer nahezu 40 Millionen Kronen bewilligt wurden. Der Ungarische Landesverein der Privat-Ingenieure hat den Beschluss gefasst, dieser Frage eine unausgesetzte Aufmerksamkeit zu widmen.

Unsere *Weinproduktion* und Weinlese war eine ziemlich schwache, zumal in der Tokajer Gegend, wo die Weinlese, die dort besonders spät stattfindet, durch die Witterung arg beeinträchtigt wurde. Die Regierung verlangte daher von der Legislative die Ermächtigung zu einer Hilfsaktion. Im Interesse der besseren Weinverwertung hat die Regierung die Errichtung von 10 *staatlichen Weinkellern* beschlossen und jene von Sátoraljaújhely, Miskolcz, Badaacsony und Dicsőszentmárton auch bereits eröffnet. Weitere Keller werden in Ménes, Beregszász und in Érmellék errichtet und in Pécs wurden fertiger Keller erworben. Der Ort des zehnten Kellers ist noch nicht bestimmt und die Eigentümer von Sandboden-Weingärten verlangen, dass derselbe in einer Sandweingegend errichtet werde.

Der Landesverein der Ungarischen Weinbauer hat in einer an die Regierung gerichteten Eingabe um die *Reform des Weinbau-Fachunterrichtes* angesucht und namentlich um die Errichtung einer Mittelschule für den Weinbau.

Anfangs September zahlte man für Most 28—38 Kronen, für ausgegorenen Weir. 42—45 Kronen. Bis zu Ende des Jahres sind die Weinpreise um 30—40% gestiegen.

Die landwirtschaftlichen Interessenvertretungen und vor allem der Ungarische Landes-Agrikultur Verein haben im Berichtsjahr mit grossem Eifer und Erfolge gearbeitet und damit den Interessenvertretungen der anderen Wirtschaftszweige ein leuchtendes Beispiel gegeben.

Hier erwähne ich auch den Gesetzartikel XXIII. vom Jahre 1912, laut welchem der Ackerbauminister für jedes Komitat *landwirtschaftliche Inspektoren* ernennen wird, die in den Munizipien als Referenten für landwirtschaftliche Angelegenheiten fungieren und den Munizipalbehörden auch in Fragen des Forstwesens, des Veterinärwesens und der Wasserrechte Fachgutachten erteilen werden.

In dem Budget des Ackerbauministeriums wurden die Subventionen für landwirtschaftliche Vereine namhaft erhöht.

Der vortrefflich organisierte Landesverband der Landwirte hat im Berichtsjahre nahezu 4,000 populäre Vorlesungen veranstaltet.

Die im Berichtsjahre abgehaltenen *Wollauktionen* zeigten im Auslande eine feste Tendenz, wogegen bei uns eben nur die Preise von 1911 gehalten wurden. In der ersten Londoner Auktion

blieben die Merinosorten unverändert, aber die Preise von gekreuzten Rassen besserten sich. Im Juli und August stiegen, infolge amerikanischer Käfe, die Merinosorten um 1—5%, die gekreuzten Rassen um 5—7½%. In der ersten Serie der Sommer-Auktionen der Ungarischen Kreditbank wurden Herrschafts-Wolle zu vorjährigen Preisen, schwächere Sorten aber billiger abgegeben. Am ersten Tage wurden von 5.469 Säcken 4,200, am zweiten Tag von 6.200 Säcken 4,100 verkauft. Bei der Herbstauktion wurden von 11,011 Säcken bloß 5,500 verkauft. Zu Militärtuch geeignete Kammwolle erzielte um 5%, Zigaja und Racka-Wolle um 10% höhere Preise. Lammwolle wurde bei lebhafter Nachfrage zu vorjährigen Preisen abgesetzt. Bei dieser Auktion notierte man:

	am Rücken gewaschene Wolle	Schmutzige Wolle in Kronen
Feinste Merino Tuchwolle	—659	—
Feine Stoff-Wolle	—	164—146
Mittelfeine Stoff-Wolle	324—366	—
Mittelmässige Stoff-Wolle	264—330	—
Feine Kammwolle	—	—128
Mittlere Kammwolle	232—350	—
Fehlerhafte Kammwolle	258—282	—108
Czigaja	216—222	114—110
Racka	—182	—126
Feinste Lammwolle	—700	140—202
Mittelfeine Lammwolle	286—330	134—156
Mittelm. Lammwolle	200—256	90—152

Über die *Getreide-Ernte* wurden folgende Ziffern amtlich festgestellt:

Im eigentlichen Ungarn betrug die Ernte

	Joch	Durchschnitt.	Ges. Ertrag
	Meterzentner		
Weizen	6,053.105	7.62	46,133.446
Roggen	1,940.251	6.94	13,467.530
Gerste	1,851.330	8.25	15,278.519
Hafer	1,748.920	6.43	11,252.179
Mais	4,306.449	10.86	46,750.169
Kartoffel	1,079.044	46.75	50,449.922

Kroatien hatte folgenden Ertrag:

	Joch	Durchschn.	gesamte
	Ertrag in qu. m.		
Weizen	586.749	6.8	4,043.000
Roggen	11.840	5.5	641.144
Halbfrucht	42.665	6.7	289.357
Gerste	110.142	5.5	613.066
Hafer	168.310	5.4	903.574
Mais	743.526	—	—

Das Areal hat in Kroatien-Slavonien stark zugenommen.
Es betrug:

	1912	1911	1910	1909
		J o c h		
Weizen	586.749	570.359	565.688	545.614
Roggen u. Halbfrucht	54.505	168.789	174.132	169.464
Gerste	110.142	111.403	112.226	111.291
Hafer	168.310	174.058	171.158	176.209
Mais	743.526	—	—	—

Die Ergebnisse im ganzen ungarischen Reiche betragen:

	Joch	Durchschn. gesamter	1911
		Ertrag in Doppelzentnern	
Weizen	6,639.884	7.56	50,176.446
Roggen u. Halbfrucht	2,098.756	6.86	14,398.031
Gerste	1,961.472	8.10	15,891.585
Hafer	1,917.230	5.82	11,155.771
			13,948.693

Das Qualitätsgewicht betrug im Durchschnitt, bei Weizen 78 kilo, bei Roggen 70, bei Gerste 65 und bei Hafer 44 Kilo.

In den einzelnen Gegenden waren die Erträge:

	Joch	Durchschn. gesamter	in J. 1911
Weizen		Ertrag in qu.	in 1000 q.
Donau-Theiß	1,235.511	8.21	10,147.448
Rechtes Donauufer .	1,010.387	8.12	8,207.108
Linkes Donauufer ...	379.066	8.12	3,078.286
Rechtes Theißufer ..	464.681	7.47	3,472.438
Linkes Theißufer ...	974.770	7.41	7,251.704
Theiß-Maros	1,393.188	7.41	10,318.400
Siebenbürger	625.932	6.21	3,889.710
Zusammen	6,083.535	7.32	46,305.094
Elementarschäden ..	30.400	7.62	231.648
Rest	6,053.105	7.62	46,133.446
9. September	6,053.135	7.71	46,656.830
5. August	6,053.135	7.60	46,002.961
22. Juli	6,083.535	7.61	46,320.172
8. Juli	6,083.535	7.76	47,233.552
23. Juni	6,083.535	7.72	47,002.000

Roggen und Halbfrucht:

Donau-Theiß	423.374	7.17	3,033.980	3.205
Rechtes Donauufer .	569.909	6.79	3,867.383	3.778
Linkes Donauufer ..	246.555	7.45	1,837.108	1.061
Rechtes Theißufer ..	195.524	6.96	1,360.766	1.218
Linkes Theißufer ...	367.753	6.66	2,450.229	2.140
Theiß-Maros	45.498	7.74	352.080	331
Siebenbürger	103.338	6.26	647.182	513
Zusammen	1,951.951	6.94	13,548.728	12.790
Elementarschäden ..	11.700	6.94	81.198	—
Rest	1,940.251	6.94	13,467.530	—
9. September	1,940.251	7.03	13,644.422	—
5. August	1,940.251	6.96	13,513.136	—
22. Juli	1,951.951	7.06	13,778.563	—
8. Juli	1,951.951	7.23	14,121.369	—
23. Juni	1,951.951	7.23	14,106.000	—

	Joch	Durchschn. gesamte	in J. 1911	
Gerste :	Ertrag in qu.		in 1000 q.	
Donau-Theiß	334.181	8.53	2,849.238	2.783
Rechtes Donauufer	431.095	8.75	3,771.591	3.791
Linkes Donauufer .	494.259	8.82	4,361.841	4.460
Rechtes Theißufer .	228.005	7.05	1,606.949	1.828
Linkes Theißufer ..	176.885	7.22	1,276.253	1.350
Theiß-Maros	89.042	8.87	789.635	897
Siebenbürger	107.159	6.53	699.778	912
Zusammen	1,860.630	8.25	15,355.285	16.023
Elementarschäden .	9.305	8.25	76.766	—
Rest	1,851.330	8.25	15,278.519	—
9. September	1,851.330	8.21	15,195.479	—
5. August	1,851.330	7.90	14,636.557	—
22. Juli	1,860.630	7.81	14,528.302	—
8. Juli	1,860.630	7.79	14,495.293	—

Hafer :				
Donau-Theiß	325.505	7.63	2,483.593	2.817
Rechtes Donauufer	331.534	8.18	2,483.076	2.631
Linkes Donauufer .	185.761	5.77	1,071.386	1.213
Rechtes Theißufer	247.553	5.14	1,272.466	1.412
Linkes Theißufer ..	206.164	5.13	1,057.286	1.368
Theiß-Maros	180.558	6.71	1,212.398	1.478
Siebenbürger	278.844	5.33	1,487.002	2.091
Zusammen	1,755.920	6.43	11,297.207	13.013
Elementarschäden .	7.000	6.43	45.010	—
Rest	1,748.920	6.43	11,252.197	—
9. September	1,748.920	6.58	11,514.718	—
5. August	1,748.920	6.64	11,603.581	—
22. Juli	1,755.920	6.63	11,636.466	—
8. Juli	1,755.920	6.66	11,701.412	—

Mais				
Donau Theiß	955.881	12.19	14,656.450	8.798
Rechtes Donauufer	554.202	11.65	6,454.159	4.250
Linkes Donauufer .	109.445	11.84	1,296.341	742
Rechtes Theißufer .	117.843	7.93	934.054	644
Linkes Theißufer ..	771.835	9.78	7,544.877	4.781
Theiß-Maros	1,130.062	3.01	14,697.068	9.303
Siebenbürger	711.559	6.53	4,649.165	6.385
Zusammen	4,350.827	10.86	47,232.114	34.906
Elementarschäden .	44.378	10.86	481.945	—
Rest	4,306.449	10.86	46,750.169	—
7. Oktober	4,306.449	11.29	48,492.208	—
9. September	4,306.449	11.29	49,614.653	—
9. August	4,306.449	11.86	51,056.973	—

Kartoffel :				
Donau-Theiß	131.293	33.30	4,371.951	4.190
Rechtes Donauufer	254.039	56.64	13,881.725	10.019
Linkes Donauufer .	239.792	56.13	13,459.957	10.513
Rechtes Theißufer .	216.262	42.61	9,214.311	9.686
Linkes Theißufer ..	139.524	43.69	6,096.357	4.684
Theiß-Maros	34.735	45.83	1,591.989	1.247
Siebenbürger	68.821	30.33	2,087.110	4.029
Zusammen	1,084.466	46.75	50,703.400	44.372
Elementarschäden .	5.022	46.75	253.478	—
Rest	1,079.044	46.75	50,449.922	—
7. Oktober	1,079.044	47.57	51,332.557	—

Der gesamte Ertrag der Länder der ungarischen Krone
war :

Welzen :	A r e a l Joch	Gesamter Ertrag Meterzentner
1912	6,639.884	50,176.446
1911	6,370.554	52,442.000
1910	6,704.048	54,018.000
1909	6,167.130	34,266.393
1908	6,665.361	44,829.700
1907	6,186.218	36,018.774
1906	7,137.891	56,532.600
1905	6,562.056	46,426.847
1904	6,425.607	39,984.451

Roggen und Halbfrucht :		
1912	2,098.756	14,398.031
1911	2,049.086	13,800.000
1910	2,137.955	15,081.400
1909	2,015.030	12,907.956
1908	2,094.330	13,112.561
1907	2,024.729	11,620.079
1906	2,169.423	15,053.314
1905	2,113.787	14,383.547
1904	2,078.157	12,501.107

Gerste :		
1912	1,961.472	15,891.585
1911	2,034.694	16,525.000
1910	2,173.426	14,224.000
1909	2,121.025	16,279.566
1908	1,975.058	12,806.307
1907	2,031.624	14,385.500
1906	1,962.014	15,302.312
1905	1,936.925	14,321.064
1904	1,895.314	11,365.174

Hafer :		
1912	1,917.230	11,155.771
1911	2,046.319	13,975.000
1910	2,103.898	12,036.700
1909	2,071.537	14,316.595
1908	2,014.447	10,718.955
1907	2,051.953	12,224.587
1906	1,991.999	13,536.589
1905	1,961.298	12,204.708
1904	1,901.917	9,884.000

Der gesamte Ertrag der Länder der ungarischen Krone
in Zerealien :

1912	91.62	Millionen q
1911	968.74	„ „
1910	95.36	„ „
1909	77.77	„ „
1908	84.17	„ „
1907	74.19	„ „
1906	100.42	„ „
1905	87.23	„ „
1904	73.73	„ „

Um auch von den Getreidepreisen zu sprechen, notiere ich hier die *Liquidationskurse* für Oktobertermine:

	Erste	Letzte
	Liquidationskurse	
Weizen	11.20	11.—
Roggen	9.55	9.50
Hafer	10.25	11.55
Mais	9.55	10.35

Vor Einführung der Agrarzölle waren die letzten Liquidationskurse für Oktober:

	Weizen	Roggen	Hafer	Mais
1911	10.65 K	10.52 K	9.32 K	9.75 K
1910	10.65 K	7.38 K	8.15 K	6.90 K
1909	14.60 K	9.56 K	7.40 K	7.30 K
1908	12.40 K	10.— K	8.05 K	9.— K
1907	11.75 K	11.10 K	7.95 K	7.10 K
1906	7.20 K	7.15 K	6.90 K	6.77 K

Infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse hat sich das Ackerbauministerium veranlasst gesehen neue Berichte einzuholen, deren Resumé am 26. Oktober veröffentlicht wurde.

Laut dieser Berechnung betrug die Weizenernte im Jahre 1912 bloß 46.656,830 Meterzentner, gegenüber der vorjährigen Ernte, die 47.597,088 Meterzentner betrug.

Roggen, *Gerste* und *Hafer* betreffend weisen die späteren Schätzungen keine nennenswerten Veränderungen auf: *Roggen* 13.467,530 Meterzentner (gegenüber der vorjährigen 12.790,356 Meterzentner), *Hafer* 11.252,197 Meterzentner, gegenüber der vorjährigen 13.013,676 Meterzentner um 1.761,479 Meterzentner weniger. *Gerste* 15.278,519 Meterzentner, gegen vorjährige 16.023,647 Meterzentner um 745,128 Meterzentner weniger. Umso grösser ist der Rückfall bei den Hackfrüchten. *Mais* wurde im Oktober mit 46.750.169 Meterzentner gegen frühere 48.492,208 Meterzentner um 1.742,039 Meterzentner niedriger geschätzt. Gegenüber der vorjährige Missernte ist das allerdings noch um 11.844,336 Meterzentner mehr. Leider bestätigt der Bericht auch die von Fachkreisen bisher gehegten Befürchtungen bezüglich der vielfach unbefriedigenden Qualitäten. *Kartoffeln* ergeben laut der Oktober-Schätzung von 50.449,922 Meterzentner gegenüber der vorjährigen Ernte von 44.372,108 Meterzentner, allerdings noch immer ein Plus von 6.077,814 Meterzentnern. Das unangenehmste, was der Bericht zu sagen hat, ist aber der Hinweis auf die Rückständigkeit der fälligen Feld- und Anbauarbeiten.

Ungarns Stellung in der Weltproduktion.

Die interessanteste Frage ist hier aber die Stellung die Ungarns getreidefechtung in der Weltproduktion einnimmt.

In diesem Belange hat das kgl. ungarische Ackerbauministerium am 18. Januar 1913 seinen bekannten Bericht über die Welternte veröffentlicht. Laut den Schätzungen des kgl. ungarischen Ackerbauministeriums betrug die Welternte:

3,974.79 Millionen Meterzentner im J. 1912
3,241.00 Millionen Meterzentner im J. 1911

Das ergibt eine Erhöhung von 733 Millionen q.

Die Vorräte bei den Händlern und Produzenten betrugen knapp vor der Ernte 62.14 Millionen q.

Der voraussichtliche Getreidebedarf der Welt stellte sich wie folgt dar:

1912: 3,842.80 Millionen Meterzentner
1911: 3,370.42 Millionen Meterzentner

Die Bilanz der Welternte 1912 lässt sich wie folgt aufstellen:

Die gesamte Getreide- ernte im Jahre 1912 (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Mais) betrug	3,974.83 Millionen Meterzentner
Hiezu kommen die Vorräte aus der Ernte des Jahres 1911 mit	62.14 Millionen Meterzentner
Somit stehen an Ge- treide insgesamt zur Verfügung	4,036.97 Millionen Meterzentner
Zieht man hievon den oben ausgewiesenen Bedarf pro 1912 mit	3,842.80 Millionen Meterzentner
ab, so ergibt sich ein U e b e r s c h u ß von	194.17 Millionen Meterzentner

Die Welternte wird in den fünf Hauptgetreidearten an den massgebenden Stellen wie folgt eingeschätzt:

Verschiedene Schätzungen:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Mais
	Millionen Meterzentner				
I. Königlich ungarisches Acker- bauministerium	1115.86	503.14	404.61	756.17	1195.05
II. Internationales Landwirtschaft- liches Institut Rom	1068.54	496.47	401.17	692.62	1169.25
III. Beerbohm (Evening Corn Trade List, London)	1074.44	498.68	401.05	675.27	1146.01
IV. Broomhall (Corn Trade News, Liverpool)	1027.73	463.99	374.96	673.47	1195.05
V. Internationale Landwirtschaft- liche Vereinigung für den Stand und die Bildung der Getreide- preise	1088.46	491.37	420.81	694.48	1167.68
VI. Dornbuschs Schätzung	1017.08	489.60	384.18	664.—	1155.53

Über die *Exportfähigkeit Ungarns* in Getreide enthält der Bericht eine eingehende Berechnung.

Das ungarische statistische Landes-Zentralamt hat nämlich nach Einheimsung sämtlicher Produkte jene Daten eingesammelt, die sich auf die *faktisch abgeernteten Flächen* und auf deren Ernteerträge beziehen. Es zeigt sich dabei wohl gegen das Frühjahr eine Abnahme der Areale infolge von Elementarerereignissen, doch ergeben die Ermittlungen des Statistischen Amtes noch immer höhere Ziffern für die bebauten Flächen, als sie durch das Ackerbauministerium in den amtlichen Ernteberichten angenommen wurden. Demgemäss erfahren auch die definitiven Ernteziffern eine Änderung.

Es beträgt die

	Abgeerntete Fläche Kat.-Joch	Definitive pro Kat.- Joch	Ernte Insgesamt	Letzte amtliche Schätzung vom 21. Okt. 1912	Ernte 1911
	M e t e r z e n t n e r				
Weizen	6,152.195	7.67	47,172.508	43,133.445	47,597.453
Roggen und Halbfrucht	1,965.424	7.00	13,752.821	13,467.530	12,790.356
Gerste	1,830.470	8.34	15,271.436	15,278.519	16,023.883
Hafer	1,738.983	6.41	11,142.977	11,252.197	13,013.676
Mais	4,235.250	10.91	46,186.346	46,750.169	34,907.333
Kartoffeln	1,076.170	50.50	54,164.196	50,449.922	44,380.108

Es zeigt sich also, dass unsere definitive Ernte gegenüber der letzten amtlichen Schätzung in Weizen um mehr als eine Million, in Kartoffeln um über 3¾ Millionen Meterzentner und in Roggen um zirka 300.000 Meterzentner stärker ausgefallen ist. Gerste bleibt unverändert taxiert, während Hafer um 100.000 Meterzentner und Mais um 600.000 Meterzentner weniger ergeben haben.

Über die Ernteerträge der letzten fünf Jahre gibt folgende Tabelle Aufschluss. Es wurden eingeheimst:

Im Jahre	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Mais	Kartoffeln
		u. Halb-				
		frucht				
M e t e r z e n t n e r						
1912....	47.17	13.75	15.27	11.14	46.18	54.16
1911....	47.60	12.79	16.02	13.01	34.91	44.37
1910....	46.19	13.29	11.68	10.27	47.69	48.16
1909....	30.85	11.96	15.65	13.39	41.11	49.95
1908....	41.42	12.19	12.26	10.18	37.12	37.96

Quantitativ ist wohl das Ergebnis bei den vier Hauptgetreidearten zufriedenstellend, doch sind die Qualitäten infolge

vielfacher Schäden ungünstiger als im Jahre 1911. Beim Weizen beträgt der Qualitätsdurchschnitt für das ganze Land pro Hektoliter 77·3 Kilogramm (gegen 79·0 Kilogramm im Vorjahre). Beim Roggen 71·2 (72·1), bei der Gerste 64·6 (65·6) und beim Hafer 45·2 (43·4) Kilogramm. Über die Qualität von Mais und der anderen Produkte enthält der Bericht keine Angaben.

Das Königreich Kroatien und Slavonien hat nach der definitiven Feststellung geerntet: Weizen 3,079.244 (1911 4,133.464), Roggen 642.860 (997.714), Gerste 430.703 (574.729), Hafer 480.623 (806.203), Mais 6,138.467 (6,109.124) und Kartoffeln 6,258.845 (6,297.277) Meterzentner.

Die Länder der heiligen ungarischen Krone insgesamt haben demnach eingeheimst:

	Meterzentner	
	1912	1911
Weizen	50,251.752	51,775.501
Roggen und Halbfurcht	14,395.681	13,760.325
Gerste	15,702.139	16,462.321
Hafer	11,623.600	13,891.696
Mais	52,324.813	40,914.975
Kartoffeln	60,423.041	50,068.043

Wenn man die vier Hauptgetreidearten zusammenfasst, ergeben sich folgende Erträge: 1912 91·97, 1911 95·94, 1910 86·37, 1909 77·77 und 1908 81·47 Millionen Meterzentner. Wohl ist somit die 1912er Ernte um 3·97 Millionen Meterzentner geringer als jene des Jahres 1911, doch steht sie in den letzten 9 Jahren noch immer an dritter Stelle.

Nach Feststellung der Vorräte aus dem Vorjahre und des Eigenbedarfes ergeben sich für Ungarn als *Exportüberschuss*: Weizen 14·44, Roggen, 3·00, Gerste 2·74, Hafer 2·00, Kartoffeln 0·42 Millionen Meterzentner. Abzüglich der bis 31. Dezember 1912 bereits exportierten Mengen verbleiben noch für den Export im laufenden Jahre: Weizen 6·44, Roggen 1·11, Gerste 0·70, Hafer 0·90, Kartoffeln 0·22 Millionen Meterzentner.

In den letzten Jahren notierte April-Weizen Ende April: 1906: 8·40 K, 1907: 8·10 K, 1908: 11·20 K, 1909: 14·05 K, 1910: 13·70 K, 1911: 11·90 K, 1912: 11·45 K.

Verkehrswesen.

Was das *Eisenbahnwesen* anbelangt, ist in erster Reihe die überraschende Tatsache hervorzuheben, dass man im Berichtsjahre über *Waggonmangel* kaum zu klagen hatte, und

Verkehrsstockungen trotz der sehr bedeutenden militärischen Dislokationen nur selten vorkommen. Es war dies ohne Zweifel das Ergebnis der zielbewusst geleiteten Verkehrspolitik der kgl. ungarischen Staatsbahnen, wobei aber in Betracht zu ziehen ist, dass die Abfuhr der landwirtschaftlichen Produkte sich auf einen längeren Zeitraum gleichmässig verteilt hat.

Sonst aber kann man mit der derzeitigen Organisation der ungarischen Staatsbahn-Verwaltung nicht zufrieden sein. Ich betone schon seit Jahren, dass man bei einem jährlichen Umsatze von 200 Millionen Kronen sich mit der formalen Verantwortlichkeit nicht begnügen könne. Diese Auffassung hat sich nicht nur in wirtschaftlichen, sondern auch in politischen Kreisen Bahn gebrochen. Es ist wohl richtig, dass die Betriebs-Einnahmen sich wesentlich erhöht haben. Es ist dies eine Folge von Tarifierhöhungen, aber von einer Abnahme der Ausgaben ist da keine Spur zu vernehmen. Da liegt der Fehler auch an dem Finanzministerium, welches in die finanzielle Verwaltung der Staatsbahnen einen Rechnungsleiter delegiert. Ist es nun denkbar, dass ein solcher Beamter, der in Steuerfragen ein tüchtiger Fachmann sein mag, aber für die verwickelten Verkehrs-Angelegenheiten weder die Routine, noch die erforderlichen Fachkenntnisse besitzt, bei den Staatsbahnen einen förderlichen, von verkehrspolitischen und technischem Standpunkte förderlichen Einfluss ausüben könnte? Das hängt aber ebenfalls an dem gegenwärtigen System. Wenn man aber diese bekrittelt, wittert man sofort persönliche Absichten. Das hat auch der Abgeordnete Dr Franz Heltai erfahren, der anlässlich der jüngsten Budgetdebatte als Berichterstatter für den Handelsetat die Zweckwidrigkeit der allgemeinen Leitung und die schweren Übelstände der internen Administration in scharfen Worten kennzeichnete. Da hätte man die Frage ernst erörtern und die erhobenen Einwände in objektiver Weise auf ihre Stichhaltigkeit prüfen und sodann die aufschiebbaren Reformen besprechen sollen. Der Handelsminister fand es jedoch für angemessener diese ins Fleisch schneidenden Fragen auf das Gebiet der Ritterlichkeit zu lenken und sich für seine Organe in die Bresche zu stellen, ihnen sein Vertrauen auszusprechen. Unter solchen Umständen konnte auch die Konferenz der Wirtschaftsvereine, die in Angelegenheit der Reform der Staatsbahn-Verwaltung im J. 1911 delegiert worden war, zu keinem erspriesslichen Resultate gelangen, obschon die mit dem Referate be-

trauten Männer, Béla Veith und Julius Rubinek recht wertvolle Anregungen formuliert hatten.

Das Memorandum dieser zwei hervorragenden Volkswirte beantragte die Dezentralisierung der Staatsbahnen-Verwaltung, die Gliederung derselben in möglichst selbständige und verantwortliche Fachdirektionen, so dass die gemeinsame Konferenz der Fachdirektoren nur in solchen Fragen zu beschliessen hätte, die allgemeiner Natur sind und die Ressorts mehrerer Direktionen berühren. Bei diesem Systeme könnte der Chef der allgemeinen Verwaltungs-Sektion als Vorsitzender figurieren und nach aussen hin repräsentieren. Bei diesem Systeme hätten die Chefs der Fachdirektionen dem Minister und Staatssekretär direkten Vortrag zu erstatten, die Betriebsdirektionen hätten einen weiteren Exekutionskreis. Schliesslich stellte das Memorandum den Antrag, man möge den Direktoren und leitenden Oberbeamten Tantiemen zukommen lassen.

Die Direktion der kgl. ungarischen Staatsbahnen hat im Berichtsjahre eine *Reform der Personentarife* durchgeführt. Das diesbezügliche Elaborat wurde im Verkehrsbeirat Anfangs April verhandelt und die Reform wurde Anfangs Juli in Wirksamkeit gesetzt. Im neuen Tarife *übergeht die ungarische Staatsbahn vom Zonentarif auf das Miriameter-System*, aber im Nachbarverkehr wurde der Zonentarif beibehalten. Die endlose Zone, welche über 400 Kilometer hinaus für alle Distanzen den gleichen Tarif ansetzte, hat somit aufgehört.

Der Tarif erhöht sich nach je 10 Kilometer, aber nicht gleichförmig sondern in verkehrtem Verhältniss zur Entfernung. Der neue Tarif unterscheidet zwischen Nachbarverkehr und Fernverkehr, aber der erstere wird von 20 auf 30 Kilometer erweitert. Mit der Aktivierung des neuen Tarifes wurde der Fahrpreis für den Nachbarverkehr und die kürzeren Distanzen wesentlich verteuert.

Die im Mai in Bozen abgehaltene gemeinsame Eisenbahnkonferenz beschloss die Erhöhung der *Nebengebühren im Frachtenverkehr*. Die Interessenvertretungen erhoben zwar hiegegen Einsprache, die Erhöhung wurde aber von den Regierungen in Ungarn und in Österreich am 1. Jänner 1913 in Kraft gesetzt.

Im Gegensatz zu diesen Erschwerungen des Verkehrs, hat man auf den ungerischen Staatsbahnen am 1-ten Oktober auch eine Erleichterung durchgeführt, die Einreihung von Wagen III. Klasse in den Schnellzügen.

Die Entwicklung des Staatsbahnnetzes wurde durch *bedeutendere Investitionen gefördert*. Mitte Juni unterbreitete der Handelsminister dem Reichstage einen Gesetzentwurf, welcher die Regierung ermächtigt, ausser den in den Handelsetat pro 1912 eingestellten Beträgen und Anschaffungen für dringende Bahnhof-Erweiterungen, für Errichtung neuer Geleise, Lager-räume, Telegrafeneinrichtungen 13,164.000 Kronen und für die Beschaffung von Lastwagen 4,200.000 Kronen aufzuwenden.

An dieser Stelle erwähne ich, dass der Handelsminister zum Studium der *Elektrifizierung gewisser Bahnstrecken* eine Fachkommission eingesetzt hat.

Die Wirkung der Investitionen und der successiven Tarifierhöhungen macht sich bereits in den Einnahmen der kgl. ungarischen Staatsbahnen erkennbar.

Das gesamte Netz der ungarischen Eisenbahnen, namentlich mit 9.930,887 km. Hauptbahnen und 11,692 km. Lokalbahnen, ergab vom 1-ten Januar bis 31. Oktober 454.787,449 K Einnahmen, gegenüber 414.566,247 K in der entsprechenden Periode des Vorjahres. Die Zunahme betrug 40.221,202 K.

Von den Einnahmen entfielen 127.632,454 K (141.162,361 Reisende) auf den Personenverkehr, um 10.726,297 K mehr als im Vorjahre, und 327.154,995 K auf den Frachtenverkehr, um 29.494,905 K mehr als im Vorjahre.

Der Ausbau des *Lokalbahnnetzes* hat wegen der schwierigen Geldverhältnisse geringe Fortschritte gemacht. Es wurden immerhin 288·4 Km. neue Linien den Verkehre übergeben. Konzessioniert sind weitere 1,806·8 km.; ferner ist für 1891·1 km. die administrative Begehung erfolgt und für 361·8 km. sind die Pläne vorgelegt.

In der Verkehrskommission des Oberhauses erörterte der Generaldirektor der Kreditbank Adolf v. Ullman, dass man den Bau von Lokalbahnen nicht erschweren, sondern noch erleichtern müsste, zumal eine strenge Einhaltung des bestehenden Gesetzes den Bau neuer Lokalbahnen fast unmöglich machen würde. Erwünscht wäre namentlich eine Änderung der Stipulationen über den Anteil der Staatsbahnen, an den Einnahmen der von ihr verwalteten Lokalbahnen. Dem gegenüber erklärte der Handelsminister v. Beöthy, dass man den Anteil der Staatsbahn noch erhöhen sollte. Andererseits aber macht der Minister den Lokalbahnen die Konzession, dass er den staatlichen Zu-

schuss zu den Baukosten in barem ausfolgt, um den Lokalbahnen die bisherigen Kursverluste zu ersparen. Demgemäss wurde die Bestimmung des Lokalbahngesetzes, nach welcher die Subvention der Lokalbahnen in einem Jahre den Betrag von 600,000 K nicht überschreiten darf, — in dem Budgetgesetze pro 1913 suspendiert.

Ein wichtiges Ereigniss war im Berichtsjahre die *Regelung der dalmatinischen Eisenbahn-Frage*. Mitte Juni unterbreitete der Handelsminister einen Gesetzentwurf, laut welchem die Eisenbahn von *Ogulin nach Knin* d. h. von der Oguliner Station der Budapest—Fiumaner Linie bis zur dalmatinischen Grenze binnen $6\frac{1}{2}$ Jahren als Hauptbahn zweiten Ranges ausgebaut wird. Die Regierung zahlt der Bau-Unternehmung den Pauschalbetrag von 97.500,000 Kronen, und die Direktion der kgl. ungarischen Staatsbahnen wird ermächtigt für die Kontrolle des Baues und der Bahn-Einrichtungen 2.920,000 K aufzuwenden.

Der Bau wird somit 100.420,000 Kronen kosten. In den Etat für 1912 waren 10 Millionen bereits eingestellt. Erforderlich sind für die Jahre 1913, 1914 und 1915 je 24 Millionen, für 1916 weitere 10, für 1917 noch 7 Millionen und für 1918 ein Restbetrag von 1.420,000 K. Diese Beträge werden tunlichst aus den Kassabeträgen gedeckt und nötigenfalls durch Kreditoperationen ergänzt.

Dieser Bahnbau erfolgt namentlich im Interesse Dalmatiens und hat die österreichische Regierung als Gegenleistung die Zusage gemacht, die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der für unserem Verkehr mit Deutschland überaus wichtigen Kassa-Oderberger Pahn weiterhin nicht mehr zu behindern.

Zwischen den Regierungen von Ungarn und Österreich ist auch ein Übereinkommen über das Programm der *bosnischen Bahnbauten* zu Stande gebracht worden.

Dieser Übereinkommen enthält neun Kapitel. Das erste bestimmt die Bedingungen unter denen Bosnien-Herzegovina den Bau der neuen Bahnen durchzuführen hat. Ungarn und Österreich leisten hiezu folgende Zuschüsse: 1. Vom ersten Baujahre an 60 Jahre hindurch je 4.858,096 K. 2. Vom zweiten Baujahre an weitere 2.600,000 K pro Jahr, ebenfalls für die Dauer von 60 Jahren. 3. Vom dritten Baujahre an noch 3 Millionen pro Jahr, ebenfalls für die Dauer von 60 Jahren. Es wird hier noch stipuliert, dass die Militärbahn Banjaluka—Doberlin der Provinz Bosnien übergeben wird und dass die bosnischen Sendungen keiner differenziellen Tarifierung unterliegen.

Im II. Kapitel verpflichtet sich Bosnien-Herzegovina folgende Bahnbauten binnen 6 Jahren zu beenden:

1. Die normalspurige Bahn Banjaluka—Jajce;
2. die normalspurige Bahn von Samac nach Doboj;
3. die schmalspurige Bahn Bugojno—Arzano;
4. Umbau der jetzt schmalspurigen Linie Doboj—Sarajevo, in eine normalspurige;
5. Normalisierung der Linien Jajce—Bugojno und Rama—Mostar, und Ausbau der Verbindungslinie Bugojno—Rama;
6. Normalspurige Verbindungsbahn von Brčka nach Tuzla, mit Verzweigungen nach Bjelina und Raca;
7. Normalisirung der Section Doboj—Tuzla.

Der III. Abschnitt behandelt die Linie von Dolni-Vakuf nach der Bosnabahn-Station Lasva.

Der IV. Abschnitt sorgt dafür, dass die Umbauarbeiten keine Verkehrsstörungen verursachen.

Im V. Abschnitt verpflichtet sich Bosnien-Herzegovina für den Bau dieser Bahnen im Jahre 1913 den Betrag von 1·0 Million, und in jedem folgenden Jahre noch je 1·0 Million K aufzuwenden, und zwar bis zur kompletten Deckung der Amortisations-Annuitäten.

Laut dem VI. Abschnitt wird der mit der Verwaltung der annektierten Provinzen betraute gemeinsame Finanzminister im Namen der Provinzen eine Anleihe von 270 Millionen K kontrahieren, die in 60 Jahren amortisiert werden soll.

Der VII. Abschnitt verpflichtet die Bauunternehmer zur Anstellung von bosnischen Arbeitern, der VIII. Abschnitt bezieht sich auf die nöthigen Expropriationen und der IX. Abschnitt enthält Bestimmungen über die Art der Durchführung des Gesetzes.

Die ungarische Seeschifffahrt

hat im Berichtsjahre mit glänzenden Resultaten gearbeitet, da die Seefrachten sich stets verteuerten und die Kriegseignisse (welche erst die italienische und dann die griechische Konkurrenz ausschalteten) ein günstige Konjunktur schufen.

Überaus bedauerlich ist es jedoch, dass die mit den Seeschiffahrts-Gesellschaften zu schliessenden neuen Verträge in der Gesetzgebung nicht verabschiedet werden konnten, obschon das stets steigende Passivum unserer Handelsbilanz die Aktivierung der in den neuen Verträgen vorgesehenen neuen Fahrten als überaus dringlich erscheinen lässt.

Wir sehen in der Tat, dass die Handelsmarinen der seefahrenden Staaten sehr bedeutende Zunahmen aufweisen.

Die gesamte Handelsmarine des Weltverkehrs erhöhte sich im Jahre 1911 um 1,232.389 Tonnen, im Jahre 1912 stieg die Zahl der Schiffe um 229 auf 30.316 und der gesamte Tonnengehalt derselben um 1,453.523 Tonnen, so dass der letztere sich auf 44,600.677 erhöht hat.

Diese Erhöhung verteilt sich auf die einzelnen Staaten wie folgt:

	Tonnengehalt		Zunahme
	1911	1912	
Großbritannien	17,872.697	18,213.620	400.923
Vereinigte Staaten	5,158.278	5,528.487	100.209
Deutschland	4,466.880	4,628.983	162.103
Norwegen	2,154.331	2,292.996	138.265
Frankreich	1,976.862	2,052.518	75.656
Italien	1,340.508	1,340.508	58.074
Japan	1,203.220	1,344.991	141.771
Holland	1,058.287	1,129.906	71.619
Schweden	931.482	969.943	38.461
Rußland	895.258	936.591	41.333
Oesterreich-Ungarn	486.488	903.067	56.579
Spanien	775.551	771.985	3.566
Dänemark	752.754	757.599	4.845

Über die einzelnen grösseren ungarischen See- und Binnenschiffahrts-Unternehmungen werden uns folgende Einzelheiten mitgeteilt:

„Adria“ Königlich Ungarische Seeschiffahrt-Aktiengesellschaft.

Der durch die Schiffe dieser Gesellschaft abgewinkelte Verkehr zeigt die folgenden Ziffern:

	1912	1911	
Im Export	333.333	293.228	+ 39.772
„ Import	85.000	84.122	+ 878
„ Zwischenverkehr der einzelnen Häfen	560.000	631.379	— 71.379
Zusammen	978.000	1,008.729	— 30.729

Obleich der neue staatliche Vertrag der „Adria“-Gesellschaft in endgültiger Form noch nicht fertiggestellt ist und daher der Gesetzgebung noch nicht unterbreitet werden konnte, hat die Gesellschaft, um keine Zeit zu verlieren, im Laufe des Jahres 1912 in Grossbritannien zwei Schiffe zu ungefähr je 3800 Tonnen, im Ausmasse von 102 Metern (335 Fuss) Länge und 13 $\frac{1}{4}$ (46 Fuss) Breite bestellt. Diese Schiffe werden in der zweiten Hälfte des Jahres 1913 fertiggestellt, mit den allernmodernsten Einrichtungen vom Gesichtspunkte des Personenverkehrs und der Sicherheit der Per-

sonen ausgerüstet sein und auf der nordafrikanischen Linie zur Verwendung kommen.

Ungarische Fluss- und Seeschiffahrt-A.-G.

Laut den vorerst nur provisorisch festgestellten Daten wurden mit den Schiffen der Gesellschaft im Jahre 1912 rund 720.000 Personen (gegen 744.647 im Jahre 1911) und 8,520.000 Meterzentner Güter (gegen 8,234.790 im Jahre 1911) befördert. Die Einnahmen der Gesellschaft weisen dem Vorjahre gegenüber eine Zunahme auf, doch sind dem gegenüber auch die Ausgaben gestiegen.

Ungarische Levante-Seeschiffahrt-Aktiengesellschaft.

Die Flotte dieser Gesellschaft war das ganze Jahr hindurch sowohl in der Linien-, als auch in der freien Schifffahrt vollauf beschäftigt und hat eine Distanz von 376.000 Seemeilen, gegen 321.500 Seemeilen im Vorjahre, zurückgelegt. Die zu Beginn des verflossenen Jahres inaugurierte neue Linie *von Fiume nach Australien und Neuseeland* hat die daran geknüpften Erwartungen gerechtfertigt, indem für die Ausfuhr der mannigfaltigsten Artikel, die bisher über kontinentale Häfen verschifft wurden, nunmehr die neue Route via Fiume in Anspruch genommen wird. Zahlreiche Artikel und Produkte Ungarns können in Australien guten Absatz finden und die Gesellschaft hat die Verfrachtung heimischer Produkte, um deren Einführung in Australien zu ermöglichen und zu erleichtern, teils kostenlos, teils stark unter den Eigenkosten vorgenommen. Von den im Vorjahre bestellten Dampfern ist der eine, „Kárpát“, mit einer Tragfähigkeit von 7700 Tonnen im Oktober dem Verkehr übergeben worden, womit der Gesellschaft gegenwärtig elf Dampfer mit einem Tonnengehalt von 62.000 Tonnen zur Verfügung stehen, während zwei weitere Dampfer sich in Bau befinden, nach deren Indienstellung die Tragfähigkeit auf 70.900 Gewichtstonnen erhöht werden wird. Von den in Bau befindlichen Dampfern wird einer für den Personen- und Warenverkehr zwischen Galatz und Konstantinopel ausgerüstet. Die durch Vergrößerung der Flotte nötig gewordene Erhöhung des Aktienkapitals auf sechs Millionen Kronen wurde durch Emission von 9000 neuen Aktien zu je 200 Kronen Nominale im Wege der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank durchgeführt und die neuen Aktien werden an den Ergebnissen des Vorjahres partizipieren.

Die *Ungarisch-Kroatische Seeschiffahrtsgesellschaft* hat ihre Fahrten nach dem ungarischen Küstenland, nach Dalmatien und nach *Obollé* (dem Seehafen für Scutari) vermehrt und Fahrten nach *Patras* systemisiert.

Überraus rührig arbeitet die *Atlantica Seeschiffahrtsgesellschaft*, die die freie Schifffahrt in allen fünf Weltteilen mit grossem Erfolge betreibt und ihre Flotte alljährlich rapid vermehrt. Der grosse Aufschwung dieser jüngsten ungarischen Seeschiffahrts-Unternehmung ist in erster Reihe der seltenen Agilität und dem grosszügigen Unternehmungsgeiste des Generaldirektors Eugen von *Polnay* zu verdanken, der dem ungarischen Seeverkehre mächtige Impulse verliehen hat.

Auf dem Gebiete der *Binnenschifffahrt* wäre der neue Vertrag zu erwähnen, in welchem die österreichische Regierung der I. Priv. Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft eine jährliche Subvention von 1,300.000 Kronen aussetzt, sich aber hiefür die Tarifierhoheit vorbehält. Angesichts dieses Ereignisses hat die ungarische Regierung die Pflicht, die ungarische Binnenschifffahrt energisch zu fördern, namentlich aber die Aktionsfähigkeit der Ungarischen Fluss- und Seeschiffahrtsgesellschaft wesentlich zu steigern. Der für neue Schiffe in den Etat von 1913 eingestellte Betrag von 400.000 Kronen kann natürlich nur als sehr bescheidener Anfang gelten.

Die Schifffahrts-Saison begann schon Ende Februar und dauerte bis gegen Ende November.

Die im I. Semester 1913 in Geltung gesetzten neuen Tarife bedeuten gegen das Vorjahr eine Erhöhung um 6 Heller. Die Frachtsätze pro 50 Kg., bei Aufgabe von mindestens 4000 Meterzentner betragen von Budapest nach: Pancsova 74 Heller, Zimony, Banovce 72, Ujvidék 66, Palánka—Ilok 64, Vukovár 62, Bezdán 73, Zombor 78, Sivac 91, Ujverbász 96, Szenttamás 101, Bácsföldvár 85, Petróc 90, Barcs 74, Eszék 66, Szeged 74, Zenta 72, Törökbecse und Óbecse 70, Titel 68, Temesvár 106, Nagybecskerek 74, Mitrovica 86, Sabac 80, Raca 90 Heller. Anschluss-Frachtsätze nach Wien 60, nach Győr 24, nach Pozsony 28, nach Barcs (von den unteren Draustationen) 10 und (von den Franz-Josefs-Kanal-Stationen) 16, nach Sziszek 10, bzw. 14 und 16 Heller.

Das Ergebniss der Binnenschifffahrt ist durch den Balkankrieg beeinträchtigt worden, da die Getreidesendungen in der

Bergfahrt von der unteren Donau fast ganz aufhörten und auch der Stückgüterverkehr sich auf die inländischen und österreichischen Relationen beschränkte.

Die Frage der *Schiffahrtskanäle* (Donau—Theiss und Donau—Save) ruhte im Berichtsjahre und auch die Frage der Schiffbarmachung der Flüsse erregte wenig Interesse. Auf Anregung der Arader Handelskammer richteten die östlichen Handelskammern an das Abgeordnetenhaus eine gemeinsame Petition, in welcher sie die Schiffbarmachung der Maros urgieren.

Die *Kapitalsbewegung im Verkehrswesen* ergab im Berichtsjahre folgende Resultate:

Neue Verkehrs-Unternehmungen:

	1912		1911	
	Zahl	Kapital Kr.	Zahl	Kapital Kr.
in der Hauptstadt.....	7	52.632.000	8	24.960.000
in der Provinz	3	5.389.000	4	13.850.000
Kapitals Erhöhungen:				
in der Hauptstadt.....	7	11.105.000	6	9.150.000
in der Provinz	1	226.000	2	60.420.000
Gesamtbetrag der neuen Akt.		69.352.000		62.370.000

Jahresschlusskurse der wichtigeren Verkehrspapiere:

	1907	1908	1909	1910	1911	1912
Ung. Eisenbahn-Verkehrs						
A.-G.	363	360	399.50	469	463	428
Adria Seesch. A.-G.	404	370	436	505	535	522
Budap. Straßenbahn	553	584.25	618.50	774.56	870.25	674
Budap. Stadtbahn	278.50	271.50	316.50	407	423	371
Atlantica Seesch. A.-G.	—	—	—	317	308	338

Die Budapester Verkehrsanstalten weisen steigende Erträge auf und haben neue Linien kreiert.

Die Stassenbahn-Gesellschaft liess aus dem Inneren der Stadt zu einer ihrer Lokalbahnen direkte Wagen abgehen, was von der Stadt mit einer empfindlichen Geldstrafe geahndet wurde. Der Handelsminister entschied jedoch, dass die Strassenbahn hiezu ein Recht habe, und von der Stadt hiefür nur zu einer materiellen Leistung herangezogen werden könne.

In der Provinz werden zwischen einzelnen Städten und Gemeinden *Autobusfahrten* systemisiert. Eine weitere Verbreitung dieses Systemes bedingt jedoch eine namhafte Verbesserung des Strassenwesens.

Das Versicherungswesen

hatte von der Geldknappheit vielleicht an meisten zu leiden, weil die Acquisition neuer Versicherungen überaus erschwert wurde.

Das Verständniss für das Assekuranzwesen ist in Ungarn noch nicht sehr entwickelt, so dass die Branche der Lebensversicherungen einen schwächeren Geschäftsgang aufwies. In der Hagelbranche waren die Ergebnisse gleichfalls nicht befriedigend. Günstiger entwickelt sich das Geschäft in der Branche der Brandschadenversicherung und die Versicherung gegen Unfälle machte stetige Fortschritte. Der Balkankrieg dürfte im Jahr 1913 bei den Rückversicherungen bedeutende Opfer fordern. Die besten Geschäfte machte die Transportbranche; für Versicherung gegen Kriegsgefahr forderte der London Lloyd in bulgarischen Häfen $5\frac{1}{4}\%$, in Konstantinopel $7\frac{3}{4}\%$, in Salonichi $10\frac{1}{2}\%$ und in Adrianopel $26\frac{1}{4}\%$. In Galizien wurden Versicherungen gegen Kriegsgefahr in riesigem Umfange geschlossen und betrug die Prämie $1\frac{1}{2}\%$ für 5 Monate. In dieser Periode wurden aus Österreich und Ungarn versicherte Risiken gegen Kriegsgefahr in London angeblich im Betrage von 400 Millionen Kronen gedeckt.

Infolge der Geldknappheit konstatierte man bei den Assekuranzgesellschaften einen wesentlichen Ausfall in den Prämienzahlungen, so dass viele Versicherungen storniert wurden. Andererseits aber konnten die Versicherten zur Überzeugung gelangen, *dass die Assekuranz das idealste Sparsystem sei*, denn sie schützt gegen Unfälle und ist auch eine Kreditquelle. Viele Versicherte mussten auf ihre Polizzen Darlehen verlangen, wobei die Gesellschaften weitgehende Kulanz bekundeten.

Das Hypothengeschäft der Assekuranzgesellschaften lag brach. Es wurden Hypothekar-Darlehen wohl bewilligt, aber die Darlehensnehmer erhielten statt Bargeld fix verzinssliche Anlagewerte, was natürlich auf die bereits stark gesunkenen Kurse dieser Werte einen weiteren Druck ausübte, da die Hypothekenschuldner die erhaltenen Papiere auf den Markt brachten. In vielen Fällen durften sie dieselben gar nur lombardieren. Dieses Vorgehen der Assekuranzgesellschaften wurde vielfach beanstandet; dies wurde aber damit begründet, dass die Portefeuilles der Gesellschaften durch den Kurssturz der ihre Reserven bildenden Anlagewerthe starke Verluste erlitten hatten, die sie aus den Kursverlust-Reserven nur zum Teile decken konnten.

Von dem Umfange dieser Verluste kann man sich einen annähernden Begriff machen, wenn man auf folgende Tabelle einen Blick wirft. Es betrug

bei der	der Kurswert der Anlagewerte Ende 1911
	Kr.
I Allg. Ung. Assekur. Ges.	150.134.472
Foncière, Pester Vers. G.	22.779.869
Nationalen Vers.-Ges.	3.593.369
Franco-Hongroise	4.565.944
Riunione	12.376.251
Adria	116.466.108
Anker	28.719.635
Generali	247.194.597

Die Kursdifferenz entfällt zum überwiegenden Teile auf Staatsrenten, weil die meisten Versicherungsgesellschaften von den emittierenden Finanzinstituten Pfandbriefe und Kommunalobligationen nur unter der Bedingung kaufen, dass der etwaige Kursverlust zum Teile ersetzt wird. Wenn auch die Differenz etwa 10% beträgt, wird der Kursverlust der Einzelnen Gesellschaften bedeutend geringer.

Um diesen Kursverlust zu eliminieren, hat der Abgeordnete Dr. Elemér Hantos eine Novelle ausgearbeitet, welche den § 199 des Handelsgesetzes dahin modifizieren würde, dass Pupillarwerte in die Bilanz nicht zum Jahresschlusskurse, sondern zum Durchschnittskurse des Jahres einzustellen waren. Die in dieser Angelegenheit einberufene Enquête hat sich dahin geäußert, dass diese legislatorische Verfügung nicht zeitgemäss wäre, dass man jedoch das Steuergesetz dahin abändern müsste, dass der Kursverlust von der Steuerbasis in Abzug gebracht werde.

Die ewige Seeschlange, das Versicherungsgesetz, hat sich auch im Berichtsjahre gezeigt, diesmal in der Form, dass der Justizminister im Einvernehmen mit den Handelsminister eine Novelle ausarbeitete, welche die staatliche Kontrolle der Versicherungsgesellschaften bezweckt. Die Novelle enthält dem Vernehmen nach die Bestimmung, dass die in Ungarn arbeitenden ausländischen Versicherungsgesellschaften ihre Lebensversicherungsprämienreserven im Inland in inländischen Papieren anzulegen haben. Behufs Kontrolle der Durchführung würde man im Handelsministerium ein Versicherungsamt systemisieren.

Aber auch dieser Gesetzentwurf gelangte in das Archiv der wirtschaftlichen Gesetzentwürfe, für die man bald einen eigenen Saal wird einrichten müssen.

Ein wichtiges Ereigniss des Berichtsjahres war das Zustandekommen des staatlichen *Lebensversicherungs-Monopoliums in Italien*. Das betreffende Gesetz wurde promulgiert. Es verpflichtet die in Italien arbeitenden in- und ausländischen Versicherungsgesellschaften ihre Geschäfte in Italien binnen spätestens 10 Jahren abzuwickeln. Die staatliche Versicherungsgesellschaft hat sich im Sommer konstituiert und die Portefeuilles mehrerer in- und ausländischen Gesellschaften bereits übernommen. Dieses Portefeuille betrug: 25 Millionen bei der Preussischen Lebensvers.-Gesellschaft, 5 Millionen bei der Berliner Lebensvers.-Gesellschaft, 21 Millionen bei der Pariser Urbaine, 60 Millionen bei der New-York Life Insurance Co., 12 Millionen bei der I. Allg. Ungarischen Versicherungsgesellschaft, 74 Millionen bei der La Popolare, 19 Millionen bei der Mutual Italiano und 29 Millionen bei der Reale. Die italienische staatliche Lebensvers.-Anstalt begann ihre Operationen am 1. Januar 1913 mit einem imposanten Portefeuille.

Ein wichtiges Ereigniss war die am 15. Juli 1912 in Grossbritannien ins Leben getretene Insurance Act, welche, wie der Verfasser derselben, der Schatzkanzler Lloyd George in Kensington erklärte, ihre Tätigkeit mit etwa 10 Millionen Versicherten begonnen hat und sich bald auf 12 Millionen Versicherte erstrecken wird.

Eine beachtenswerthe Schöpfung war die auf genossenschaftlicher Basis gegründete Glasversicherung der Glasermeister von Österreich.

In Angelegenheit der Versicherung gegen Überschwemmungen wurde in Sommer in Bern eine internationale Konferenz abgehalten, in welcher Dr. Friedrich Herz (Wien) die Modalitäten dieser Versicherung erörterte. Dieselbe ist betreffs der landwirtschaftlichen Produkte ein grosses Problem, kann aber auf Industrie-Objekte, Maschinen, Wasserbauten, Hafenanlagen mit geringem Risiko ausgedehnt werden. Die Einführung derselben ist überaus angezeigt, da die Verwertung der Wasserkräfte in immer weiterem Umfange vor sich geht.

In Amsterdam wurde im September eine *internationale Versicherungs Konferenz* abgehalten; die folgende soll im J. 1915 in St.-Petersburg stattfinden.

In Ungarn sind zwei kroatische Versicherungsgesellschaften, namentlich die „Gegenseitige Versicherungs-Genossenschaft Bal-

kan“ und die Agramer Gegens. Vers. Genossenschaft insolvent geworden. Unter dem Titel „Tátra“ wollte man auf genossenschaftlicher Basis eine neue Versicherungsgesellschaft gründen, der Ipolyságer Gerichtshof verweigerte jedoch die Firmenprotokollierung, weil die Genossenschaft den mit 200.000 Kronen angegebenen Versicherungsfond nicht aufweisen konnte.

Die *Kapitalbewegung in Versicherungs-Aktien* war keine lebhaft. Die Europäische Waren- und Gepäcks-Vers. Gesellschaft hat ihr Kapital von 300.000 Kronen auf 1,000.000 Kronen erhöht.

Konstituiert haben sich im Berichtsjahre die Vaterl. Allg. Militärversicherungsges. und die Union Vers. Ges. mit je 2 Millionen Kronen Kapital.

Die Kursvariationen waren die folgenden:

	J a h r e s s c h l u s s k u r s				
	1908	1909	1910	1911	1912
Wiener Vers. Ges.	470	550	730	900	825
Wiener Lebens und Bauten					
Vers. G.	770	750	925	925	725
I Ung. Allg. Assekuranz ..	9.800	11.225	17.150	17.400	15.000
Foncière Pester Vers.	256	325	460	475	368
Ung. Hagel. und Rückvers.					
Gesellschaft.....	315	361	349	380	308
Nationale Unfall Vers.-Ges. ..	200	200	500	550	390
Pannonia Rückvers.-Ges.	2.050	2.760	4.635	4.520	3.375

Die Vers. Ges. Hungaria hat die Majorität der Aktien der Militär Vers. Anstalt erworben.

Die sozialen Fragen.

Wenn ich die grossen Züge unseres öffentlichen Lebens überblicke, kann ich die Tatsache feststellen, dass die wirtschaftlichen Interessen auf der ganzen Linie unseres nationalen Lebens mit elementarer Kraft in den Vordergrund rücken. Der politische Kampf der im Parlamentsleben tobt, wird als ein Kampf um die *Wahlrechtsreform* geführt, die als Deckmantel für weitgehende wirtschaftliche Bestrebungen dient. Diese Erscheinung ist eine natürliche. Die Sorgen um die Existenz, die durch die Teuerung und die Zunahme der Bevölkerung erschwert wird, macht sich eben gebieterisch geltend, wobei sich auch höhere kulturelle Bedürfnisse zum Worte melden.

Ein bedeutsamer Erfolg der wirtschaftlichen Tendenzen war das Motu Proprio des Papstes vom 2. Juli 1911, welches mit

dem Hinweise auf die Interessen der Handels und der Industrie die Reduktion der *Kirchlichen Feiertage* anordnete. Die ungarische Bischofskonferenz hat sich zwar für die Beibehaltung der vom Papst Klémens XIII. im J. 1771 bestimmten Feiertage ausgesprochen, der Papst beharrte jedoch bei seinem Motu proprio und der Fürstprimas von Ungarn verkündete in seinem Hirtenbriefe, dass die Arbeitsruhe für den zweiten Tag von Weihnachten, Ostern und Pfingsten, für vier andere Feiertage, ferner für die Patrcnatsfeiertage nicht mehr obligatorisch sein werde.

Der ungarische Justizminister erliess ein Rundschreiben in welchem er erklärte, dass diese Feiertage, da der Papst den Feiertagscharakter dieser Feste nicht negiert hat, bei den Gerichtshöfen auch fernerhin als Ruhetage zu gelten haben und im Gerichtskalender auch weiterhin mit roten Buchstaben zu figurieren haben.

Ein charakteristisches Ereigniss ist es ferner, dass der Unterrichtsminister, infolge der von allen Seiten lautgewordenen Wünsche, die Vorarbeiten für die *Errichtung einer Universität für Volkswirtschaft* in Angriff genommen hat. In einer von allen wirtschaftlichen und sozialen Landesvereinen beschickten Landeskongferenz wurde der Beschluss gefasst, dass die kompetente Interessenvertretung für jede Fakultät der in Aussicht genommenen Universität eingehende Vorschläge und Programme ausarbeiten werde.

Eine der auffälligsten Erscheinung unseres öffentlichen Lebens stellt die Ausbreitung der *Beamtenbewegungen* dar.

Dem unleugbaren Notstande der Staatsbahnen suchte die Regierung dadurch abzuhelpen, dass sie für die Angestellten des Staates, der Komitate und der Staatsbahnen eine *Familienzulage* bewilligen liess, was einen jährlichen Aufwand von 27½ Millionen Kronen bedeuten wird. Die Zulage beträgt ohne Unterschied des Ranges und der Gehaltsklasse für 1 Kind 200 K, für 2 Kinder 400 K, für 3 oder mehr Kinder 600 K, für Unterbeamte und Diener 100, 200 und 300 Kronen. Die Zulage gilt bei Beamten bis zum 24-ten Lebensjahr der Kinder, bei Dienern bis zum 16-ten Lebensjahr, aber, in beachtenswerthen Fällen, für Studienzwecke auch länger.

Unter den *Privatbeamten* gährt es ebenfalls und es erregte grosses Aufsehen als sämtliche Beamte einer Aktiengesellschaft ihre moralischen und materiellen Forderungen durch einen Streik

geltend zu machen suchten. Der Verlauf der Bewegung war ein ziemlich ruhiger, da die Arbeitgeber es in den meisten Fällen für angemessen erachteten die Lage ihrer Angestellten zu verbessern. Die Privatbeamten haben übrigens auch das Princip der Selbsthilfe angewendet, einen Landesverein der Beamten und einen Landesverein der Finanzinstitutsbeamten gegründet, die Privatversicherung organisiert u. s. w.

Die militanten Elemente haben hier eine neue Partei gegründet, welche mit folgendem Programm die Majorität erreichte: 1. Gewerkschaftliche Organisation. 2. Schaffung eines Streikfondes. 3. Minimale Bezüge, die automatisch erhöht werden. 4. Kontinuierliche Arbeitszeit. 5. Entlohnung der Überstunden. 6. Regelung der Urlaubszeit. 7. Legislative Regelung der Ruhegehälter. 8. Errichtung einer gemischten Disziplinar-Kommission.

Die *Handelsangestellten* haben behufs Verbesserung ihrer Lage einen Landeskongress abgehalten und fordern die Regelung der Arbeitszeit, namentlich die geregelte Sperrstunde.

Die Bewegung welche die *Reform der Arbeiterversicherung* bezweckt, ist nicht zur Ruhe gekommen und dürfte bald ihren Zweck erreichen, da man über die Lücken des bestehenden Gesetzes reichlich praktische Erfahrungen gesammelt hat.

Der Ungarländische Verein zur *Bekämpfung der Arbeitslosigkeit* hat eine vielseitige und dankenswerte Tätigkeit entfaltet und namentlich die Regelung der Frage der Arbeitslosigkeit im Zusammenhange mit der Auswanderung angeregt. Im Auftrage des internationalen Bureaus hat Dr. *Emerich Ferenczi* Vorschläge ausgearbeitet, die der in Zürich abgehaltene *Internationale Kongress für Sozialpolitik an die nationalen* Sektionen geleitet hat. Diese Vorschläge sind die folgenden:

1. Ausbau der internationalen Wanderstatistik.
2. Internationaler Austausch einheitlich abgefasster Berichte über den Arbeitsmarkt.
3. Organisation des nationalen Arbeitsmarktes in jedem Staate, als erste Vorbedingung der rationellen Regelung des Ein- und Auswanderungswesens.
4. Feststellung der internationalen sozialpolitischen Prinzipien der Ein- und Auswanderungs-Gesetze.
5. Studium der Ursachen der Auswanderung und der Reformen, welche geeignet wären der Auswanderung Einhalt zu gebieten.

6. Internationale Vereinbarung über gegenseitige Mitteilung der das Auswanderungswesen betreffenden gesetzlichen Bestimmungen und Massnahmen, hygienischer Schutz der wandernden Arbeiter, Gegenseitigkeit im Arbeiterschutz, billige Beförderung der Geldsendungen der Auswanderer, Kooperation gegen die Umtriebe der Auswanderungs-Agenten. Regelung der Frage der Verwendung von ausländischen Arbeitern bei öffentlichen Arbeiten.

Dr. Ferenczi meint dass die Gründung eines internationalen Vereins für Auswanderungswesen überflüssig sei, da die Tätigkeit der Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Kooperation der sozialpolitischen Vereine den Zweck ganz gut fördern könne.

Der *Ungarländische Verein für gesetzlichen Arbeitsschutz* hat an die Ministerien für Handel und Inneres eine Eingabe gerichtet, in welcher er die Meinung ausspricht, dass man das Projekt eines *Hygienischen-Museums* fallen lassen und die hierzu verfügbaren Mittel dem Budapester Sozialen-Museums überlassen möge.

In Veszprém wurde eine *Ausstellung für Volkshygiene* veranstaltet, welche die Hygiene der Nahrungsmittel, die Gewerbehygiene, die Arbeiterversicherung und die Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen umfasste.

Auf dem Gebiete der *Arbeiterbewegung* verzeichnen wir die Volksversammlungen welche die *Wahlrechtsreform* urgieren. Am 26. Jänner wurde sogar der Beschluss gefasst, die radikale Änderung des von der Regierung ausgearbeiteten Gesetzentwurfes durch einen *Generalstreik* zu erzwingen. Dieser Generalstreik sollte am 4. März, am Tage der parlamentarischen Verhandlung des Wahlgesetz-Entwurfes ausbrechen, wurde jedoch in der letzter Stunde vorläufig abgesagt. Der Wahlgesetz-Entwurf der Regierung wurde in zwei Sitzungen des Abgeordnetenhauses verabschiedet. Die Opposition beschränkte sich auf eine Protestrede des Grafen Albert Apponyi und absantierte sich sodann von der Verhandlung.

Im Berichtsjahre selbst sind Streiks und Aussperrungen in grösseren Umfange nicht vorgekommen. Die geplante Aussperrung sämtlicher Arbeiter der Maschinenfabriken konnte in der letzten Stunde unterlassen werden.

Die Gewerkschaften haben jedoch in aller Stille an dem Ausbau ihrer Organisation gearbeitet. Die Zahl der organisierten Arbeiter zeigte folgende Schwankungen:

1901	9.999	1907	130.126
1902	15.240	1908	102.054
1903	41.138	1909	85.266
1904	53.169	1910	86.478
1905	71.173	1911	95.180
1906	129.332		

Von der letzteren Zahl entfielen auf Budapest 54,339 und auf die ganze Provinz bloß 40.841, was für unsere Verhältnisse in der Provinz überaus charakteristisch ist.

Die Zahl der organisierten Arbeiterinnen betrug 5,503 im Jahre 1906 und 5,731 im Jahre 1911.

Über den *finanziellen Stand* der Gewerkschaften haben wir folgende Ziffern mitzuteilen:

Jahr	Einnahmen Kr.	Ausgaben Kr.	Vermögen Kr.
1901	—	—	58.920
1902	—	—	68.311
1903	273.880	201.180	141.802
1904	846.820	706.520	667.056
1905	1.131.987	878.367	896.793
1906	1.680.080	1.330.208	1.246.643
1907	1.949.233	1.819.480	1.364.176
1908	1.762.106	1.932.224	1.194.058
1909	1.506.634	1.421.116	1.279.579
1910	1.792.024	1.645.508	1.426.098
1911	2.017.264	1.764.098	2.465.957

Im Jahre 1911 wurden für humanitäre und kulturelle Zwecke 900,000 Kronen verausgabt. Hievon entfielen auf Unterstützung von Arbeitslosen rund 250,000 Kronen, 90,000 K weniger als im Jahre 1910. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich eben gebessert.

Betreffs der *landwirtschaftlichen Arbeiter* wäre die Ausgestaltung des Landeshilfskassa zu erwähnen, ferner die Aktion für den Bau von Arbeiterhäusern. Die Regierung hat für diesen Zweck jährlich 300,000 Kronen ausgesetzt.

In den Komitaten Békés, Csanád, Csongrád, Jász-Nagykun-Szolnok und Torontál konnten 2500 Arbeiterfamilien ihre eigenen Häuser beziehen, deren Annuität nicht mehr beträgt, als die bisher gezahlte Miethe.

Schliesslich erwähne ich noch die Klagen über den *Lehrlingsmangel*, welchem man nun dadurch abzuhelpen sucht, dass man in vielen Städten *Lehrlingsheime* errichtet, in welchen für die geistige Heranbildung und die materielle Unterstützung der Lehrlinge gesorgt wird.

Die Kulturarbeit in der Provinz.

Ich habe schon im Vorworte Anlass gefunden, die in den ausländischen Nachschlagebüchern über Ungarn enthaltenen veralteten Hauptziffern auf Grund der Ergebnisse der jüngsten Volkszählung (Ende 1910) zu berichtigen.

Es dürfte nun für all Jene, die mit Ungarn wirtschaftliche Verbindungen irgendwelcher Art anstreben, interessant sein über *die Provinzstädte Ungarns* die neuesten Daten zu erfahren.

Laut den Ergebnissen der Volkszählung vom 31. Dezember 1910 hat die Bevölkerung fast sämtlicher Städte Ungarns, im Vergleich zum Jahre 1890, sich wesentlich erhöht. Es ergibt sich dies aus folgenden Tabellen:

Die Bevölkerung der Städte Ungarns. Kgl. Freistädte.

Nummer	Name der Stadt	Die Bevölkerung im Jahre		Nummer	Name der Stadt	Die Bevölkerung im Jahre	
		1890	1910			1890	1910
					Übertrag	982.035	1,499.184
1	Arad	43.682	63.166	15	Pancsova	18.289	20.808
2	Baja	19.873	21.032	16	Pécs	35.449	49.822
3	Budapest	505.763	880.371	17	Pozsony	56.048	78.225
4	Debreczen	58.952	92.729	18	Selmecz-és Béla- bánya	15.280	15.185
5	Fiume	30.337	49.806	19	Sopron	29.543	33.932
6	Győr	31.182	44.300	20	Szabadka	75.039	94.610
7	Hódmezővásárhely	55.626	62.445	21	Szatmár-Németi	21.218	34.892
8	Kassa	32.165	44.211	22	Szeged	87.410	118.328
9	Kecskemét	49.600	66.834	23	Székesfehérvár	28.942	36.625
10	Kolozsvár	37.957	60.808	24	Temesvár	48.403	72.555
11	Komárom	18.233	22.337	25	Ujvidék	25.180	33.590
12	Marosvásárhelyi	15.627	25.517	26	Versecz	22.121	27.370
13	Miskolcz	32.288	1.459	27	Zombor	26.942	30.593
14	Nagyvárad	40.750	64.169				
	Fürtrag	982.035	1,499.184		Zusammen	1,461.899	2,195.717

Die Bevölkerung der Städte vom Jahre 1890—1910. Andere Städte.

Nummer	Name der Stadt	Die Bevölkerung im Jahre		Nummer	Name der Stadt	Die Bevölkerung im Jahre	
		1890	1910			1890	1910
1	Abrudbánya ..	3.299	2.938	53	Lugos	13.135	19.818
2	Bártfa	5.073	6.578	54	Magyarkanizsa	15.501	17.018
3	Bazin	4.598	4.809	55	Makó	32.669	34.918
4	Beregszász	8.087	12.933	56	Máramarossziget	15.210	21.370
5	Besztercze	10.411	13.236	57	Medgyes	7.144	8.626
6	Besztercebánya	7.958	10.776	58	Mezőtur	23.762	25.835
7	Brassó	32.549	41.056	59	Modor	5.053	5.009
8	Breznóbánya ..	3.786	4.179	60	Munkács	11.142	17.275
9	Csikszereda ...	1.910	3.701	61	Nagybánya ...	9.842	12.877
10	Czepléd	27.727	33.942	62	Nagybecskerek.	22.370	26.006
11	Dés	7.890	11.452	63	Nagyenyed ...	6.048	8.663
12	Déva	4.778	8.654	64	Nagykanizsa ...	21.234	26.524
13	Dicsőszentmárton	2.426	4.417	65	Nagykároly ...	13.593	16.078
14	Dobsina	4.646	5.029	66	Nagykikinda ...	22.923	26.795
15	Eger	23.638	28.052	67	Nagykőrös ...	24.727	28.575
16	Eperjes	11.330	16.323	68	Nagyroczce	1.821	1.925
17	Érsekújvár	11.304	16.228	69	Nagyszeben ...	24.766	33.489
18	Erzsébetváros ..	3.058	4.408	70	Nagyszombat ...	12.342	15.163
19	Esztergom	16.749	17.881	71	Nyíregyháza ..	27.179	38.198
20	Fehértemplom ..	10.341	11.524	72	Nyitra	13.784	16.419
21	Felsőbánya ...	4.816	4.422	73	Pápa	14.417	20.150
22	Fogarás	6.311	6.579	74	Poprád	1.161	2.283
23	Gölniczbánya ..	3.917	3.833	75	Rimaszombat ..	5.952	6.912
24	Gyergyószent- miklós	6.109	8.905	76	Rózsahegy	7.000	12.240
25	Gyöngyös	16.416	18.314	77	Rozsnyó	4.816	6.565
26	Gyula	20.390	24.284	78	Ruszt	1.548	1.535
27	Gyulafehérvár ..	9.838	11.616	79	Sátoraljaújhely	13.017	19.940
28	Hajduböszörmény	21.244	28.159	80	Segesvár	9.747	11.587
29	Hajdunánás	14.462	16.781	81	Sepsiszentgyörgy	5.753	8.665
30	Hajduszoboszló	14.732	16.093	82	Szabolcsa	4.926	5.018
31	Hátszeg	1.857	3.124	83	Szamosújvár ...	5.798	6.857
32	Igló	7.733	10.525	84	Szászrégen	6.083	7.310
33	Jászberény	24.594	29.675	85	Szászsebes	6.697	8.504
34	Jolsva	2.532	2.846	85	Szászváros	6.426	7.672
35	Kaposvár	13.417	24.124	86	Székelyudvarhely	6.769	10.244
36	Karánsebes ...	6.132	7.999	88	Szegszárd	14.333	14.947
37	Karczag	18.203	22.996	89	Szentendre	4.260	5.673
38	Késmárk	5.283	6.317	90	Szentes	30.797	31.593
39	Kézdivásárhely	4.827	6.079	91	Szentgyörgy ...	3.251	3.458
40	Kiskunfélegyháza	29.778	34.924	92	Szepesbőla	2.225	2.894
41	Kiskunhalas ..	17.144	24.381	93	Szepesolaszi ...	2.334	2.413
42	Kismarton	3.069	3.073	94	Szepesváralja ..	3.220	3.129
43	Kisszeben	2.822	3.288	95	Szilágysomlyó ..	4.554	6.885
44	Kisújszállás ...	2.532	1.353	96	Szolnok	21.094	28.778
45	Kolozs	3.597	4.138	97	Szombathely ..	17.270	30.947
46	Korpona	3.662	4.016	98	Torda	11.084	13.455
47	Körmöcbánya ..	4.239	4.515	99	Trencsén	6.075	7.805
48	Kőszeg	7.253	8.423	100	Turkeve	13.092	13.097
49	Liebic	3.025	2.782	101	Ujbánya	4.289	4.813
50	Léva	7.514	9.675	102	Újpest	23.521	55.197
51	Losonc	8.221	12.939	103	Ungvár	13.344	16.919
52	Lőcse	7.164	7.528	104	Vác	14.665	18.952

Nummer	Name der Stadt	Die Bevölkerung im Jahre	
		1890	1910
105	Vajdahunyad .	3.042	4.520
106	Veszprém	12.885	14.792
107	Vizakna	3.777	4.0488
108	Zalaegerszeg . .	8.001	10.844
109	Zenta	25.731	29.666
110	Zilah	6.595	8.062
111	Zólyom	5.129	8.799
112	Zsolna	4.124	9.179
Zusammen		1.197.438	1.530.944
Kroatien und Slavonien.			
a) Freistädte.			
1	Eszék	21.484	31.338
2	Varasd	12.021	13.398
3	Zágráb	41.481	79.038
4	Zimony	13.136	17.130
Zusammen		88.122	140.955

Nummer	Name der Stadt	Die Bevölkerung im Jahre	
		1890	1910
b) Andere Städte.			
1	Belovár	5.446	7.230
2	Brod	5.296	10.200
3	Buccari	1.950	2.092
4	Kaproncza	6.523	8.018
5	Karlócza	5.498	6.342
6	Károlyváros . . .	14.145	16.112
7	Körös	4.097	4.897
8	Mitrovicza	9.795	12.909
9	Pétervárad	5.725	5.727
10	Petrinja	4.928	5.486
11	Pozsega	4.084	5.899
62	Sziszek	6.241	7.881
13	Zengg	2.802	3.296
Zusammen		76.530	96.090

Eine sehr auffällige Änderung macht sich in der *Politik der Städte* überhaupt bemerkbar. Mit guten Beispielen ist die Hauptstadt Budapest vorangegangen, die mehrere Industrie-Betriebe verstadtlacht und eine ganze Reihe von sozialen Schöpfungen ins Leben gerufen hat. Von den *neuen* städtischen Betrieben erwähnen wir das städtische Gaswerk, die Brotfabrik und den Ankauf der Stadtbahn-Aktien; von sozialen Schöpfungen: die billigen Wohnungen, die Arbeiterhäuser, das Volkshaus, die Gartenwohnungen und die behördlichen Massnahmen, welche die Ermässigung der Lebensmittelpreise bezwecken.

Zur Förderung des Städtewesens hat der Minister des Inneren einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher namhafte administrative Reformen ermöglicht, indem laut einer Bestimmung desselben in den Etat alljährlich für die Städte einen Betrag von 8 Millionen Kronen einzustellen ist, wovon die Hälfte für die Polizei und die andere Hälfte für städtische öffentliche Arbeiten aufzuwenden sein wird.

Die städtische Polizei wird im Lande graduell verstaatlicht (für die Hauptstadt ist sie es schon seit langem). Über die Verwendung der 8 Millionen wird in strittigen Fällen nicht der Minister des Inneren, sondern der Verwaltungs-Gerichtshof entscheiden. Die Vermögensverwaltung der Städte wird vereinfacht.

Betreffs der öffentlichen Einrichtungen wird in Hinkunft der Minister des Inneren die höhere Leitung ausüben und zwar in dem Sinne, dass er die Aufwendungen in erster Linie für hygienische Einrichtungen (Krankenhäuser, Kanalisation, Kehrrichtausfuhr, Pflasterung u. s. w.) genehmigen wird, und die Verwendung von städtischen Geldern für Theater, städtische Gasthäuser, Ziegeleien u. s. dgl. nur in zweiter Linie gestatten wird.

Diese Tätigkeit der ungarischen Provinzstädte war in den letzten Jahren eine überaus intensive.

Es ist unmöglich hier, am Schlusse dieses vielleicht ohnehin schon zu langen Jahresberichtes, in Einzelheiten einzugehen.

Wir müssen die Interessenten auf das *Erste Jahrbuch der ungarischen Städte* verweisen, welches Dr. Gustav Thirring, Direktor des hauptstädtischen Statistischen Amtes im Auftrage des II. *Ungarischen Städtetages* vor einigen Monaten veröffentlicht hat.

Dieser voluminöse Band enthält über das kulturelle und wirtschaftliche Leben sehr reiches statistisches Material.

Überaus interessant sind die den Tabellen vorangehenden kurzen *Monografien der einzelnen Städte*, welche über die bereits bestehenden, wie auch über die *derzeit projektierten kulturellen, hygienischen und wirtschaftlichen Anstalten und Einrichtungen* Andeutungen enthalten, ferner die detaillirten Ausweise über die Ergebnisse sämtlicher in Ungarn *bestehenden städtischen Betriebe*.

Diese Monografien und diese Ausweise bezeugen, dass in Ungarn nicht nur in dem weltbekannten wunderschönen Budapest, sondern auch in allen Provinzstädten, selbst in den entlegensten kleinen Marktflecken intensiv gearbeitet wird.

Es regt sich in Ungarn, an allen Ecken und Enden des Landes, der Geist des modernen Fortschrittes.